JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2011 II NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Mario Keßler: Berlin 1936 – nur Spiele der Nazis?
Olympia zwischen Sport und Politik 5

Günter Rosenfeld: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen
nach der Errichtung des Hitler-Regimes (Januar bis Mai 1933) 25

Walter Schmitz: IBB – GBB – DBB. Die Etablierung des Deutschen
Beamtenbundes (DBB) in der DDR und in den neuen Bundesländern
(1989-1991) 52

Zur 46. Linzer Konferenz der ITH

Ralf Hoffrogge: The Memory of Labour – Arbeiterbewegungen
in globalen Erinnerungsprozessen 65

Hyun Back Chung: Chun Tae-il – die Erinnerung
an einen widerständigen Arbeiter in Südkorea 72

Regionales

Walter Schmidt: Die schlesischen Demokratenkongresse von 1848 84

Kurt Wernicke: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Berliner
Südosten nach 1945 113

Dokumentarisches

Svetlana Bartels: „So trennt uns beide, Söhne eines ehrenwürdigen deutschen Arbeiters, Lokomotivführers, eine Kluft.“ Ein Brief aus dem Jahre 1934 von Moskau nach Hamburg 124

Diskussion

Ulla Plener: Zur „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“ 1974 bis 1990 – eine Erinnerung an vergessene Positionen unter Willy Brandt 137

Berichte

Ingo Materna: Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächtnisse. Kolloquium in Berlin 146

Günter Benser: Die Treuhand – die Gewerkschaften – der Widerstand in Betrieben 1990 und danach. Tagung in Berlin 150

Leserzuschrift

Erhard Pachaly: Eine Erwiderung auf die Rezension von Martin Holler 156

Buchbesprechungen

Marcel van der Linden: Workers of the World. Essays toward a global labor history *(Peter Schäfer)* 158

Diemut Majer: Frauen – Revolution – Recht. Die grossen Europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen *(Irina Hundt)* 160

Martin Hundt (Hrsg.): Der Redaktionsbriefwechsel der Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher (1837-1844) *(Hermann Klenner)* 161

Rolf Hosfeld: Die Geister, die er rief.
Eine neue Karl-Marx-Biographie *(Andreas Lotz)* 164

Jan Hoff: Karl Marx und die „ricardianischen Sozialisten;
Jan Hoff: Marx global. Zur Entwicklung des internationalen
Marx-Diskurses seit 1965 *(Michael R. Kraetke)* 166

Schmidt, Walter (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und
Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3 *(Kristiane Janeke)* 168

Irina Hundt (Hrsg.): Im Streben „nach Einfluß aufs Ganze".
Louise Ottos Tagebücher aus den Jahren 1849-1857 *(Walter Schmidt)* 170

Stefan Bollinger (Hrsg.): Linke und Nation. Klassische Texte
zu einer brisanten Frage *(Jürgen Hofmann)* 173

Peter Brandt: Soziale Bewegung und politische Emanzipation.
Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus
(Ulla Plener) 174

Christoph Jünke (Hrsg.): Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits
von Sozialdemokratie und Kommunismus? *(Horst Klein)* 177

Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. T. 1:
Kommunistische und Sozialdemokratische Wurzeln; T. 2: Wurzeln des
Linkssozialismus *(Herbert Mayer)* 180

Horst Klein: Beiträge zur linkssozialistischen Theoriegeschichte im
20. Jahrhundert *(Uli Schöler)* 184

Ursula Bitzegeio/Anja Kruge/Meik Woyke (Hrsg.):
Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert.
Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und
Geschichtspolitik *(Jürgen Hofmann)* 186

Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919
in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie
(Rainer Holze) 188

Richard Löwenthal: Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus.
Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert, hrsg. u.
eingel. von Mike Schmeitzner *(Mario Keßler)* 190

Dierk Hoffmann: Otto Grotewohl. Eine politische Biographie *(Manfred Teresiak)* 192

Christian Heppner (Hrsg.): Als Sozialist und Kommunist unter vier Regimes. Die Memoiren des ersten niedersächsischen Sozialministers Karl Abel (1897-1971) *(Michael Buckmiller)* 195

Elke Scherstjanoi: Wege in die Kriegsgefangenschaft – Erinnerungen und Erfahrungen deutscher Soldaten *(Joachim Eichler)* 196

Craig Phelan (Hrsg.): Trade Unionism since 1945. Towards a Global History *(Hans-Otto Hemmer)* 198

Christiane Brenner: „Zwischen Ost und West". Tschechische politische Diskurse 1945-1948 *(Veronika Arndt)* 200

Uli Schöler: Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR *(Andreas Diers)* 203

Günther Glaser: Armee gegen das Volk? Zeitgenössische Studie mit Dokumenten zur Einsatzplanung des Militärs im Innern der DDR (1949-1965/66) *(Paul Heider)* 204

Siegfried Prokop: Ulbrichts Favorit. Auskünfte von Alfred Neumann *(Joachim Eichler)* 206

Marcel van der Linden/Karl Heinz Roth (Hrsg.) unter Mitarbeit von Max Henninger: Über Marx hinaus. Arbeitergeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts *(Peter Hübner)* 208

Theodor Bergmann: Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine neue internationale Solidarität; Theodor Bergmann: Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien – China – Vietnam *(Heiner Jestrabek)* 210

Autorenverzeichnis 213

Impressum 214

Berlin 1936 – nur Spiele der Nazis? Olympia zwischen Sport und Politik

Mario Keßler

Im April 1931 beriet das IOC, das Internationale Olympische Komitee, auf seiner 29. Session in Barcelona über den Austragungsort der XI. Olympischen Sommerspiele und entschied sich einen Monat später für Berlin. Hatte der Vertrag von Locarno (1925) die Rückkehr Deutschlands in die Staatengemeinschaft (und 1928 in die olympische Familie) ermöglicht, so zeigte die Vergabe der Spiele an die deutsche Hauptstadt, dass die Weimarer Republik trotz all ihrer Probleme ein vertrauenswürdiger Partner geworden war. Doch zum Zeitpunkt der Spiele, die vom 1. bis zum 16. August 1936 stattfanden, war Hitler bereits über drei Jahre Kanzler und die deutsche Demokratie mitsamt ihrer Sportbewegung zerschlagen. Der nazistische Antisemitismus und besonders das Inkrafttreten der Nürnberger „Rassengesetze" im September 1935 führten zu einer breiten internationalen Diskussion darüber, ob ein Land, das die humanistischen Grundsätze des olympischen Sports derart mit Füßen trat, ein geeigneter Austragungsort der Spiele sei.

Diese Diskussion zum wohl immer noch „umstrittensten Sportereignis der Geschichte" ist in der Literatur breit dokumentiert worden.[1] Die Standardwerke zum Thema – von Arnd Krügers Pionierstudie bis zu David Clay Larges jüngstem Buch – zeigen, wie die Hitlerregierung durch die Spiele nach einer Gelegenheit suchte, einerseits ihre Popularität unter der deutschen Bevölkerung zu steigern, andererseits das Ausland über den wahren Charakter des Regimes zu täuschen.[2] Ebenso wurden die letztlich erfolglosen Bemühungen einer internationalen Kampagne, die auch von der Arbeitersport-Bewegung mitgetragen wurde, die Spiele zu boykottieren, als Zeichen des Erfolges der nationalsozialistischen Führung gesehen.

---

1 Siehe Christopher Hilton: Hitler's Olympics. The 1936 Berlin Olympic Games, Thrupp (Gloucestershire) 2006, S.3.

2 Siehe Arnd Krüger: Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung. Ihre außenpolitische Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der USA, Berlin-München-Frankfurt/Main 1972; David Clay Large: Nazi Games. The Olympics of 1936, New York 2007. Zur Literatur siehe Arnd Krüger/William Murray (Hrsg.): The Nazi Olympics. Sport, Politics, and Appeasement in the 1930s, Urbana/Chicago 2003, S.247-251.

Der folgende Überblick sucht an diese Debatten anzuknüpfen.[3] Er stellt die Frage, ob die Berliner Spiele nur Spiele der Nazis waren (als die sie auch die Arbeiterbewegung sah) oder ob in historischer Perspektive auch ergänzende Wertungen denkbar sind. Zu fragen ist zunächst, wie das IOC auf die angestrebte Instrumentalisierung der Spiele durch die Nationalsozialisten reagierte. Zweitens wird die Wirkung der internationalen Boykottbewegung unter Berücksichtigung auch des Arbeitersports diskutiert. Drittens wird auf die Nichtteilnahme besonders jüdischer Sportlerinnen und Sportler (deren Ausmaß lange unterschätzt wurde) verwiesen und gefragt, ob dies irgendwelche Auswirkungen auf eben jene Instrumentalisierung hatte. Viertens schließlich sollen die Erfolge jüdischer und afroamerikanischer Sportler bei den Spielen beleuchtet werden. Welchen Stellenwert hatte die Präsenz beider Gruppen, denen die Nationalsozialisten prinzipiell die menschliche Gleichwertigkeit absprachen, für die historische Beurteilung der Berliner Spiele?

Unter politischer Fragestellung wurde den sportlichen Erfolgen von Afroamerikanern seit längerer Zeit Platz eingeräumt.[4] Wenn von Juden in Verbindung mit den Berliner Spielen die Rede war, ging es hingegen lange fast nur um deren Anteil an der internationalen Boykottbewegung. Erst vor wenigen Jahren fragten Paul Yogi Mayer und Paul Taylor nach möglichen Wirkungen olympischer Siege von Juden für das Kollektivbewusstsein einer gesellschaftlichen Minorität.[5]

Das IOC und die nationalsozialistische Sportpolitik

Der Machtantritt der Nationalsozialisten rief zunächst kritische Fragen im IOC hervor. Nach dem von den neuen Machthabern am 1. April 1933 verkündeten „Judenboykott" fragte IOC-Präsident Henri de Baillet-Latour, ob die deutsche Regierung eine schriftliche Garantieerklärung abgeben werde, die Regeln der Olympischen Charta, die auf der Gleichheit aller Teilnehmer beruhten, einzuhalten. Das bedeutete, dass jüdische oder schwarze Sportler keine Belästigung in der Öffentlichkeit erfahren

3 Für Hilfe bei der Quellen- und Literaturbeschaffung ist Eleanor Yadin (New York Public Library, Dorot Jewish Division) sehr zu danken.

4 Siehe z. B. Arthur R. Ashe Jr.: A Hard Road to Glory. The African-American Athlete in Track and Field, New York 1993.

5 Siehe Paul Yogi Mayer: Jüdische Olympiasieger. Sport – ein Sprungbrett für Minoritäten, Kassel 2000; Paul Taylor: Jews and the Olympic Games. The Clash between Sports and Politics, Brighton 2004.

dürften. Sollte die deutsche Regierung nicht bereit sein, diese Garantieerklärung abzugeben, sei eine Verlegung der Spiele zu erwägen, hielt das IOC auf seiner Jahrestagung im Juni 1933 in Wien fest. Da dem Regime Hitlers an internationaler Reputation gelegen war, verpflichtete es sich, die olympischen Regeln konsequent zu erfüllen. Dies stellte das IOC weitgehend zufrieden, und es vergab auch die IV. Olympischen Winterspiele für 1936 nach Deutschland, nach Garmisch-Partenkirchen.[6]

Bereits vor der Wiener IOC-Tagung wandte sich der American Jewish Congress (AJC) gegen die Abhaltung der Spiele in Deutschland und wies auf die Folgen für das sportliche Abschneiden der USA und anderer Länder hin, falls keine jüdischen Sportler sich zum Start bereit fänden.[7] Im Oktober 1933 erklärte AJC-Präsident Bernhard S. Deutsch, die Existenzlage für jüdische Sportler und für Juden in Deutschland überhaupt hätte sich weiter verschlechtert, seitdem das IOC die Entscheidung zugunsten von Berlin bekräftigt hatte.[8] IOC-Mitglied Charles Sherill schrieb dem AJC, das Gremium werde über die Einhaltung der olympischen Prinzipien wachen. Das Organisationskomitee der Spiele (OK) werde politisch unabhängig arbeiten.[9] Sein Präsident Theodor Lewald, den noch der Deutsche Sportausschuss in der Weimarer Republik eingesetzt hatte, war nach den neuen „Rassenkriterien" ein „Mischling", dessen internationaler Verbindungen und Loyalität zur olympischen Sache sich jedoch die Machthaber bedienten.

Vor 1933 hatte sich die Olympiabegeisterung der Nationalsozialisten in engen Grenzen gehalten. Nach dem Januar 1933 hofften sie jedoch, dass der hohe Propagandawert der Spiele schwerer wiegen würde als deren pazifistische Idee der Völkerverständigung. Sie gedachten ein „gesundes" neues Deutschland zu präsentieren. Als Vorsitzendem des Reichsbundes für Leibesübungen oblag Hans von Tschammer und Osten die Olympiakampagne im Sinne der offiziellen Ideologie. Dem Generalsekretär des OK, Carl Diem, kam eine Schlüsselrolle bei der Planung und Durchführung der Spiele zu.

Ende August 1934 bereiste Avery Brundage, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der USA (USOC), Deutschland. Dem sehr gut Englisch sprechenden von Tschammer und Osten gelang es, Brunda-

6 Siehe Allen Guttman: The Games Must Go On. Avery Brundage and the Olympic Movement, New York 1984, S.65.

7 Siehe Protests Olympic Games, in: The New York Times (NYT), 31.5.1933, S.27.

8 Siehe Olympics Unit Here Reopens Nazi Row, in: ebenda, 9.10.1933, S.13.

9 Siehe Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.49-53. Hiernach auch das Folgende.

ge für die Nazi-Sportführung einzunehmen.[10] Er versicherte nach seiner Rückkehr, seine Gespräche mit den deutschen Sportfunktionären seien sehr zufriedenstellend verlaufen. Die Spiele würden regelgerecht ablaufen. Die Diskriminierung der Juden in Deutschland werde in den USA übertrieben dargestellt.[11]

Charles Sherill, der im Oktober 1934 ebenfalls nach Berlin kam, sagte anschließend, der deutsche Außenminister von Neurath habe ihm gleiche Startchancen für jüdische Athleten in der deutschen Mannschaft zugesichert. Er müsse seine jüdischen Freunde warnen, so Sherill. Eine Boykottbewegung zeige nur, „dass die jüdische Hand in Amerika allzu sichtbar ist, so wie die jüdische Hand in Deutschland allzu sichtbar war, bevor die gegenwärtige Unterdrückung und Vertreibung der Juden einsetzte."[12]

Nach anfänglicher Zurückhaltung entschied sich IOC-Präsident Baillet-Latour dafür, am Austragungsort Berlin unter allen Umständen festzuhalten, insbesondere, nachdem im September 1934 das USOC – gegen den Widerstand seines Mitgliedes Charles L. Ornstein – die Berliner Einladung akzeptiert hatte. Damit gab er der Diskussion im IOC die entscheidende Weichenstellung. Baillet-Latour betrieb noch vor den Berliner Spielen mit Erfolg den Ausschluss des amerikanischen Boykott-Befürworters Ernest Lee Jahncke aus dem Gremium, nachdem dieser die anhaltende Diskriminierung von Juden – so deren Hinauswurf aus deutschen Sportvereinen – öffentlich gemacht hatte.[13] Für ihn rückte Brundage nach. Er sollte im IOC besonders eng mit dem Schweden Sigfrid Edström und Karl Ritter von Halt zusammenwirken, dem Präsidenten des Organisationskomitees für die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen. Sie waren hauptsächlich die Garanten dafür, dass das IOC der NS-Sportpolitik letztlich keinen Widerstand entgegensetzte.[14]

---

10 Siehe Duff Hart-Davis: Hitler's Games. The 1936 Olympics, New York 1986, S.64f.

11 Siehe Arnd Krüger: „Wenn die Olympiade vorbei, schlagen wir die Juden zu Brei". Das Verhältnis der Juden zu den Olympischen Spielen von 1936, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte (München-Zürich), 5, 1994, S.331-346, hier S.337-339.

12 Sherill Rebuffs Olympic Ban Plea, in: NYT, 22.10.1934, S.10. Nach Gesprächen mit Hitler gaben sich Sherill und Baillet-Latour Ende 1935 mit der Zusicherung zufrieden, dass antisemitische Propaganda in Garmisch und Berlin nicht sichtbar werde, konnten jedoch keine bindende Startzusage für jüdische Sportler in der deutschen Mannschaft erreichen. Siehe Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.108, 137f.

13 Jahncke fasste seine Position in einem eindringlichen Brief vom 25.11.1935 an Baillet-Latour zusammen. Siehe Robert H. Abzug: America Views the Holocaust, 1933-1945. A Brief Documentary History, Boston-New York 1999, S.63-66.

14 Siehe Guttman, The Games Must Go On, S.25.

Gegen Hitlers Spiele (I): Die Boykottbewegung und ihr Scheitern

Gegen die Absicht, die Spiele in Berlin abzuhalten, entstanden Boykottbewegungen in verschiedenen Ländern. Ende 1935 bildete sich in Paris das „Comité international pour le respect de l'esprit olympique" mit Mitgliedern in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, den skandinavischen Ländern, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Belgien, darunter der Präsident der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) Emile Vandervelde. Es hielt Anfang Juni 1936 in Paris eine Konferenz zur Verteidigung der Olympischen Idee ab, auf der auch Heinrich Mann sprach. Die Konferenz unterstützte das Projekt einer Gegenolympiade in Barcelona, zu deren Initiatoren der Staatssekretär für Sport im Pariser Bildungsministerium, Léo Lagrange, gehörte.[15]

In Großbritannien war die Idee des Boykotts der Berliner Spiele nicht populär. Unter den Boykott-Befürwortern ist der Labour-Politiker (und künftige Friedensnobelpreisträger) Philip Noel-Baker, Olympiazweiter von 1920 über 1500 Meter, zu nennen. Am 23. März 1936 beriet das Unterhaus die Frage. Es bekräftigte die traditionelle Haltung, dass keine Regierungsstelle den Sportlern die Teilnahme in Berlin verweigern könne. Die Amateur Athletic Association sprach sich zum gleichen Zeitpunkt für den Start einer britischen Mannschaft in Berlin aus, da man die Sommerspiele kaum boykottieren könne, nachdem man an den Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen teilgenommen hatte.[16]

In Frankreich forderten hingegen einflussreiche Sportfunktionäre und Sportjournalisten eine Verlegung und schließlich einen Boykott der Spiele. Zu ihnen gehörten Jules Rimet, Präsident des Weltfußballverbandes, Jacques Goddet, Herausgeber der Sportzeitung „L'Auto", und Gaston Bénac vom „Paris-Soir". Nach der deutschen Rheinlandbesetzung im März 1936 wurden diese Stimmen stärker. Doch am 19. Juni 1936 akzeptierte Léon Blum, Premierminister der Volksfrontregierung, gegen die

15 Siehe u. a. Karl Heinz Jahnke: Gegen den Mißbrauch der olympischen Idee 1936. Sportler im antifaschistischen Widerstand, Frankfurt/Main 1972, S.19f., 83f.; Fabrice Abgrall/François Thomazeau: 1936. La France à l'épreuve des Jeux Olympiques de Berlin, Paris 2006, bes. S.41-53; André Gounot: Die Rote Sportinternationale, 1921-1937. Kommunistische Massenpolitik im europäischen Arbeitersport, Münster-Hamburg-London 2002, S.218-224; Ders.: Barcelona gegen Berlin. Das Projekt der Volksolympiade 1936, in: Michael Krüger (Hrsg.): Der deutsche Sport auf dem Weg in die Moderne, Berlin 2009, S.119-130.

16 Siehe Duff Hart-Davis, Hitler's Games, S.110f.; Richard Holt: Great Britain: The Amateur Tradition, in: Krüger/Murray (Hrsg.), Nazi Olympics, S.70-86.

Stimmen der Kommunisten endgültig die deutsche Einladung zur Teilnahme einer französischen Mannschaft in Berlin. Ein entsprechender Parlamentsbeschluss vom 9. Juli war nur noch Formsache.[17]
Ihre größte Resonanz erreichte die Boykott-Bewegung in den Vereinigten Staaten. Bereits am 7. März 1934 fand in New York ein Protestmeeting gegen die Abhaltung der Spiele statt, das unter anderem vom Gewerkschaftsverband American Federation of Labor (AFL) organisiert wurde.[18] International am meisten Beachtung fand nach einer Reihe weiterer Aktivitäten schließlich das im Oktober 1935 in den USA gebildete Commitee on Fair Play in Sports, kurz Fair Play Committee genannt, mit George Gordon Battle als Präsidenten und William Chamberlain als Generalsekretär. Es wurde von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen unterstützt. Zu ihnen gehörten die AAU, die Amateur Athletic Union als Dachorganisation des amerikanischen Amateursports, die AFL, das Jewish Labor Committee, Politiker wie der New Yorker Bürgermeister Fiorello La Guardia und die Gouverneure der Staaten New York und Massachusetts, Al Smith und James Curley, kirchliche Kreise um die katholische Zeitschrift „Commonweal", ihr protestantisches „Gegenstück" „The Christian Century" und Sportler, so die Olympiasieger von 1932 Helen Madison und James Bausch.[19]
Zu den Berlin-Befürwortern gehörte die große Mehrheit der Deutsch-Amerikaner. Der pronazistische Amerikadeutsche Volksbund warb in einer breiten Kampagne für die Teilnahme. Doch auch Nicht-Nazis wie Dietrich Wortmann, Olympiateilnehmer für die USA im Freistilringen 1904, engagierten sich entsprechend: Der in Leipzig Geborene rief das American Olympic Fund Committee ins Leben, das Gelder zur Unterstützung der amerikanischen Olympiamannschaft einwerben sollte.[20] Der New Yorker „Aufbau",

---

17 Siehe Abgrall/Thomazeau, 1936, S.25f.; William Murray: Liberty, Equality, and the Pursuit of Fraternity, in: Krüger/Murray (Hrsg.), Nazi Olympics, S.87-112, hier S.98f.
18 Siehe Nazis „Convicted" of World „Crime" by 20,000 in Rally, in: NYT, 8.3.1934, S.1, 14.
19 Siehe hierzu und zum Folgenden Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.109-131; Large, Nazi Games, S.69-109. Der jüdische Weltsportverband Makkabi forderte keinen generellen Boykott der Spiele. Jüdischen Athleten wurde aber vom Makkabi-Präsidenten Selig Brodetsky Startverzicht empfohlen.
20 Siehe Wendy Gray/Robert Knight Barney: Devotion to Whom? German-American Loyalty on the Issue of Participation in the 1936 Olympic Games, in: Journal of Sport History (Los Angeles), 17, 1990, Nr. 2, S.214-231. Am Ende wurde die Reise der US-Olympiamannschaft, für die es keine staatlichen Mittel gab, durch Spenden von rund 350.000 $ unterstützt. Siehe Trials and Tryouts, in: Time (New York), 20.7.1936, S.50-54, hier S.53f.

eine deutschsprachige jüdische Emigrantenzeitung, warf daraufhin Wortmann vor, sich von eigenen demokratischen Prinzipien abgewandt zu haben.[21] Wortmanns Hinweise, dass die Ungleichbehandlung der schwarzen Amerikaner auch die USA eventuell nicht zur Olympiateilnahme qualifiziere, wurden jedoch im „weißen" Amerika – die Arbeiterbewegung ausgenommen – weitestgehend ignoriert.[22]

Die Regierung Roosevelt betonte, keinen Einfluss auf die Diskussion zu nehmen, und stellte der AAU die Entscheidung frei. Im Dezember 1935 sollte deren Jahrestagung in New York eine Festlegung treffen.

Im Vorfeld der Tagung bezogen verschiedene Gremien sowie Sportler Stellung. AAU-Präsident Jeremiah Mahoney riet von einer Teilnahme amerikanischer Sportler ab, wollte aber von einem förmlichen Boykottbeschluss absehen. Damit gab sich Brundage nicht zufrieden. Sollte die AAU nicht die Teilnahme in Berlin voll unterstützen, müssten die Befürworter eines Olympiastartes „eine eigene Organisation gründen, die eine Mannschaft von Amateursportlern an den Start bringen würde". Nicht die AAU, sondern das Olympische Komitee der USA sei allein bevollmächtigt, über die Teilnahme oder Nichtteilnahme amerikanischer Sportler zu entscheiden. Eine Vorabstimmung innerhalb des AAU-Exekutivkomitees ging unentschieden aus.[23] Walter Francis White, Exekutivsekretär der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), der wichtigsten Bürgerrechtsorganisation der Afroamerikaner, betonte auf einer Veranstaltung des Fair Play Committee am 3. Dezember 1935 in New York, schwarze Sportler könnten in Berlin nicht guten Gewissens an den Start gehen. Eine Teilnahme „würde allen Grundsätzen, auf denen die Olympischen Spiele beruhen, zuwiderlaufen".[24] Doch erklärten mehrere prominente Athleten, unter ihnen die Sprinter Jesse Owens und Ralph Metcalfe sowie der Hochspringer Cornelius Johnson, in Berlin anzutreten.[25] Auch die meisten afroamerikanischen Zeitungen sprachen sich nun für die Teilnahme schwarzer Sportler aus, würden

21 Siehe Eduard W. Jelenko: Weltgewissen und Olympiade, in: Aufbau (New York), 2, 1935, Nr. 1, S.1f.

22 Siehe Arnd Krüger: United States of America: The Crucial Battle, in: Krüger/Murray (Hrsg.), Nazi Olympics, S.44-69, hier S.48f.

23 Even Split in A.A.U. on Olympic Cause, in: NYT, 7.12.1935, S.6.

24 Negroes Decry Olympics. Association Urges A.A.U. to Boycott Berlin Games, in: ebenda, S.7.

25 Siehe Negro Athletes for Olympics, in: NYT, 4.12.1935, S.26.

doch deren zu erwartende Leistungen die Auffassung von der Überlegenheit der „arischen Rasse“ zunichte machen.[26]

Zugleich sah Brundage, dass sich die AAU-Tagung eventuell für die Nichtteilnahme entscheiden würde. Es gelang ihm, die Abstimmung um einen Tag hinauszuschieben. Über Nacht drängte er telegrafisch weitere Delegierte, zur Abstimmung in New York zu erscheinen. Die Befürworter einer Olympiateilnahme gewannen am 8. Dezember 1935 sehr knapp mit 58:56 gegen das Lager um Mahoney.[27] Der Pro-Berlin-Beschluss stärkte Brundages Position. Er sah sich als strikten Gegner jedweder Vermischung von Sport und Politik und leugnete auch dann den politischen Charakter entsprechender Entscheidungen, wenn dieser auf der Hand lag.

Der Beschluss blieb nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in den USA. Zwar verstummten die kritischen Stimmen keineswegs, und jüdische sowie Blätter der Arbeiterbewegung hielten an der Idee eines Berlin-Boykotts fest. Andere Stimmen betonten jedoch nunmehr, während der Olympischen Winterspiele sei „nicht das kleinste Anzeichen religiöser, politischer oder rassischer Vorurteile nach außen hin sichtbar“ gewesen, als ob diese Tatsache besonders rühmenswert sei.[28] Wie später in Berlin, so wurden auch in Garmisch-Partenkirchen alle Hinweise auf die Diskriminierung der „Nichtarier“ aus der Öffentlichkeit entfernt – jedoch nur für den Zeitpunkt der Spiele.[29]

In Amsterdam organisierte das Comité international pour le respect de l’esprit olympique zusammen mit niederländischen Künstlern im Sommer 1936 eine Ausstellung zum Thema „De olympiade onder dictatuur“ (Die Olympiade unter der Diktatur). Die Abkürzung des Ausstellungsmottos „D.O.O.D.“ entspricht dem niederländischen Wort für „Tod“ (dood). Zu den Künstlern des Ausstellerlandes, die sich daran beteiligten, gehörten der Maler Peter Alma und der Bildhauer Hildo Krop, doch auch der in die Niederlande emigrierte Deutsche Karl Schwesig. Unter den Künstlern, die Exponate entsandten, waren Max Ernst, Jacques Lipschitz und Ossip Zadkine, der in Frankreich lebende Maler Otto Freundlich, der 1943 im KZ Majdanek ermordet wurde, sowie der Fotograf Robert Capa.

---

26 Siehe David K. Wiggins: The 1936 Olympic Games in Berlin: The Response of America’s Black Press, in: Research Quarterly for Exercise and Sport (Washington, D.C.), 54, 1983, Nr. 3, S.278-292.

27 Siehe Guttman, The Games Must Go On, S.74.

28 Stellvertretend: Games at Garmisch, in: Time, 17.2.1936, S.37.

29 Siehe zu den Winterspielen Large, Nazi Games, S.110-146.

John Heartfields Fotomontage, in der Goebbels die Athleten an fünf olympischen Nasenringen hinter sich herzog, wurde zum oft nachgedruckten Motiv. Der englische Maler Christopher Nevinson porträtierte Rodins „Denker“ als von Bajonetten, Kriegsflugzeugen, Kanonen und brennenden Häusern umgeben.[30]

Die Regierung in Den Haag unter Ministerpräsident Hendrikus Colijn war verunsichert, nachdem Berlin gegen die angeblich antideutsche Ausstellung protestiert hatte. Der Amsterdamer Bürgermeister Willem de Vlugt rügte deren scharf antinazistische Stoßrichtung und entschied, dass sie nicht in öffentlichen Räumen gezeigt werden durfte. Schließlich wurde mit dem privaten Geelvinck-Museum ein geeigneter Ort gefunden. Die Exposition war ein Kontrast zu den Berliner olympischen Kunstwettbewerben, wo auch Arno Breker seine Werke präsentierte und mit einer Silbermedaille ausgezeichnet wurde. Das NS-Regime konnte auch Pierre de Coubertin für seine Zwecke gewinnen. Ihm, den im Alter finanzielle Sorgen plagten, hatte die Hitlerregierung eine Rente in Aussicht gestellt, sollte er zugunsten der Spiele in Berlin optieren. Im Mai 1936 ließ Hitler ihm tatsächlich eine „Ehrengabe“ von 10.000 Reichsmark überweisen. Zudem startete das Regime eine Kampagne, um Coubertin den Friedensnobelpreis rückwirkend für 1935 zukommen zu lassen. Diese scheiterte bekanntlich, denn Carl von Ossietzky erhielt den Preis zuerkannt. Doch ging die Rechnung der Nationalsozialisten teilweise auf: Coubertin sandte dem OK eine befürwortende Grußadresse und erklärte nach Ende der Spiele, diese seien die bislang besten gewesen. Er schloss Hitler in sein Lob ein.[31]

Die „Pariser Tageszeitung“ griff namens des deutschen Exils die „internationalen Sportführer“ an, die „sich bewusst die Augen verbunden haben“, um „der deutschen Propaganda einen Sieg“ zu bescheren.[32] Doch sei „bisher noch niemand auf den Gedanken gekommen, die Führer des modernen Sports zu Vorkämpfern des geistigen Fortschritts unserer Zeit

30 Siehe zu diesen und weiteren Motiven sowie zum Hintergrund der Ausstellung Dominik Bartmann (Red.): Die Olympiade unter der Diktatur. Rekonstruktion der Amsterdamer Kunstolympiade 1936, Berlin 1996.

31 Siehe z. B. Hans Joachim Teichler: Coubertin und das Dritte Reich. Zur Vorgeschichte eines unveröffentlichten Coubertin-Briefs an Hitler aus dem Jahre 1937, in: Sportwissenschaft (Heidelberg), 12, 1982, Nr. 1, S.18-55; Abgrall/Thomazeau, 1936, S.137-143.

32 William Atkins: Die Olympische Komödie in Berlin, in: Pariser Tageszeitung, 12.6.1936, S.2.

zu erklären."[33] Gegen das IOC war die Boykottbewegung, die zudem international nur unzureichend koordiniert worden war, chancenlos.

Gegen Hitlers Spiele (II): Die Arbeiterbewegung in der Isolation

Die internationale Arbeiterbewegung sprach in der Boykottbewegung zwar in Frankreich und den USA mit vernehmbarer Stimme, doch nur als Teil der allgemeinen Bewegung. Unter amerikanischen Sozialdemokraten, vor allem aber Kommunisten war überdies der Anteil von Neueinwanderern aus Europa sehr hoch. Sie waren oft noch recht wenig mit dem amerikanischen Milieu vertraut, und dies engte auch ihre sportpolitischen Aktivitäten ein.[34] Zudem hatte die Gegenkultur der Arbeiterbewegung auch zur Austragung von sozialdemokratischen Arbeiter-Olympiaden als Alternative zu den „bürgerlichen" Olympischen Spielen geführt. Genau dies setzte jeder selbstständigen Aktivität der Arbeitersport-Bewegung, die sich gegen „Hitlers Olympia" richtete, Grenzen, sahen doch der Linken fernstehende Sportinteressierte in deren Ablehnung von Spielen in Deutschland nur die Fortsetzung ihrer allbekannten Ablehnung Olympias.[35]
Im Frühjahr 1936 erklärten die kommunistische Rote Sportinternationale und die Sportorganisation der SAI, der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale, in einem gemeinsamen Aufruf, dass die geplanten Spiele in Berlin „über den Rahmen einer rein sportlichen Veranstaltung hinausgewachsen" seien. „Die heutigen Machthaber Deutschlands benutzen die Olympiade zu einem Propagandawerk für den Faschismus. [...] Nicht dem friedlichen Wettbewerb ertüchtigter Jugend, sondern der Kriegsvorbereitung dient der Sport in den faschistischen Staaten."[36]
Beide Organisationen warben für die Abhaltung der Arbeiter-Olympiade in Barcelona. Diese fiel jedoch dem Spanischen Bürgerkrieg zum Opfer. Ein kleineres Arbeitersportfest in Prag blieb ohne größere Resonanz. Hingegen nahmen am New Yorker World Labor Athletics Carnival einige bekannte Athleten teil, denen bei den US-Ausscheidungen nicht der

33 Manuel Humbert: Plädoyer für die Olympiade, in: ebenda, 2.8.1936, S.2.
34 Siehe Mark Naison: Lefties and Righties. The Communist Party and Sports During the Great Depression, in: Donald Spivey (Hrsg.): Sport in America. New Historical Perspectives, Westport, CT 1985, S.129-144.
35 So hatte die KP der USA 1932 eine eigene nationale Gegenveranstaltung zu den Olympischen Spielen in Los Angeles organisiert. Siehe William J. Baker: Muscular Marxism and the Chicago Counter Olympics of 1932, in: S. W. Pope (Hrsg.): The New American Sport History. Recent Approaches and Perspectives, Champaign, IL 1997, S.284-299.
36 Der Aufruf ist abgedruckt in: Jahnke, Mißbrauch, S.87f. Zitate ebendort.

Sprung in die Berliner Olympiamannschaft gelungen war, darunter die Sprinter Eulace Peacock und Ben Johnson.[37]

Kommunistische und sozialdemokratische Arbeitersportler in Deutschland versuchten, eine Reihe entsprechender Publikationen nach Berlin zu schmuggeln und zu verteilen. Unter ihnen verdient der Ringer Werner Seelenbinder, Mitglied der illegalen KPD und Olympiateilnehmer von Berlin, hervorgehoben zu werden. Er wollte im Falle eines Medaillengewinns als Zeichen des Protests bei der Siegerehrung den für deutsche Olympioniken vorgeschriebenen Hitlergruß verweigern. Seelenbinder belegte jedoch nur Platz vier im Halbschwergewichtswettbewerb (griechisch-römischer Stil), sodass ihm diese beabsichtigte politische Geste versagt blieb.[38] Erst spät wurden die Kurierdienste einer trotzkistischen Bergsteigergruppe um Käthe und Wenzel Koslecki, die solche Schriften aus Prag über die Sächsische Schweiz ins Land brachte, gewürdigt.[39] Unter diesen Schriften ist eine Olympia-Sondernummer der in Prag erscheinenden „Arbeiter-Illustrierten Zeitung" zu nennen sowie eine Tarnschrift mit dem Titel „Lernen Sie das schöne Deutschland kennen. Ein Reiseführer, unentbehrlich für jeden Besucher der Olympiade". Beide Schriften zeigten „Reiserouten", die zu Konzentrationslagern und Gefängnissen führten.[40]

All diese Publikationen sahen Hitlers zeitweiligen Triumph über die olympische Idee als gegeben an. Nun suchten sie die Spiele als gigantisches Nazi-Täuschungsmanöver bloßzustellen. Wie weit diese, unter Lebensgefahr nach Berlin gebrachten Schriften Wirkung unter den Olympiagästen zeigten, ist letztlich offen. Sie muss aber als gering veranschlagt werden. Eine Reihe von Flugschriften aus dem Ausland wurde von der Zensur abgefangen. Auch innerhalb Berlins an die Olympiakämpfer aufgegebene Schriften erreichten ihr Ziel nur selten, da der Postverkehr im

---

37 Siehe Edward S. Shapiro: The World Labor Athletics Carnival of 1936, in: American Jewish History (Baltimore, MD), 74, 1985, Nr. 3, S.255-273.

38 Siehe zu Seelenbinder, der 1944 als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde, Karl Heinz Jahnke: Ermordet und ausgelöscht. Zwölf deutsche Antifaschisten, Freiburg/Breisgau 1995, S.106-114.

39 Siehe Barbara Weinhold: Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus, Köln 2004. Die Gruppe schmuggelte auch KPD-Material nach Deutschland.

40 AIZ. Das Illustrierte Volksblatt (Prag), 1.6.1936: Führer durch das Land der Olympiade (Sondernummer). Siehe auch Jahnke, Mißbrauch, S.103-105; Margot Pikarski/Günther Uebel (Red.): Der antifaschistische Widerstand der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933-1945, Berlin 1978, Beilage III.

Olympischen Dorf kontrolliert wurde.[41] Doch trotz der Kontrolle bekamen einige Berliner Familien, die Olympiagäste beherbergten, diese Flugschriften zugestellt.[42] Laut einer Gestapo-Meldung erhielt die dänische Olympiamannschaft Flugblätter sowie einen „Wegweiser für die Olympiade" – gemeint war offenbar die „AIZ"-Sondernummer – zugesteckt.[43]

Die Nichtteilnahme von Sportlern – freiwillig und erzwungen

Um ihre vorgebliche Treue zu den olympischen Prinzipien zu demonstrieren, behauptete die Nazi-Sportführung, dem Start deutscher Juden in Berlin und Garmisch-Partenkirchen stünde bei entsprechendem Leistungsnachweis nichts im Wege. In Wahrheit aber durften Juden sukzessive ab Frühjahr 1933 mit „arischen" Sportlern gar nicht mehr trainieren und mussten aus den allgemeinen Sportverbänden ausscheiden. Zwar hatten die Gründung des Reichsausschusses jüdischer Sportverbände und der am 5. Oktober 1934 veröffentlichte Erlass staatlich verbriefter Richtlinien zur Sportausübung für Juden das trügerische Gefühl einer neuen Sicherheit vermittelt. Doch zeigte sich, dass die speziellen jüdischen Vereine, denen deutsche Juden allein noch angehören durften, materiell so schlecht ausgestattet waren, dass von einer Chancengleichheit mit anderen Sportlern keine Rede sein konnte.[44] Ebenso erwies sich das Versprechen der Reichssportführung vom Juni 1934, zuerst fünf, dann sogar einundzwanzig jüdische Sportler zu Olympialehrgängen einzuladen, als bloßes Täuschungsmanöver gegenüber der Weltöffentlichkeit.[45]
Die deutsche Sportführung ließ als Alibi bei den Winter- und Sommerspielen jeweils nur einen Sportler bzw. eine Sportlerin in der deutschen Mannschaft zu, die als „Halbjuden" nicht den eigentlichen Auswahlkriterien des Hitlerregimes entsprachen: den Eishockeyspieler Rudi Ball sowie die Fechterin Helene Mayer, eines der Sportidole ihrer Zeit. Sie, die am Mills College in Kalifornien studierte, kam nach Berlin und sagte, es sei für sie eine Ehre, für Deutschland zu fechten. Sie gewann im Florettwettbewerb die Silbermedaille und zeigte bei der Siegerehrung im Olympia-

41 Siehe Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.194, 199f.
42 Siehe Jahnke, Mißbrauch, S.63.
43 Siehe ebenda, S.54.
44 Siehe Hajo Bernett: Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1938, Köln 1978, bes. S.16-37.
45 Siehe Jewish Athletes Named, in: NYT, 9.6.1934, S.10; Jews Propose 21 for German Team, in: ebenda, 19.6.1934, S.26; Seeks Acceptance of Olympic Bid, in: ebenda, 22.6.1934, S.26.

stadion den „Hitlergruß“, wohl auch, um ihre noch in Deutschland lebenden Verwandten zu schützen, die unter den „Rassengesetzen“ litten.[46] Aus Protest gegen die antisemitische Politik des „Dritten Reiches“ entschieden sich nicht nur „einzelne Juden“, wie es lange hieß, sondern eine große Zahl jüdischer Sportlerinnen und Sportler dafür, nicht in Berlin zu starten.[47] Unter ihnen waren die amerikanischen Sprinter und Hürdensprinter Milton Green, Herman Neugass und Norman Lee Cahners (später ein bekannter Verleger), die Diskuswerferin Lilian Copeland, Olympiasiegerin von 1932, die Sprinterinnen Sybil („Syd“) Koff und Sybil Cooper, der Boxer Louis Gevinson und die Basketballer Jules Bender, Benjamin Kramer, Leo Merson und William Schwartz. Auch die kanadischen Boxer Yisrael („Sammy“) Luftspring und Norman Jack verzichteten auf einen Start in Berlin wie auch das gesamte kanadische Wasserball-Team, dem Juden und Nichtjuden angehörten. Der Mittelstreckler Fred Feuermann (später Feran) aus der Tschechoslowakei, sein Landsmann, der Marathonläufer Oskar Hekš (Mitorganisator der ausgefallenen Arbeiter-Olympiade in Barcelona), der Fechter Albert Wolff aus Frankreich, die Boxer Harry Cohen aus Australien und Ben Bril aus den Niederlanden, die Schwimmerinnen Judith Deutsch, Ruth Langer und Lucie Goldner aus Österreich sowie der Ringer Abraham Kurland und der Fechter Ivan Osiier aus Dänemark erklärten gleichfalls ihren Verzicht.
Auch Charlotte Epstein, die von 1920 bis 1928 die US-Schwimmerinnen betreut hatte, verzichtete auf die Teilnahme in Berlin. Schließlich zog die gesamte Mannschaft des britischen Mandatsgebietes Palästina ihre Zusage zur Teilnahme zurück. Zuvor bereits hatten sich die Bobsportler Philippe de Rothschild und Jean Rheims aus Frankreich entschieden, bei den Winterspielen nicht zu starten. Doch auch nichtjüdische Sportler verzichteten auf die Teilnahme in Garmisch-Partenkirchen und Berlin: hier das französische Eiskunstläuferpaar Andrée und Pierre Brunet, Olympiasieger von 1928 und 1932, die Eisschnellläufer und Olympiasieger John Shea aus den USA und Bernt Evensen aus Norwegen, dort die niederlän-

46 Siehe Milly Mogulof: Foiled. Hitler's Jewish Olympian. The Helene Mayer Story, Oakland, CA 2002, S.167f., 176. Der „Hitlergruß“ war für deutsche Medaillengewinner vorgeschrieben. Helene Mayer, die keine jüdische Erziehung erhalten hatte, wurde in der jüdischen Presse teilweise den Juden zugerechnet. Siehe z. B. Jüdische Olympiasieger, in: Jüdische Revue (Mukačevo), 8, 1936, Nr. 8, S.62f., hier S.63.
47 So noch Krüger, „Wenn die Olympiade vorbei“, S.342. Siehe auch Large, Nazi Games, S.106f.

dische Weltrekord-Sprinterin Tollien Schuurman.[48] All diese öffentlich bekundeten Ablehnungen eines Olympiastarts in Berlin, so ehrenvoll sie in jedem einzelnen Fall waren, konnten indes weder das IOC noch gar die NS-Sportführer beeindrucken.

Ebenso wenig war das IOC trotz früherer Nachfragen bereit, gegen die Startverweigerung für jüdische Sportler in der deutschen Olympiamannschaft zu intervenieren. Gegen ihren Willen wurden so der Sprinter Werner Schattmann, der Mittelstreckler Franz Orgler, der Gewichtheber Max Seeligmann und zuletzt die Hochspringerin Gretel Bergmann vom Start in Berlin ausgeschlossen.[49] Gretel Bergmanns Streichung aus der Mannschaft gab die Reichssportführung erst unmittelbar vor Beginn der Spiele bekannt, was im allgemeinen „Pressetrubel" unterging und in der internationalen Öffentlichkeit keine Beachtung mehr fand.[50]

Nur Spiele der Nazis?

Wäre ein Boykott der Olympischen Spiele 1936 politisch sinnvoll gewesen? Darüber gehen die Meinungen noch immer auseinander. Natürlich hätte ein Boykott besonders durch die USA einen erheblichen Prestige-

48 Siehe Jahnke, Mißbrauch, S.30f.; Allan Guttman/Heather Kestner/George Eisen: Jewish Athletes and the „Nazi Olympics", in: Kay Schaffer/Sidonie Smith (Hrsg.): The Olympics at the Millenium. Power, Politics, and the Games, New Brunswick 2000, S.51-62; Susan D. Bachrach: The Nazi Olympics. Berlin 1936, Boston-New York-London 2000, S.61-70; Steve Lipman: The Olympics and the Holocaust, in: The Jewish Week, Internet Edition, 13.8.2004, www.jewishfederations.org/page.aspx?id=70615 (gesehen am 20.3.2010) sowie die im Internet publizierten Nachrufe auf die Sportler.

49 Siehe u. a. Richard Mandell: The Nazi Olympics, New York 1971, S.77f.; detailliert Hans Joachim Teichler: Der Ausschluß der deutschen Juden von den Olympischen Spielen 1936, in: Manfred Lämmert (Hrsg.): Die jüdische Turn- und Sportbewegung in Deutschland, St. Augustin 1989, S.45-64; Volker Boch: Berlin 1936. Die Olympischen Spiele 1936 unter Berücksichtigung des jüdischen Sports, Konstanz 2002; Berno Bahro/Jutta Braun: Berlin '36. Das Buch zum Film, Berlin 2009 (zu Gretel Bergmann). Siehe als wichtige zeitgenössische Quelle, die den Ausschluss der Juden aus der deutschen Sportbewegung ab 1933 dokumentiert, die anonym erschienene, von Lily Korpus verfasste Arbeit: Der gelbe Fleck. Die Ausrottung von 500.000 deutschen Juden, mit einem Vorwort von Lion Feuchtwanger, Paris 1936, hierzu S.187-195.

50 Siehe Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.129. Die USA zogen, offiziell aus Leistungsgründen, zwei bereits nominierte jüdische Leichtathleten zurück, die Sprinter Marty Glickman und Sam Stoller. Siehe z. B. William J. Baker: Jesse Owens. An American Life, New York-London 1986, S.102-106. In seiner Autobiographie macht Glickman einen kaum verborgenen Antisemitismus unter amerikanischen Trainern und Offiziellen aus. Siehe ders.: The Fastest Kid on the Block, New York 1996, S.17-35.

verlust für das Hitler-Regime bedeutet und es als Paria erscheinen lassen. Der Verfasser dieser Zeilen meint jedoch, dass ein Boykott die Politik des NS-Regimes in keiner Weise beeinflussen, jedenfalls nicht hätte „mildern“ können.[51] Den Schaden hätten vor allem die Sportler gehabt. Notwendig wäre vielmehr die rechtzeitige Verlegung der Spiele gewesen. Dass es nicht dazu kam, war den Spitzenfunktionären des IOC, doch auch USOC-Präsident Avery Brundage geschuldet. Sie alle ließ die Politik der Nazi-Führung letztlich kalt. Karl Heinz Jahnke schrieb vom „Wohlwollen der Mehrheit der Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees gegenüber der Politik des Hitlerregimes“, Hans Joachim Teichler sogar von einer „faschistischen Epoche des IOC.“[52]

Die These vom Missbrauch der Olympischen Spiele durch die Nationalsozialisten darf, so Teichler, nicht die Tatsache verdecken, dass maßgebliche internationale Sportführer nur allzu gern bereit waren, diesen Missbrauch zu tolerieren oder zu unterstützen. Als Gegenleistung bekamen sie, in Krügers Worten, „die bestorganisierten, propagandistisch am besten vorbereiteten und bestbesuchten Olympischen Spiele, die es bis dahin gegeben hatte.“[53] In der „ersten großen internationalen Show der Nazis“ wurden aber die olympischen Ideale zur Farce.[54] Hitler „stahl“, so Walters, den olympischen Traum.[55]

Doch waren diese Spiele nur Spiele im Sinne der faschistischen Machthaber? Nimmt man den propagandistischen Erfolg als Maßstab, trifft dies weitgehend, doch keineswegs gänzlich zu. Zwar ließen sich viele Besucher von der monumentalen Inszenierung beeindrucken. Zudem taten die Organisatoren alles, um Missklänge zu vermeiden. Staats- und Parteistellen wiesen ihre Mitarbeiter an, gegenüber den Gästen – auch wenn diese als „Nichtarier“ zu erkennen waren – äußerste Höflichkeit zu zeigen. „Wir wollen in diesen Wochen der Olympiade dem Ausland beweisen, daß es eine Lüge ist, wenn dort immer wieder behauptet wird, daß in Deutschland Judenverfolgungen an der Tagesordnung sind,“ hieß es in

51 Die Abhaltung der Spiele gewährte dagegen den deutschen Juden, speziell ihrer Sportbewegung, eine „Schonfrist“, da im Vorfeld die schlimmsten Repressionen zeitweilig ausgesetzt oder abgeschwächt wurden. Siehe Bernett, Der jüdische Sport, S.86-89, 103f.

52 Jahnke, Mißbrauch, S.49; Hans Joachim Teichler: Die faschistische Epoche des IOC, in: Historical Social Research (Köln), 32, 2007, Nr. 1, S.14-42.

53 Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.227.

54 Large, Nazi Games, S.12.

55 Guy Walters: Berlin Games. How Hitler Stole the Olympic Dream, New York 2006.

einem Rundschreiben der Obersten SA-Führung vom 22. Juli 1936.[56] Das Hetzblatt „Der Stürmer“ wurde zeitweise nicht in Berlin vertrieben. Außerhalb Berlins aber wurde „der tagtägliche Kleinkrieg gegen die Juden“, so die „Deutschland-Berichte“ der Exil-SPD, „keinen Augenblick vermindert oder gar eingestellt“.[57]

Es gelang den Hitlergegnern nur selten, den Besuchern der Spiele den wahren Charakter des Regimes deutlich zu machen, und dies trug zum Bild der Nazi-Olympiade gewiss mit bei. Viele Touristen unterließen den Blick hinter die glänzende Fassade. Unter den Deutschen überdeckte das sehr erfolgreiche Abschneiden „ihrer“ Mannschaft, die 33 Goldmedaillen (gegenüber 24 der USA) gewann, die politischen Probleme. Auch blieb der Öffentlichkeit die Einrichtung eines „Sammellagers“ in Marzahn verborgen, in das vor den Spielen die Berliner Sinti und Roma „verbracht“ worden waren.[58] Noch während der Spiele wurde das Konzentrationslager Sachsenhausen errichtet. Zugleich machten sich die Legion Condor und das italienische Corpo Truppe Volontarie auf den Weg nach Spanien, um Franco zu unterstützen. Der sozialdemokratische „Neue Vorwärts“ schrieb vom nur scheinbaren olympischen Frieden. Dieser sei ein „Burgfrieden der Betrogenen“ und lasse Hitler hinter den Kulissen freie Hand für seine Aggressionspolitik.[59]

Erfasst aber das Wort von den Spielen der Nazis, so zutreffend es ist, die Wirklichkeit ganz? Hier sind Fragen erlaubt, und dies nicht nur, weil die Außenwirkung der offiziellen Propaganda trotz aller Anstrengungen begrenzt blieb. Die ausländische und zumal die US-amerikanische Presse blieb während der Spiele in ihrer Berichterstattung oftmals bemerkenswert kritisch gegenüber dem Regime eingestellt.[60] Zwischen den Olym-

---

56 Hier zit. nach: Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.198. Der afroamerikanische Historiker W.E.B. Du Bois weilte zur Zeit der Spiele zu einem Forschungsaufenthalt in Deutschland. Ihm, der fließend deutsch sprach, schien es, „dass die meisten Deutschen sich in der Öffentlichkeit gegenüber einem wohlerzogenen Herrn anderer Hautfarbe weit korrekter verhielten als weiße Amerikaner.“ David Levering Lewis: W.E.B. Du Bois, Bd. 2, New York 2000, S.398.

57 Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, 3. Jg., 1936, Frankfurt/Main 1982, S.973.

58 Siehe Wolfgang Wippermann/Ute Brucker-Boroujerdi: Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin III. Das „Zigeunerlager“ Marzahn, in: Berlin-Forschungen II, Berlin 1987, S.189-201.

59 Der Burgfrieden der Betrogenen, in: Neuer Vorwärts (Prag), 26.7.1936, S.1.

60 Siehe Krüger, Die Olympischen Spiele 1936, S.142-151, 202-206; Deborah Lipstadt: Beyond Belief. The American Press and the Coming of the Holocaust, New York-

piateilnehmern verschiedenster Nationen entstanden zudem Sportfreundschaften, so zwischen Jesse Owens und Lutz Long, seinem Leipziger Rivalen im Weitsprung. Dies schon vertrug sich nicht mit der Ideologie der NSDAP.

In historischer Perspektive ist aber noch wichtiger, dass jüdische und afroamerikanische Sportler diesen Spielen ihren Stempel aufdrückten. Auch dies konnte nicht im Sinn des Hitler-Regimes liegen. Die Erfolge der Sportler hatten unterschiedliche Auswirkungen auf die Gemeinschaften, denen sie angehörten, auch wegen unterschiedlicher Strategien jüdischer und afroamerikanischer Akteure bezüglich der gesellschaftlichen Funktion des Sports. Unter den Juden bestand die wichtigste Funktion in der Bekräftigung eines positiven Selbstbildes angesichts des Stereotyps vom „schwachen" Juden und des dramatisch wachsenden Antisemitismus. Afroamerikanern ging es vor allem darum, durch sportliche Erfolge ihren Status in der US-Gesellschaft zu verbessern – eine Frage, die auch für Juden stand, doch nicht mehr in Deutschland.

Nicht weniger als neun Jüdinnen und Juden wurden in Berlin Olympiasieger; dies war der zweitbeste Wert nach Amsterdam 1928 mit elf Siegern. Besonders im Fechten waren sie erfolgreich. Im Damenwettbewerb (Florett) waren mit Ilona Elek aus Ungarn, der Deutschen Helene Mayer und der Österreicherin Ellen Preis alle Medaillengewinnerinnen ganz oder teilweise jüdischer Herkunft. Endre Kabos gewann Gold mit dem Säbel im Einzelwettbewerb und gehörte auch zur siegreichen ungarischen Säbelmannschaft.

Jüdische Olympiasieger waren für Ungarn auch die Hochspringerin Ibolya Csák, die Wasserballer György Bródy und Miklos Sárkány sowie die Ringer Károly Kárpáti im freien und Marton Lörincz im klassischen Stil. Der Gewichtheber Robert Fein wurde für Österreich Olympiasieger. Der Basketballer Samuel Balter gehörte zum siegreichen US-Team. Im Spitzenfeld der Wettbewerbe fanden sich weitere jüdische Olympiateilnehmer: Jadwiga Wajs aus Polen gewann Silber mit dem Diskus, der Österreicher Viktor Kalisch und der Kanadier Irving Maretzky gewannen im

---

London 1986, S.63-85; Ewald Grothe: Die Olympischen Spiele von 1936 – Höhepunkt der NS-Propaganda?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (Seelze), 59, 2008, Nr. 5/6, S.291-307. Zum Presseecho des Auslands und dessen Beobachtung durch die Nationalsozialisten siehe Jürgen Bellers (Hrsg.): Die Olympiade Berlin 1936 im Spiegel der ausländischen Presse, Münster 1986; Hans Joachim Teichler: Internationale Sportpolitik im Dritten Reich, Schorndorf 1991, S.163-184. Deutsche durften mit ausländischen Journalisten ohne Genehmigung des OK nicht sprechen.

Kanusport bzw. im Basketball Silbermedaillen, Árpád Lengyel holte mit der ungarischen Schwimmstaffel (4x200 Meter Freistil), Gérard Blitz mit der belgischen Wasserball-Mannschaft Bronze.[61]
Es war jedoch Besuchern der Spiele wie auch anderen Sportlern kaum bewusst, wie viele Juden sich unter den Medaillengewinnern befanden, und die Erfolge jüdischer Sportler waren deshalb vor allem eine Sache der „Binnenwahrnehmung".[62]
Im Unterschied zu Juden waren afroamerikanische Sportler stets als solche zu erkennen. Für sie bedeuteten die Spiele den Durchbruch in der internationalen Wahrnehmung. Dies galt besonders für die Leichtathletik-Olympiasieger Jesse Owens und Ralph Metcalfe im Sprint und Weitsprung, Cornelius Johnson im Hochsprung sowie Archie Williams und John Woodruff über 400 und 800 Meter.
Jesse Owens, der Held der Spiele, wurde vom deutschen Publikum gefeiert. Seine herausragenden Leistungen, mit denen der Sprinter und Weitspringer vier Goldmedaillen gewann, sowie seine Erscheinung führten das Bild der Nazi-Propaganda vom „arischen" Schönheitsideal ad absurdum. „Hitler erhob die arische Vorherrschaft zum Gesetz", berichtete die „Washington Post" aus Berlin, „doch Jesse Owens entlarvt ihn mehr und mehr als Lügner."[63] Die erstrebte Inszenierung „nordischer" Schönheit als Ausdruck von Macht im Sinne der Nationalsozialisten gelangte durch Owens' sportliche Dominanz an ihre Grenzen, woraufhin sich Leni Riefenstahl nicht scheute, den „schwarzen Körper" für ihre mit filmischen Mitteln betriebene Propaganda zu nutzen.
Matthew („Mack") Robinson, Zweiter im 200-Meter-Lauf, David Albritton, Zweiter im Hochsprung, sowie James Lu Valle und Frederick Pollard, Bronzemedaillengewinner über 400 Meter und 400 Meter Hürden, trugen sich gleichfalls in die olympische Chronik ein. Dies gelang auch dem Boxer Jack Wilson mit Silber im Bantamgewicht. Insgesamt gewannen zehn von neunzehn afroamerikanischen Startern vierzehn Medaillen,

61 Siehe Taylor, Jews and the Olympic Games, S.106f. (plus Ergänzungen).
62 Siehe hierzu allgemein Gideon Reuveni/Michael Brenner (Hrsg.): Emanzipation durch Muskelkraft. Juden und Sport in Europa, Göttingen 2006. Die Berliner Spiele werden jedoch nicht speziell behandelt.
63 Im Englischen ist dies ein Wortspiel: „Hitler declared Aryan supremacy by degree... but Jesse Owens is proving him a liar by decree." Shirley Povich: This Morning..., in: Washington Post, 5.8.1938, S.18.

darunter acht goldene.[64] Hinzu kam der afrokanadische Arzt Dr. Philip Edwards, der über 800 Meter die letzte seiner fünf (!) Bronzemedaillen holte.

Die Erfolge der afroamerikanischen Olympioniken wie des Boxers Joe Louis trugen mit dazu bei, die Rassen-„Theorien" nicht nur in Deutschland zu erschüttern. Es waren soziale Gründe, nicht unterstellte „negroide" Merkmale, die Afroamerikaner zu solchen Höchstleistungen motivieren.[65] Ihre Konzentration auf die Leichtathletik begründeten zeitgenössische Arbeiten zu Recht mit dem relativ geringen finanziellen Aufwand.[66]

„Es war gewiss ein besonderes Gefühl, als Schwarzer eine Goldmedaille zu gewinnen", sagte John Woodruff Jahrzehnte danach. „Doch ich kann mich nicht erinnern, dass sich uns nach den Olympiasiegen irgendwelche Türen öffneten."[67] Selbst für Olympiasieger war es schwierig, von der herrschenden Gesellschaft akzeptiert zu werden. Afroamerikanische Kommentatoren sahen im Lob „weißer" Medien ein nur vorübergehendes Zeichen der Anerkennung. Deshalb müssten Afroamerikaner beweisen, dass sie nicht nur im Stadion konkurrenzfähig seien. Schwarze Leser sollten wissen, dass ihre Sportler außerhalb der USA große Anerkennung erfahren hätten.[68]

Die Erfolge der Sportler hatten unleugbar positive Auswirkungen auf das Selbstbewusstsein der Afroamerikaner, wurde ihnen doch mehr und mehr bewusst, dass sie sich ihrer Herkunft nicht zu schämen brauchten.[69] Damit aber legten schwarze Sportler und ebenso Musiker wie Louis Armstrong und Duke Ellington auch den Grundstein dafür, dass die folgende

---

64 1924 hatten Afroamerikaner drei, 1928 keine und 1932 fünf Medaillen gewonnen. Siehe Ashe, Hard Road to Glory, S.69.

65 Siehe David K. Wiggins: „Great Speed But Little Stamina". The Historical Debate over Black Athletic Superiority, in: Pope (Hrsg.), The New American Sport History, S.312-338.

66 Siehe z. B. Maurice R. Davie: Negroes in American Society, New York-Toronto-London 1949, S.380.

67 So in einem Film des US Holocaust Museums: The Nazi Olympics – Berlin 1936: The African-American Athletes, Transkript unter: www.ushmm.org/museum/exhibit/online/olympics/videos/?content=aamerican (gesehen am 11.4.2010).

68 In der Berichterstattung der afroamerikanischen (und linken) Presse aus Berlin nahm die Tatsache, dass schwarze Sportler dort gefeiert worden, während sie im Süden der USA keine gemeinsamen Wettkämpfe mit Weißen austragen konnten, breiten Raum ein. Siehe Wiggins, The 1936 Olympic Games, S.290.

69 Diese Feststellung stützt sich nicht zuletzt auf entsprechende Ergebnisse der großen soziologischen Studie von Gunnar Myrdal: An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy, New York-London 1944, hierzu S.734 mit ausdrücklichem Bezug auf Jesse Owens.

Generation den entscheidenden Schritt weiter ging und es nicht beim symbolischen Erfolg beließ.[70] Gesellschaftliche Anerkennung sollte nicht nur an überragende Einzelleistung gebunden sein, sondern kollektives Handeln sollte gleiche Rechte im eigenen Land erzwingen. Im turbulenten Jahr 1968 machten schwarze Sportler und Musiker den Protest gegen die faktisch noch weitgehend verweigerte Gleichberechtigung sicht- und hörbar. Damit waren sie ein wichtiger Teil der Bürgerrechtsbewegung, die nach einem schweren Kampf die politische Gleichberechtigung der Afroamerikaner schließlich durchsetzte – so sehr ihre indirekte soziale Benachteiligung ein noch immer ungelöstes Problem ist.

Der bedeutende Beitrag, den Afroamerikaner zur Kultur, zum Sport und allgemein zum Leben ihres Landes leisteten, wurde 1976 augenfällig anerkannt. Damals erhob der US-Kongress den bislang als private Initiative bestehenden *Black History Month* in den Rang eines öffentlichen Gedenkmonats. Entscheidenden Anteil daran hatte ein Abgeordneter, der für die Demokratische Partei den Staat Illinois im Repräsentantenhaus vertrat. Es war der Olympiasieger von Berlin, Ralph Metcalfe.

Die Berliner Spiele standen – lange bevor der erste Startschuss fiel – im Spannungsfeld von Sport und Politik. Sie bleiben verbunden mit einer beispiellosen Instrumentalisierung durch ein rassistisches Regime, mit der unterstützenden Rolle internationaler Sportführer, mit der gescheiterten Boykottbewegung und mit dem Nicht-Antreten vieler jüdischer Athleten. All dies macht die Sommerspiele von 1936 – wenngleich in keineswegs mustergültiger Weise – einzigartig.

Diese Spiele waren unstreitig Spiele der Nazis. Doch sie waren mehr als das, denn sie zeugten auch vom Leistungsvermögen sogar des dezimierten jüdischen Sports. Vor allem aber wurden sie zum Markstein im Kollektivbewusstsein der Afroamerikaner. Sie zeigten diese der Welt als Gewinner, nicht mehr in der ihnen zugedachten Rolle des Verlierers. Damit aber wurden die Berliner Spiele, und dies ganz gegen den Willen ihrer Ausrichter, zu einem „Sprungbrett“ für eine Minorität auf deren langem Weg der gesellschaftlichen Emanzipation.

70 Diese objektive Rolle der Sportler und Musiker gilt unabhängig von der Tatsache, dass z. B. Owens an der Bürgerrechtsbewegung (bis 1972) keinen Anteil nahm.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der Errichtung des Hitler-Regimes (Januar bis Mai 1933)

Günter Rosenfeld

Die Beziehungen zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion 1933 bis 1941 haben immer wieder das Interesse der Historiker hervorgerufen, spielten sie doch in der Mächtekonstellation vor dem Zweiten Weltkrieg eine herausragende Rolle.[1] Als spektakulär erwiesen sich dabei Untersuchungen über das Verhältnis der beiden Diktatoren Hitler und Stalin, besonders nachdem durch das Ende des Sowjetsystems der Zugang zu bisher verschlossenen Archiven, darunter auch zum ehemaligen Geheimarchiv Stalins (dem heutigen Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation), ermöglicht wurde.[2] Das aktuelle Interesse für diese Thematik wird durch die Vorbereitung einer von der Deutsch-Russischen Historikerkommission geförderten, umfangreichen Dokumentenpublikation bestätigt, die von Sergej Slutsch (Moskau) und Carola Tischler (Berlin) besorgt wird.[3] In jüngster Zeit hat die Geschichtsschreibung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen dieser Periode durch die Erforschung der Geschichte der Komintern und ihrer Manipulation durch Stalin neue Akzente gesetzt.[4] Allerdings darf die unterschiedliche Aufgabenstellung, die die Komintern und die sowjetische Außenpolitik besaßen, nicht übersehen werden, auch wenn die Komintern, besonders unter Stalin, für die Verfolgung außenpolitischer Ziele der UdSSR genutzt wurde.[5]

---

1 Siehe hierzu als neueste Darstellung mit der dort angegebenen Literatur: Bernd Bonveč (Bonwetsch)/Sergej Kudrjaščov: Sovetskij Sojuz, Stalin i Germanija v 1933-1941 gg. Dokumenty iz Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii [Die Sowjetunion, Stalin und Deutschland 1933-1941. Dokumente aus dem Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation], in: SSSR-Germanija: 1933-1941 [UdSSR-Deutschland: 1933-1941], Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii, Moskau 2009, S.13-41.

2 Siehe Sergej Slutsch: Stalin und Hitler 1933-1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.): Stalin und die Deutschen, München 2006, S.59-88; Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002; Richard Overy: Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland, München 2004.

3 Der Verfasser dankt Dr. Carola Tischler für die freundliche Hilfe bei der Publikation dieser Studie.

4 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus 1930-1941, in: Osteuropa, 2009, H. 7-8, S.125-148.

5 Insofern erscheint das Urteil Bayerleins problematisch, wenn er hinsichtlich der Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur schreibt: „Auf die für die internationale Arbeiterbe-

Die Forschung hat bestätigt, dass die Machtergreifung der Hitlerfaschisten nicht nur eine entscheidende Zäsur in der deutschen Geschichte bedeutete, sondern auch den weiteren weltgeschichtlichen Verlauf wesentlich bestimmte. In der vorliegenden Studie wird daher die Veränderung im Klima der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der Errichtung des Hitlerregimes detailliert untersucht.

Hitler an der Macht – Wohin steuert Deutschland?

Sowohl im Kreml als auch unter den verantwortlichen Männern des Auswärtigen Amtes, die bisher im Sinne der Verträge von Rapallo und Berlin die deutsche „Russlandpolitik" mitgestaltet hatten, erfasste man nicht sofort die Tatsache, dass die Machterringung Hitlers und seiner Partei eine grundsätzliche Veränderung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion herbeiführen werde. Allerdings hatte man sich in den sowjetischen Führungskreisen schon bald nach dem Erscheinen von Hitlers Buch „Mein Kampf" mit dessen Inhalt vertraut gemacht und zeigte sich nach der Errichtung der Hitlerdiktatur beunruhigt. Aleksandra Michajlovna Kollontaj, seit Juli 1930 sowjetische Gesandtin in Stockholm, berichtet von einem Gespräch mit Stalin im Januar 1931, in dem dieser sich nach der Reaktion erkundigte, die Hitlers Buch in Schweden gefunden hatte. „Moskaus Parteimitglieder lesen und erörtern mit Besorgnis ‚Mein Kampf', sehr viele haben mich gebeten, ihnen das Buch zu schicken. In Moskau schenkt man Hitler und dem Nazismus ein weit größeres Augenmerk als im Ausland", notierte Kollontaj weiter.[6] Auch der Inhalt der in der Literatur vielfach erörterten Rede, die Hitler am 3. Februar 1933 vor den führenden Generälen der Reichswehr hielt, gelangte in seinen wesentlichen Teilen sehr bald in den Kreml. Hitler legte seinen Zuhörern in dieser Rede mit erstaunlicher Offenheit noch einmal seine schon in „Mein Kampf" sowie in seinem unveröffentlichten „Zweiten Buch" von 1928 dargelegte Programmatik dar, die auf die Vorberei-

wegung vermutlich folgenreichste Zäsur in der Geschichte antwortete die Sowjetunion keineswegs mit einem Bruch, der eine immense nicht nur symbolische Bedeutung gehabt haben könnte, ja nicht einmal mit Protesten, sondern hielt weiterhin an guten Beziehungen mit Deutschland fest." (Ebenda, S.134). Hier werden das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion und die Furcht, die auch Stalin vor den Eroberungsplänen Hitlers besaß, unterschätzt.

6 A. M. Kollontaj: Diplomatičeskie dnevniki 1922-1940, t. 2, Moskva 2001, S.18, deutsch: Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945, hrsg. von Heinz Deutschland, Berlin 2003, S.293.

tung eines Angriffskrieges zur Eroberung von „Lebensraum“ im Osten abzielte.[7]

Dennoch wäre es falsch zu sagen, dass die Machtübernahme Hitlers im Kreml sofort Alarmstimmung ausgelöst hätte. In den Sitzungen des Politbüros nahm Deutschland nach dem Januar 1933 keineswegs einen vorrangigen, wenn nicht sogar eher einen verminderten Platz ein.[8] Allerdings ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der Alleinherrschaft Stalins das Politbüro in seiner Gesamtheit immer weniger eine Rolle spielte, und schon gar nicht in der Außenpolitik. Offenbar war auch Stalin nicht frei von der Illusion, dass sich in Deutschland auch unter Hitler außenpolitische Vernunft durchsetzen werde. Jedenfalls verhielt er sich abwartend. Er war wohl erst nach der Niederwerfung der Röhm-Opposition durch Hitler im Juni 1934 davon überzeugt, dass die Herrschaft Hitlers dauerhaft sein wird.[9] Hinzu kam, dass man in Moskau die Wunschvorstellung hegte, dass „ein revolutionärer Aufschwung in Deutschland, ungeachtet des faschistischen Terrors, unausweichlich anwachsen“ werde.[10] Erst auf ihrem VII. Weltkongress im Sommer 1935 gelangte die Komintern zu einer realistischen, wenn auch noch unvollkommenen Einschätzung des Wesens der in Deutschland entstandenen faschistischen Diktatur.

---

7 Die Übermittlung des Inhalts der Rede nach Moskau, und zwar an Iosif Aronovič Pjatnickij (1882-1938, von 1921 bis 1935 Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern), erfolgte durch den Nachrichtendienst der KPD, der die Inhaltsangabe von Helga, einer der beiden Töchter des Generals von Hammerstein-Equord, des damaligen Chefs der Heeresleitung, erhalten hatte. In dessen Wohnung hatte die Zusammenkunft stattgefunden. Siehe Andreas Wirsching: „Man kann nur Boden germanisieren.“ Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2001, H. 3, S.517-550.

8 G. Bordjugov, der die Sitzungen des Politbüros in diesem Zeitabschnitt untersuchte, vermerkt, dass in den Jahren 1933/34 die Erörterung gesamteuropäischer Probleme zurückging und dass Deutschland auf der Tagesordnung der Sitzungen ebenso häufig vertreten war wie Italien und Polen. Siehe Gennadij Bordjugov: Die Machtergreifung Hitlers: Dominanten außenpolitischer Entscheidungen des Stalin-Regimes 1933-1934, in: Ludmila Thomas/Viktor Knoll (Hrsg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917-1941, Stuttgart 2000, S.376.

9 Siehe Slutsch, Stalin und Hitler, S.61.

10 So in einem Resolutionsentwurf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, der von I. A. Pjatnickij am 29.3.1933 Stalin übersandt wurde. Text in: SSSR-Germanija, S.55-60; siehe hierzu auch Klaus Kinner/Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933 bis 1939), Berlin 2005, S.33.

„Vor der Machtübernahme durch die ‚Nazis'", so äußerte sich Maksim Maksimovič Litvinov[11] rückblickend im Juni 1934, „hielten wir es für möglich, dass sie sich zu gegebener Zeit von ihrem außenpolitischen Programm lossagen und hinsichtlich der UdSSR die Politik der früheren deutschen Regierungen fortsetzen würden. Und wir hielten selbst die Zusammenarbeit mit ihnen auf denselben Grundlagen wie früher für möglich. Leider war jedoch die Machtübernahme durch die ‚Nazis' von einer ganzen Reihe von Taten begleitet, die sehr bald zeigten, dass sie entschlossen waren, das in dem Buche Hitlers verkündete Programm zu verwirklichen."[12] In der Tat sollte sich in Moskau erst allmählich die Erkenntnis durchsetzen, dass die Errichtung des Naziregimes zugleich den radikalen Bruch mit der bisherigen deutschen Rapallo-Politik bedeutete.[13]

Um die Weiterführung der Rapallo-Politik – Illusionen und Realitäten

Die von Litvinov genannten Illusionen, die man sich im Kreml hinsichtlich der deutschen Außenpolitik nach dem Januar 1933 machte, entsprachen in frappierender Weise den Erwartungen, die auch die leitenden Beamten im Auswärtigen Amt hegten: „Die Nationalsozialisten in der Verantwortung sind natürlich andere Menschen und machen eine andere Politik als sie vorher verkündet haben. Das ist immer so gewesen und bei allen Parteien dasselbe. Die Personen von Neurath[14] und auch von Blomberg[15] garantieren das Fortbestehen der bisherigen politischen Beziehungen. Auch Kommunisten-Verfolgungen in Deutschland brauchen unsere Beziehungen nicht zu beeinträchtigen."[16] So urteilte im Februar 1933 Bernhard Wilhelm von Bülow, seit 1930 Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

---

11 Maksim Maksimovič Litvinov (1876-1951) war von 1930 bis 1939 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

12 Aufzeichnung Litvinovs über sein Gespräch mit Neurath am 13.6.1934, in: Dokumenty Vnešnej Politiki SSSR [Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR], (im Folgenden abgekürzt: DVP SSSR), Bd. XVII, Moskva 1971, Nr. 197, S.387.

13 Siehe zu dieser Problematik auch Besymenski, Stalin und Hitler, S.62-68; Bianka Pietrow: Stalinismus-Sicherheit-Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983, 39-51.

14 Konstantin Freiherr von Neurath (1873-1956) war von 1932 bis 1938 Reichsaußenminister.

15 Werner von Blomberg (1878-1946) war in der Regierung Hitler-Papen ab 30.1.1933 Reichswehrminister.

16 Bülow an Dirksen, 6.2.1933, in: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (im Folgenden abgekürzt: ADAP), Ser. C, Göttingen 1971-1981, Bd. I/1, Nr. 10, S.20.

Oberflächlich betrachtet, schien die Regierung Hitler-Papen in der Tat den bisherigen Kurs gegenüber der Sowjetunion fortsetzen zu wollen. Aber lediglich aus taktischen Gründen war Hitler bemüht, seiner Außenpolitik einen friedfertigen Anstrich zu geben.[17] Joseph Goebbels gestand später in einer internen Zusammenkunft ein, dass man nach der Machtübernahme bewusst eine Täuschungsstrategie betrieben habe, „genau wie unsere innenpolitischen Gegner bis 1932 gar nicht gemerkt hatten, wohin wir steuerten, daß der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war. Wir wollten legal an die Macht kommen, aber wir wollten sie doch nicht legal gebrauchen." Auf diese Weise habe man, so Goebbels, die „Risikozone" ungehindert durchschritten und alle „gefährlichen Klippen" umschifft.[18] Es war daher lediglich taktisch motiviert, wenn Hitler seinem Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath am 15. Februar erklärte, er sei „von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung unserer bisherigen Politik, Wirtschaftspolitik und der militärisch-politischen Linie überzeugt; er werde keinerlei Änderung in der deutschen Politik gegenüber Sowjetrußland eintreten lassen."[19]

Trotz aller Hoffnungen aber war man in Moskau dennoch hinsichtlich der weiteren Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen besorgt. Sowohl über den deutschen Botschafter Herbert von Dirksen als auch über die diplomatische Vertretung in Berlin versuchte man zu ergründen, welche Absichten die neue deutsche Regierung in ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion verfolgte.[20] Wie Dirksen Staatssekretär von Bülow schon am 31. Januar mitteilte, sei es nicht einmal die Kanzlerschaft Hitlers, sondern vor allem die Beteiligung Franz von Papens an der neuen Regierung, die in Moskau lebhafte Beunruhigung hervorriefe. Denn man

---

17 Siehe auch Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995, S.252.; Ian Kershaw: Hitler, Bd. I: 1889-1936, Stuttgart 1998, S.545; Rainer F. Schmidt: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002, S.52-659; Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945, Stuttgart 1995, S.578-586.

18 Geheime Erklärung von Gobbels am 5.4.1940 vor geladenen Vertretern der Presse, zit. nach: Wilhelm Deist u. a.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main 1989, S.134; siehe auch Schmidt, Außenpolitik, S.11.

19 Neurath an Dirksen, 15.2.1933, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (im Folgenden abgekürzt: PA AA), R 31498 k, Bl. E 496952.

20 Siehe hierzu außer den oben bereits zitierten Publikationen von Pietrow und Besymenski auch Igor Maximytschew: Der Anfang vom Ende. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1933-1939, Köln 1985, S.29; Karlheinz Niclauss: Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung, Bonn 1966, S.85; Dean Scott McMurry: Deutschland und die Sowjetunion 1933-1936, Köln-Wien 1979, S. 37; Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1970, S.19.

könne sich noch gut an dessen frühere antisowjetische Aktivitäten erinnern. Mehr noch sei man jedoch wegen der Zugehörigkeit Alfred Hugenbergs zum neuen Kabinett besorgt. Man nehme an, dass er bei der Ausrichtung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs andere Wege gehen werde. Dagegen habe man, so informierte Dirksen weiter, zu Neurath, zu Johann Graf Schwerin von Krosigk[21] und zu Werner von Blomberg Vertrauen. Im Ergebnis seiner Gespräche, die er mit Litvinov, Karl Radek und insbesondere mit Nikolaj Nikolaevič Krestinskij[22] über die neue Lage geführt hatte, übermittelte Dirksen dem Staatssekretär den dringenden Wunsch, „bald auf einige Tage nach Berlin zum Vortrag" kommen zu dürfen.[23] Krestinskij, dem die beruhigenden Erklärungen Dirksens allein begreiflicherweise nicht genügten und der sich in den nächsten Tagen noch mehrfach wegen dessen Reise nach Berlin erkundigte,[24] sah sich allerdings enttäuscht. Denn in Berlin ließ man sich in dieser Angelegenheit Zeit, und erst Mitte Mai konnte Dirksen nach Berlin abreisen.

Nachdem Dirksen am 20. Februar neuerlich vom Auswärtigen Amt eine entsprechende Entscheidung gefordert und auf die sowjetisch-französische Annäherung sowie auf die Notwendigkeit verwiesen hatte, endlich die noch immer ausstehende Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag[25] vorzunehmen, ermächtigte ihn Neurath am 22. Februar, mit der Sowjetregierung in einen Meinungsaustausch über den Stand und die Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen einzutreten.[26] Was die gewünschte Reise Dirksens nach Berlin beträfe, so unterrichtete Bülow den Botschafter drei Wochen später, wollte man zunächst den Reichskanzler mit dem sowjetischen Botschafter sprechen lassen, „damit es nicht aussieht, als sei diese Aussprache unter Einwirkung Ihres Besuches erfolgt. Das würde die Sache entwerten." Inzwi-

21 Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk (1887-1977), 1932 bis 1945 Reichsfinanzminister.

22 Nikolaj Nikolaevič Krestinskij (1883-1938) war von 1922 bis 1930 sowjetischer Botschafter in Berlin und sodann Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

23 Dirksen an Bülow, 31.1.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 8, S.13; auch Bundesarchiv Berlin (im Folgenden abgekürzt: BArch), NL Dirksen, Bd. 51, Bl. 453.

24 „Man möchte gern, dass ich die hiesige Stimmung mündlich in Berlin interpretiere; Krestinskij hat mich wiederholt gebeten und gefragt, wann ich fahre." Dirksen an Bülow, 12.2.1933, BArch, NL Dirksen, Bd. 51, Bl. 458.

25 Das Protokoll war am 24.6.1931 von Krestinskij und Dirksen in Moskau unterzeichnet worden.

26 Siehe Niclauss, Sowjetunion, S.88.

schen sei man weiter bemüht geblieben, „die russischen Befürchtungen nach Möglichkeit zu zerstreuen."[27]

Zu einer ersten Aussprache über die neue Lage suchte Dirksen am 27. Februar Krestinskij auf.[28] Doch waren es nicht die Fragen und Befürchtungen der Sowjetführung, die zunächst zur Sprache kamen. Denn im Sinne der aus Berlin erhaltenen Instruktionen und auf seine eigene diplomatische Erfahrung zurückgreifend, schlug Dirksen zunächst einen generellen Meinungsaustausch über die weltpolitische Lage vor und äußerte zugleich den Wunsch, von Vjačeslav Michajlovič Molotov, dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, empfangen zu werden.[29] Sodann listete Dirksen eine Reihe von Fragen auf, die vor allem die Beziehungen der UdSSR zu Frankreich und Polen betrafen und die, wie er erklärte, „bei der deutschen Regierung Zweifel hätten aufkommen lassen, ob sich nicht in der sowjetischen Außenpolitik ein starkes Abrücken nach der Seite Frankreichs vollziehe."[30] Weiter verwies Dirksen auf verschiedene kritische Äußerungen der sowjetischen Presse über die innere Entwicklung Deutschlands. Die Sowjetregierung, so erklärte Dirksen, habe keinerlei Grund, wegen der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands besorgt zu sein. Denn die deutsche Regierung sei der Auffassung, dass die innere Bekämpfung des Kommunismus durchaus mit guten Beziehungen zur UdSSR Hand in Hand gehen könne. Auch der Verlauf der Wirtschaftsverhandlungen beweise, dass die deutsche Regierung ihre bisherigen guten Beziehungen zur UdSSR fortsetzen wolle. Schließlich berief sich Dirksen auf ein kürzlich geführtes Gespräch Neuraths mit Hitler,[31] in dem Letzterer erklärt habe, dass er zwischen innerpolitischen Maßnahmen gegenüber dem Kommunismus in Deutschland und der Politik gegenüber der Sowjetunion eine scharfe Unterscheidung mache und dass er weder in den außenpolitischen noch in den wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR eine Änderung wünsche.

In seiner Erwiderung betonte Krestinskij, dass man in Moskau die Politik gegenüber Deutschland nicht verändern wolle. Doch könnten ihm die Ausführungen Dirksens nicht genügen. Denn es käme nicht auf freundschaftliche Versicherungen „unter vier Augen" an, sondern auf bindende

27 Bülow an Dirksen, 13.3.1933, BArch, NL Dirksen, Bd. 51, Bl. 460.

28 Siehe die Aufzeichnung Krestinskijs, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Moskva 1970, Nr. 51, S.117-121; die kürzer gehaltene Aufzeichnung Dirksens in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 41, S.86.

29 Dieses Gespräch fand erst am 4.8.1933 statt.

30 So nach der Aufzeichnung Krestinskijs.

31 Gemeint ist offenbar das Gespräch mit Hitler, das Neurath in der zunächst nicht abgesandten Weisung an Dirksen vom 15.2.1933 erwähnte.

öffentliche Erklärungen der deutschen Regierung. Deshalb könne man sich auch mit dem Hinweis auf das Gespräch zwischen Hitler und Neurath nicht zufriedengeben. Weiter verwies Krestinskij auf die antisowjetischen Äußerungen von Papens und bezeichnete Angriffe der sowjetischen Presse auf den Nationalsozialismus als eine Reaktion auf die gegen die UdSSR gerichteten Artikel in der deutschen Presse. Krestinskij war sich jedoch mit Dirksen einig, dass man alsbald zu einem umfassenden Meinungsaustausch über die beiderseitigen Beziehungen gelangen müsse.

Der Sowjetregierung kam es darauf an, von der neuen deutschen Regierung eine öffentliche und bindende Erklärung zu erhalten, wie Krestinskij schon am 23. Februar dem sowjetischen Botschafter in Berlin Lev Michajlovič Chinčuk mitgeteilt hatte.[32] Das entsprach dem, was schon drei Tage zuvor Litvinov Werner Freiherrn von Rheinbaben, Mitglied der deutschen Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz, während eines Frühstücks in Genf gesagt hatte: „Als besten Gegenzug gegen das Bestreben Frankreichs, eine französisch-russische Annäherung zu behaupten, bezeichnete Herr Litwinoff irgendeine Manifestation der deutschen Politik in der Richtung eines Festhaltens an der Politik des Berliner Vertrages."[33]

Es ist bemerkenswert, dass die sowjetische Diplomatie in ihrer Argumentation gegenüber der Hitlerregierung erneut hervorhob, dass eine sowjetisch-französische Annäherung einem guten Verhältnis zwischen der UdSSR und Deutschland nicht entgegenzustehen brauchte. Diese Argumentation aber musste der sowjetischen Diplomatie jetzt umso wichtiger erscheinen, als sie den mit dem Abschluss des sowjetisch-französischen Nichtangriffsvertrages vom 29. November 1932 eingeschlagenen Kurs der Annäherung an Frankreich im Hinblick auf die neue Situation in Deutschland weiter zu intensivieren suchte. In der Folgezeit blieben die sowjetisch-französischen Beziehungen ein permanenter Gesprächsgegenstand zwischen Berlin und Moskau und wurden von Hitler zunehmend ins Feld geführt, um seine gegen die Sowjetunion gerichtete Politik der Konfrontation zu rechtfertigen.

Naziterror und Antisowjetismus

Der Fortgang der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung begonnenen sowjetisch-deutschen Gespräche wurde von der heftigen Terrorwelle überschattet, die der Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. zum 28. Februar auslöste. Über die Urheberschaft des Reichstagsbrandes ist

32 Siehe Maximytschew, Anfang, S.34.

33 Aufzeichnung Rheinbabens über ein Gespräch mit Litvinov in Genf am 20.2.1933, PA AA, Moskau II, Nr. 359, Bl. 196.

viel und kontrovers diskutiert worden.[34] Wie auch immer der Brand inszeniert worden sein mag, so nutzte die Naziführung dieses Ereignis jedenfalls, um mit aller Härte gegen die demokratischen Kräfte in Deutschland, besonders gegen die beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung, die SPD und die KPD, vorzugehen. Der am 28. Februar 1933 verhängte Ausnahmezustand auf Grund der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" leitete die schnelle Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates ein.

Es konnte nicht überraschen, dass im Zuge der nach dem Reichstagsbrand entfachten antikommunistischen Hysterie Terrorakte nun auch gegen sowjetische Institutionen in Deutschland und hier lebende Sowjetbürger unternommen wurden. Hitler selbst ließ in seiner Wahlrede vom 2. März 1933 die sonst aus taktischen Gründen gewahrte Zurückhaltung außer Acht, indem er sich in Hetztiraden gegen die Sowjetunion erging. Die Übergriffe auf sowjetische Staatsangehörige und Institutionen begannen mit der Verhaftung von zwei sowjetischen Gästen einer sowjetischen Pension in der Berliner Geisbergstraße.[35] Wenige Tage danach wurden die „Izvestija"-Korrespondentin Lili Maksimovna Kajt und der „Pravda"-Korrespondent Il'ja Michajlovič Černjak sowie der sowjetische Journalist Bruno Samuilovič Izakson verhaftet und in ihren Wohnungen Hausdurchsuchungen vorgenommen.[36] Zum Potsdamer Staatsakt am 21. März, auf dem Hindenburg in einem von Goebbels glänzend inszenierten Zeremoniell Hitler die Hand reichte, war die sowjetische Presse nicht zugelassen worden. Die zunehmenden Übergriffe gegen sowjetische Staatsangehörige und Institutionen im gesamten Reichsgebiet waren begleitet vom Verbot sowjetischer Zeitungen und Zeitschriften. Am 30. März ließ Reichsinnenminister Wilhelm Frick auch die Zeitungen „Pravda" und „Izvestija" mit dem Hinweis auf dort enthaltene Bemerkungen über den Reichstagsbrand verbieten. An diesem Tag belief sich die Zahl der verbotenen sowjetischen Periodika nach einer Aufstellung des Auswärtigen Amtes bereits auf 13.[37] Auch die sowjetische Botschaft wurde nun nicht mehr von der Post mit sowjetischen Zeitungen und Zeitschrif-

34 Siehe unter den neuesten Darstellungen besonders Sven Felix Kellerhoff: Der Reichstagsbrand. Die Karriere eines Kriminalfalls, Berlin-Brandenburg 2008.

35 Siehe Chinčuk an Narkomindel, 28.2.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 53, S.133; siehe auch Niclauss, Sowjetunion, S.101.

36 Siehe ebenda.

37 Aktennotiz von Bräutigam, 10.3.1933, PA AA, Deutsche Botschaft Moskau, A 9 1, Bd. 1, unpag. [Anm. der Red.: Diese und folgende Signaturen stammen aus dem Jahre 1987 und konnten nicht aktualisiert werden.]

ten beliefert. Erst am 11. April wurde das die sowjetische Botschaft betreffende Verbot aufgehoben, nachdem die sowjetische Seite analoge Gegenmaßnahmen hinsichtlich der deutschen Botschaft in Moskau angekündigt hatte.[38]

Das Verbot sowjetischer periodischer Veröffentlichungen in Deutschland belastete auch in der Folgezeit trotz dessen verschiedentlicher und vorübergehender Aufhebung für einzelne Ausgaben die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Botschaftsrat Fritz von Twardowski klagte im Juni 1934 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, dass neue Verbote sowjetischer Zeitungen „weitere Erschwerungen für den Versand deutscher Zeitungen nach der Sowjetunion" zur Folge haben würden.[39] Unter den ausländischen Druckschriften, die am 1. April 1934 in Deutschland verboten waren, befanden sich 33 sowjetische Periodika.[40] Am 7. Juni 1935 kam auch die sowjetische satirische Zeitschrift „Krokodil" auf die Verbotsliste.

Ab Frühjahr 1933 nahmen die von SA-Trupps und Polizei-Kommandos unternommenen Anschläge auf sowjetische Bürger und Institutionen weiter zu. Sie griffen jetzt auch in zunehmendem Maße in die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen ein. Ein erstes Signal setzte das Verbot der Zeitschrift „Sowjetwirtschaft und Außenhandel". Sie hatte bisher den am Handel mit der UdSSR interessierten deutschen Wirtschaftskreisen wichtige Hinweise und Orientierungen gegeben. Das Verbot wurde jedoch am 10. März nach einer sowjetischen Protestnote wieder rückgängig gemacht.[41] Schwerwiegender waren die Hausdurchsuchungen, die SA-Trupps und Polizeikommandos am 28. März in der Filiale der sowjetischen Handelsvertretung in Hamburg und am 1. April in der Filiale in Leipzig durchführten. In letzterer wurden der Leiter und sein Stellvertreter verhaftet sowie acht Sowjetbürger misshandelt. Erst am 18. August 1934 (!) entschloss sich das Auswärtige Amt nach einem langen Briefwechsel mit der Leipziger Polizei, diesen Vorfall „aufrichtig zu bedauern".[42] Ein weiterer Verstoß gegen die Exterritorialität war die Hausdurchsuchung in der Privatwohnung des Kollegiumsmitglieds der sowjetischen Handelsvertretung Abram Samojlovič Fajnštejn in Berlin-

38 Siehe Krestinskij an Chinčuk, 27.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 95, S.196-197.
39 Twardowski an AA, 28.6.1934, PA AA, Deutsche Botschaft Moskau, A 9 1, Bd. 1, unpag.
40 Ebenda.
41 Aktennotiz Bräutigams, 10.3.1933, ebenda.
42 Siehe den Text der Verbalnote des Auswärtigen Amtes an die Botschaft der UdSSR, Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 339 (Abschrift).

Tempelhof am 13. April.[43] Einen Tag später suchten SA-Leute in das Gebäude der sowjetischen Handelsvertretung in der Berliner Lindenstraße einzudringen.[44] Angesichts der negativen Folgen, die diese Übergriffe für die Beziehungen Deutschlands zur UdSSR haben mussten, sah sich das Auswärtige Amt gezwungen, dem Reichsministerium des Innern mitzuteilen, es möge sich bei weiteren Polizeiaktionen gegen sowjetische Institutionen vorher an das Auswärtige Amt wenden. „Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung, die den wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zukommt", solle man ein solches Verfahren auch gegenüber den Filialen der Handelsvertretung anwenden.[45]

Trotz dieser antisowjetischen Übergriffe hoffte man im Kreml weiterhin, mit der Hitlerführung zu einem Modus Vivendi gelangen zu können. Der ehemalige Diplomat Gustav Hilger schreibt in seinen Erinnerungen, dass die Moskauer Machthaber in dieser Hinsicht immer wieder ihren guten Willen beteuerten. „Persönlichkeiten wie Krestinsky, Litwinow und Molotow versäumten keine Gelegenheit, uns zu versichern, daß ihre Regierung nicht den Wunsch habe, ihre Außenpolitik zu ändern."[46] Die Sowjetregierung suchte in diesem Zusammenhang von Hitler weiterhin eine völkerrechtlich bindende Erklärung zu erreichen und hielt daher die seit langem ausstehende Ratifikation des Berliner Vertrages für besonders dringlich. Der zunehmend schärfere Ton, den die sowjetische Presse in ihren Kommentaren zur Politik Hitlers und den Ereignissen in Deutschland anschlug, musste aus Moskauer Sicht hierzu nicht in Widerspruch stehen. Sah sich die sowjetische Führung einerseits dazu verpflichtet, der sowjetischen Öffentlichkeit den Antikommunismus und den Antisowjetismus des NS-Regimes vor Augen zu führen, so konnte sie andererseits durch solche Presseäußerungen die Hitlerführung bis zu einem gewissen Grade herausfordern, ihre Außenpolitik gegenüber der UdSSR zu präzisieren.[47] Der Leitartikel der „Izvestija", der unter der Überschrift „Unkluge Leute" die Rede Hitlers vom 2. März kommentierte, stellte deshalb die Frage, weshalb der „Führer" des nationalsozialistischen Deutschlands

43 Aufzeichnung Tippelskirchs über eine Mitteilung Aleksandrovskijs, 13.4.1933, BArch, Film Nr. 15328, Bl. E 666270 [Anm. der Red.: Die wenigen Filmsignaturen in den Anmerkungen stammen aus ursprünglichen Beständen des Staatsarchivs Potsdam und konnten nach deren Überführung in das BArch nicht aktualisiert werden.]

44 Aktennotiz Tippelskirchs über telefonische Mitteilung des Vizekonsuls Kaplan, 15.4.1933, ebenda, Bl. E 666265.

45 Schreiben vom 22.4.1933. Abschrift ohne Unterschrift, ebenda, Bl. E 666282.

46 Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Berlin 1956, S.246.

47 Siehe auch Niclauss, Sowjetunion, S.111.

ausgerechnet jenen Staat angreife, der gegenüber Deutschland keinerlei feindliche Absichten hege.[48] Einen Monat später schrieb die „Pravda" unter Bezugnahme auf die in Deutschland entfachte antisowjetische Hysterie: „Der deutsche Faschismus wird zu einer Gefahr für den Frieden in Europa. In Berlin weiß man das nicht schlechter als wir. Aber anscheinend hat man dort endgültig die Fähigkeit zu überlegen verloren."[49]

Der Anschlag auf die „Derop"

Besonders schwer wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen durch den Anschlag auf die „Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte A. G." („Derop") getroffen. Während die Gesellschaft „Derunapht" die Einfuhr von Erdöl aus der UdSSR nach Deutschland besorgte, beschäftigte sich die Derop, deren Zentrale sich in der Budapester Straße in Berlin befand und die in ganz Deutschland über ein Netz von etwa 2.000 Tankstellen verfügte, mit dem Vertrieb der sowjetischen Erdölprodukte. Das Aktienkapital der Gesellschaft, deren Leitung der aus Jugoslawien stammende Franz Enko wahrnahm, befand sich in sowjetischem Besitz. Die Derop wurde, wie Litvinov schon am 4. März feststellte „zur Zielscheibe antisowjetischer Aktionen".[50]
Die Angestellten der Derop waren zum größten Teil Sowjetbürger, zu einem geringeren Teil Deutsche, unter denen sich auch Mitglieder der KPD befanden.[51] Die von NS-Organisationen und Polizei-Einheiten verübten Anschläge auf die Derop, und zwar sowohl auf ihre Zentrale als auch auf die Filialen und Tankstellen im ganzen Reichsgebiet, begannen sofort nach dem Reichstagsbrand.[52] Dies geschah unter dem Vorwand, dass sich die Derop „zu einer Stätte kommunistischer Umtriebe" entwickelt habe und als „eine staatsgefährdende kommunistische Organisation" aufgefasst werde.[53] Wir lassen es hierbei dahingestellt, inwieweit Mel-

48 Siehe Izvestija, 4.3.1933.
49 Pravda, 3.4.1933.
50 So in einer Erklärung, die Litvinov am 4.3.1933 Dirksen überreichte und die auch Neurath am 4.4.1933 durch Chinčuk übermittelt wurde. Sie enthielt ein Resumé der Unterredungen, die Litvinov zuvor mit Dirksen über die antisowjetischen Übergriffe in Deutschland geführt hatte. Siehe DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 111, S.220; Neurath an Dirksen, 5.4.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 140, S.251f.; Aufzeichnung von Völckers (AA) vom 4.4.1933, BArch, Film Nr. 15956, Bl. 667388.
51 Nach einer Aufzeichnung der Gestapo vom 1.4.1933, BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 185f.
52 Verbalnote der Botschaft der UdSSR an das AA, 11.3.1933, BArch, Film Nr. 15956, Bl. 667356.
53 Aufzeichnung des Legationsrats Hey vom 20.4.1933, die einen ausführlichen Überblick über die gegen die Derop verübten Anschläge und die daraus entstandenen Konsequen-

dungen in der französischen und US-amerikanischen Presse zutrafen, dass Henry Deterding, der Generaldirektor der Royal-Dutch-Company, seine Hand im Spiel gehabt und seinen Freund Göring entsprechend inspiriert hatte.[54]

Die Angriffe auf die Derop setzten sich auch in den folgenden Wochen fort und gingen mit der Verhaftung von Derop-Angestellten, mit dem Diebstahl von Benzin an den Derop-Tankstellen sowie der Einschüchterung der Käufer von Derop-Treibstoff einher. Zu letzteren gehörten die Reichsbahn, die Stadtverwaltungen von Wiesbaden, Frankfurt am Main, Stuttgart, Bonn sowie zahlreiche private Firmen. Unter dem Druck der NS-Organisationen kündigten sie ihre Bestellungen bei der Derop.[55] Auch die Arbeit der Angestellten von Derunapht in den Niederlassungen im Hamburger Ölhafen wurde behindert.[56] Infolge der Abbestellungen ging der Treibstoff-Absatz der Derop bereits in der zweiten Märzhälfte „katastrophal zurück", wie eine Verbalnote der sowjetischen Botschaft an das Auswärtige Amt vermerkte.[57] Zugleich machte die Botschaft auf die ernsten Folgen für die deutsch-sowjetischen Wirtschaftbeziehungen aufmerksam. Der Absatz von Derop-Treibstoff, der sich 1932 auf etwa 30 Millionen RM belaufen hatte, verringerte sich bereits im Verlauf des Monats März 1933 auf die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr.[58]

Auch im Auswärtigen Amt war man sich über die ernsten Folgen der Angriffe auf die Derop für die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Klaren. In der schon angeführten Aufzeichnung vom 20. April über die Derop-Problematik, die er offensichtlich im Ergebnis der dringenden Demarche des sowjetischen Botschafters und des Handelsvertreters Israil' Jakovlevič Vejcer am Vortage bei Bülow[59] anfertigte, verwies der stellvertretende Leiter der Osteuropa-Abteilung im Auswärti-

zen vermittelt, PA AA, R 31498 k, Bl. E 496996-497002; siehe auch Niclauss, Sowjetunion, S.103.

54 „Deterding handelte zusammen mit Göring. Diese Mitteilung ist nach unserer Kenntnis in der französischen und amerikanischen Presse enthalten." Chinčuk an Narkomindel, 3.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 57, S.140.

55 Siehe den ausführlichen Bericht von Aleksandrovskij an Krestinskij, 20.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 86, S.175-177.

56 Nach der Aufzeichnung Heys vom 20.4.1933, PA AA, R 31498 k, Bl. E 496996-497002.

57 Datiert vom 27.3.1933, BArch, RSHA, St.-3/311, Bl. 91 (Abschrift).

58 Aufzeichnung Heys vom 20.4.1933, PA AA, R 31498 k, Bl. E 496996-497002. Auf die Verringerung des Derop-Absatzes „in den letzten vier Monaten" um die Hälfte verwies Chinčuk in einer Unterredung mit Hugenberg am 31.5.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 169, S.327.

59 Siehe Aufzeichnung Bülows, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 166, S.302-304.

gen Amt Siegfried Hey darauf, dass sich das sowjetische Obligo gegenüber deutschen Firmen Ende März auf 1,2 Millionen Reichsmark belief. Rechne man deutsche Einfuhrbeschränkungen hinzu, so käme die Sowjetunion angesichts der beim Derop-Absatz erlittenen Einbußen mit ihren Zahlungen in große Schwierigkeiten. Hey wies zudem auf die negativen Folgen für die deutsche Wirtschaft hin: „Ein Protest der russischen Wechsel müsste einen großen Teil unserer Industrie schwer treffen, Reich und Länder würden aus ihrer Garantie in Anspruch genommen werden und das gesamte Russengeschäft würde zum Erliegen kommen, da neue Garantien unter solchen Umständen nicht mehr gegeben werden könnten. Eine weitere Folge würde eine beträchtliche Steigerung der Arbeitslosigkeit mit ihren innerpolitischen Konsequenzen sein. In den west- und mitteldeutschen Industriegebieten gibt es zahlreiche Unternehmungen, die zu 80 bis 90 % durch russische Aufträge beschäftigt sind.“ Hey schloss seine Aufzeichnung mit dem Hinweis darauf, dass durch eine Störung der Handelstätigkeit sowjetischer Wirtschaftsorganisationen „die gesamte Basis der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erschüttert“ werden könnte.[60]

Bereits am 31. März hatte das Auswärtige Amt dem Drängen des preußischen Innenministeriums nach einer umfassenden Durchsuchung der Berliner Derop-Zentrale „nach langen Überlegungen“ nachgegeben.[61] Es pflichtete dem preußischen Innenministerium bei, dass angesichts einer in den letzten Jahren stark zugenommenen Zahl von Sowjetbürgern in der Zentrale der Derop „eine grundlegende Änderung ihres Personalbestandes“ vorgenommen werden müsste.[62]

Nachdem der preußische Innenminister am 24. April SA-Sturmführer Wilhelm Hollmann zum „Staatskommissar“ für die Derop und die Derunapht ernannt hatte, ließ er noch an demselben Tage unter Einsatz von 50 Kriminalbeamten und weiteren 60 Beamten der Schutzpolizei in der Berliner Derop-Zentrale eine Hausdurchsuchung durchführen. Sie hatte die Verhaftung von 21 Angestellten der Derop sowie die Beschlagnahme von Geschäftsbüchern zur Folge.[63] Diese Aktion aber musste die in den deutsch-sowjetischen Beziehungen entstandene schwierige Situation noch

60 Aufzeichnung Heys vom 20.4.1933, Bl. E 497001-497002.

61 Aktennotiz der Gestapo, Berlin, vom 31.3.1933, in: BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 72.

62 So Meyer in einer Unterredung mit Hollmann am 25.4.1933. Aktennotiz Meyers, BArch, Film Nr. 15956, Bl. E 667397. Auch Neurath verwies auf „die verfehlte Personalpolitik der Derop, deren Angestellte zu 85 Prozent der Kommunistischen Partei angehören.“ Neurath an Dirksen, 5.4.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 140, S.251f.

63 Bericht der Gestapo vom 24.4.1933, in: BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 145f.

verschärfen. Botschafter Chinčuk sah sich veranlasst, am darauffolgenden Tage Staatssekretär von Bülow aufzusuchen und gegen den Anschlag auf die Derop-Zentrale zu protestieren. Zwar sei man, wie Chinčuk erklärte, von sowjetischer Seite bereit, die Notwendigkeit eines deutschen Personalchefs einzusehen und den deutschen Wünschen hinsichtlich einer Neuordnung des Personalbestandes der Derop entgegenzukommen. Doch müsse man die Einsetzung eines „Staatskommissars" aus Prestigegründen ablehnen.[64] Auch in einer Sitzung am Abend desselben Tages, zu der Ministerialdirektor Richard Meyer Botschaftsrat Sergej Sergeevič Aleksandrovskij einlud und auf der auch Hollmann zugegen war, kam eine Einigung in der Frage des Staatskommissars nicht zustande.[65]

Am 26. April protestierte Chinčuk auch bei Außenminister von Neurath gegen den Polizei-Überfall auf die Derop-Zentrale und erklärte erneut, dass die Sowjetregierung die Einsetzung eines „Staatskommissars" zurückweise.[66] Neurath zeigte sich diesmal in der Derop-Frage entgegenkommender als bisher, was darauf zurückzuführen war, dass er am Tage zuvor, am 25. April, ein Gespräch mit Hitler geführt hatte. Neurath hatte schon einmal, und zwar Anfang April, Hitler über die Derop-Frage Vortrag gehalten, ohne jedoch eine Entscheidung Hitlers erreichen zu können.[67] Diesmal konnte er dem Botschafter eine günstigere Auskunft geben. Er distanzierte sich von dem Vorgehen der deutschen Polizei gegen die Derop, stellte ein Einlenken deutscherseits in Aussicht und teilte Chinčuk mit, dass Hitler bereit sei, den sowjetischen Botschafter am Vormittag des übernächsten Tages zu empfangen.

Die Neuregelung der Derop-Frage, zu der sich Hitler nach nochmaliger Konsultation mit Neurath während einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter am 28. April 1933 entschied,[68] stand in engem Zusammenhang mit der Gesamtsituation der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Seiten waren offenbar bemüht, eine weitere Zuspitzung ihrer gegenseitigen Beziehungen zu verhindern. Die von Hitler dem Botschafter gegebene Zusicherung, die Arbeitsfähigkeit der Derop wieder-

64 Siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 186, S.341. Auch Dirksen verwies darauf, dass man in Moskau die Einsetzung eines Staatskommissars als „eine Verletzung des Sowjetprestiges" empfand. Dirksen an Meyer. 28.4.1933, in: ebenda, Nr. 197, S.359.

65 Protokoll des Sitzung, in: BArch, Film Nr.17219, Bl. E 659859.

66 Chinčuk an Narkomindel, 26.4.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 135, S.265-267.

67 Chinčuk an Litvinov, 4.4.1933, in: ebenda, Nr. 111, S.220; siehe auch McMurry, Deutschland, S.60.

68 Über die Unterredung ausführlicher die nachstehenden Ausführungen. Siehe die protokollarischen Niederschriften über die Unterredung in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 194, S.352f.; DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 138, S.271f.

herzustellen zu wollen, griff in ihrer weiteren Konkretisierung – folgt man den Aufzeichnungen Chinčuks – die vom sowjetischen Botschafter unterbreiteten Vorschläge auf. Danach sollte sich die Kompetenz des „Staatskommissars" auf die Personalfragen der Derop beschränken. Die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit sollte dagegen in sowjetischer Hand bleiben. Ferner kam man überein, dass im Vorstand und im Aufsichtsrat der Derop jeweils zwei deutsche Mitglieder vertreten sein sollten.[69]

Das praktische Ergebnis wich dann aber von dieser Vereinbarung ab. Hitler hatte nach seiner Unterredung mit Chinčuk zunächst Göring und Staatssekretär Ludwig Grauert im preußischen Innenministerium beauftragt, für die Steigerung des Absatzes sowjetischer Erdölprodukte durch die Derop Sorge zu tragen.[70] Das Reichskabinett beschloss sodann am 29. April die folgenden fünf Punkte, die, wie der Aktenvermerk besagte, auf die Unterredung des Reichskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter zurückgingen: Erstens sollte sich der Staatskommissar auf die Personalfragen beschränken; zweitens sollten „die wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten paritätisch von Deutschen und Russen" erledigt werden; drittens sollte auch die Zusammensetzung des Aufsichtsrates paritätisch erfolgen; viertens sollte die Derop der Reichsregierung ein Vorkaufsrecht einräumen, das einen Verkauf der Derop ohne Billigung der Reichsregierung ausschloss; fünftens sollten „alle Stellen" angewiesen werden, „in größtem Umfang" Produkte der Derop zu kaufen.[71]

Doch blieb auch in den nächstfolgenden Monaten die Derop ein Gegenstand der Auseinandersetzung. Denn Hollmann suchte die von Hitler getroffene Entscheidung über die Parität in der geschäftlichen Tätigkeit und in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates zu unterlaufen. Er verlangte als Vorsitzenden des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowohl

69 Auf eine solche Übereinkunft wies Chinčuk während seiner Unterredung mit Neurath am 2. Mai hin, wobei Neurath dieser Darlegung zustimmte. Siehe die Aufzeichnung Chinčuks, in: DVP SSSR, Bd XVI, Nr. 142, S.282. Die von Neurath und Chinčuk angefertigten protokollarischen Aufzeichnungen über die Unterredung des Botschafters mit Hitler geben in dieser Hinsicht keine exakte Auskunft. Siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 194, S.253f; DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 138, S.271f.

70 So Neurath in der obengenannten Unterredung mit Chinčuk am 2.5.1933.

71 Nach einem Aktenvermerk des Auswärtigen Amtes vom 29.4.1933, der am 4.5.1933 durch Otto Bräutigam, den Referenten für Russland in der Wirtschaftsabteilung des AA, dem Reichswirtschaftsminister zugesandt wurde, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA) Rep. 120 C XIII 6 a, Nr. 35 A, Bd. 6, Bl. 76. Diese fünf Punkte nennt auch Meyer in seinem Telegramm an Dirksen vom 29.4.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 198, S.361.

der Derop als auch der Derutra[72] jeweils einen Deutschen.[73] Hollmann besaß dabei offenbar einen Rückhalt bei Göring.[74] Zwar wandten sich Ende Juni Alfred Hugenberg und Frick an mehrere dafür in Frage kommende Reichsressorts mit der Aufforderung, die Abnahme von sowjetischen Erdölprodukten zu unterstützen, nachdem der preußische Innenminister die Derop auf eine „nationale Basis" umgestellt habe.[75] In einem Memorandum, das die Botschaft der UdSSR am 26. September 1933 dem Auswärtigen Amt übermittelte, wurde jedoch vermerkt, dass sich die Derop von den schweren Schlägen, die ihr „durch die Hetzjagd im März und April" zugefügt worden waren, kaum mehr erholen könne.[76] Wenn man bereits im Frühjahr 1933 in Moskau daran dachte, die Derop abzustoßen,[77] so war hierfür offensichtlich die finanzielle Lage der Gesellschaft maßgebend, die sich nach den gegen sie gerichteten Anschlägen rapide verschlechtert hatte.[78] Im Ergebnis dieser Entwicklung wurden die Aktien der Derop Anfang Februar 1935 vom deutschen Benzolverband übernommen, nachdem sich der Verband schon im März 1933 für den Ankauf der Derop interessiert hatte.[79]

Unter den Angriffen, die im Jahre 1933 von Organisationen und Behörden des NS-Staates gegen sowjetische Bürger und Institutionen verübt wurden, war der Anschlag auf die Derop der spektakulärste und beeinträchtigte die deutsch-sowjetischen Beziehungen vor allem durch seine ökonomischen Auswirkungen. Die antisowjetischen Übergriffe schufen begreif-

72 Die „Deutsch-Russische Transportgesellschaft" („Derutra") war 1921 mit deutschem und sowjetischem Stammkapital gebildet worden.

73 Siehe die Aufzeichnung Chinčuks über seine Unterredung mit Enko und Neurath vom 2.5.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 142, S.282; so auch Hollmann in einer Unterredung bei Ministerialdirektor Meyer am 2.5.1933, darüber Bräutigam an Reichswirtschaftsminister, 4.5.1933, GStA, Rep. 120 C XIII 6 a, Nr. 35 A, Bd. 6, Bl. 73-75.

74 Nach einer Mitteilung Meyers in der obengenannten Besprechung am 2. Mai sollte Chinčuk noch an demselben Tage von Göring empfangen werden. Leider findet sich über diese Unterredung kein Nachweis. Da jedoch die Auseinandersetzungen über die Derop weiter anhielten, muss man eine negative Haltung gegenüber den sowjetischen Forderungen annehmen, obgleich diese sich offensichtlich mit der Entscheidung Hitlers deckten.

75 Abschrift des Rundschreibens vom 27.6.1933, GStA, Rep. 120 C XIII 6 a, Nr. 35 A Bd. 6, o.P.

76 DVP SSSR, Bd. XVI, S.815, Anm. 46.

77 Darauf verweist McMurry, Deutschland, S.61.

78 Nach Auskunft von Hollmann in der obengenannten Sitzung bei Meyer im AA am 2. Mai standen einem Aktienkapital bei der Derop von 10 Mill. RM und einem solchen von 7 Mill. RM bei der Derunapht Schulden der beiden Gesellschaften in Höhe von 25 Mill. RM gegenüber.

79 Siehe Schreiben des Benzolverbandes an den Reichswirtschaftsminister vom 30.3.1933, BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 60f.; MacMurry, Deutschland, S.61.

licherweise auch für die praktische Tätigkeit der sowjetischen Botschaft und ihre Abteilungen eine neue und komplizierte Situation. Der Bericht der Konsularabteilung der Botschaft für das Jahr 1933 vermerkte, dass die Hauptarbeit „in der Verteidigung von Sowjetbürgern" bestanden habe. In den vergangenen Jahren habe diese ihrem Umfang nach nur eine geringe Bedeutung gehabt. Am 1. April, dem Tage des Boykotts aller jüdischen Geschäfte im Reichsgebiet durch die SA und SS – er bildete den Auftakt für die Judenverfolgung in Deutschland –, sei die Konsularabteilung „buchstäblich von Personen belagert gewesen, die über die Verfolgungen durch die Boykott-Patrouillen berichteten".[80] Auch die Tätigkeit der sowjetischen Handelsvertretung war unmittelbar durch die Judenverfolgung betroffen. Denn die bei ihr beschäftigten Rechtsanwälte und andere Fachkräfte wurden, soweit sie jüdischer Herkunft waren, von den deutschen Behörden nicht mehr anerkannt.[81]

Der Bericht der sowjetischen Botschaft für das Jahr 1933 zog daher im Hinblick auf den gegen sowjetische Bürger und Einrichtungen verübten Terror eine düstere Bilanz.[82] Er nannte die Verhaftung von 47 sowjetischen Bürgern, darunter von neun Angestellten sowjetischer Institutionen in Deutschland, 69 Hausdurchsuchungen, darunter der Wohnungen der Angestellten von 51 Handelsorganen. Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Derop seien 15 Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Ferner habe man in deutschen Häfen vier sowjetische Dampfer und drei kleinere Schiffe widerrechtlich durchsucht. Die sowjetische Botschaft, so vermerkte der Jahresbericht, habe sich daher veranlasst gesehen, dem Auswärtigen Amt 217 Noten zu übermitteln, in denen sie gegen die Übergriffe protestiert habe. Der Bericht stellte weiter fest, dass nach der faschistischen Machtergreifung nicht nur auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch auf dem des kulturellen und wissenschaftlich-technischen Austausches sowie des Tourismus erhebliche Rückschläge erfolgt waren.[83] Der Reiseverkehr zwischen den beiden Ländern hatte sich denn auch, wie der obengenannte Bericht der Konsularabteilung der Botschaft feststellte, stark vermindert. Während

80 Archiv Vnešnej Politiki RF [Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation], Moskau (im Folgenden AVP RF), f. 82, op. 19, d. 12.

81 Siehe Hilger, Wir und der Kreml, S.244.

82 Otčet polpredstva SSSR v Germanii za 1933, zakončen 31. XII. 1933 [Bericht der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland für 1933, beendet am 31.12.1933], AVP RF, f. 82, op. 17, d. 9.

83 Siehe in diesem Zusammenhang auch Günter Rosenfeld: Kultur und Wissenschaft in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1933 bis Juni 1941, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, 1995/1, S.99-129.

die Konsularabteilung noch in den beiden vorausgehenden Jahren 16.129 beziehungsweise 12.837 Visa zur Einreise in die UdSSR erteilt habe, seien es im Jahre 1933 nur noch 4.078 gewesen.[84] Auch ein Bericht der Gestapo stellte die erhebliche Abnahme der Zahl der Reisen in die UdSSR fest. „Während im Jahre 1932 noch für insgesamt 4301 Personen Fahrkarten nach Rußland ausgegeben wurden, sind es im Jahre 1933 nur noch 1199 gewesen." Zudem habe ein großer Teil der nach Russland reisenden Personen den Weg über andere ausländische Staaten genommen.[85]

Das Ende der Rapallo-Politik

Im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße war man bemüht, die Auswirkungen der antisowjetischen Hetze und Übergriffe herunterzuspielen und die sowjetische Führung hinsichtlich der deutschen Außenpolitik zu beruhigen. Der schon erwähnte Jahresbericht der sowjetischen Botschaft vermerkte: „In den Ministerien hörte man nicht auf, uns zu versichern, dass der alte Rapallo-Kurs in Kraft bleibe und dass Ungesetzlichkeit und Willkür gegenüber sowjetischen Bürgern und Einrichtungen sich durch unzureichende staatliche Disziplin der örtlichen Machtorgane erklären und prinzipiell dem freundschaftlichen Kurs der zentralen Regierung widersprechen."[86]

Wenn Hitler auf außenpolitischem Gebiet durch Friedensbeteuerungen seine eigentlichen Ziele zu verbergen suchte und in der zweiten Märzhälfte nach seinen unvorsichtigen Äußerungen am 2. März im Sportpalast jetzt auch gegenüber der Sowjetunion diese Taktik anwandte, so kam dies den Illusionen, die man sich noch im Auswärtigen Amt machte, entgegen. Eine von Bülow am 13. März 1933 verfasste Denkschrift über die außenpolitische Lage Deutschlands nannte als außenpolitisches Hauptziel die Revision des Versailler Vertrages und in diesem Zusammenhang die Umgestaltung der deutschen Ostgrenze. Daher könne man wie bisher „die russische Rückendeckung" gegenüber Polen nicht entbehren. Auch aus wirtschaftlichen Gründen brauche man die Zusammenarbeit mit Russland. „Die energische Bekämpfung der Kommunisten und des Kulturbolschewismus in Deutschland braucht, wie das italienische Beispiel zeigt, das deutsch-russische Verhältnis nicht notwendig auf die Dauer zu beeinträchtigen. Im Augenblick ist eine Abkühlung dieses Verhältnisses nicht

84 AVP RF, f. 82, op. 17, d. 9.
85 Gestapo an den Chef der Reichskanzlei Lammers, 21.2.1934, in: BArch, R 43II/1488a, Bl. 371538.
86 AVP RF, f. 82, op. 17, d. 9.

zu verkennen. Um diesen Zustand wieder zu beseitigen, werden wir, ohne der Sowjet-Union nachzulaufen, doch unseren Beziehungen zu Moskau besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei allen sich bietenden Gelegenheiten deutlich zum Ausdruck zu bringen haben, daß wir unsererseits die innerpolitische Bekämpfung des Kommunismus streng getrennt halten von unserer staatspolitischen Einstellung zur Sowjet-Union. Aus diesem Grunde ist auch eine möglichst umgehende Ratifizierung der Verlängerung des Berliner Vertrages dringend geboten."[87] Die Begründung, die Bülow für die Aufrechterhaltung der „russischen Rückendeckung" anführte, war nicht neu. Sie war schon beim Abschluss des Rapallo-Vertrages maßgebend gewesen.[88] Bemerkenswert war die Anführung des italienischen Beispiels. Damit griff Bülow die Argumentation auf, die jetzt gerade von sowjetischer Seite gegenüber der Hitlerregierung immer wieder ins Feld geführt wurde.

Die schon erwähnten taktischen Gründe waren für Hitler maßgebend. Daher sprach er sich in seiner Regierungserklärung vom 23. März im Reichstag, wo er mit terroristischem Druck gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und nach der schon am 9. März erfolgten Ausschaltung der KPD-Fraktion das Ermächtigungsgesetz annehmen ließ, für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher und für beide Seiten nutzbringender Beziehungen zur Sowjetunion aus. Die entsprechenden Passagen seiner Rede hatte Hitler aus den im Auswärtigen Amt erarbeiteten „Stichworten" übernommen.[89] Auch die Ausführungen, die Neurath in der Ministerberatung am 7. April über die außenpolitische Lage machte, entsprachen im Hinblick auf die Beziehungen zur Sowjetunion der Denkschrift Bülows.[90]

---

87 Zit. nach: Hans-Adolf Jacobsen unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow (Hrsg.): Misstrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1970, S.85-93, hier S.91.

88 Siehe auch darüber die besonders unter Auswertung des Wirth-Nachlasses veröffentlichten Forschungen von Ingeborg Fleischhauer: Rathenau in Rapallo. Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2006, H. 3, S.365-415.

89 Siehe Niclauss, Sowjetunion, S.91.

90 „Die Rückendeckung Rußlands gegen Polen können wir nicht entbehren. Rußland ist der größte Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse geworden [...] Die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland braucht, wie es das italienische Beispiel zeigt, auf die Dauer unsere Beziehungen zu Rußland nicht beeinträchtigen." ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 142, S.255-262, hier S.258-259; Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1938, Teil I, Bd. 1, Müchen 1983, S.317.

Unterdessen hatte die sowjetische Führung in den März- und Aprilwochen weiter versucht, die Absichten der Hitlerregierung zu ergründen und sie auf entsprechende Erklärungen festzulegen. Die heftige Welle antisowjetischer Übergriffe ließ in dieser Hinsicht allerdings nichts Gutes erwarten. Litvinov hatte auf der Durchreise von Genf nach Moskau in Berlin Station gemacht und war denn auch, wie Neurath in seiner Aufzeichnung über dessen Besuch am 1. März vermerkte, „im Gegensatz zu seiner sonstigen Haltung sehr aufgeregt".[91] Indem Neurath den Volkskommissar darauf hinwies, dass die deutsche Regierung mit dem Kreditabkommen vom 25. Februar[92] „den russischen Wünschen zur Erledigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten" entgegengekommen sei, nannte er eine der Maßnahmen, mit denen man die Besorgnisse in Moskau zu zerstreuen hoffte. Die Erklärungen Neuraths, darunter auch die Bemerkung, dass „Hitler ein vernünftiger und praktisch veranlagter Mann und Argumenten zugänglich"[93] sei, konnten die Zweifel Litvinovs an den Beteuerungen Neuraths kaum ausräumen. Dies umso weniger, als Rudolf Nadolny, damals Leiter der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf, Litvinov gegenüber erst kurz zuvor die Befürchtung geäußert hatte, dass Hitler sich nach den Wahlen von der Koalition mit den Deutschnationalen lossagen und, wie er es schon mit der Polizei getan habe, auch im Auswärtigen Amt die verantwortlichen Beamten – Nadolny nannte Neurath und Bülow – durch seine Leute ersetzen würde.[94] Nun sollte sich zwar die Prognose Nadolnys hinsichtlich der Ablösung Neuraths und Bülows nicht bewahrheiten. Jedoch verstand es die NS-Führung, auch auf andere Weise das Auswärtige Amt zum Instrument ihrer Politik zu machen.[95]

---

91 Aufzeichnung Neuraths vom 1.3.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr.43, S.89.

92 Danach gewährte ein deutsches Bankkonsortium der UdSSR einen Kredit in Höhe von 140 Millionen Mark.

93 „Nejrat govoril, čto sredi nacional-socialistov imejutsja, konečno, ėkstremisty, no čto sam Gitler – čelovek razumnyj, praktičnyj i poddaetsja uveščaniju." Aufzeichnung Litvinovs vom 1.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 54, S.138. In der Aufzeichnung Neuraths ist diese Passage nicht enthalten, wie sie überhaupt viel knapper gehalten ist als die Litvinovs.

94 Siehe ebenda, S.137. Wie Litvinov notierte, hatte er über diese Äußerung Nadolnys zu Neurath „natürlich nichts gesagt."

95 Siehe hierzu Hans-Jürgen Döscher: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung, Berlin 1987. Zuletzt siehe Eckart Conze u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Drtitten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

In den nächstfolgenden Wochen verstärkten einerseits die zunehmenden antisowjetischen Übergriffe, insbesondere das Vorgehen gegen die Derop, die Besorgnisse in Moskau. Andererseits brachten die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März sowie die am 8. April Litvinov durch Dirksen übermittelte Entscheidung der deutschen Regierung vom 4. April, die Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag „in nächster Zeit" vornehmen zu wollen,[96] im Kreml eine gewisse Beruhigung. Hitler hatte der dringenden Empfehlung Neuraths zur Ratifikation zugestimmt. Dabei sollte jedoch vorerst von der Veröffentlichung der Ratifikation mit Rücksicht auf die allgemeine außenpolitische Lage, insbesondere mit Rücksicht auf die gespannten Beziehungen Englands zur Sowjetunion, abgesehen werden.[97]

Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit man im Auswärtigen Amt bei dem Bemühen, die zwischen Berlin und Moskau entstandenen Spannungen zu entschärfen, die anhaltenden Mahnungen des deutschen Botschafters in Moskau berücksichtigte. Dirksen hörte jedenfalls nicht auf, die nachteiligen Folgen hervorzuheben, die für Deutschland durch einen Bruch mit der bisherigen Politik gegenüber der Sowjetunion entstehen konnten. Anders als die leitenden Beamten im Auswärtigen Amt, von Hitler und anderen NS-Führern ganz zu schweigen, hatte Dirksen durch seine Arbeit vor Ort einen anderen Blick für die Realität. Er schreibt in seinen Memoiren von der Angst und der Besorgnis, die ihm gegenüber die führenden sowjetischen Persönlichkeiten hinsichtlich der in Deutschland entstandenen Situation äußerten. „Bereitwillig stimmten sie dem Grundsatz zu, daß die Behandlung der deutschen Kommunisten ohne Einfluß auf die beiderseitigen Beziehungen bleiben würde. Aber ihr Zweifel über Hitlers Absichten blieb bestehen."[98]

In seinem Bericht vom 4. April 1933 kam Dirksen, besonders unter Bezugnahme auf die in Deutschland vorhandenen antisowjetischen Übergriffe, zu der Feststellung, dass sich „die beiderseitigen Beziehungen in einer schweren Krise" befänden. „Gelingt deren Beilegung nicht, so wird die Sowjetregierung mit der ihr eigenen Rücksichtslosigkeit die Folgerungen für die Gesamtheit der beiderseitigen Beziehungen ziehen und sich auch wirtschaftlich und militärpolitisch umstellen. Die wirtschaftlichen Folgen der Umstellung unserer größten Besteller und Schuldner liegen auf der Hand. Auch die außenpolitischen und militärpolitischen Umstel-

96 Aufzeichnung Litvinovs vom 8.4.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 112, S.221-223.
97 Siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 112, S.251, Anm. 6.
98 Herbert von Dirksen: Moskau – Tokio – London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919-1939, Stuttgart 1949, S.121.

lungsmöglichkeiten sind bei der gegenwärtigen Haltung Frankreichs und Polens gegeben."[99] Vier Tage später drahtete Dirksen nach Berlin, dass sich Litvinov mit dem Vorschlag, zum gegebenen Zeitpunkt gleichzeitig die Ratifikation der Verlängerung des Berliner Vertrages bekanntzugeben, einverstanden erklärt habe und dass „die tiefgehende Erregung über die Vorgänge letzter Wochen im Abflauen begriffen" sei. Warnend wies er darauf hin, dass „ein Wiederaufleben der polizeilichen Übergriffe ohne erdrückendes Beweismaterial, weitere Belästigung von Sowjetbürgern, Störungen von Sowjetinstitutionen" auf lange Zeit einen nicht wiedergutzumachenden Konflikt verursachen würden. Dirksen schloss sein Telegramm mit der Anregung, sofern man „eine stärkere politische Betonung der Beilegung des Konflikts" beabsichtige, anlässlich der Ratifikation ein gemeinsames Kommuniqué herauszugeben, den geplanten Empfang Chinčuks beim Reichskanzler mit der Bekanntgabe der Ratifikation zu verbinden und den beabsichtigten Besuch des Generalleutnants Alfred von Bockelberg in der UdSSR so zu legen, dass er schon der Parade am 1. Mai auf dem Roten Platz beiwohnen könne.

Nur die erste der drei Empfehlungen des Botschafters wurde realisiert, und die Reise Bockelbergs in die UdSSR begann erst eine Woche später. Die hier erwähnte militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten bestand seit 1920 und bildete eine wesentliche Komponente der Rapallo-Politik. Auf ihre Beendigung, die auf beiden Seiten aus politischen und ökonomischen Erwägungen vorgenommen wurde und eine besondere Studie erfordert, kann hier nur knapp hingewiesen werden. Die Reise Bockelbergs fand noch gänzlich im Rahmen der bisherigen vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit statt. Die im März 1933 ausgesprochene Einladung an den Chef des Heereswaffenamtes Bockelberg war als Gegenbesuch zur Teilnahme des stellvertretenden Volkskommissars für Verteidigung Michail Nikolaevič Tuchačevskij an den Herbstmanövern der Reichswehr 1932 gedacht und besaß eine eminent politische Bedeutung.[100] Das umfangreiche Besuchsprogramm war so angelegt, dass es den Eindruck einer ungetrübten Zusammenarbeit

99 ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 134, S.241.

100 Der von Jan Karlovič Berzin (seit 1920 Leiter der Auslandsspionage der Roten Armee und 1938 ermordet) für den Besuch Bockelbergs für den Volkskommissar für Verteidigung Kliment Efremovič Vorošilov erarbeitete Resolutionsentwurf wurde am 1.4.1933 Stalin vorgelegt und von diesem bestätigt. Siehe den Resolutionsentwurf bei Ju. L. D'jakov/T. S. Bušueva: Fašistskij meč kovalsja v SSSR, Krasnaja Armija i Rejchsver 1922-1933 [Das faschistische Schwert wurde in der UdSSR geschmiedet. Die Rote Armee und die Reichswehr 1922-1933], Moskva 1992, S.310.

erwecken sollte. Die Reise Bockelbergs dauerte vom 8. bis 28. Mai, wobei Bockelberg die „überaus herzliche Aufnahme“ sowohl bei den besuchten Dienststellen der Roten Armee als auch bei den besichtigten Industriebetrieben hervorhob.[101] Es war in den Tagen des Bockelberg-Besuchs, als Stalin die Entscheidung traf, die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland in der bisherigen Form zu beenden.[102] Hitler, der von vornherein dieser Zusammenarbeit negativ gegenüberstand, konnte die in Moskau getroffene Entscheidung nur recht sein. Offensichtlich Mitte Juli 1933 erteilte er die Weisung, die militärische Zusammenarbeit mit Moskau abzubrechen. Während die tieferen Ursachen für den Abbruch der militärischen Zusammenarbeit zwar in dem vom Hitlerregime eingeschlagenen antisowjetischen Kurs zu suchen waren, ging somit die unmittelbare Initiative von der sowjetischen Seite aus. Alsbald waren es französische Militärs, die die bisher von der Reichswehr in Russland besetzten Positionen einnahmen. Niemand ahnte, dass die „Freunde“, wie man in Moskau die deutschen militärischen Partner nannte, schon acht Jahre später als Invasoren in die Sowjetunion eindringen werden.

Unterdessen gab der bereits erwähnte Besuch des sowjetischen Botschafters bei Hitler am 28. April allen jenen, die die Rapallo-Politik verteidigten und retten wollten, neuen Auftrieb.[103] Die von Chinčuk vorgetragene Erklärung, die er sodann Hitler schriftlich übergab, nahm zunächst Bezug auf die gegen sowjetische Bürger und Institutionen gerichteten Übergriffe, betonte aber die Bereitschaft der Sowjetregierung, an den freundschaftlichen Beziehungen festhalten zu wollen. In fünf Punkten wurden

101 Siehe den vom 13.6.1933 datierten Bericht Bockelbergs, von dem ein Exemplar am 28.6.1933 von Jodl an das Auswärtige Amt übersandt wurde. BArch, Film Nr. 15606, Bl. E 579395f.; Manfred Zeidler (Reichswehr und Rote Armee 1920-1933, München 1993, S.288) zitiert den Bericht nach ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 252, Anm.10, S.463, wo jedoch nur ein kleiner Abschnitt des Berichts abgedruckt wurde. Berzin, dem es verschiedentlich gelang, Material aus dem diplomatischen Schriftwechsel der deutschen Botschaft in die Hand zu bekommen, legte den Text des Bockelberg-Berichts am 26.9.1933 Vorošilov vor. Siehe D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S.314.

102 Über die Motive, die Stalin zu dieser Entscheidung veranlassten, gibt es keine verlässliche Aussage. Slutsch (Stalin und Hitler, S.62) vertritt die Auffassung, dass Stalin Druck auf Hitler ausüben wollte, um ihn dadurch möglicherweise zum Einlenken gegenüber der UdSSR zu bewegen.

103 Siehe über die Unterredung die Aufzeichnungen von Neurath (ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 194, S.352f.) und von Chinčuk (DVP SSSR, Bd.XVI, Nr.138, S.271f.). Im Unterschied zur Aufzeichnung Neuraths, der die Ausführungen Hitlers über seine Innenpolitik gänzlich auslässt, sind diejenigen Litvinovs von Chinčuk sehr viel ausführlicher gehalten.

jene Fragen formuliert, die die Sowjetregierung zu klären wünschte.[104] Hitler antwortete in der für ihn charakteristischen weitschweifigen Art. Offenbar wollte er den sowjetischen Botschafter beeindrucken, als er ihm erklärte, dass die nationalsozialistische Herrschaft „ein für allemal und ohne irgendwelche Veränderungen" gesichert sei. Hitler sprach sich für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus. Innenpolitische Gesichtspunkte brauchten nach seiner Auffassung die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht zu beeinträchtigen. Außerdem sicherte Hitler dem Botschafter seine Unterstützung hinsichtlich der Erfüllung der vorgetragenen sowjetischen Wünsche vor.

So schien der Besuch Chinčuks bei Hitler den sowjetischen Hoffnungen und Erwartungen zu entsprechen. Über die vom Reichskanzler abgegebenen Erklärungen habe sich Litvinov sehr befriedigt gezeigt, so berichtete einen Tag später Dirksen nach Berlin.[105] Auch der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Verlängerungsprotokoll des Berliner Vertrages, der am 5. Mai zwischen Dirksen und Litvinov vorgenommen wurde und über den am 6. Mai die sowjetische und die deutsche Presse gleichzeitig in Form eines zuvor abgestimmten Kommuniqués informierte, konnte in Moskau als ein positives Zeichen gewertet werden. Als ein solches erschien auch, dass die Zeitungen „Völkischer Beobachter" und „Angriff" in ihren Leitartikeln, die übrigens der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes Richard Meyer selbst verfasst hatte,[106] anlässlich dieses Ereignisses das „gute Verhältnis zur Sowjetunion als wichtigen Programmpunkt der deutschen Außenpolitik" würdigten.

Jetzt erklärte man sich endlich auch im Auswärtigen Amt mit dem Besuch Dirksens in Berlin einverstanden. In seinen Berichten, die Dirksen während der ersten Hälfte des Monats Mai, noch vor seiner Abreise aus Moskau, nach Berlin sandte, wies er die dortigen Beamten immer wieder auf die Gründe hin, die für die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion sprachen. In seinem Bericht vom 5. Mai

---

104 Die Punkte galten der Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag, dem Gesichtspunkt, dass die innerpolitische Umgestaltung Deutschlands nicht notwendigerweise die Beziehungen zur Sowjetunion negativ beeinflussen müsste, der Information der deutschen Presse über die „tatsächlichen Absichten des Reichskabinetts" gegenüber der UdSSR, der Entwicklung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs und der Problematik der Derop.

105 Dirksen an AA, 29.4.1933, PA AA, Moskau 208, Bl. 425396-425397.

106 Meyer teilte es Dirksen am 9.5.1933 vertraulich mit, siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 204, S.370, Anm. 4.

machte er zunächst auf das gewachsene Misstrauen der sowjetischen Führung gegenüber der deutschen Außenpolitik aufmerksam. Dieses sei schon im Sommer 1932 während der Konferenz von Lausanne entstanden[107] und habe sich „durch die polizeilichen Eingriffe der letzten Monate“ und schließlich auch im Ergebnis der Politik Frankreichs und Polens verstärkt. Nichtsdestoweniger, so schlussfolgerte Dirksen, halte sich in der Sowjetunion die Neigung zur Wiederherstellung des freundschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland die Waage mit der Tendenz, Deutschland gegenüber eine abwartende Zurückhaltung zu üben. Zwar sei die Sowjetunion infolge ihrer gesamten inneren Situation „kein Objekt, das zu einer besonders positiven Einstellung durch andere Mächte verlockte“, und auch in militärischer Beziehung sei die Sowjetunion für die nächsten Jahre nur in bescheidenem Umfang ein Machtfaktor. Doch wäre es kurzsichtig, deshalb die Rapallo-Politik aufzugeben. Denn diese Politik habe trotz der Schwäche der beiden Partner starke positive politische Wirkungen ausgeübt. Auch heute noch, so schloss Dirksen seinen Bericht, seien dieselben Gründe, die zum Abschluss des Rapallo-Vertrages wie des Berliner Vertrages geführt hatten, „lebendig und wirksam“.[108]

Nicht von ungefähr wies Dirksen in diesem Bericht noch einmal so nachdrücklich auf die Bedeutung der Rapallo-Politik hin. Kam es ihm doch in allen seinen Gesprächen, die er sodann in der dritten Mai-Dekade in Berlin führte, darauf an, die maßgebenden deutschen Politiker für die Weiterführung dieser Politik zu gewinnen. Nach Hitler und Hindenburg gehörten zu seinen Gesprächspartnern Göring, Frick und Goebbels. Sie versicherten ihm ebenso wie der Kanzler, die Beziehungen zur Sowjetunion in positiver Weise pflegen zu wollen.[109] In ähnlicher Weise erklärte Neurath, der am 29. Mai Litvinov in Gegenwart von Dirksen und Chinčuk empfing, dass „sich an unseren Beziehungen nichts ändern“ würde.[110]

Doch zeigte es sich schon bald, dass die Geschichte einen anderen Verlauf nahm, als es sich die Verfechter der Rapallo-Politik in Berlin und Moskau erhofften. Der Kurs der Hitlerregierung blieb weiter antisowjetisch, und in

---

107 Während der Konferenz von Lausanne, die vom 16.6. bis 9.7.1932 zur Regelung der Reparationsfrage getagt hatte, hatte Reichskanzler Franz von Papen versucht, ein gegen die Sowjetunion gerichtetes deutsch-französisches Bündnis zustande zu bringen. Siehe Günter Rosenfeld: Sowjetunion und Deutschland, Berlin 1984, S.450.

108 Dirksen an AA, 5.5.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 212, S.382-386.

109 Siehe Dirksen an Neurath, 5.6.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Nr. 284, S.513; Dirksen, Moskau-Tokio-London, S.122f.

110 Siehe Aufzeichnung Litvinovs vom 29.5.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 167, S.321-323.

Moskau kam man spätestens Ende Oktober 1933 zu der Auffassung, dass es nicht möglich sein werde, die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wie bisher aufrechtzuerhalten. Dirksen schloss daher seinen letzten diplomatischen Bericht aus Moskau mit dem Satz: „Das Rapallo-Kapitel ist geschlossen."[111] Wenige Wochen später kam Litvinov zu derselben Schlussfolgerung, als er vor dem Zentralexekutivkomitee der UdSSR am 29. Dezember 1933 über die außenpolitische Situation sprach: „Zehn Jahre lang verbanden uns mit Deutschland enge wirtschaftliche und politische Beziehungen. […] In Deutschland gab es Reden, Erklärungen und Handlungen, die nicht nur unseren früheren Beziehungen nicht mehr entsprechen, sondern vielmehr Anlass zu der Auffassung geben, dass sich diese Beziehungen in ihr Gegenteil verwandelt haben."[112] Über die Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den folgenden Jahren wissen wir leider immer noch zu wenig. Die Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ging alsbald in eine Eiszeit über, die vom Hitler-Stalin-Pakt 1939 nur kurzzeitig aufgebrochen wurde.

111 Dirksen an AA: Die Sowjetunion im Jahre 1933, 30.10.1933, Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 279, Bl. 254-260, hier Bl. 256 RS (Abschrift); in ADAP, Ser C, Bd. II/2, S.310 wird aus dem Bericht nur knapp nach einem Vermerk von Rudolf Nadolny zitiert.
112 DVP SSSR, Bd. XVI, S.791.

IBB – GBB – DBB.
Die Etablierung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in der DDR und in den neuen Bundesländern (1989-1991)

Walter Schmitz

In der Chronik zur Verbandsgeschichte des dbb heißt es lapidar: „Am 25. September 1990 vereinigt sich in einer Festveranstaltung in der Kongresshalle am Alexanderplatz in Ost-Berlin der Gewerkschaftsverband Beamtenbund (GBB) der DDR mit dem DBB. [...] Auf der Sitzung des DBB-Bundeshauptvorstandes am 3. Mai 1991 in Saarbrücken werden die neu gegründeten Landesbünde Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen feierlich in den DBB aufgenommen. Die Mitgliederzahl erreicht die Millionenhöhe."[1] Diesem Zusammenschluss waren sowohl in der sich neu entwickelnden freien Gewerkschaftsbewegung der DDR als auch in den Entscheidungsgremien des dbb schwierige organisatorische, personelle und programmatische Weichenstellungen und Grundsatzentscheidungen vorangegangen, die bis heute Organisationsstruktur und Selbstverständnis der Gewerkschaft prägen.[2] Ein Rückblick verdeutlicht dreierlei: Die ersten Initiativen

---

1 Siehe dazu auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion (www.dbb.de) unter dbb den Seitenlink „Chronik". Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 793.607 (1989) über 997.702 (1990) auf 1.053.001 (1991). Die Zuwächse wurden ganz überwiegend im sogenannten Beitrittsgebiet erzielt. Siehe dazu: Grafik zur Mitgliederentwicklung des dbb 1951 bis 2009, Handakten der dbb-Bundesgeschäftsstelle, GB 6, Mitgliederstatistiken. Im Rahmen der gewerkschafts- und verbändegeschichtlichen Forschung ist die Entstehung und Entwicklung von Beamtenorganisationen in der DDR 1989/1990 und in den Anfangsjahren der neuen Bundesländer bislang nicht aufgegriffen worden. Gleichwohl sind die im dbb-Geschäftsbereich Kommunikation (GB 6) sowie in der Bibliothek der dbb-Bundesgeschäftsstelle in Berlin vorhandenen Drucksachen (Geschäftsberichte, Zeitschriften, Flugblattsammlungen etc.) für Dokumentations- und Forschungszwecke auf Anfrage frei zugänglich.

2 Der „dbb beamtenbund und tarifunion" vollzog seinen Namenswechsel auf dem Gewerkschaftstag 1999. Ferner etablierte er gleichzeitig ein visuelles Neukonzept, das die Kleinschreibung des Namens vorsieht. Bis zu diesem Zeitpunkt firmierte „die Spitzenorganisation der Gewerkschaften und Verbände des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors in Deutschland" (dbb-Satzung § 1, in: Statutensammlung 2008, hrsg. von der Bundesleitung des dbb, Berlin 2008, S.8) unter dem Namen DBB Deutscher Beamtenbund. Die zum dbb gehörenden Gewerkschaften des privaten Dienstleistungssektors umfassen ausschließlich die vom Staat in die Privatwirtschaft ausgegliederten Organisationsbereiche Bahn, Post und Telekom. Der Namenszusatz ist etwas irreführend, weil der dbb nie Beschäftigte aus Industrie und Wirtschaft, sondern ausschließlich aus

zur Zusammenarbeit und zum späteren Zusammenschluss gingen von Einzelpersonen aus Ostberlin aus; die Idee, das Berufsbeamtentum in der DDR zu etablieren, löste eine Bürgerbewegung aus; der dbb konnte die sich dann in der DDR gründenden Beamten-Organisationen in den Dachverband integrieren und seine Organisationsstruktur auf alle 16 Bundesländer ausdehnen.[3]

Der zentrale Staatsapparat der DDR war überbesetzt. Dem letzten Ministerrat vor der Wende gehörten beispielsweise 44 Mitglieder an, die Ministerien oder Ministerien gleichgesetzten Kommissionen mit entsprechenden Mitarbeiterstäben vorstanden.[4] 860.000 Mitglieder zählte allein die „Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft", zu der auch die Beschäftigten der Parteien und Massenorganisationen, der Hochschulen und der wissenschaftlichen Einrichtungen gehörten, zu Wendezeiten immer noch. Das allein waren – so der Ostberliner Journalist Hannes Bahrmann in einem Artikel über Behördenabbau und Verwaltungsreform[5] – über zehn Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Was mit überzähligen oder Stasi-belasteten Beschäftigten geschehen würde, wie sich die Verwaltung und, davon abhängig, die Strukturen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung neu formieren würden – auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften sowie andere Verbände dehnten ihre Organisationen nach dem Fall der Mauer nach Ostdeutschland aus – war zu Beginn des Jahres 1990 noch durchaus offen. [6]

---

dem öffentlichen Dienst organisiert hat. Im Folgenden wird, außer in Zitaten und zeitgenössischen Hinweisen, die Bezeichnung dbb verwendet.

3 Siehe dazu die Bilanz zur Wendezeit, die der damalige dbb-Bundesvorsitzende Werner Hagedorn in einem Gespräch mit der Monatszeitschrift des dbb aus Anlass des 20. Jahrestages der Wiedervereinigung gezogen hat, in: dbb magazin, 2010, Nr. 10, S.26f.

4 Siehe dazu DDR-Lexikon, Artikel „Ministerrat" mit den entsprechenden Namenslisten, www.ddr-wissen.de. Ferner dazu das Interview mit Ministerialdirektor Wighard Härdtl, Leiter der Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium „Staatsstrukturen und öffentliche Ordnung", in: Der Beamtenbund. Monatszeitschrift für den öffentlichen Dienst, 1990, Nr. 4, S.3f.

5 Siehe Hannes Bahrmann: Was wird aus uns? Stimmen und Stimmungen im Verwaltungsapparat der DDR, in: Der Beamtenbund, 1990, Nr. 1, S.16f.

6 Zur Wendezeit organisierten neben den dbb- und DGB-Gewerkschaften unter anderem auch der Marburger Bund, der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) oder die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Siehe Martin Eitel: Die Ungleichbehandlung der repräsentativen und nicht repräsentativen Gewerkschaften durch den Staat (Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Bd. 108), Berlin 1991, S.32f.

Propst Dr. Hans-Otto Furian vom Konsistorium in Berlin (Ost) der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg erklärte noch Anfang Januar 1990 auf der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb in Bad Kissingen, dass nicht objektiv vorausgesagt werden könne, ob der Erneuerungsprozess in der DDR zum Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten oder zu einer erneuerten DDR in Europa führen werde.[7]
Der dbb teilte zu diesem Zeitpunkt diese Zweifel bereits nicht mehr. Nach ausführlichen Analysen der Ereignisse um den Mauerfall und der möglichen staatsrechtlichen Konsequenzen durch die Juristen der damaligen Bundesgeschäftsstelle des dbb in Bonn ging die gewerkschaftliche Spitzenorganisation von einem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Einführung westlicher Verwaltungsstrukturen einschließlich der Institution des Berufsbeamtentums aus.[8] Der dbb hat von vornherein diese auch von der Bundesregierung favorisierte Lösung unterstützt und gefördert, weil es unter diesen Voraussetzungen gelingen würde, „auch im Gebiet der DDR eine freie gewerkschaftliche Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes einzurichten und zugleich Ziele, die der DBB in seinen eigenen Grundsatzprogrammen verankert hat, nämlich den Aufbau einer rechtsstaatlichen öffentlichen Verwaltung, als deren Garant das Berufsbeamtentum gilt, in der DDR aufzubauen.“[9]
Der dbb stellte Planüberlegungen an, wie die Organisationsstruktur des Beamtenbundes mit Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften[10] für den öffentlichen Dienst in der DDR etabliert werden konnte. Zur Erörterung dieser Fragen traf sich am Vorabend der Kissinger Tagung eine unter Vorsitz des Berliner dbb-Vorsitzenden Egbert Jancke gebildete Arbeitsgruppe, um einen „Fahrplan“ zu entwerfen, bereits geknüpfte Kontakte in die DDR zu vertiefen und konkrete Projekte für eine part-

7 Siehe Bericht über die Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des dbb in Bad Kissingen 1990, in: Der Beamtenbund, 1990, Nr. 2, S.2, 16; sowie Christoph Links/Hannes Bahrmann: Wir sind das Volk, Weimar 1990. Bei Links/Bahrmann heißt es in der Chronik unter dem 17. Dezember, dass sich in Meinungsumfragen (noch) 73 Prozent der Befragten für eine selbstständige DDR ausgesprochen hätten.
8 Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, hrsg. von der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes, Düsseldorf 1995, S.52f. Die Stellungnahmen der dbb-Juristen flossen ein in Informationsmaterial, das später vom IBB verwendet worden ist. Siehe unter anderem Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer, DBB-Aktuell, Januar 1990, Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, GB 6, Drucksachen 1990/91.
9 Siehe ebenda, S.50.
10 Zur Organisationsstruktur des Beamtenbundes zu Beginn der Neunzigerjahre siehe ebenda, S.50f.

nerschaftliche Zusammenarbeit abzustecken. Der damalige dbb-Bundesvorsitzende Werner Hagedorn erläuterte die Grundhaltung seiner Organisation: „Der DBB will mit den Gewerkschaften in der DDR Partnerschaft ohne Bevormundung, signalisiert offene Arme ohne Umarmung und wird diesen in Kissingen abgesteckten Kurs halten, wenn sich jetzt auf DDR-Seite die Strukturen und Personen zeigen, die freie Gewerkschaften und Gewerkschaftspluralismus garantieren."[11] Mit dieser Strategie, die Selbstentscheidung des Einzelnen für eine Mitgliedschaft entweder in einer dbb- oder in einer konkurrierenden Gewerkschaft zu akzeptieren, wollte der dbb auch eine Gegenposition zum DGB einnehmen, dessen Mitgliedsgewerkschaften, beispielsweise im Hochschul- und Lehrerbereich, Beschäftigte in den neuen Ländern angeschrieben und mitgeteilt hatten, dass ihre bestehenden Gewerkschaftsmitgliedschaften auf die entsprechenden DGB-Gewerkschaften übertragen werden könnten und nichts weiter unternommen werden müsse. Verunsicherte Beschäftigte, die zum Teil erwogen hatten, künftig gar nicht weiter gewerkschaftlich organisiert zu bleiben, wandten sich in dieser Frage an den dbb und baten um Informationen. Der dbb betonte in seinen Antworten, dass jedwede Mitgliedschaft in Organisationen, seien es Gewerkschaften, Parteien oder Vereine, freiwillig sei. Es ist nicht auszuschließen, dass die Mitgliederverluste der DGB-Gewerkschaften in den Neunzigerjahren auch eine Folge dieses Übernahmeangebots darstellen, das viele verunsicherte Betroffene zunächst aus Informationsdefiziten angenommen haben, dann aber ausgetreten sind.[12]

Die dbb-Arbeitsgruppe kam überein, die anstehende Gründung eines „Interessenverbandes Beamtenbund der DDR" (IBB), der dafür eintrat, ein Beamtenverhältnis im öffentlichen Dienst der DDR einzuführen, zu

11 Bericht über die Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen 1990, in: Der Beamtenbund, 1990, Nr. 2, S.16f.

12 Der damalige dbb-Bundesvorsitzende Werner Hagedorn bemerkt dazu im dbb magazin, 2010, Nr. 10, S.26: „Vom FDGB und mit Verlaub – auch von seinem selbst ernannten Nachfolger DGB, der die Leute einfach übernehmen wollte, hatten sie [gemeint sind die Beschäftigten aus allen Verwaltungsbereichen – W.S.] die Nase voll." Zur Entwicklung der Mitgliederzahlen siehe die ausführlichen und kommentierten Übersichten zur Mitgliederentwicklung von dbb, DGB und ihrer Fachgewerkschaften bei Berndt K. Keller: Arbeitspolitik im öffentlichen Dienst. Ein Überblick über Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen (Gelbe Reihe, Modernisierung des öffentlichen Sektors, Sonderbd. 36), Berlin 2010, S.69- 84. 1990/91 stiegen die Mitgliederzahlen des DGB stark an, nahmen dann aber kontinuierlich wieder ab.

unterstützen.[13] In den wenigen Wochen nach der Kissinger Tagung und vor dem Gründungskongress des IBB am 24. Februar 1990 in Ostberlin trafen sich Protagonisten beider Seiten regelmäßig im Osten wie im Westen Berlins und formulierten gemeinsam einen Satzungsentwurf, eine Geschäftsordnung sowie eine programmatische Erklärung des neuen Interessenverbandes, in der unter anderem für Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit sowie die Herstellung der „staatlichen Einheit der deutschen Nation" eingetreten wird.[14] Die IBB-Satzung wurde mithilfe des damaligen dbb-Justiziars und -Bundesgeschäftsführers, Gerd Eßer, äußerst knapp formuliert. In nur 20 Paragrafen (acht Druckseiten DIN A 5) wurden die vereinsrechtlichen, organisatorischen und inhaltlichen Grundlagen für die künftige Arbeit niedergelegt.[15]
Die Initiatoren des „DDR-Beamtenbundes" waren Helmut Dähnicke und Dr. Matthias Renger, beide Mitarbeiter im „Investitionsapparat" des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der DDR, die zunächst in ihrem unmittelbaren Beschäftigungsumfeld nach Gleichgesinnten suchten und eine Bürgerbewegung anstießen, die sich bald auf die gesamte DDR ausweitete. Fingierte „Dienstfahrten" machten es möglich, dass Dähnicke sich frei bewegen und für seine Idee werben konnte.[16] Bereits Ende Dezember 1989 hatten sich mehrere Tausend Interessenten „postlagernd" –

13 Siehe dazu Neues Deutschland. Sozialistische Tageszeitung, 18.1.1990. Unter der Überschrift „Initiative für die Gründung eines DDR-Beamtenbundes" berichtete die Zeitung: „Für einen Beamtenstatus der Mitarbeiter der Staats- und Kommunalorgane der DDR setzt sich eine in Berlin neu gegründete Bürgerinitiative ein. Sie vertritt die Auffassung, daß der politische Pluralismus in der DDR eine stabile Verwaltung benötigt."
14 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 2, S.1; sowie Bericht über die ersten Kontakte Janckes zu den IBB-Gründern, in: Der Beamtenbund, 1990, Nr. 3, S.16f.
15 In Paragraf 2 „Grundsätze und Aufgaben" hieß es: „Der Interessenverband ‚Beamtenbund der DDR' ist eine Berufsvertretung von Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes und strebt die Schaffung eines gesetzlichen Beamtenstatus auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses an. Der Interessenverband ‚Beamtenbund der DDR' bekennt sich zur Gewährleistung der sozialen Rechte für alle Mitglieder der Gesellschaft. Sein Ziel ist es, jederzeit eine stabile und demokratische Verwaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu sichern. Der Interessenverband ‚Beamtenbund der DDR' fordert eine auf das soziale Gemeinwohl ausgerichtete Gesetzgebung und darauf aufbauende parteipolitisch unabhängige Dienstausübung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes." Original-Druckexemplar der IBB-Satzung, 8 Seiten, o.O., o.J., in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991.
16 Siehe dazu insgesamt die teils idealisierende Darstellung Dähnickes über die Gründungsphase des IBB in der DDR, die der Verfasser vorwiegend aus subjektiver Erinnerung und nur unter gelegentlicher Verwendung der zugänglichen Quellen, u. a. in der Bibliothek der dbb-Bundesgeschäftsstelle in Berlin, verfasst hat: Helmut Dähnicke: Aus eigenem Entschluss. Zur Geschichte des Beamtenbundes in den neuen Ländern, Rostock 2008, S.20.

das Postfach hatte der Handwerker Knut Reimann[17] zur Verfügung gestellt – aus allen Verwaltungsbereichen bei Dähnicke und Renger gemeldet. Mit diesem Mitgliederpotenzial im Rücken suchten sie den ersten Kontakt zum dbb-Landesbund Berlin (West). Anfang Januar 1990 standen beide unangemeldet bei Egbert Jancke vor der Tür, um sich über Satzung, Aufbau, Arbeitsweise und Beitragserhebung einer Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst zu informieren. Nach einiger Verwunderung über ihren spontanen Besuch in der Geschäftsstelle und ihr für ihre Herkunft doch ziemlich untypisches Ansinnen – ein Berufsbeamtentum hatte es in der DDR nicht gegeben – erhielten sie vom Berliner Landesvorsitzenden Egbert Jancke alle Informationen, die sie benötigten.[18]

Am Gründungskongress des IBB im Saal der Kongresshalle am Alexanderplatz in Ostberlin nahmen am 24. Februar 1990 rund 400 Staatsbeschäftigte teil, die den Beamtenstatus anstrebten und gewerkschaftlich dem dbb beitreten wollten. Sie waren von gleichgesinnten Arbeitskolleginnen und -kollegen als Vertreter ihrer Interessen als Delegierte akklamiert worden. Der dbb, als Hüter des Berufsbeamtentums bekannt, schickte prominente Vertreter und demonstrierte damit öffentlich die Anerkennung und Unterstützung der Bewegung: Neben dem Bundesvorsitzenden Werner Hagedorn nahmen der stellvertretende Bundesvorsitzende Heinz Ossenkamp sowie der Vorsitzende der damaligen dbb-Tarifgemeinschaft Karl-Heinz Baetge teil. Ferner waren die Vorsitzenden der Zollgewerkschaft (BDZ) Richard Müller, der Polizeigewerkschaft (DPolG) Benedikt Gregg, der Verwaltungsgewerkschaft (DVG) Karl-Heinz Baum sowie die Landesbundvorsitzenden Valentin Schiedek (Hamburg), Martin Wurm (Baden-Württemberg) und Egbert Jancke (Berlin) vertreten.

Die zwischen IBB und dbb geknüpften Kontakte zeitigten inhaltlich und organisatorisch auf dem Gründungskongress ihre Ergebnisse: Die neu gewählten Bezirksvorsitzenden wurden mit Zehntausenden von Mitgliedsausweisen ausgerüstet; Flugblätter, Infomaterial und Einladungen zu Versammlungen wurden gedruckt und – vorwiegend per Hand – in allen Verwaltungsbereichen weit verteilt.[19]

---

17 Auf dem Gründungskongress am 24.2.1990 hatte Knut Reimann, ein Schulfreund Dähnickes, deshalb das erste Wort: „Hier kennt mich keiner, aber jeder kennt mein Postfach." Der Beamtenbund, 1990, Nr. 4, S.16.

18 Siehe Dähnicke, Aus eigenem Entschluss, S.25.

19 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 4, S.16; dazu als Beispiel eines „IBB-Aktuell" die Einladung zu einer Informationsveranstaltung am 11.4.1990 in den Hörsaal-Komplex der Karl-Marx-Universität Leipzig zum Thema „Warum müssen die Beschäftigten in den

Auch die inhaltlichen Vorarbeiten und Absprachen führten zu konkreten Resultaten. Der Satzungsentwurf wurde ebenso von den Delegierten mit klaren Mehrheiten verabschiedet wie die Beitragsordnung, die als Aufnahmegebühr zehn Mark vorsah und den Monatsbeitrag je nach Nettoverdienst zwischen fünf und zehn Mark staffelte.[20] Nach Grußworten von Parteien und politischen Gruppierungen kam in der öffentlichen Veranstaltung des Gründungskongresses auch der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Wolfgang Warburg, zu Wort, der die Gründung von Gewerkschaften außerhalb des DGB als unsolidarisch ablehnte. Die Anwesenden hätten eine Solidaritätspflicht, in der die ÖTV und alle anderen DGB-Gewerkschaften stehen würden. Diese Aussage stand allerdings im Widerspruch zu dem in der Bundesrepublik geltenden Prinzip des Gewerkschaftspluralismus, aufgrund dessen es neben den DGB-Gewerkschaften stets eine Fülle von Organisationen für bestimmte Berufs- und Interessengruppen gab und gibt.[21]

Warburgs weiterer Hinweis, der Beamtenstatus lasse überdies infolge des fehlenden Streikrechts keine wirksame Interessenvertretung zu, überzeugte die Anwesenden ebenfalls nicht. So fiel die Resonanz auf seine Rede eher zurückhaltend aus: Die Delegierten im Saal wollten auf das Streikrecht verzichten, nicht aber auf die berufliche Sicherheit durch den Beamtenstatus und deshalb keine Mitgliedschaft im DGB, der dem Berufsbeamtentum stets ablehnend gegenübergestanden hatte. Der dbb bot ihnen die Gewähr, ihre Bemühungen zur Einführung des Berufsbeamtentums im Beitrittsgebiet zu unterstützen.[22] Der DGB und seine Mitgliedsge-

Hochschulen und Verwaltungen der DDR Beamte sein?" Originalexemplar in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991. Ebenda ein sechsseitiger Flyer mit integrierter Postkarte als Beitrittserklärung oder zur Abforderung von ausführlichem Infomaterial unter der Überschrift: „Für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst – für Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit – IBB". Der dbb wandte sich auch direkt mit Infomaterial an die Staatsbediensteten der DDR und informierte mit Hinweis auf den IBB über das Berufsbeamtentum und die Grundlagen einer unabhängigen Verwaltung. Siehe dazu u. a. das Flugblatt „Die Bürger der DDR haben Anspruch auf eine bürgernahe Verwaltung", Originalexemplar in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, GB 6.

20 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 4, S.16.

21 Siehe dazu die Liste der wichtigsten Gewerkschaften und Verbände in: Albert Oeckl: Taschenbuch des öffentlichen Lebens in Deutschland 2011, 60. Jg., Bonn 2011, S.784-850.

22 Dähnicke erklärte kurze Zeit später in einem Interview, dass die DGB-Positionen „völlig unserem Empfinden widersprachen. Der Wunsch der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und der kommunalen und staatlichen Verwaltungen nach Unabhängigkeit von

werkschaften waren bereits in der Bundesrepublik für die Abschaffung des Berufsbeamtenstatus und für die Einführung eines Einheitsdienstrechts eingetreten, wobei sie sich aber mit ihren Vorstellungen nicht hatten durchsetzen können.[23]

Aus welchen DDR-Gewerkschaften die weiterhin im Amt stehenden Mitarbeiter des Staatsapparates der DDR im Einzelnen kamen, spielte bei den organisatorischen Überlegungen zur Etablierung der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsstrukturen im Staatsdienst der DDR für den dbb keine Rolle: Für ihn war maßgebend, dass jeder Beschäftigte, also auch jeder Staatsbeschäftigte, die Wahl hatte, sich dort zu organisieren und zu engagieren, wo er seine persönlichen Vorteile am besten gewahrt glaubte. Absprachen seitens des dbb mit dem DGB oder mit der ÖTV, beispielsweise zur Organisation der Angestellten und Arbeiter, hat es nicht gegeben. In den Akten der dbb-Bundesgeschäftsstelle finden sich keinerlei Hinweise auf eventuelle Kontakte. Eine Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen, wie sie seit 2004 zur Fortentwicklung des Berufsbeamtentums und seit 2008 im Rahmen der Einkommensverhandlungen erfolgreich praktiziert wird, gab es damals noch nicht.[24]

Der Diplom-Historiker und Hauptinitiator des IBB, Helmut Dähnicke, wurde am 26. Februar 1990 im Alter von 58 Jahren zum Vorsitzenden des Geschäftsführenden Hauptvorstandes des IBB gewählt und erhielt

---

einer Partei, nach ausschließlicher Verpflichtung der Arbeit auf Rechtsstaatlichkeit in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis ist zur Maxime unserer Arbeit geworden.“ Der Beamtenbund, 1990, Nr. 5, S.3.

23 Siehe Thomas Kröker/Walter Schmitz: DBB 1945-1983, Düsseldorf 1987, S.56. Eine von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher 1970 eingesetzte „Studienkommission“ von 19 Experten erarbeitete Vorschläge zur Reform des Dienstrechts. DGB und dbb waren darin mit jeweils zwei Verbandsrepräsentanten vertreten. Schließlich standen ein vom DGB favorisiertes „Gesetz-/Tarifmodell“ und ein vom dbb bevorzugtes „Gesetzmodell“ zur Entscheidung. Die Kommission sprach sich schließlich mehrheitlich für das Gesetzmodell mit Berufsbeamtentum ohne Streikrecht aus. Genscher legte daraufhin keinen Gesetzesentwurf zur Änderung des Dienstrechts und zur Abschaffung des Berufsbeamtentums vor. Alle weiteren Versuche, das Berufsbeamtentum einzuschränken oder abzuschaffen, scheiterten bis heute. Die Übertragung der westdeutschen Verwaltungsstrukturen einschließlich des Berufsbeamtentums auf das Beitrittsgebiet hat die Institution stattdessen gestärkt.

24 Zur gemeinsamen Vorgehensweise: die Stellungnahme von dbb und ver.di zum Strukturreformgesetz für den öffentlichen Dienst siehe: Entwurf eines Strukturreformgesetzes: Neue Wege im öffentlichen Dienst, in: dbb magazin, 2005, Nr. 5, S.6f. Im Oktober 2004 hatten ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und dbb-Chef Peter Heesen gemeinsam mit Bundesinnenminister Otto Schily das Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ vorgestellt. Zu den gemeinsamen Tarifverhandlungen siehe dbb magazin, 2011, Nr. 1/2, S.5.

vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft für seine gewerkschaftliche Tätigkeit eine Teilfreistellung vom Dienst, was gleichbedeutend mit einer Anerkennung der neuen Organisation zu setzen ist. Im Lauf der folgenden Wochen fanden zahlreiche Gespräche statt mit dem Ziel, nach innen die Organisationsstrukturen zu festigen und nach außen für die Einführung des Berufsbeamtentums zu wirken. Da aufgrund der Volkskammer-Wahlen in der DDR am 18. März 1990 und der konzeptionellen Arbeit am Einigungsvertrag keine Änderungen seitens der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR am eingeschlagenen Weg (Übertragung der westlichen Verwaltungsstrukturen einschließlich des Berufsbeamtentums) vorgenommen wurden, nutzte der IBB die Zeit bis zur Gründungsveranstaltung des GBB zu politischen Gesprächen und zur intensiven Mitgliederwerbung.[25]

Am 2. April 1990 fand in diesem Zusammenhang das erste Gespräch mit dem Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Dr. Peter-Michael Diestel, statt. Dieser vertrat die Auffassung, dass ein unparteiisches, auf Recht und Gesetz verpflichtetes Berufsbeamtentum auch in der DDR die Grundlage für den Aufbau einer rechtsstaatlichen und bürgerfreundlichen Verwaltung bilde.[26] Ähnlich äußerten sich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl anlässlich der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 19. Mai 1990 in Bonn gegenüber DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière sowie Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble am 4. Mai 1990 in einer Ansprache vor dem dbb-Bundeshauptvorstand in Cuxhaven: „Das öffentliche Dienstrecht muß [...] als Kernpunkt für den im Zuge des Einigungsprozesses zu verwirklichenden öffentlichen Dienst in Deutschland jetzt mit einer Grundsatzentscheidung für das Berufsbeamtentum auch in der DDR geregelt werden.“[27]

In den folgenden Wochen führte der IBB, unterstützt von Juristen der dbb-Bundesgeschäftsstelle, Informations- und Werbeveranstaltungen in allen größeren Städten der DDR durch. In Berlin und Bonn fanden regelmäßige Strategiesitzungen und Schulungsveranstaltungen für die neuen Amtsträger statt.[28]

Am 24. Juni 1990 konstituierte sich der „Gewerkschaftsverband Beamtenbund der DDR“ (GBB). Die Geschäftsstelle befand sich in der Niederwallstraße 1-5, 1080 Berlin. Die 231 stimmberechtigten Delegierten

25 Mitte Juni 1990 gehörten dem IBB bereits über 50.000 beitragszahlende Mitglieder an. Siehe dazu Handakten der dbb-Bundesgeschäftsstelle, GB 6, Mitgliederstatistiken.

26 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 6, S.1, Nr. 5, S.1.

27 Siehe ebenda, S.1, 16f.

28Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.53f.

wählten in der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz erneut Helmut Dähnicke zum Vorsitzenden.[29] In seiner Rede vor dem Plenum erklärte Dähnicke, der Vereinigungsprozess von GBB und dbb müsse zeitlich und rechtlich weiterhin in den Gesamtrahmen des allgemeinen Vereinigungsprozesses eingepasst werden. Zugleich sei es intern notwendig, starke Landesorganisationen und Fachgewerkschaften zu bilden, deren Protagonisten sachkundig an den in der DDR anstehenden Tarifverhandlungen und Personalratswahlen teilnehmen könnten. Die ausdrückliche Teilnahme des GBB an den Wahlen und an den Tarifverhandlungen hatte der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister Klaus Reichenbach bereits in einem Grußwort auf dem Gründungskongress zugesagt.[30]

Der GBB fasste ebenfalls bereits auf seinem Gründungskongress den Beschluss, den Eintritt in den dbb zu beantragen und sich je nach struktureller Entwicklung der DDR nach dem Beitritt zur Bundesrepublik in Bundesländer-Landesbünde aufzuspalten. Der GBB war damit von vornherein eine Zwischenlösung, ein Interimsverband, der letztlich nur so lange existieren würde, bis die staatsrechtliche Ausgestaltung des Beitrittsgebiets entschieden war.

Der dbb bereitete die Aufnahme des GBB satzungsrechtlich vor: Am 24. September 1990 fasste er auf seiner turnusgemäßen Herbstsitzung des Bundeshauptvorstands den Beschluss, weitere Landesbünde in den Dachverband aufzunehmen.[31] Damit ließ der dbb die Option offen, um wie viele Landesbünde es sich handeln würde: entweder (zunächst) um den GBB als Landesbund für die Gesamt-DDR als Bundesland oder um mehrere Landesbünde gemäß der Zahl der neuen Bundesländer.

Am 25. September 1990 – eine Woche vor der Deutschen Einheit – fasste der dbb-Bundeshauptvorstand dann in einer Sondersitzung in Ostberlin den einstimmigen Beschluss, der vom GBB beantragten Aufnahme in den Dachverband – als Landesbund für das Territorium der DDR – zuzustimmen. Sie wurde in einer anschließenden Feierstunde unter Beteili-

29 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 7/8, S.1. Stellvertreter wurden Edward Döffinger (Diplom-Ökonom), Wolfgang Hey (Diplom-Ökonom), Rainer Morgenroth (Fachlehrer für Deutsch/Geschichte) und Lothar Resch (Lokführer).

30 Siehe ebenda. Der GBB gab mithilfe des dbb für die anstehenden Personalratswahlen zahlreiche Flugblätter, Info-Flyer und Aushänge für die Schwarzen Bretter heraus. Originalexemplare dieser GBB Aktuell-Serien finden sich in: Handakten der dbb Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991. Bei den Tarifverhandlungen mit dem Ministerrat seit Juli 1990 wurde der GBB von einer Delegation unter Leitung von Wolfgang Gäbler vertreten. Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 9, S.4.

31 Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.52f.

gung von Regierungsvertretern vollzogen.[32] Im Vorfeld ihrer organisatorischen Vereinigung hatten dbb und GBB ihre gemeinsamen Grundsatzpositionen zur Zukunft des öffentlichen Dienstes nochmals aufeinander abgestimmt und entsprechende Initiativen gegenüber den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR ergriffen. Kernforderungen waren nach wie vor der Aufbau einer in Struktur und Umfang dem öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik entsprechenden Verwaltung und die Einführung des Berufsbeamtentums im Gebiet der DDR.[33] Die Anregungen und Vorschläge waren in den Anfang August von den Verhandlungsdelegationen der beiden deutschen Regierungen veröffentlichten Entwurf des Einigungsvertrags eingeflossen.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland war die politische Einheit Deutschlands vollendet. Organisationspolitisch galt es nun für den dbb, entsprechend dem Auftrag des Bundeshauptvorstandes im wiedervereinigten Deutschland auch die Dachorganisation dbb über Landesbünde, gemäß der föderalen Struktur der Bundesrepublik, in den neuen Bundesländern zu etablieren. Deshalb traten dbb und der Interims-Landesbund GBB, der für das gesamte Staatsgebiet der DDR gegründet worden war, bis zu seiner Aufspaltung in Landesbünde weiterhin in gemeinsamen Informationsschriften und Flyern (DBB Aktuell – GBB Aktuell) für die Ernennung von Berufsbeamten ein und gewannen neue Mitglieder, indem sie über Rechtslage, Beamtenversorgung und Einkommen, deren Angleichung Ost an West nach Auffassung des dbb nach einer „kurz bemessenen Übergangszeit“ erfolgen sollte, informierten.[34]

Der dbb-Bundeshauptvorstand beschloss am 3. Mai 1991 in einer feierlichen Sitzung in Saarbrücken einstimmig die Aufnahme der fünf aus dem GBB hervorgegangenen Landesbünde für die neuen Bundesländer, sodass dem dbb nunmehr 16 Landesbünde angehören. Die Landesbund-

32 Siehe dazu Der Beamtenbund, 1990, Nr. 10, S.1, 10, 16f. Anwesend waren unter anderem die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Dorothee Wilms, und Staatssekretär Dr. Lothar Moritz vom Amt des Ministerpräsidenten der DDR sowie Vertreter der Bundestagsparteien CDU, FDP, SPD und DIE GRÜNEN sowie der Volkskammerfraktionen CDU/DA, FDP und DSU.

33 Siehe Der Beamtenbund, 1990, Nr. 9, S.1 sowie S.9f. Die Medien berichteten ausführlich über die Forderungen, die Werner Hagedorn und Helmut Dähnicke der Bundespressekonferenz Mitte Juli 1990 in Bonn vorstellten. Siehe dazu Presseschau, ebenda, S.25.

34 Siehe dazu Originalexemplar des Flugblatts „DBB Aktuell – GBB Aktuell: Verbeamtung – ein lohnender Schritt“, in: Handakten der Bundesgeschäftsstelle des dbb, Berlin, GB 6, Drucksachen 1990/1991. Zur Angleichung der Einkommen Ost an West im öffentlichen Dienst, die erst zum 1. Januar 2011 erfolgte, siehe Uwe Tillmann: Rund ums Geld im öffentlichen Dienst, 14. Aufl., Bottrop 2011, S. 50-52.

vorsitzenden Hans-Joachim Kernchen (Brandenburg), Horst Brüning (Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Werner Eckard Böhm (Sachsen-Anhalt), Hagen Grothe (Sachsen) und Andreas Witschel (Thüringen) erhielten als symbolische Geschenke jeweils eine Tagungsglocke mit der Gravur „Mit jedem Glockenschlag ergeht der Ruf zur Solidarität" sowie eine dbb-Fahne. Damit war auch im Bereich des Beamtenbundes der Wiedervereinigung Deutschlands entsprechend den föderalen Strukturen Rechnung getragen.[35]

Helmut Dähnicke und Matthias Renger, die die Entwicklung zu einer einheitlichen Interessenvertretung für den öffentlichen Dienst und die Beamten in Ost- und Westdeutschland initiiert hatten, übernahmen innerhalb der neu geschaffenen Organisationsstruktur keine Leitungsfunktionen. Dähnicke zog sich nach der Aufgliederung des GBB in dbb-Landesbünde gemäß der Länderstruktur im Beitrittsgebiet aus Altersgründen aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit zurück. Renger, der über großes Organisationstalent verfügte, aber kein guter Redner war, fungierte auf eigenen Wunsch noch einige Jahre als Geschäftsführer des dbb-Landesbundes Brandenburg in der sogenannten „zweiten Reihe".[36]

Allgemein ging es in der Folgezeit darum, die organisationspolitischen Entscheidungen abzustimmen und dafür Sorge zu tragen, dass die neuen Landesbünde und ihre Fachgewerkschaften sich zügig zu funktionsfähigen und eigenständig agierenden Spitzenorganisationen auf Landesebene entwickeln. Die dbb-Bundesleitung hat in Abstimmung mit den zuständigen Mitgliedsgewerkschaften die verschiedenen Aktionen in die Wege geleitet oder unterstützt. Den Landesbünden wurde eine finanziell sichere

---

35 Am 16.3.1991 wurde in Schwerin der Deutsche Beamtenbund – Landesbund Mecklenburg Vorpommern - (Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes) gegründet, am 6.4.1991 in Dresden des Sächsische Beamtenbund im Deutschen Beamtenbund (SBB) – Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Am 13.4.1991 fand in Erfurt der Gründungsgewerkschaftstag des Thüringer Beamtenbundes im Deutschen Beamtenbund (TBB) – Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – statt. In Potsdam gründete sich am 20.4.1991 der Deutsche Beamtenbund – Landesbund Brandenburg – (Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes). Schließlich fand am 27.4.1991 der Gründungsgewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes – Landesverbund Sachsen-Anhalt – (Landesbund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes) in Magdeburg statt. Damit bestand Ende April 1991 in allen neuen Bundesländern eine solide Basis für die Fortsetzung der gewerkschaftlichen Arbeit. Siehe Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.53. Zur Aufnahme der Landesbünde Ost in den dbb siehe Unter einem Dach, in: DBB Magazin, 1991, Nr. 6, S.6f. Die Zahl der Mitglieder in den neuen Bundesländern gab der dbb mit circa 200 000 an. Siehe ebenda.

36 Siehe dazu Dähnicke, Aus eigenem Entschluss, S.74. Auf dem dbb-Bundesvertretertag vom 5. bis 7. November 1991 in Mainz hielt Dähnicke seine Abschiedsrede.

Basis geschaffen, das notwendige Personal – ausschließlich aus Bewerbern aus den Neuen Ländern angeworben – vom dbb eingestellt und zu den Landesbünden abgeordnet.[37] Ende 1994/Anfang 1995 übernahmen die Landesbünde die Mitarbeiter selbst. Die Integration des Interessenverbandes Beamtenbund der DDR (IBB) über den Gewerkschaftsverband Beamtenbund der DDR (GBB) in den Deutschen Beamtenbund (DBB) war abgeschlossen.

37 Die Geschäftsführer und Mitarbeiter der neuen Landesbünde wurden in der Bundesgeschäftsstelle des dbb in Bonn und in der dbb-Akademie in Königswinter-Thomasberg geschult und auf ihre Aufgaben im administrativen wie im politischen Bereich vorbereitet. Eine neu eingerichtete – später wieder aufgelöste – Stabsabteilung in der Bundesgeschäftsstelle des dbb für die Neuen Länder koordinierte und unterstützte den Weg der neuen Landesbünde in die politische Selbstständigkeit. Siehe dazu und zu den zahlreichen dbb-Veranstaltungen in den neuen Ländern Geschäftsbericht zum Bundesvertretertag 1995, S.53f.

Zur 46. Linzer Konferenz der ITH

The Memory of Labour – Arbeiterbewegungen in globalen Erinnerungsprozessen

Ralf Hoffrogge

Als erster Teil des Dreijahreszyklus „Arbeiterbewegung und soziale Bewegungen als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung“ befasste sich die 46. Linzer Konferenz (Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen – ITH) vom 9. bis 12. September 2010 mit dem Platz der Arbeiterbewegung in der kollektiven Erinnerung.

Das Konferenzthema wurde in den vier Panels „Spuren der Arbeiterbewegungen in der europäischen Erinnerung“, „Erinnerungsstrategien von Arbeiterbewegungen“, „Arbeiter- und soziale Bewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien“ sowie „Erinnerungsstrategien sozialer Bewegungen“ beleuchtet.

Zur Eröffnung stellte *Enzo Traverso* (Paris) in einem spannenden Abendvortrag unter dem Titel „European Memories. Entangled Perspectives“, die These auf, dass die europäische Erinnerung von den großen Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts dominiert wird. Traverso erläuterte dies am Beispiel des 8. Mai 1945, an den in Westeuropa als Befreiung vom Faschismus, in Ostmitteleuropa jedoch als Beginn einer zweiten Besatzung stalinistischer Art erinnert wird. In Nordafrika wurde dagegen auch nach dem Ende des Faschismus die französische Kolonialherrschaft mit unvermittelter Härte fortgesetzt – der Tag der Befreiung stand noch bevor.

Jenseits der an anderer Stelle oft geübten und wichtigen Kritik einer totalitarismustheoretischen Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus zeigte Traverso auf, dass die Täter-Opfer-Dichotomie eine erstaunliche Konstante in den verschiedenen und sich sogar widersprechenden Erinnerungskulturen darstellt. Sie sei vielleicht die einzige Gemeinsamkeit in einer „globalen Erinnerungskultur“, sofern es eine solche überhaupt gebe. Abgesehen von dieser strukturellen Parallele sei das kollektive Gedächtnis regional und in geradezu anachronistischem Sinne national ausgerichtet. Im Rahmen einer zunehmenden kulturellen Vereinheitlichung wiesen, so Traverso, nationale Geschichtserzählungen

nicht nur eine ungebrochene, sondern offensichtlich eine steigende Popularität auf und ermöglichten die Konstruktion von Identität und Unterschied.

Die Darstellung der eigenen Nation als Opfer, so scheint es mir, macht es dabei möglich, das nationale Kollektiv zusammenzuhalten und die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in Herrscher und Beherrschte,zu de-thematisieren.

Diese De-Thematisierung findet sich auch im Befreiungsnationalismus der afrikanischen Staaten. Die Nation, so *Andreas Eckert* (Berlin) in seinem Vortrag „Historische Bezugspunkte afrikanischer Arbeiterbewegungen", eignete sich im antikolonialen Kampf und in der Gegenwart mehr für die Mobilisierung der Massen als für das Narrativ des Klassenkampfs. So habe etwa unter der französischen Kolonialherrschaft nur eine marginale Gruppe von Personen eine gesetzliche Anerkennung als Lohnarbeitende genossen, während die Mehrzahl der Bevölkerung Subsistenzarbeit verrichtete oder im informellen Sektor, zum Beispiel als Marktfrauen, formal selbstständig war. Das Thema Kolonialismus beleuchtete auch *Berthold Molden* (Wien) in seinem Beitrag über „Historische Bezugspunkte der Antikolonialbewegung".

Im Gegensatz zur Abwesenheit der Arbeiterbewegung in der afrikanischen Erinnerung berichtete *Bruno Groppo* (Paris) unter dem Titel „The Changing Memories of World War II and Resistance in Italy and France: A Comparative View", wie in Italien und Frankreich die kommunistische Arbeiterbewegung in Form der Partisanenbewegung positiv in die nationalen Erinnerungskulturen integriert wurde. Der Beitrag wurde in Kooperation mit Filippo Focardi (Padua) verfasst und stellte dar, wie die kommunistischen Parteien beider Länder nach 1945 ihre Rolle als Außenseiter ablegten und zum Bestandteil eines antifaschistisch-republikanischen Konsenses wurden. Mit dieser nationalen Erinnerung sei jedoch die durchaus vorhandene Kollaboration mit der deutschen Besatzung ausgeblendet worden. Hinzu kam in Italien die totale Negierung eines genuin italienischen Charakters des Mussolini-Faschismus, da die Erinnerung an den nationalen Widerstand nur noch auf die ausländische Besatzung reduziert worden sei. Negiert wurde in der nationalen und kommunistischen Geschichtsschreibung auch die Zeit zwischen 1939 und 1941, in der die kommunistischen Parteien mit Ausnahme weniger Einzelmitglieder aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes keinerlei Widerstand organisiert hätten. Auffällig sei, dass die Dekonstruktion des antifaschistisch-republikanischen Konsenses seit den 1980er-Jahren sowohl in Italien als

auch in Frankreich nicht mit einem differenzierteren öffentlichen Geschichtsbild, sondern mit einem Anstieg von Rechtsextremismus und Nationalismus einherging. Groppos Darlegungen über eine Integration der Arbeiterbewegung ins nationale Gedächtnis bestätigten die bereits formulierte These, dass der Klassenkampf – als eigentliches Kernthema der Arbeiterbewegung – im Regelfall für das nationale kollektive Gedächtnis nicht als „erinnerungswürdig" angesehen wird.

Zwei Beispiele aus ganz entgegengesetzten Weltgegenden, nämlich Südkorea und Polen, lassen ähnliche Schlüsse zu. *Hyun Back Chung* (Seoul) berichtete unter dem Titel „The South Korean Labour Movement and the Legacy of Chun Tae-il Myth: Resistance Memory or Public Memory?"[1] von der Erinnerung an den Gewerkschafter Chun Tae-il, der 1970 aus Protest gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und gegen die Unterdrückung der südkoreanischen Gewerkschaftsbewegung durch die Militärdiktatur den demonstrativen Freitod wählte. Sein Tod löste eine Protest- und Solidaritätswelle auch im Ausland aus. Im heutigen Südkorea erinnert man sich an Chun Tae-il jedoch nicht als einen Märtyrer des Klassenkampfes, sondern er genießt in allen politischen Lagern eine Verehrung als Nationalheld und Kämpfer für Demokratie. Sein gewerkschaftliches Engagement stellt nur noch einen Hintergrund dar.

Analoges gilt hinsichtlich der Gewerkschaft „Solidarność" in Polen, wie *Tomasz Kozłowski* (Warschau) aufzeigte. Die „Solidarność" wurde unter Aufgabe bzw. Selbstaufgabe ihres Charakters als Interessen-Vertretung der Arbeiter und Arbeiterinnen Teil eines erinnerungspolitischen Motivs von Demokratie und nationaler Befreiung.

Ähnlich wie Chun Tae-il in Südkorea erging es Opfern der Diktaturen in Lateinamerika. Auch sie erscheinen in der nationalen Erinnerung, so *Gerardo Leibner* (Tel-Aviv) in seinem Vortrag „The Memory of Latin American Labour Movements", nicht als Aktivisten der sozialistischen Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften, denen sie angehörten. Vielmehr werden sie im kollektiven Gedächtnis lediglich als *passive* Opfer von politischer Gewalt wahrgenommen und nicht als *aktive* Kämpfer gegen die diktatorischen Regime.

Eine ganze Reihe von Vorträgen widmete sich jedoch auch Aspekten der Erinnerung jenseits der dominanten Täter-Opfer-Dichotomie. So etwa zwei Referate zur Geschichte der Sozialdemokratie: *Bernd Faulenbach* (Bochum) wandte sich dem Thema „Die deutsche Sozialdemokratie in den

[1] Siehe den folgenden Beitrag in diesem Heft.

geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der 1970er und 1980er Jahre“ zu, während sich *Helmut Konrad* (Graz) der Geschichtspolitik der österreichischen Sozialdemokratie im selben Zeitraum widmete. Beide Referate boten eher eine Innen-Perspektive bzw. Selbstbilanz sozialdemokratischer Geschichtspolitik – spannender wäre eine Außenperspektive auf das Thema gewesen.

Nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft widmete sich *Mario Keßler* (Potsdam) in seinem Beitrag über die „Historiographie der Arbeiterbewegung – von der Erinnerungskultur zur Erinnerung an eine Zukunft“. Keßler unterstrich den gesellschaftlichen Auftrag der Geschichtswissenschaft, die sich nicht auf pure Reflektion beschränken könne, sondern auch intervenieren müsse.

Über das Thema Geschlecht und Erinnerungspolitik referierte *Nick Dyrenfurth* (Sydney) mit „‚Socialism is being mates‘: ‚Mateship‘ and the Cultural Politics of the fin de siècle Australian Labour Movement“, indem er eine erfrischend neue Sicht auf den australischen Pioniermythos vorstellte. Ebenso interessant waren die Ausführungen von *Ulla Manns* (Stockholm) zu „Historico-political Strategies of Scandinavian Feminist Movements“, die sich mit Selbst- und Fremdwahrnehmung skandinavischer Feministinnen beschäftigte.

Bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion debattierten dann *Jürgen Kocka* (Berlin), *Oliver Rathkolb* (Wien) und *Brigitte Kepplinger* (Linz) über „Macht.Geschichte.Politik – Die Rolle der HistorikerInnen in der Erinnerungspolitik“.

Eine Intervention gegen den Mainstream der Geschichtswissenschaft würdigte der auf der Tagung verliehene *René-Kuczynski-Preis 2010* für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Silke Fengler erhielt den Preis für ihr Buch „Entwickelt und fixiert. Zur Unternehmens- und Technikgeschichte der deutschen Fotoindustrie, dargestellt am Beispiel der Agfa AG Leverkusen und des VEB Filmfabrik Wolfen (1945-1995)“, in dem sie strukturelle Parallelen in der Technikentwicklung West- und Ostdeutschlands aufzeigt, die in beiden Fällen in die Sackgasse führten. Fengler stellte damit das Paradigma von der per se innovationsfreundlichen Marktwirtschaft infrage und gab methodische Anregungen für eine alternative Wirtschaftsgeschichte.

Abschließend unternahm *Jens Kroh* (Essen) den „Versuch einer Synthese“ aller Referate und Diskussionen – keine leichte Aufgabe angesichts der Vielfalt der Themen.

Als roter Faden und grundlegendes Ergebnis der Konferenz wurde jedoch deutlich: Die Erinnerung an die Arbeiterbewegung steht in Verbindung und tritt in Konkurrenz zum Erinnern an Opfer von Diktaturen bzw. an Aktivisten und Märtyrer von nationalen Befreiungs- und Widerstandsbewegungen. Wenn an Personen oder Gruppen der Arbeiterbewegung kollektiv erinnert wird, so geschieht dies oft als Opfer oder Kämpfer für die *Nation, nicht* aber für die *Arbeiterklasse*. Die Erinnerung an die Arbeiterbewegung wird von Erinnerungen an regionale bzw. nationale Ereignisse überlagert.

In den Debatten der Konferenz spielte die Erinnerung an den Stalinismus und dessen Verbrechen immer wieder eine große Rolle. In dieser Erinnerung versagt die Dichotomie von Tätern und Opfern, welche die Mehrheit der nationalen Erinnerungskulturen prägt. An die Sozialdemokratie wird oft als unbelasteter, an die kommunistischen Parteien hingegen als verbrecherischer Teil der Arbeiterbewegung erinnert. Diese auf der Konferenz mehrmals implizit vorgetragene Version greift jedoch zu kurz, da sie den Widersprüchlichkeiten im konkret-historischen Prozess nicht entspricht. Die kommunistische Bewegung war nicht nur ein Bruch mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sondern zunächst auch eine Fortsetzung von deren Ideal, die bürgerliche Gesellschaft zu zivilisieren. Es ist daher schade, dass die Konferenz der Erinnerung an den Staatssozialismus kein eigenes Panel gewidmet hat. Andererseits machte es vielleicht gerade diese Auslassung möglich, aus eingefahrenen Diskursen auszubrechen und über globale Vergleiche einen neuen Blick auf den Stalinismus zu werfen.

Die zivilisatorischen Errungenschaften der Arbeiterbewegungen zu würdigen, ist das Ziel des neuen Konferenzzyklus der ITH. Dies ist, so stellten es der ITH-Vorsitzende *Berthold Unfried* (Wien) und *Jürgen Mittag* (Bochum) in ihren Eröffnungsvorträgen dar, angesichts der erinnerungspolitischen Schieflagen durchaus als Intervention gedacht. Denn die Akteure der Arbeiterbewegungen hätten transnational und international immer wieder versucht, die Klassenspaltungen der Gesellschaft zu überwinden und soziale Ungleichheit zu beseitigen oder zumindest abzumildern.

Warum dieser Impuls in heutigen Debatten nicht präsent ist, war ein zentrales Thema der Diskussionen auf der Tagung. Einige Antwortmöglichkeiten deuteten sich an: Die einzige „Klammer“ einer globalen Erinnerung bildet am Beginn des 21. Jahrhunderts die negative Erzählung vom „Jahrhundert des Schreckens“. Daraus erklärt sich die Dominanz des Täter-Opfer-Schemas in den nationalen Erinnerungskulturen. Dieser

Dichotomie, so *Jürgen Kocka* in seinem Beitrag „Arbeiterbewegungen in der europäischen Erinnerung des 20. Jahrhunderts", verweigert sich die Arbeiterbewegung jedoch durch ihre positiven und zukunftsorientierten Utopien.

Ein weiterer Grund für die überwiegende Nicht-Erinnerung des zivilisatorischen Impulses der Arbeiterbewegung wird darin gesehen, dass sie mit anderen historischen Ereignissen um die „begrenzte Ressource Erinnerung" konkurrieren muss, wie ein Diskutant treffend ausdrückte. In der Diskussion kam allerdings die Kritik an der weitgehend von nationalstaatlichen Institutionen bestimmten Erinnerungspolitik zu kurz.

Die Alternative zur dominierenden nationalen Erinnerung wäre eine Bewegungs-Erinnerung. Eine solche Gegenerinnerung ist aber kaum vorstellbar, da sich die heutigen Akteure der Arbeiterbewegung in der Regel weit von ihren historischen Wurzeln und Identitäten entfernt haben. Diese grundlegende Tatsache wurde auf der Konferenz leider nicht offen ausgesprochen. Einerseits haben Parteien wie zum Beispiel die SPD ein Identitätsproblem, bei der britischen Labour Party ist der Bruch zwischen sozialistischer Vergangenheit und aktueller Politik noch offensichtlicher. Andererseits befinden sich europäische Parteien links von der Sozialdemokratie auch mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall in einem Suchprozess hin zu einem „demokratischen Sozialismus", der sie sowohl vom sozialdemokratischen Konkurrenten als auch vom Stalinismus und Staatssozialismus deutlich unterscheidet. Neue soziale Bewegungen wie die globalisierungskritische Bewegung haben zwar eine globale Perspektive, aber keine globale Identität oder Organisationsform. Es ist also offen, welche Akteure eine globale Erinnerung der Arbeiterbewegung formulieren könnten.

Als Fazit der diesjährigen ITH bleibt, dass zentrale Fragen aufgeworfen wurden und wissenschaftliches Neuland betreten wurde. Bisher gab es noch keinen ernsthaften Versuch, jenseits der Auseinandersetzung um das Erbe des Stalinismus und Staatssozialismus, die Arbeiterbewegung als Ganzes zum Gegenstand der wissenschaftlichen Debatte um Erinnerung und Erinnerungskultur zu machen. Die Konferenz war ein Schritt in diese Richtung, verdeutlichte aber auch zahlreiche Leerstellen. Es fehlten zum Beispiel Beiträge zu erinnerungspolitischen Zeugnissen wie Denkmälern, Gedenkstätten und Straßennamen. Gerade hier findet Erinnerungspolitik konkret statt, allerdings existieren dazu keine Detailstudien – so etwa Vergleiche der Erinnerungspolitik zur Arbeiterbewegung in der DDR, in der BRD und im vereinigten Deutschland. Auch fehlte auf der

Konferenz, obwohl Material von der Oral History bis hin zur Diskursanalyse in Fülle vorliegt, auch eine Darstellung des methodischen Repertoires zur Erforschung der Phänomene „Erinnerung“ und „Erinnerungspolitik“. Gerade in Bezug auf den Nationalsozialismus liegen zahlreiche methodische Innovationen vor, die nicht nur die Ereignisgeschichte, sondern auch ihre spätere Erinnerung und Repräsentation zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft machen. Diese Methoden hätten den Historikerinnen und Historikern der Arbeiterbewegung vorgestellt und nahegebracht werden können. Denn in der Arbeiterbewegungsforschung ist von den zahlreichen innovativen Methoden bisher kaum etwas angekommen – oft bleibt es bei der Ereignisgeschichte, bestenfalls werden sozialgeschichtliche Fragestellungen integriert. Hier besteht großer Nachholbedarf.

Auch wenn auf der Konferenz 2010 keine Methoden- und Theoriedebatte zur Erinnerungsforschung stattfand, ist die ITH der Ort, an dem am konsequentesten versucht wird, die Forschung zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung aus eingefahrenen Bahnen zu lösen. Insbesondere der globale Aspekt ist hervorzuheben, der eine Konstante der ITH bleiben wird. Man darf also gespannt sein, wie sich der mit der 46. Tagung begonnene Konferenzzyklus in den folgenden zwei Jahren entwickeln wird. Die ITH 2011 jedenfalls wird sich dem Thema „Arbeiterbewegungen und soziale Bewegungen als Triebkräfte der Entwicklung von Gesellschaften und von Individuen“ zuwenden.

Chun Tae-il – die Erinnerung an einen widerständigen Arbeiter in Südkorea[1]

Hyun Back Chung

1. Leben und Tod von Chun Tae-il

Während eines Streiks auf dem Friedensmarkt (Pyeonghwa-Markt) in Cheonggyechean, Korea, übergoss sich der 23-jährige Arbeiter Chun Tae-il am 13. November 1970 mit Benzin und zündete sich an. Schreiend rannte er durch die Straßen: „Wir sind keine Maschinen!" – „Haltet euch an das Arbeitsrecht!" Aufschreiend brach er zusammen, stand aber wieder auf, um, seinen Tod vor Augen, zu sagen: „Lasst meinen Tod nicht vergeblich sein." Seine letzten Worte waren „Ich habe Hunger", was seine lebenslangen Kämpfe und Schmerzen hinlänglich zusammenfasste.[2]
Als ältester Sohn einer Arbeiterfamilie, deren trunksüchtiger Vater die Kinder misshandelte, hatte Chun eine unglückliche Kindheit. Er putzte Schuhe und trug Zeitungen aus, um seine Brüder und Schwestern zu versorgen. Nachdem er eine Reihe von Gelegenheitsarbeiten ausprobiert hatte, landete er als Hilfsarbeiter in einer Textilverarbeitungsfabrik am Friedensmarkt.[3]
Damals betrieb Präsident Park Chung-Hee, der am 16. Mai 1961 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, eine exportorientierte Industrialisierungspolitik. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Exportprodukte zu sichern, setzte er auf eine Wirtschaftspolitik, die hauptsächlich auf der Arbeit von Frauen beruhte, deren Entlohnung besonders niedrig war. Dank der Bevorzugung exportorientierter Produktion durch die Park-Regierung wuchsen Firmen ausländischer Besitzer und koreanischer Multis. Unglücklicherweise erreichte der Steuersegen jedoch nicht die kleinen und mittleren Unternehmen – sie wurden vom Monopolkapital unbarmherzig ausgebeutet. Und es waren die dort Arbeitenden, die unter den Konsequenzen zu leiden hatten.[4]

---

1 Bearbeiteter und gekürzter Vortrag auf der 46. Linzer Konferenz der ITH 2010.
2 Siehe Chun Tae-il. A Spark of Times, hrsg. von The Korea Democracy Foundation, Seoul 2003, S.159, 166.
3 The Life and Death of a Worker, hrsg. von der Chun Tae-il Memorial Hall Commission, Seoul 1983, S.29-73; Chun Tae-Il: Don't Let My Death Be in Vain (Collection of Letters and Diaries), Seoul 1988, S.23-35.
4 Siehe ebenda, S.76-115; Korean Labor Movement: Past 20 years and Vision, hrsg. von der Chun Tae-il Foundation, Seoul 1990, S.12.

Um den Friedensmarkt drängten sich zu der Zeit, als Chun dort arbeitete, etwa 800 Betriebe. Die meisten Gebäude enthielten in den unteren Stockwerken Einzelhandelsgeschäfte, in den oberen Etagen Werkstätten. Insgesamt waren um die 20.000 Arbeiter beschäftigt. 80 Prozent davon waren zwölf- bis 15-jährige Mädchen, die aus Armut nicht die Schule besuchen konnten. Die Gegend war das Mekka der koreanischen Bekleidungsindustrie; 70 Prozent der nationalen Fertigwaren wurden hier produziert, meist in kleineren Betrieben. Die Angestellten arbeiteten 14 bis 16 Stunden am Tag und erhielten ein mageres Gehalt von 1500 KRW monatlich bzw. 50 KRW am Tag – das entsprach ungefähr dem Wert einer Tasse Kaffee. Um Miete zu sparen, teilten die Unternehmer sogar die Wohnungen vertikal in zwei Teile, sodass die Angestellten in ihren dachstubengroßen Arbeitsräumen noch nicht einmal stehen konnten. Die Arbeiter hatten nur einen Tag im Monat frei. Angesichts dieser erbärmlichen Arbeitsbedingungen bekamen die meisten Frauen galoppierende Schwindsucht, die Vitaminmangelkrankheit Beriberi oder ähnliche Erkrankungen. Chun schrieb in sein Tagebuch, man fände kaum eine Frau, die nicht an irgendeiner Krankheit litt.[5]

Die Arbeit als Näher in der Fabrik hatte Chun aufgenommen, weil er hoffte, so besser leben zu können als mit ungelernten Erwerbstätigkeiten wie Schuhe putzen oder Zeitungen austragen. Schon nach kurzer Zeit musste er jedoch feststellen, dass die Arbeitsbedingungen in den Betrieben am Friedensmarkt unakzeptabel waren. Er hatte Mitleid mit den jungen Mädchen, die unter den miesen Bedingungen arbeiteten: Er kaufte ihnen oft einen Snack von dem Geld, das er ersparte, indem er nach Hause lief, statt den Bus zu nehmen. Nach einiger Zeit kam ihm in den Sinn, er könnte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an seinem Arbeitsort beitragen, wenn er im Betrieb eine höhere Position erreichen würde. Und so hörte er auf, als Näher zu arbeiten, eignete sich die notwendigen Fähigkeiten an und wurde Schneider. Während der Ausbildung musste er ohne Lohn auskommen, aber die Hoffnung, seinen Kollegen zu einem angemesseneren Arbeitsplatz verhelfen zu können, trug ihn durch diese Zeit. Enttäuscht musste er jedoch feststellen, dass er auch als Schneider die Lage nicht wesentlich zu verbessern vermochte.

Als sich Chun eines Tages mit seinem Vater über dessen früheres Wirken in der Arbeiterbewegung unterhielt, kam ihm ein Gedanke, der sein Leben verändern sollte: Um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, müssten die Arbeiter sich zusammentun und eine rechtlich anerkannte Ge-

5 Siehe Chun Tae-il, Don't Let My Death, S.122, 138.

werkschaft gründen. Chun eignete sich Wissen über die Arbeitsgesetze an. Dieses Wissen und die neuen Horizonte, die es eröffnete, erfüllten ihn mit Freude. Er verzichtete auf Mahlzeiten, um Bücher zum Thema zu erstehen, die er immer bei sich trug. Während er sich mit dem Arbeitsrecht beschäftigte, begann er damit, Kollegen um sich zu versammeln und die Bildung einer Gewerkschaft vorzubereiten. Im Juni 1969 gründete er die erste Arbeiterorganisation am Friedensmarkt, die „Gesellschaft der Dummen" (Babohye), benannt nach all den in der Gegend des traditionellen Marktplatzes beschäftigten Arbeitern: Sie waren dumm genug, die ihnen durch das Gesetz garantierten Rechte nicht einzufordern und sich stattdessen von den Unternehmern ausbeuten zu lassen.

Mit seinen Aktivitäten traf Chun auf den Widerstand seitens der Obrigkeit: Er wurde auf eine schwarze Liste gesetzt und von seinem Arbeitgeber gefeuert. Vorübergehend ernährte er sich durch Gelegenheitsarbeiten auf der Straße, kam aber zum Friedensmarkt zurück und organisierte dort die „Sam-Dong-Freundegesellschaft". Von nun an wurde er zielgerichtet aktiv: Er griff die Forderungen der Arbeiter auf und ging mit ihnen auf die Straße, besuchte Reporter und Sendestationen und sandte schließlich, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema Arbeitsbedingungen zu lenken, eine Petition an das Arbeitsministerium. Zu seiner Enttäuschung waren all die Organisationen und Autoritäten, an die er sich gewandt hatte, gegenüber den schrecklichen Verhältnissen völlig taub, oder sie steckten gar mit den Unternehmern unter einer Decke. Die letzte Möglichkeit, um der Welt das Leid der Arbeiter vor Augen zu führen, sah er darin, sich selbst in Flammen zu setzen.[6]

Dieser dramatische Protest erschütterte Korea. Am meisten waren von seiner Selbstaufopferung jene gewissenhaften Intellektuellen schockiert, die sich zuvor mit solchen Dingen wie Demokratisierung oder Sturz der Militärdiktatur beschäftigt hatten. Für einige Jahre wurden sie von einem Schuldgefühl gegenüber den einsam kämpfenden Arbeitern heimgesucht, insbesondere beim Lesen von Chuns Tagebucheinträgen, von denen einer lautete: „Ich wünschte, ich hätte einen Freund an der Universität."[7]

Neu entflammt für die Sache der Fabrikarbeiter, begannen sowohl Studenten als auch religiöse Führer auf einer Reihe von Kundgebungen, ihrer Unterstützung Ausdruck zu verleihen. Chuns Opfer diente so als Katalysator für die Vereinigung progressiver intellektueller Gruppierungen, die sich von nun an der Arbeiterfrage und dem Überleben des Volkes

6 Siehe ebenda, S.102ff.
7 Ebenda, S.115.

widmeten. Der extreme Vorfall gab auch der Studentenbewegung eine neue Richtung.[8]
Seit dem koreanischen Bürgerkrieg waren die Arbeiterführer unauffällig geblieben, aus Angst, infolge jeder sichtbaren Bewegung als Kommunisten gebrandmarkt zu werden. Chuns Opfer wurde zu einem Wendepunkt: Jetzt wurden die Führer der Arbeiterbewegung sichtbar tätig.[9] Chuns Mutter Yi So-sun, die ihren Sohn mit den Worten „Mutter, bitte erreiche, was ich nicht erreichen konnte",[10] sterben sah, bestand darauf, dass keine Beerdigung stattfinden solle, bis seine Forderungen erfüllt wären.[11]
Am 27. November 1970 entstand aus dem Kampf von Chuns Mutter und von Kollegen die Cheonggye-Gewerkschaft für die Bekleidungsindustrie die erste demokratische Gewerkschaft seit dem koreanischen Bürgerkrieg.[12] Nach Chuns Tod nahm die Zahl der Arbeitskämpfe in Südkorea beträchtlich zu: Fanden 1969 nur 135 Aktionen statt und 165 im Jahre 1970, so waren es 1971 bereits 1.656. Die Arbeitskämpfe wurden härter, und die Vereinigung koreanischer Gewerkschaften (VKG) wurde jetzt stärker als zuvor als regierungsgesteuert kritisiert.[13]

2. Der Kampf um die Erinnerung an Chun Tae-il

Nach der Gründung der Cheonggye-Gewerkschaft für die Bekleidungsindustrie entstanden in den 1970er- und 1980er-Jahren weitere demokratische Gewerkschaften. Es kam zu ausgedehnten Streiks, vor allem seitens schlecht bezahlter Arbeiterinnen in den Freihandelszonen, die eingerichtet worden waren, um den Außenhandel durch ausländische Investitionen anzuregen. Das Militärregime unterdrückte die Demonstrationen mit Gewalt und behinderte die Gewerkschaftsarbeit. Infolgedessen schien die demokratische Arbeiterbewegung 1985 etwas an Schwung zu verlie-

8 Korean Labor Movement, S.16. Seit der Spaltung Koreas im Jahre 1945, die von der stark antikommunistischen Ausrichtung der Regierung befördert worden war, hatten außer der Studentenbewegung keinerlei soziale Bewegungen Fuß fassen können. Daher war es bis 1970 ausschließlich die Studentenbewegung, die die südkoreanische Demokratiebewegung anführte.
9 Siehe Chun Tae-il. A Spark of Times, S.167.
10 Ebenda, S.166.
11 Yi So-sun stellte sieben Forderungen, u. a. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf dem Friedensmarkt und die Garantie des Rechtes auf Gewerkschaftsbildung im Arbeitsrecht. Siehe Korean Labor Movement, S.17.
12 Siehe Chun Tae-il. A Spark of Times, S.167; Lee Won-bo: Korean Labor History for 100 Years, Korea Labor & Society Institute, Seoul 2005, S.238.
13 Siehe Korean Labor Movement, S.16.

ren – aber es waren die Bürger, die die Karten neu mischten: Im Juni 1987, als über eine Million Bürger für mehr Demokratie auf die Straße gingen, gab die Regierung nach und versprach Verfassungsänderungen, z. B. direkte Wahlen und Abstimmungsmechanismen in einer demokratischen Regierung. Dies war ein sehr bedeutsamer Moment, da die koreanische Demokratiebewegung endlich einen Erfolg zu verbuchen hatte. Durch diesen Erfolg bestärkt, begannen die Arbeiter, öfter zu streiken; sie forderten Lohnerhöhungen, menschliche Behandlung und die Gründung demokratischer Gewerkschaften. Um sich gegen Staat und Kapital zur Wehr zu setzen, organisierten sie sich in regionalen und sektorengebundenen Gewerkschaften. Darauf folgte die Gründung des Nationalen Rates dieser Gewerkschaften und 1990 schließlich des koreanischen Gewerkschaftskongresses, des National Worker's Council (NWC), als Schirmorganisation der demokratischen Gewerkschaften. Diese Organisation ist ein Erfolg der Arbeiterbewegung, die durch Chuns Tod angestoßen wurde.[14]

Um Chuns Andenken in Ehren zu halten, veranstalteten seine Mutter, Kollegen und Mitglieder der Cheonggye-Gewerkschaft der Bekleidungsindustrie alljährlich an seinem Todestag eine Gedenkfeier. Die Solidarität war nunmehr sehr weitreichend, sodass von verschiedenen Veranstaltern zu unterschiedlichen Themen Arbeiterversammlungen und Gedenkfeiern durchgeführt wurden. Die 18. Gedenk- und nationale Arbeiterversammlung fand am 13. November 1988 statt. 30.000 Arbeiter marschierten zum Parlament mit dem Ruf: „Ändert die miesen Gesetze!" Diese nationale Arbeiterversammlung, die sich Versammlung zum Andenken an den Märtyrer Chun Tae-il nannte, findet seitdem jedes Jahr statt. Zu Beginn wurde sie vom NWC veranstaltet, der repräsentativen Organisation progressiver Gewerkschafter, und später von der koreanischen demokratischen Gewerkschaftsvereinigung, der Korean Confederation of Trade Union (KCTU), die zur größten Organisation der Arbeiterbewegung geworden war. Bereits 1987 war zu Chuns 17. Todestag ein Arbeiterkulturfest durchgeführt worden, das einen Versuch darstellte, Arbeiterkultur und Gedenkkultur zu vereinen. Der Besuch von Chuns Grab im Moran Park in Maseok wurde ein wichtiger Brauch neugewählter Gewerkschaftsfunktionäre.[15] Als Symbol ihres Arbeitskampfes betrachteten die Arbeiter Chun wohl hauptsächlich deshalb, weil die gemeinsame Erinnerung an

14 Siehe ebenda, S.18.

15 Siehe ebenda; The Chun Tae-il Foundation webpage www.chuntaeil.org, history of the foundation; sowie Interview mit dem Direktor Park Gye-hyeon vom 4.6.2010.

ihn sie in der Zeit zusammenhielt und in ihrem Arbeitskampf bestärkte, als sie am schlimmsten unterdrückt wurden. Es war dieser „Erinnerungskampf", durch den Chun zu einer bedeutenden Symbolfigur der koreanischen Arbeiterbewegung wurde.

Als weitere Formen des „Erinnerungskampfes" der Arbeiterbewegung wurden der Chun Tae-il-Literaturpreis, der Chun Tae-il-Arbeitspreis und der Chun Tae-il-Jugendliteraturpreis ausgeschrieben. Die ersteren beiden Preise gibt es seit nunmehr 18, den letzteren seit vier Jahren.[16] Außerdem wurde am 14. Dezember 1981 die Chun Tae-il-Gedenkkommission ins Leben gerufen, die zwei Jahre später in Chun Tae-il-Stiftung umbenannt wurde. 1985 wurde mit Hilfe der 50.000 von der deutschen Hilfsorganisation Terre des Hommes gespendeten US-Dollar die Chun Tae-il-Gedenkhalle erworben und eingerichtet.[17]

Inzwischen sind vier Texte über Chun veröffentlicht worden. Der meistgelesene ist „Leben und Tod eines Arbeiters", den 1983 Cho Young-rae, ein Studentenführer, der später zum Anwalt für Menschenrechte wurde, schrieb. Der Verkauf der ersten Auflage wurde von der Zensur des Ministeriums für Kultur und Information verboten. Die zweite Auflage wurde 1991 unter einem anderen Titel, „Die Biografie Chun Tae-ils", der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.[18] Als erste Biografie zu Chun stieß sie sofort auf großes Interesse bei der Leserschaft. Besonderen Eindruck hinterließen der Mut des Autors und die zermürbende Mittellosigkeit, der er ausgesetzt war: Er hatte sich während des Schreibens vor der Polizei verstecken müssen. 100.000 Exemplare wurden in den 1990er- Jahren verkauft und 300.000 bis 2005. 2005 wurde ein Film nach dem Buch gedreht.[19] 1988 erschien „Lasst meinen Tod nicht vergeblich gewesen sein", eine Sammlung von Chuns Tagebüchern, Notizbüchern und Briefen, die Einblick in sein einfaches Leben und seine Gedanken gibt.[20] 2003 publizierte Kim Jeong-hwan, der für seine Schriften über die Dichtung der Widerstandsbewegung gegen die Militärdiktatur bekannt ist, „Ein Mann,

16 Es wird diskutiert, den Chun Tae-il-Arbeitspreis in Chun Tae-il-Preis umzubenennen, um die gesamte Jugend anzusprechen und nicht nur die Arbeiterjugend. Interview mit Direktor Park Gye-hyeon vom 4.6.2010.

17 Interview mit Direktor Park Gye-hyeon vom 4.6.2010.

18 Cho Young-rae: Biography of Chun Tae-il, Seoul 1991.

19 Jo Yun-ju: What should be discussed, what could be discussed, what should not be discussed, „A Single Spark" and four texts about Chun Tae-il, in: A Single Spark & A Petal, hrsg. von The Institute of Media Arts of Yonsei University, Political Memory of the Korean New Wave, Seoul 2007, S.119; Cheon Jeong-hwan: Chun Tae-il story and the film. The filmmaking process of „A Single Spark", in: ebenda, S.134.

20 Chun Tae-il, Don't Let My Death.

eine Frau und ein Film – Meditation über Chun Tae-il".[21] Die koreanische Demokratiestiftung, die von der Regierung unterstützt wird, veröffentlichte 2008 „Chun Tae-il" als erste Folge der Reihe „Ein Funken der Zeit".[22] „Chun Tae-il: Ein Junger Arbeiter" von Wi Gi-cheol richtet sich an kleine Kinder als Zielgruppe.[23] Eine Monatszeitschrift für Kinder druckte eine Comicserie über Chuns Leben.[24]

Vor allem der Film „Eine schöne Jugend" (1995), der 500.000 Besucher in die Kinos zog, verankerte den Namen Chun Tae-Il tief im öffentlichen Bewusstsein.[25] Den Film zu produzieren, halfen 300 Studenten als Freiwillige bei Dreharbeiten an der Universität Seoul.[26] Auch die Finanzierung des Films wurde auf ungewöhnlichem Wege, u. a. durch eine Spendenkampagne, bewerkstelligt. Eine progressive Tageszeitung veröffentlichte Artikel, damit auch gewöhnliche Leute über den Film informiert würden.[27] Trotz dieser großen gemeinsamen Anstrengungen kam nicht genügend Geld zusammen. Letztlich investierte die Daewoo Entertainment-Gruppe viel Geld, sodass der Film schließlich gedreht werden konnte.[28] Er erhielt sehr positive Bewertungen sowohl vom Publikum als auch von der Kritik.

An der Vorführung am 13. November 1995, dem 25. Todestag Chuns, nahmen mit Park Hyeong-gyu, Baek Gi-wan und Lee Don-myeong wichtige Persönlichkeiten der koreanischen Demokratiebewegung teil. In den Kinos wurde beim Abspann, nachdem alle 7.554 Bürger, die einen Beitrag geleistet hatten, namentlich aufgelistet waren, begeistert Beifall ge-

---

21 Kim Jeong-hwan: A Man, a Woman and a Film – Meditation on Chun Tae-il, Seoul 2003.

22 Chun Tae-il. A Spark of Times.

23 Wi Gi-cheol: Chun Tae-il: A Young Worker, Seoul 2005.

24 Gorae Say So, hrsg. vom Edititing Committee of Children's magazine Gorae Say So, Seoul 2003.

25 Bekannter wurde der Film unter dem englischen Titel „A Single Spark" (Ein einziger Funke). Außerdem drehten 1978 der Koreanische Demokratie- und Einheitskongress sowie Aktivisten der Demokratiebewegung in Übersee einen Film mit dem Titel „Mother". Yi So-sun ist in diesem Film der Erzähler. In der ersten Hälfte fokussiert er auf Leben und Tod Chuns, in der zweiten Hälfte auf den studentischen Aktivismus und die Demokratiebewegung direkt nach Chuns Tod 1970. Siehe Cheon Jeong-hwan, Chun Tae-il story.

26 Siehe ebenda, S.143-146.

27 Siehe Maeil Business Newspaper, 6.8.2002, S.35; Cheon Jeong-hwan, Chun Tae-il story, S.145.

28 Ebenda, S.146f. Obwohl der Film in Kooperation mit der Filmindustrie gemacht wurde, zeichnet er sich durch seine alternative Produktionsweise aus. Siehe The Institute of Media Arts of Yonsei University, S.33.

klatscht. Der Film wurde von Gewerkschaftern bei vielen Gelegenheiten gemeinsam angeschaut. An der Vorführung nahm sogar der Sekretär der konservativen Demokratischen Liberalen Partei, die damals an der Regierung war, teil. Jang Gi-pyo, der als studentischer Vertreter der Jurafakultät der Seoul National University Protestversammlungen angeführt und bei der Filmproduktion wesentlich mitgewirkt hatte, sagte in seiner Glückwunschrede: „Chun Tae-il ist zu uns allen gekommen, auch jenseits des Kreises der Arbeiter."[29] Chun war nun in die öffentliche Erinnerung eingegangen. Dieser Fortschritt war das Ergebnis von 50 Jahren Demokratiebewegung in Südkorea. Die Mühen vieler Gewerkschaftsaktivisten hatten endlich Früchte getragen.

3. Erinnerungskampf und nationale Gedenkkultur

Der Kampf um das Symbol Chun Tae-il in den letzten vier Jahrzehnten war ein Kampf zwischen der herrschenden Klasse und der Arbeiterklasse. Am Verlauf dieses Kampfes lässt sich ablesen, welche Fortschritte die südkoreanische Gesellschaft in diesen Jahren gemacht hat. Der große Erfolg des Films und der Bücher über ihn spricht dafür, dass Chun eine bedeutende Stellung im öffentlichen Bewusstsein erhalten hat und mehr als ein Symbol der Arbeiterbewegung ist.

Das nächste Ereignis, das ihn weiter in das öffentliche Bewusstsein einschrieb, war der Bau der Chun Tae-il-Statue und der Chun Tae-il-Straße in Cheonggyoncheon im Zuge der umfassenden Baumaßnahmen in Seoul im Jahre 2004. Das Bauprojekt hatte die Freilegung des Flusses Cheonggyecheon, die Entfernung überflüssig gewordenen Zements und schließlich die Schaffung einer Parkanlage zum Ziel. Im Juli 2004 schlug die Chun Tae-il-Stiftung der Stadtverwaltung vor, zum öffentlichen Gedenken: erstens, eine Gedenktafel an der Stelle zu errichten, an der Chun sich verbrannt hatte; zweitens, eine Brücke nach ihm zu benennen; drittens, eine Chun Tae-il-Straße am Cheonggyecheon zu bauen und viertens, eine Chun Tae-il-Gedenkhalle in dem Gebäude einzurichten, das amerikanische Ingenieure hinter dem Friedensmarkt zurücklassen würden. Die Stadtverwaltung von Seoul stimmte einer 60 cm langen und 40 cm breiten Gedenktafel zu, lehnte aber die Benennung der Brücke und der Straße mit Hinweis auf die Regel ab, dass erst nach hundert Jahren eine Straße nach jemandem benannt werden könne. Die Stiftung kritisierte die

29 Hankyoreh, 14.11.1995, S.23.

Ablehnungsgründe als faule Ausrede.[30] Der Konflikt verdeutlicht die politischen Realitäten der Zeit: einerseits eine konservative Stadtverwaltung, andererseits eine demokratische Zentralregierung.
Ein Jahr später, im Juli 2005, ging die Stadtverwaltung zögerlich auf den Vorschlag ein, eine Straße mit Gedenkelementen zu bauen. Der Name Chun Tae-il-Straße sollte jedoch inoffiziell bleiben.[31] Ende September wurde ein Torso Chuns aufgestellt. Am 13. November, dem 35. Jahrestag seines Todes, wurden kupferne Gedenktafeln auf Beodeuldari, der inoffiziellen Chun-Tae-il-Brücke, eingelassen: 4.000 Kupferplatten, auf denen Worte von 15.000 Menschen zu lesen sind, auch vom damaligen Präsidenten Roh Moo-hyun und von den früheren Präsidenten Kim Yeong-sam und Kim Dae-jung. Dieses Ereignis wurde sogar in der konservativsten Zeitung des Landes unverzerrt dargestellt,[32] was zeigt, wie weit das Gedenken an Chun Teil der öffentlichen Kultur geworden ist. Sehr ermutigend ist auch, dass Lee Myung-bak, Präsident der Stadt Seoul und früherer Topmanager des Hyundai-Konzerns, die Forderungen der Stiftung akzeptierte. Daran wird deutlich, dass Chun nunmehr auch von der herrschenden Klasse, die seiner Klasse entgegengesetzt ist, als nationales Symbol anerkannt ist.[33] Diese neue Atmosphäre war vermutlich aus zwei Gründen entstanden: zunächst, weil allein aus Menschlichkeit die Erinnerung an Chuns Tod aufrechterhalten werden musste, vor allem aber, weil die schreckliche Situation der Arbeiterschaft zu Chuns Zeiten Vergangenheit geworden war. So konnten die Konservativen einem historisierten Gedenken an Chun Tae-il nun toleranter gegenüberstehen.
Weitere Erfolge der Demokratiebewegung führten dazu, dass in der Schule ein neuer Lerninhalt eingeführt wurde: Die Lehrbücher nahmen Bilder Chuns und der Protestbewegung auf, ebenso Briefe an den Präsidenten. Im Begleittext heißt es sogar, dass Chun die koreanische Arbeiterbewegung angestoßen habe.[34] Dieser Erfolg war möglich geworden, weil die jahrelang in der Demokratisierungsbewegung tätigen Geschichtslehrer und Historiker das Schulbuchsystem reformiert hatten und die Schulbücher nun selbst schrieben.

---

30 Denn es gab bereits Straßen, die nach bekannten Persönlichkeiten benannt waren, die noch nicht 100 Jahre tot waren. Siehe Chosun Ilbo, 2.7.2004.
31 Siehe Chosun Ilbo, 13.7.2005.
32 Siehe Chosun Ilbo, 14.11.2005.
33 Siehe Jo Yun-ju, What should, S.131.
34 Siehe Kim Gwang-nam u. a.: Korean Modern and Contemporary History, Seoul 2010, S.334ff.

Erinnerung und Gedenken tragen zur Bildung einer kollektiven Identität bei. Bestimmte Erinnerungen werden im Alltag weitergegeben und schließlich institutionalisiert. In diesem Sinne bedeutet das Auftauchen Chuns in den Geschichtsbüchern, dass die vorher dem Vergessen preisgegebenen Erinnerungen nun anerkannt und institutionalisiert wurden.[35] Anders als offizielle Gedenkveranstaltungen, die von der Regierung veranstaltet werden, ging die Chun betreffende Erinnerung von Aktivisten der Arbeiterbewegung aus. Das Wiederauffinden von Erinnerungen ist ein Weg, Partizipation herzustellen. Das hat jedoch auch einen Nachteil: Mit dem Voranschreiten der Demokratisierung und der Institutionalisierung des Gedenkens verblasst die Erinnerung an den Widerstand zunehmend. Die praktische Mobilisierungskraft der von Aktivisten ausgehenden Demokratiebewegung in Südkorea hat seit der Demokratisierung den Schwung verloren.[36] Dieser Trend zeigt sich auch in der Erinnerung bezüglich Chuns.

1990, im Jahr des 20. Todestages, besaßen die Nationale Arbeiterversammlung und das Gedenken an Chun laut Jahresbericht des NWC große Bedeutung. Seit 1992 wird ihm jedoch weniger Gewicht beigemessen. Die wöchentlich bzw. zweiwöchentlich durch den Rat herausgegebene Zeitschrift erwähnt Chun seit 1992 seltener.[37] Die jährlichen Berichte der KCTU nennen ihn seit 1996 überhaupt nicht mehr. In der wöchentlichen/zweiwöchentlichen Zeitschrift der KCTU kommt er nur noch vor, wenn über die Preisträger des Literaturpreises berichtet wird, es wird seiner aber nicht als Symbol der Arbeiterbewegung gedacht.[38] Von den 63 Fotografien auf dem Cover der Ausgabe von 2005 zeigt nur eine Chun.[39] In letzter Zeit wird Chun offiziell während der jährlichen nationalen Arbeiterversammlung erwähnt, und es wird mit der Verleihung des Chun Tae-il-Literaturpreises und des „Arbeitspreises" an ihn erinnert.

Go Gye-hyeon, der Direktor der Chun Tae-il-Stiftung, brachte in einem Interview seine Bedenken gegenüber dieser Entwicklung zum Ausdruck. Mehr als ein Viertel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die am Trainingsprogramm der KCTU teilnehmen, weiß nicht einmal, dass es

35 Siehe Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1977, S.134-143.

36 Siehe Hong Seong-tae: The April 19th Movement: Institutionalization and Effects, in: Memory & Vision, 2010, vol. 22, S.188-191.

37 Siehe Annual reports by the National Workers Council, 1990-1995; Labor Newspaper, 1991-1994.

38 Siehe Annual report by the KCTU, 1996-2005; Work and World, 1995-2002.

39 Siehe Annual report by the KCTU, 2005.

Chun gab. Besorgniserregend ist auch, dass die Stiftung über keinerlei Gedenkorte verfügt. Noch nicht einmal in der Chun Tae-il-Gedenkhalle gibt es Platz, um die Gegenstände, die ihm gehört haben, auszustellen. Offensichtlich legt die Arbeiterbewegung nun weniger Wert auf Gedenken und Erinnerung. Einerseits mag dies an der beständig schwierigen Situation der Arbeiterbewegung liegen, deren Mitglieder immer wieder Repressionen ausgesetzt sind, sodass sie sich kurzfristig mit sehr drängenden Angelegenheiten beschäftigen müssen. Andererseits hat sich die Bewegung exzessiv auf politische Aktionen und ideologische Kämpfe beschränkt und die historische Identität der Abeiteröffentlichkeit vernachlässigt. Das Ergebnis ist, dass die Arbeiter sich häufig versammeln, um dringliche Probleme zu besprechen. Sie sehen Gewerkschaften als Organisationen, die ihnen helfen, die Probleme des Überlebens und des Alltags zu bewältigen. Anders als in Südkorea haben die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien in Deutschland historisch eine wichtige Rolle bei der Entwicklung einer Arbeiteridentität, einer „politischen Religion", gespielt.[40]

Nichtsdestotrotz ist die Erinnerung an Chun ein herausragender Erfolg von Institutionalisierungskämpfen von unten. Sie ist zu einem gewissen Teil institutionalisiert worden, aber sie ganz zu einem Teil des öffentlichen Bewusstseins werden zu lassen, wird wegen der andauernden Repression gegen die Arbeiterbewegung nicht einfach sein.

Ein Vergleich mit einem anderen Ereignis kann vielleicht zeigen, in welche Richtung wir gehen sollten: Die von Studenten angeführte Revolution vom 19. April 1960 ebnete den Weg für die Bildung einer demokratischen Regierung. Obwohl die neue Regierung ein Jahr später durch einen Militärputsch abgesetzt wurde, leisteten die studentischen Führer, die später selbst Teil der politischen Elite wurden, relativ schnell einen entscheidenden Beitrag zur Verankerung der Revolution im öffentlichen Bewusstsein. In den letzten Jahren mehrten sich Bedenken bezüglich des Zustands der Demokratie in Südkorea. So hatten Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Studentenerhebung anfangs von Regierungsseite keine Zustimmung gefunden. Glücklicherweise unterstützte der gegenwärtige Präsident Lee Myung-bak, der an den Protesten als Stu-

40 Geoff Eley: Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850-2000, Oxford 2002, S.52, 58. Siehe auch Berthold Unfried: Einleitung, in: Ders./Christine Schindler (Hrsg.): Riten, Mythen und Symbole – Die Arbeiterbewegung zwischen „Zivilreligion" und Volkskultur, Leipzig 1999, S.7-16; Sebastian Prüfer: Die frühe deutsche Sozialdemokratie 1863 bis 1890 als Religion. Zur Problematik eines revitalisierten Konzepts, in: Unfried/Schindler (Hrsg.), Riten, S.34-59.

dent selbst teilgenommen hatte, das Gedenken vehement.[41] Alles in allem ist der Erinnerungskampf um die Aprilrevolution ein Beispiel für die paradoxe Wirkung von Institutionalisierung. Die Erinnerung wurde Teil des öffentlichen Bewusstseins, der Preis dafür war die Formalisierung. Außerdem verlor die Öffentlichkeit die Begeisterung für die Sache. Die studentischen Aktivisten der Revolution vom 19. April werden zunehmend marginalisiert, und die Erinnerung daran wird politisch monopolisiert.[42]
Verglichen mit der Erinnerung an die Revolution vom 19. April steht die Erinnerung an Chun vor anderen Problemen: Man kann nicht sagen, dass diese nicht Teil des öffentlichen Bewusstsein geworden wäre. Aber an dem Wendepunkt, den sein vierzigster Todestag darstellt, ist es höchste Zeit, zurückzuschauen und die Erinnerungs- und Gedenkpolitik zu überdenken, da das Gedenken an Chun langsam rein formal oder aber er vergessen wird. Umso dringlicher sollten wir nicht nur schlussfolgern, dass die Arbeiterbewegung ihrem verstorbenen Pionier mehr Achtung zollen sollte. Wir sollten uns tiefer gehende Fragen stellen und über effektive Wege der Kommunikation mit der Öffentlichkeit über die Geschichte der Arbeiterbewegung nachdenken.

Aus dem Englischen von Nicola Helferich

41 In diesem Jahr gab die Regierung über drei Milliarden KRW (ca. 2 Millionen Euro) für die Gedenkfeier und eine Quellensammlung zu dieser Studentenrevolution aus. Gespräch mit Mun-Sook Park, Direktor des Archivs der Korean Democracy Foundation, am 18.11.2010.
42 Hong Seong-tae, S.178, 180, 182, 202.

Regionales

Die schlesischen Demokratenkongresse von 1848

Walter Schmidt

Die preußische Provinz Schlesien war in der Revolution von 1848 ein Zentrum demokratischer Bestrebungen und konnte sich mit anderen regionalen Schwerpunkten der deutschen achtundvierziger Demokratie wie der Rheinprovinz, Baden und dem Rhein-Main-Gebiet oder Sachsen und Berlin durchaus messen.

Ein entscheidendes Merkmal demokratischer Aktivität war ohne Frage die politische Vereinigung der Kräfte, die für den demokratischen und sozialen Ausbau der angestrebten bürgerlichen Gesellschaft eintraten. In ganz Deutschland setzte der organisatorische Zusammenschluss dieser hauptsächlich von politisch radikalen Elementen des Bildungsbürgertums wie von sogenannten unterbürgerlichen Klassen und Schichten, dem Kleinbürgertum und den proletarischen Elementen in der Stadt sowie den Bauern und Landarbeitern auf dem Lande, getragenen Kräften bereits unmittelbar nach der siegreichen Märzrevolution ein.

Schlesien nahm insofern einen vorderen Platz ein, als die Bildung demokratischer Vereine nicht nur – wie auch anderswo – relativ früh begann, sondern rasch eine weite Dimension erlangte und auch kleinere Städte einbezog. Vor allem aber blieb dieser Prozess nicht auf die Städte beschränkt, sondern erfasste auch das flache Land. Ferner ist das starke Gewicht der sozialen Frage des Proletariats in der demokratischen Bewegung auffällig. Und schließlich entstand in Schlesien eine demokratische Provinzialorganisation, die stärker als anderswo leitend auf die Ausbreitung der demokratischen Bewegung in der ganzen Provinz Einfluss nahm. Es darf nicht übersehen werden, dass die relativ umfassende politische Organisation des Landvolks in Gestalt des schlesischen Rustikalvereins von der städtischen Demokratie initiiert und beeinflusst war.

Erforscht ist die Geschichte der organisierten achtundvierziger Demokratiebewegung in Schlesien jedoch noch keineswegs. Lediglich zu Breslau und Liegnitz sowie zum Rustikalverein liegen Ergebnisse vor.[1] Ange-

1 Am besten erforscht ist der Rustikalverein. Siehe Helmut Bleiber: Rustikalverein in Schlesien (RiS) 1848-1849, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-

sichts dieser Forschungssituation liegt es nahe, einmal die Entwicklung des vielfältigen demokratischen Vereinslebens vor allem in der schlesischen Kapitale etwas genauer zu untersuchen und dabei auch den Provinzialverband der schlesischen Demokraten und seine Leitung in den Blick zu nehmen. Die folgende Studie widmet sich vor allem dem letztgenannten Thema.[2]

Der Stand der demokratischen Vereinsgründungen im Juli 1848

Der Einladung zu einem Provinzialkongress der schlesischen Demokraten, die Ende Juni/Anfang Juli vom „Demokratischen Hauptverein" in Breslau (DHV) ausging,[3] war die Gründung einer recht beachtlichen Zahl von demokratischen Vereinen vor allem in der Hauptstadt Breslau, aber auch in mehreren größeren Städten der Provinz vorausgegangen. In Breslau hatten sich neben dem zahlenmäßig stärksten und auch führenden DHV und dem ebenfalls mitgliederstarken „Arbeiterverein" noch neun weitere Organisationen gebildet, die demokratische Ziele auf ihre Fahne geschrieben hatten. Sie verstanden sich zumeist als Filialen des DHV, ja waren nicht selten von dessen Mitgliedern gegründet worden, um ein stärkeres Gegengewicht zum liberalen Konstitutionellen Verein zu schaffen[4]: der sozial orientierte und dem Arbeiterverein nahestehende „Verein

1945), Bd. 4, Leipzig 1986, S.110-117; auch in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt: Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Bewegungen und Protagonisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848, Erster Halbbd., Berlin 2007, S.271-280; siehe auch Walter Schmidt: Die schlesischen Rustikalvereine als Ausdruck demokratischer bäuerlicher Organisationsbestrebungen in der Revolution von 1848/49, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 14. Jg., 1965, H. 2, S.239-242. Für die Vereine in Breslau liegen vor: Christian Gürtler: Vereine und nationale Bewegung in Breslau. Ein Beitrag Breslaus für Freiheit und Demokratie in Deutschland, Frankfurt am Main 2003, und Helmut Bleiber: Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien, in: Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, Erster Halbbd., S.158-169. Für Liegnitz siehe Walter Schmidt: Moritz Matthäi (1809-1864). Ein schlesischer Burschenschafter und 1848er Demokrat aus Auras, in: Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, Zweiter Halbbd., Berlin 2007, S.262-271.

2 Die folgende Darstellung basiert vor allem auf den in schlesischen Zeitungen, namentlich der demokratischen „Allgemeinen Oder-Zeitung" (AOZ), der „Breslauer Zeitung" (BZ) und der konstitutionellen „Schlesischen Zeitung" (SZ) überlieferten Berichten und Korrespondenzen. Ausgewertet werden konnten auch einige wenige überlieferte Lokalblätter wie das Liegnitzer Organ des demokratischen Vereins „Der Demokrat".

3 Siehe AOZ, 9.7.1848. Arbeitervereinssitzung vom 6. Juli. In den Zitaten aus zeitgenössischen Quellen wird die Orthografie durchweg modernisiert.

4 Siehe AOZ, 13.5.1848: DHV-Sitzung vom 11.5.1848.

Germania", der radikal-demokratische „Verein zum goldenen Kreuz", der „Allgemeine Landwehrverein für Breslau und Schlesien", der sich für die Rechte der Landwehrmänner einsetzte, ein „Verein der Militärpflichtigen", der „Verein oder Volksklub zur Stadt Freiburg", der „Demokratische Studentenverein", ein „Politischer Bildungsverein" und ein „Republikanischer Verein" sowie der „Sozialdemokratische Verein zum goldnen Schwert". Letzterer stand unter dem Einfluss des Sozialisten F. A. Stilch, der den Ideen Louis Blancs folgte, offen demokratisch-sozialistische Ziele vertrat und Verbindungen zu Kommunisten, namentlich zur „Neuen Rheinischen Zeitung" hatte. Breslau stellte angesichts seiner Vereinsvielfalt mit 38 mehr als die Hälfte der Delegierten auf dem Provinzialkongress.[5]

In der Provinz hatten sich bis Mitte Juli nachweislich 27 demokratische Vereine in erster Linie in den Bezirksregierungssitzen Liegnitz und Oppeln sowie in erstaunlich vielen Kreisstädten in allen drei schlesischen Regierungsbezirken konstituiert, von denen 16 auf dem Kongress durch gewählte Abgeordnete vertreten waren. Der Bezirksregierungssitz *Liegnitz* verfügte über einen starken Demokratischen Verein, der sich durch ein Manifest, auf das die fünf Delegierten als Richtschnur für ihr Auftreten auf dem Kongress verpflichtet worden waren, bereits politisch klar als sozial-demokratisch profiliert hatte. Der oberschlesische Regierungsbezirkssitz *Oppeln* war durch einen Deputierten des Vereins der Volksfreunde vertreten. In der Kreisstadt *Schweidnitz* hatte sich unter Julius Maria Petery ein Demokratischer Verein mit einem eigenen Organ, dem „Freischütz", deutlich radikaldemokratisch konsolidiert. Delegierte nach Breslau entsandten auch die unter unterschiedlichen Namen gegründeten demokratischen Vereine in den schlesischen Kreisstädten *Brieg, Glogau*, *Grünberg*, *Hirschberg* (aus Hirschberg kamen nicht Delegierte des Politischen Vereins, sondern mit Rosenthal und Weinmann nahmen zwei Demokraten als Vertreter der „demokratischen Partei" teil), *Neiße*, *Neumarkt*, *Neustadt/Oberschlesien, Reichenbach*, *Striegau* und *Trebnitz*. Aber auch in Kleinstädten wie *Wansen* im Kreis Ohlau, *Reichthal* im Kreis Namslau und *Salzbrunn* im Kreis Reichenbach entstandene demokratische Vereine waren durch gewählte Delegierte auf dem Kongress vertreten. Überdies war

5 Über den Kongress informierten am ausführlichsten SZ, 18.7.1848, S.1892f. und Der Demokrat (Liegnitz), Nr. 1, S.11-13, Nr. 3, S.30-32, Nr. 4, S.39f.; ferner AOZ, 18.7.1848; eine umfangreiche Berichterstattung lieferte auch die „Neue Rheinische Zeitung" (NRhZ), 20.7.1848, S.2; 21.7.1848, S.2f.; 1.8.1848, Beilage, S.1 (hier ein Abdruck der Beschlüsse des Kongresses); kritisch die linksdemokratische Schlesische Chronik (Schles. Chr.), 15.8.1848, S.269f.

festgelegt worden, dass auch Demokraten aus Orten, in denen noch keine Vereine bestanden oder erst in Gründung waren, als Vertreter der „demokratischen Partei“ sich am Kongress beteiligen sollten.[6] So schickten neben der Kreisstadt Hirschberg auch die Kreisstadt *Falkenberg* in Oberschlesien, das seit dem Weberaufstand deutschlandweit bekannte *Peterswaldau* sowie *Myslowitz/Oberschlesien* und *Jeline* Abgeordnete nach Breslau.[7] Doch waren – aus welchen Gründen auch immer – bei Weitem nicht alle schon gebildeten demokratischen Vereine in Schlesien auf dem Kongress anwesend. Es fehlten die Vereine der Kreisstädte Frankenstein, Lauban, Löwenberg, Namslau, Ohlau, Öls, Ratibor, Steinau und Wohlau ebenso wie die von Friedeberg am Quais, Ottmachau und Ujest.

Der erste Provinzialkongress der schlesischen Demokraten (16. Juli 1848)

Der Provinzialkongress der schlesischen Demokraten war einer der ersten Regionalkongresse der demokratischen Partei in Deutschland. Er folgte einem Beschluss des ersten deutschen Demokratenkongresses, der vom 14. bis 17. Juni 1848 in Frankfurt am Main getagt hatte. In diesem Beschluss war die alsbaldige (binnen einem Monat) Durchführung von „Kreiskongressen“ zwecks Bildung von sogenannten „Kreisausschüssen“ festgelegt, die die Verbindung zwischen dem Zentralausschuss in Berlin und den Lokalvereinen herstellen sollten.[8] Als Tagungsort war verständlicherweise die Hauptstadt vorgesehen, zumal die Demokratie hier am besten organisiert war. In der Einladung des Breslauer DHV hieß es, dass angesichts der Sammlung der Reaktion ein Zusammenschluss der demokratischen Kräfte aus der ganzen Provinz dringend nötig sei, um den Feinden gewachsen zu sein.[9] Danach befassten sich in der ersten Julihälfte die Breslauer und auch zahlreiche demokratische Vereine in den Provinzstädten mit dem Thema und wählten ihre Deputierten, je nach Mitgliederzahl und wohl auch dem politischen Gewicht entsprechend, von zumeist einem bis zu zwölf Abgeordnete.
Der schlesische „Kreiskongress“, der sich sofort Provinzialkongress nannte, fand am 16. Juli 1848 in Breslau im Saale zum blauen Hirsch statt,

6 Siehe Der Demokrat, Nr. 3, S.30: „[...] verstärkt durch eine Anzahl gleich gesinnter Männer aus Orten, wo Vereine noch nicht konstituiert sind“.
7 Siehe Der Demokrat, Nr. 4, S.39f.
8 Siehe Gerhard Becker: Das Protokoll des ersten Demokratenkongresses vom Juni 1848, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 8, Berlin 1973, S.379-405, hier S.388.
9 Siehe AOZ, 9.7.1848: Arbeitervereinssitzung vom 6. Juli.

lag so noch in dem vom Frankfurter Beschluss vorgegebenen Zeitraum von vier Wochen und dauerte nur einen Tag. Versammelt hatten sich 61 Delegierte aus Vereinen in Breslau und 20 Orten der Provinz sowie neun Vertreter der „demokratischen Partei" aus fünf Orten, in denen noch keine solchen Vereine gegründet worden waren, insgesamt also 70 stimmberechtigte Abgeordnete.[10] In einer Vorberatung am 15. Juli war festgelegt worden, dass Abstimmungen nach der Kopfzahl erfolgen. Den Kongress eröffnete Dr. *Sigismund Asch*, der Vorsitzende des Breslauer Arbeitervereins, der auch zum Präsidenten gewählt wurde; Asch besaß als jüdischer Arzt wegen seiner unentgeltlichen Sprechstunden für Arme große Popularität in der Stadt. Er hatte wesentlichen Anteil daran, dass der Arbeiterverein eine konsequent demokratische Haltung einnahm und trat wiederholt mit „aufrührerischen" Reden auf Volksversammlungen auf, weswegen er 1849 zu einem Jahr Festungshaft verurteilt wurde. Seit 1861 Mitglied der Fortschrittspartei, machte er sich als Breslauer Stadtverordneter um die Kanalisation und Wasserreinigung verdient und gehörte der Ärztekammer in Schlesien an.[11] Asch zur Seite standen als Vizepräsidenten die Vereinsvorsitzenden von Liegnitz und Grünberg, Carl Otto Cunerth und Friedrich Wilhelm Levysohn. Als gewählte Sekretäre arbeiteten Hassack aus Neiße, Pulze aus Neustadt, Schneider aus Trebnitz und Kempner aus Reichthal.

Der schlesische Kongress hielt von Anfang an deutlich Distanz zum gesamtdeutschen Demokratenkongress in Frankfurt am Main. Er bestimmte schon bei der Festlegung der Tagesordnung nach Interventionen von Auerbach und Friedmann aus Breslau, „das Manifest des Frankfurter Kongresses *nicht* zur Grundlage der Verhandlungen über die Prinzipienfrage zu machen".[12] Dabei ging es vor allem um den Beschluss des Frankfurter Kongresses, wonach die demokratische Republik Ziel der Bestrebungen der deutschen Demokratie sein sollte.[13] Dem standen eine große Zahl von Deputierten, namentlich die Breslauer gemäßigten Demokraten, kritisch gegenüber. Auerbach meinte, man könne unter Repu-

10 Dazu siehe das „Verzeichnis der vertretenen Vereine und Namen der Deputierten des ersten Kongresses der schlesischen Demokraten in Breslau", in: Demokrat, Nr. 4, S.39f.; auch SZ, 18.7.1848, S.1893.

11 Siehe Dagmar Nick: Jüdisches Wirken in Breslau. Eingeholte Erinnerung: Der Alte Asch und die Bauers, Würzburg 1998.

12 SZ, 18.7.1848, S.1893. Hervorhebung im Original.

13 Siehe Becker, Erster Demokratenkongress, S.388: Er hatte „beschlossen zu erklären: Es gibt nur *eine* für das deutsche Volk haltbare Verfassung, die *demokratische Republik*, in welcher die Gesamtheit die Verantwortlichkeit für die Freiheit und Wohlfahrt des Einzelnen übernimmt." Hervorhebungen im Original.

blik nur die rote Republik verstehen, was er ablehne.[14] Die Mehrheit der schlesischen Demokraten wollte gerade die Frage der Republik von vornherein offenhalten und sich daher nicht ohne weiteres Frankfurt anschließen. Über die von der Demokratie anzustrebende Staatsform wollten sie nach gründlicher Diskussion selbstständig entscheiden. Unter fast allen führenden schlesischen Demokraten bestand wohl Einigkeit darüber, dass es zumindest taktisch unklug war, die Republik zu diesem Zeitpunkt als aktuelle Forderung in den politischen Kampf einzuführen, wenn die Demokratie das Ohr der Massen, mithin Masseneinfluss gewinnen wollte. Manch einer, der sich als Republikaner verstand und auch bekannte, suchte das strikt demokratische Element in der Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie mit der ausdrücklichen Ergänzung „auf breitester demokratischer Grundlage" zur Geltung zu bringen.[15] Gleichwohl gab es aber auch nicht wenige unter den Breslauer Führungskräften, die wohl aus prinzipiellen Gründen dieser Forderung abhold waren und das ganze Problem eher umgehen wollten.

Der Kongress begann nach der Eröffnung auch sofort mit der Debatte dieser sogenannten Prinzipienfrage. Der vorgelegte Antrag von Breinersdorf (Breslau) wich einer Bestimmung der angestrebten Staatsform, sowohl der Republik als auch der von vielen Demokraten favorisierten konstitutionellen Monarchie auf breitester demokratischer Grundlage, einfach aus, indem er die Volkssouveränität als das eigentlich Wesentliche bei der Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in den Vordergrund stellte. Er empfahl daher zu erklären, „*dass die reine ungeteilte Souveränität des Volkes die einzige gültige Basis einer Staatsverfassung sei*".[16]

Die Anhänger der Republik ließen sich davon jedoch nicht beeindrucken. In einem Amendement fixierte Benecke (Waldenburg) die Gegenposition und forderte, als „die einzig notwendige Staatsform die demokratische Republik" anzuerkennen. Philipp Hoyoll (Breslau), der sich auch zur Republik bekannte, wollte nur die Ergänzung, dass die Republik auf friedlichem Wege herbeigeführt werden solle, was jede bereits bestehende

14 Siehe Der Demokrat, Nr. 1, S.13.

15 Siehe zu dieser Problematik v. a. Walter Schmidt: Moritz Elsner und die schlesische 1848er Demokratie, in: Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, 2. Halbbd., S.248-250; auch Ders.: Franz Schmidt (1818-1853). Ein achtundvierziger Radikaldemokrat aus Schlesien, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 1, Berlin 2003, S.677-739, hier S.688.

16 Hierzu und zum Folgenden SZ, 18.7.1848, S.1892f.. Hervorhebungen im Original.

Staatsform ohne weiteres ermögliche. Einen wesentlichen Schritt weiter ging der Liegnitzer Cunerth, der im Sinne des schon genannten Liegnitzer Manifestes statt der „*demokratischen die sozial-demokratische Republik*" als „Endziel" demokratischer Bestrebungen erklärt wissen wollte.[17] Das Manifest sah die soziale Republik als Ergebnis eines längeren politischen Kampfes zur Gewinnung der Massen für dieses Ziel.[18] Darauf vereinigten Benecke, Hoyoll und Cunerth ihre Vorschläge zu einem gemeinsamen Amendement, sodass auf dem Kongress die sozial-demokratische Republik als Gegenposition direkt ins Spiel kam.

Von diesen gegensätzlichen Ausgangspositionen aus begann eine „mit größtem parlamentarischen Takte" geführte dreieinhalbstündige Prinzipiendebatte. Republikbefürworter und Verfechter der allgemeinen Volkssouveränität standen sich eine Zeitlang unversöhnlich gegenüber. Beyse (Verein der Militärpflichtigen Breslau) wollte wenigstens ein Minimum an Demokratie gesichert sehen und plädierte daher für die demokratisch-konstitutionelle Monarchie. Man müsste die Stimmung in der Provinz stärker berücksichtigen, die für die Republik noch nicht reif sei. Cunerth wagte den Generalangriff auf Breinersdorfs verwaschene Position und konterte Beyse. Die sozial-demokratische Republik, richtig begründet, würde durchaus auch in der Provinz Anklang finden. Er beantragte die Wahl einer Kommission, die ein seinem Vorschlag entsprechendes Manifest ausarbeiten und zur Abstimmung vorlegen sollte. Johann Georg Rosenhain (Arbeiterverein Breslau) trat Cunerth bei. Der abstrakte Begriff „Volkssouveränität" genüge nicht, diese würde ja neuerdings sogar in absolutistischen Staaten anerkannt, „wo man sie dem Herrscher vom Volke übertragen glaube".

Jetzt stieg Breinersdorf mit einer entschiedenen Ablehnung der Republikforderung ein. Die Republik habe weder in Berlin noch in Frankfurt eine Majorität. In Berlin beharre sogar die äußerste Linke auf der konstitutionellen Monarchie. Die organisierte Demokratie müsse aber die Souveränität des Volkes akzeptieren, dessen Willen die Vertreter in den Parlamenten ausdrückten. Breinersdorf konzentrierte sich voll auf das Argument, wonach die Majorität des Volkes die Republik (noch) nicht wolle. Danach konnte Cunerths Antrag hinsichtlich eines auszuarbeitenden Manifests mehrheitlich abgeschmettert werden; und der Antrag von Breinersdorf rückte wieder ins Zentrum. Robert Schlehan (Breslau) unternahm noch einmal einen Vorstoß für die Anerkennung der Republik, was er für eine

17 SZ, 18.7.1848, S.1892.

18 Siehe Der Demokrat, Probeblatt, S.1-4, hier S.4.

moralische Notwendigkeit hielt. Cunerth argumentierte, dass die Monarchie eine wirkliche Gleichberechtigung der Staatsbürger ausschließe und der Sozialismus mehr und mehr Anklang fände. Hermann Brehmer (DVH Breslau) trat wiederum Breinersdorf zur Seite, wiederholte, dass die Staatsform stets den Willen der Majorität des Volkes spiegeln müsse, und plädierte dafür, die Staatsform nicht zu nennen. Karl Friedrich Ansorge (Glogau) meinte mit deutlich anarchistischen Anklängen schließlich, dass ja auch die Republik noch nicht das Endziel sei, sondern es letztendlich um einen vernünftigen Staat gehe, in dem man gar keine Gesetze mehr brauche.

Am Schluss erhielten nur noch die Antragsteller das Wort: Breinersdorf und Benecke. Volkssouveränität oder Republik standen sich klar und eindeutig gegenüber; Breinersdorf unterstützt von Brehmer, Benecke von Wittenburg (Reichenbach). Benecke befürchtete im Schlussplädoyer, dass die Demokratie bei Verzicht auf die Republikforderung Erbe der alten Politik würde, und blieb fest dabei, dass eine demokratische Partei sich für die Republik aussprechen müsse. Breinersdorf zog nun alle Register und konterte mit dem Argument, dass die Bezeichnung der Staatsform eine leere Phrase und die Volkssouveränität der umfassendere Begriff sei, der höher stehe als die Staatsform. Und er wiederholte die Auffassung, dass ein Demokrat die Meinung der Volksmehrheit zu akzeptieren habe: „*Der ist kein Demokrat, der eine andere Form will als die* ***Majorität des Volkes***.“[19] Das Volk aber wolle gegenwärtig die Republik nicht; was es einmal wollen werde, müsse abgewartet werden. Diese nicht nur in der Revolution von 1848 vom gemäßigten Demokratismus häufig vorgetragene Argumentation reflektiert zwar richtig den jeweiligen Bewusstseinsstand der Massen, missachtet jedoch, dass die aktive Demokratie auch weiterreichende politische Zielvorstellungen vorzugeben verpflichtet ist, nach denen Einfluss auf die Bewusstseinsentwicklung des Volkes genommen wird.

Breinersdorf überzeugte mehr. Eine bedeutende Mehrheit der Deputierten entschied sich für seinen Antrag. Damit war die Republik als Orientierung der politischen Aktivitäten in der schlesischen Demokratie offiziell vom Tisch. Als gemeinsame Zielsetzung demokratischer Politik war festgelegt: „**die reine und ungeteilte Souveränität des Volkes ist die**

19 SZ, 18.7.1848, S.1893. Hervorhebung im Original.

einzige gültige Basis eines staatlichen Gebäudes".[20] Kein Verein, der sich dem Kongress anschließen wolle, so hieß es in der Erklärung, dürfe „in seiner Ansicht darin beschränkt werden [...], in welcher Staatsform er die Geltendmachung dieses Prinzips für möglich halte".[21] Damit aber war auch der republikanischen und sozialrepublikanischen Propaganda deutlicher Freiraum gegeben.

Der Verlauf der Debatte um das Ziel demokratischer Politik machte deutlich, dass es auf dem Kongress einen starken, nicht zu unterschätzenden republikanischen Flügel gab, sogar die soziale Republik in Vorschlag kam. Doch konnte sich diese sicher nur eine Minderheit umfassende Fraktion nicht gegen eine große Majorität durchsetzen, die sich für Volkssouveränität als Basis einer Staatsverfassung aussprach. Diese allgemeinere, verschiedene Deutungen zulassende Zielsetzung entsprach indes eher dem politischen Bewusstseinsstand der Massen in der Provinz. Mit dieser Losung ließen sich angesichts eines noch weit verbreiteten „gewöhnlichen", naiven Monarchismus, der von den Konservativen wie auch von rechten Liberalen als ausgesprochener Anti-Republikanismus im Volke zu befestigen gesucht wurde, größere Teile des Volkes für die demokratische Bewegung gewinnen. Diese Zielsetzung verfochten auf der Führungsebene der schlesischen Demokratie vor allem Vertreter eines gemäßigten Demokratismus, während mit der Republikforderung oft eine radikalere, revolutionär gestimmte Richtung im demokratischen Lager sich artikulierte. Das bedeutete allerdings nicht, dass es nicht auch unter den Anhängern des Volkssouveränitätskonzepts radikale Revolutionäre gab. Auf jeden Fall aber ließ dieses Konzept in gewissen Grenzen ein Zusammengehen mit den Konstitutionellen zu, erschwerte also einen klaren und endgültigen Bruch mit dem bürgerlichen Liberalismus.

Die radikal-demokratische „Schlesische Chronik" übte darum wohl scharfe Kritik an der Prinzipienerklärung des Kongresses.[22] Sie konstatierte einen Bruch in der demokratischen Bewegung und wertete die Prinzipienerklärung als Sieg einer Vermittlungspartei, wodurch eine klare Abgrenzung vom Konstitutionalismus und Liberalismus zumindest erschwert, wenn nicht gar verhindert werde. Deshalb sei auch die Zentralisation der demokratischen Partei in Schlesien nicht gelungen; denn „es

20 Beschlüsse des am 16. Juli 1848 in Breslau abgehaltenen ersten Kongresses der schlesischen Demokraten, in: Der Demokrat, Nr. 3, S.30. Hervorhebung im Original.

21 Ebenda.

22 Siehe hierzu: Schles. Chr., 15.8.1848., S.269f.: Die Zentralisationsversuche der demokratischen und der konstitutionellen Parteien mit besonderer Rücksicht auf die schlesischen Vereine. Hervorhebung im Original.

haben sich Vereine *verbunden*, aber es fehlt ihnen eine bestimmte gemeinschaftliche Basis; es kann nicht jeder Verein die volle ungeschwächte Überzeugung, nicht die volle ungeteilte Mitwirkung einsetzen. Es bleibt für jedes Glied immer noch ein partikuläres Gebiet, auf dem es sich mit stillen Reservationen und Hintergedanken bewegen kann". Die Vereine seien jetzt zwar „äußerlich organisiert, aber es fehlt die völlige Übereinstimmung der politischen Überzeugung gerade in denjenigen Fragen, die am nächsten liegen". Eine wirkliche Vereinigung könne nur erreicht werden, wenn dem „ein bestimmtes, unzweideutiges und vollständiges Programm [...] zugrunde liegt". Dazu müsse die „offene Frage der Staatsform geschlossen" werden.

Die Debatte um die Ziele demokratischen Kampfes bewegte sich – sieht man einmal ab vom Cunerthschen Vorschlag „sozialdemokratische Republik" – in der rein politischen Sphäre und auf einem recht abstrakten theoretischen Niveau. Vor allem die massiven sozialpolitischen Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung, die immer noch auf dem Lande lebte, also die Beseitigung sämtlicher noch bestehender Feudallasten, blieben gleichsam außen vor. Die demokratische Bewegung an der Basis, in mehreren Provinzstädten, war Mitte Juli schon einen entscheidenden Schritt weiter gegangen. Dort hatte man längst begonnen, durch Filialvereine in den umliegenden Dörfern die organisierte Demokratie auf dem Lande Fuß fassen zu lassen. Die Einbeziehung der Landbevölkerung, von den Bauern bis zu den Landarbeitern, in die demokratische Bewegung durch Wahrnehmung ihrer unmittelbaren ökonomisch-sozialen Interessen war Erfolg versprechender, Massen für die Demokratie zu mobilisieren. Dieser Weg mündete nicht zufällig in die Gründung einer selbstständigen demokratischen Landvolkorganisation, der schlesischen Rustikalvereine.

Der schlesische Demokratenkongress konnte allerdings ein anderes brisantes soziales Thema nicht eskamotieren, die sogenannte soziale Frage, die mit der Entstehung des Proletariats aufgekommen war. Die Elendslage großer Teile der Unterschichten bewegte seit einem halben Jahrzehnt die breite Öffentlichkeit; auch hatte sich das Proletariat in ersten Widerstandsaktionen gegen die soziale Not artikuliert. Die Beschäftigung mit diesem Thema kann als zweiter Schwerpunkt des Kongresses bezeichnet werden. Die Aufnahme dieser die Lage und das Schicksal der proletarischen Schichten betreffenden Thematik widerspiegelte den Druck, den die Notlage der sogenannten Unterschichten und die seit 1844 bekannten proletarischen Aktivitäten in Schlesien in besonderer Weise erzeugten

und die eine sich demokratisch verstehende Bewegung beeinflussen mussten.

Dieser Druck fand zunächst seinen Niederschlag in der speziellen Behandlung des sozialen Elends im Eulengebirge, worüber eingangs der Reichenbacher Delegierte Wittenburg referierte.[23] Daraufhin beschloss der Kongress zweierlei. Auf Vorschlag von Asch sollten parteiübergreifende Unterstützungskomitees für die von Hungersnot und Typhus bedrohten Arbeiter gebildet werden. Die schlesischen Städte sollten diese Angelegenheit in die Hand nehmen. Darüber hinaus sollten sich die Vereine mit einer entsprechenden Adresse an die Berliner Konstituante wenden.

Eingereicht wurden dann aber zur allgemeinen Beratung der sozialen Frage vier Anträge: Kempner, Friedemann (Breslau) und Brehmer wollten eine Aufforderung an die Nationalversammlung beschließen lassen, in ihrer Arbeit am Verfassungsentwurf die „Garantie der Arbeit" als wesentlichen Punkt in die Verfassung aufzunehmen.[24] Breinersdorf schlug vor, eine Kommission zur Untersuchung der Lage der städtischen Arbeiter und des ländlichen Proletariats einzurichten. Robert Schlehan, ein radikaler Demokrat (Republikanischer Verein Breslau), beantragte eine Kolonisierung von Domänen, also eine Landaufteilung an landlose Dorfbewohner. Der Arbeiter Steeg (Breslauer Arbeiterverein) wünschte schließlich, dass „jeder demokratische Verein die soziale Frage in die Hand nehme".

Der von politischen Demokraten dominierte Kongress zeigte jedoch wenig bis gar kein Interesse an einer Auseinandersetzung mit dieser Problematik. Er musste dazu mehr oder weniger gezwungen werden. Die soziale Frage sollte heruntergespielt werden; man wollte ihrer Erörterung Grenzen setzen und suchte einer sofortigen Beschlussfassung auszuweichen. Das soziale Thema sollte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Nach einer längeren Debatte, die leider nicht dokumentiert ist, beantragte Rühl (DHV Breslau), die Versammlung möge zwar die soziale Frage zur Hauptaufgabe der Demokratie erklären; aber da aus Zeitgründen eine Beschlussfassung dazu nicht möglich sei, sollte deren Behandlung den einzelnen Vereinen überlassen werden, die darüber dem Zentralausschuss zu berichten hätten. Diese Berichte wären dann einem Komitee zur Ausarbeitung eines Manifests zu übergeben. Rühls Vorschlag

23 Siehe AOZ, 18.7.1848; Der Demokrat, Nr. 1, S.11, Nr. 3, S.32.

24 Hierzu und zum Folgenden SZ, 18.7.1848, S.1893; Der Demokrat, Nr. 1, S.11f.; AOZ, 18.7.1848.

mündete in den Antrag, darüber keine weitere Debatte zu führen, sondern zur Tagesordnung überzugehen.

Gegen die unverkennbare Absicht, die sozialen Anliegen der Arbeiter auf die lange Bank zu schieben, setzte sich der offenbar zahlenmäßig nicht sehr starke, aber hoch motivierte proletarische Flügel des Kongresses umgehend zur Wehr. Der Arbeiter Pelz vom Breslauer Arbeiterverein protestierte mit Entschiedenheit gegen Rühls Antrag mit der Feststellung, dass dessen Annahme eine Enttäuschung für die Arbeiter wäre. Wie schon der Deputierte Hassack aus Neiße zuvor erklärte er, dass seine Kommitenten, die Arbeiter des hiesigen Arbeitervereins, ihm ein Mandat anvertraut hätten, „welches lediglich auf die Besprechung der sozialen Fragen sich beschränke".[25] Zwar sei klar, dass die soziale Frage nicht ad hoc zu lösen sei, aber es müsste doch verlangt werden, dass die Politiker in der demokratischen Partei sich ebenso der sozialen Frage annehmen, wie er selbst sich mit Politik befasse. Wäre den Demokraten die Elendslage der Arbeiter wirklich bekannt, ginge man hier bei der sozialen Frage ernster zu Werke.

Diese kritische Intervention rief eine „ungeheure Aufregung" hervor. Erst der Auftritt des jüdischen Arztes Dr. Isidor Pinoff, der sich bereits im Vormärz als Sozialist einen Namen gemacht hatte und unter den Arbeitern großes Ansehen genoss, vermochte die Arbeitervertreter zu beschwichtigen und so die Situation zu entschärfen. Er habe, so Pinoff, durch langjährige Auseinandersetzung mit den sozialen Problemen die Überzeugung gewonnen, dass deren Lösung in den nächsten Dezennien unmöglich sei. Aber wirkliche Demokraten dürften sich der sozialen Frage gegenüber gleichwohl nicht desinteressiert verhalten. Er postulierte glasklar: „Wir hören auf, *Demokraten* zu sein, wenn wir nicht *Sozialisten* sind."[26] Allerdings müsste die Arbeiterfrage zur Arbeitsfrage verbreitert werden, da vor allem die Qualität der Arbeit in Zukunft verändert werden müsse. Daraufhin nahm der Kongress mehrheitlich nur den ersten Teil des Rühlschen Antrags an, dass nämlich die soziale Frage die Hauptaufgabe der Demokratie zu sein habe; er erklärte sich mehrheitlich zugleich für den weiteren Umgang mit dem Problem. Die Vereine sollten über die soziale Frage debattieren und deren Berichte an den Zentralausschuss einer Denkschrift als Grundlage dienen. Entgegen kam dem proletarischen Flügel auch ein auf Antrag von Petery (Schweidnitz) mehrheitlich

25 AOZ, 18.7.1848; Der Demokrat, Nr. 1, S.12.
26 SZ, 18.7.1848. S.1893. Hervorhebungen im Original.

gefasster Beschluss, nach der Ausarbeitung der vorgesehenen Denkschrift einen Sonderkongress zur Beratung der sozialen Frage einzuberufen.
Die Zentrale wurde in dieser Frage, wie überlieferte Rundschreiben ausweisen, sofort aktiv. Spätere wiederholte Mahnungen sprechen dafür, dass eine entsprechende Aufforderung an die Vereine bald erfolgte, jedoch keinen Erfolg zeitigte. Ein spezieller Kongress zur sozialen Frage kam nicht zustande.
Zwischen den Debatten zu den beiden Hauptthemen diskutierte und beschloss der Kongress notwendige Organisationsfragen.[27] Er gründete eine Provinzialkasse, um die „Bedürfnisse einer demokratischen Partei" bestreiten zu können: Rundschreiben, Drucksachen und Korrespondenzen. Auf die Gründung eines eigenen Presseorgans wurde verzichtet; es sollten vielmehr die demokratischen Provinzialblätter benutzt und von den Vereinen wechselseitig ausgetauscht werden. Die „Allgemeine Oder-Zeitung" wurde als „Organ für die Veröffentlichungen im Interesse der Demokratie angenommen" und sollte kräftig unterstützt werden. Nicht nur Plakate, sondern vor allem „populäre Aufsätze" in den Kreisblättern sollten dazu dienen, die Grundsätze der Demokratie im Volk zu verbreiten. Um auch die polnisch sprechenden Bewohner der Provinz zu erreichen, wollte man polnische Lokalblätter mit geeigneten Beiträgen versorgen. Nicht zuletzt sollte der zu bildende Zentralausschuss von Zeit zu Zeit Flugblätter herausgeben, „welche die Tendenz der Demokratie verbreiten und welche ebenfalls ins Polnische übersetzt werden sollen".[28]
Der wichtigste Beschluss war die Bildung eines „Central-Komitees", das sich meist Zentralausschuss nannte. Es sollte aus neun Mitgliedern sich zusammensetzen und nach dem Vorortprinzip in Breslau seinen Sitz haben. Ihm war die Aufgabe zugewiesen, die Kasse zu verwalten, regelmäßige Verbindung mit den Lokalvereinen zu unterhalten, die Korrespondenz zu führen und alle Vierteljahre einen Kongress einzuberufen. Ein direkter Anschluss an das Berliner Zentralkomitee der deutschen Demokraten wurde abgelehnt. Die Beziehungen sollten lediglich auf geschäftliche Verbindungen und monatliche Berichterstattung über den Stand der Demokratie in Schlesien beschränkt bleiben.
Danach wählte der Kongress als Mitglieder des Zentralausschusses: den radikaldemokratischen Mathematikstudenten *Hermann Brehmer*, der nach einem von Alexander von Humboldt nach 1850 ermöglichten Medizin-

27 Hierzu siehe v. a. die Beschlüsse in: Der Demokrat, Nr. 3, S.30-32 und in: NRhZ, 1.8.1848, Beilage, S.1.
28 NRhZ, 20.7.1848, S.2.

studium zum weltberühmten „Schöpfer der modernen Sanatoriumsbehandlung der Tuberkulose“ wurde;[29] das Mitglied des DHV *Dellbrück*; den Arzt Dr. *Heinrich Otto Engelmann*, der im Herbst zum Breslauer Bürgerwehrkommandeur avancierte, als Anstifter des Breslauer Maiaufstands von 1849 nach Süddeutschland floh und wegen der Teilnahme an der Reichsverfassungskampagne zum Tode verurteilt wurde, dessen Vollstreckung er durch Flucht nach Belgien entging; *Paul Held*, einen führenden Kopf aus dem Verein der Militärpflichtigen; den Kunstmaler *Philipp Hoyoll*, der wegen seiner sozialkritischen Gemälde als „Maler der Demokraten“ galt und in den Fünfzigerjahren nach England emigrierte; den Baumeister *Rühl*, führend im DHV; den radikal-demokratischen Mathematik-Privatdozenten *Johann Georg Rosenhain*, der als politisch verfolgter Achtundvierziger erst auf Intervention von Alexander von Humboldt 1856 eine Königsberger Professur bekam;[30] den politisch engagierten Kaufmann *Stahlschmidt*, Vorstandsmitglied des DHV, und einen weniger bekannten *Vogtherr*. Ersatzkandidaten wurden Miri, Dr. Isidor Pinoff, Pulvermacher und das Mitglied im Verein zum goldenen Kreuz Seltzsam.

Der erste Provinzialkongress bedeutete einen wichtigen Fortschritt in der Entwicklung der demokratischen Bewegung in Schlesien. Die einzelnen demokratischen Vereine hatten sich in der Prinzipienerklärung auf gemeinsame Zielsetzungen geeinigt; mit der Konstituierung eines Zentralausschusses war ein sicher lockeres, aber doch leitendes Zentrum für die ganze Provinz geschaffen worden. Den speziellen Bedürfnissen der proletarischen Schichten war nach energischem Einschreiten des Arbeiterflügels mit einer Grundsatzerklärung zum Verhältnis von Demokratie und sozialer Frage des Proletariats Rechnung getragen worden. Unbefriedigend blieb demgegenüber, dass sich der Kongress zu der für die Gewinnung einer demokratischen Massenbasis eher noch wichtigeren sozialen Frage der Landbevölkerung, der Abschaffung der Feudalverhältnisse, überhaupt nicht geäußert hatte. Der Kongress erkannte jedoch die Bedeutung der Machtfrage bei der angestrebten Demokratisierung der Gesellschaft. Er war sich der Verantwortung der Demokratie bei der Her-

29 Siehe Walter Schmidt: Hermann Brehmer (1826-1889). Der Weg eines achtundvierziger Radikaldemokraten zum Begründer der modernen Tuberkulosebehandlung, in: Ders. (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, Berlin 2010, S.179-221.

30 Siehe Wolfgang Eccarius: Johann Georg Rosenhain. Mathematiker und Demokrat, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Bd. 2, Berlin 1987, S.305-326.

stellung neuer, demokratischer Machtverhältnisse und der Notwendigkeit bewusst, die Verwaltungen von reaktionären Elementen zu säubern und mit zuverlässigen Anhängern der Demokratie zu besetzen. Die Vereine sollten sich darum „vorläufig genaue Kenntnis von den Zuständen und der Zusammensetzung der Administrativ-Behörden verschaffen, damit bei der bevorstehenden Reorganisation der Verwaltung die geeigneten Schritte zur Entfernung missliebiger und zur Anstellung tüchtiger Männer getan werden können".[31]

Die demokratische Bewegung wächst in die Breite

Der zweite Kongress der schlesischen Demokraten zu Beginn der zweiten Oktoberdekade 1848 fiel bereits in eine Zeit, in der sich die Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution zuspitzten und ein Entscheidungskampf unübersehbar heranreifte. Im Sommer und Frühherbst war die Demokratie in Schlesien stärker geworden, hatte in breiten, zumeist unteren Schichten in der Stadt und auf dem Lande zunehmend Anhang gefunden und Massen politisiert. Zugleich aber hatte auch die Konterrevolution ihre Position ausgebaut und damit begonnen, die demokratischen Errungenschaften des März einzuschränken und die Rückeroberung der Allmacht von Krone und Adel vorzubereiten.
Nach dem ersten Provinzialkongress hatte eine neue Welle von Vereinsgründungen eingesetzt, die bis in den Winter andauerte. Die Zahl der demokratischen Vereine in der Provinz verdoppelte sich.[32] Vereine entstanden in: Alt-Heinrichau (Kreis Münsterberg), Altwasser (Kreis Waldenburg), Kreisstadt Bolkenhain, Kreisstadt Bunzlau, Canth (Kreis Neumarkt), Dyhernfurth (Kreis Wohlau), Eisersdorf (Grafschaft Glatz), Esdorf (Kreis Militsch), Festenberg (Kreis Groß-Wartenberg), Freiburg (Kreis Schweidnitz), Kreisstadt Freistadt, Friedland (Kreis Waldenburg),

31 Der Demokrat, Nr. 3, S.32; NRhZ, 1.8.1848, Beilage, S.1.
32 Die folgenden Angaben stützen sich auf die „Allgemeine Oder-Zeitung", Exemplare der „Breslauer" wie der „Schlesischen Zeitung" und des Schweidnitzer „Freischütz", der die durch namentlich angegebene Deputierte vertretenen demokratischen Vereine auf dem zweiten Demokratenkongress in Berlin nennt. Ferner wurde herangezogen: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA Rep. 77 Tit. 662, Nr. 1 Bd. 1: Vereine Generalia, Bl. 52-77; Rep. 77 Tit. 1080, Nr. 1 Bd. 1: Die politischen und Volks-Vereine im Breslauischen Regierungsbezirk, Bl. 1-8: Bericht vom 16. Dezember 1848; Rep.77 Tit. 1082, Nr. 1 Bd. 1: Die politischen und Volksvereine im Regierungsbezirk Oppeln (Bericht vom 6. November 1848). Siehe auch: Helmut Bleiber: Für die demokratische Lösung der Agrarfrage – Bauernbewegungen in der Revolution 1848/49 in der Grafschaft Glatz, in Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, 1. Halbbd., S.281-302.

Friedeberg (Kreis Löwenberg), Kreisstadt Glatz, Kreisstadt Gleiwitz, Kreisstadt Goldberg, Kreisstadt Guhrau, Hagenau (Kreis Trebnitz), Haynau (Kreis Goldberg), Kreisstadt Jauer, Kreisstadt Kosel, Kreisstadt Landeshut, Marklissa (Kreis Lauban), Mittelwalde (Grafschaft Glatz), Muskau (Kreis Rothenburg), Kreisstadt Neurode (Grafschaft Glatz), Kreisstadt Oberglogau, Ober-Steine (Kreis Glatz), Kreisstadt Ohlau, Parchwitz (Kreis Liegnitz), Patschkau (Kreis Neiße), Kreisstadt Rosenberg, Kreisstadt Sagan, Schmiedeberg (Kreis Hirschberg), Kreisstadt Strehlen, Wüstegiersdorf (Kreis Waldenburg). Bemerkenswert ist vor allem, dass zu den 22 Kreisstädten, in denen bereits im ersten Gründungsanlauf bis Mitte Juli demokratische Organisationen entstanden waren, nun etwa 20 Kreisstädte hinzutraten, sodass in mehr als 40 von etwa 60, also in zwei Dritteln der schlesischen Kreisstädte mehr oder weniger stabile organisatorische Stützpunkte der Demokratie bestanden. Gegenüber den rund 30 Vereinen zur Zeit des ersten Provinzialkongresses wurden bis zum zweiten Kongress 65 Vereine gezählt.

Zugleich hatten Vereinsleben und politische Aktivität der Demokraten einen Aufschwung erlebt. Auf breiter Front hatten sie in vielen Städten, insbesondere in Schweidnitz, Liegnitz, Löwenberg und Neustadt/Oberschlesien intensive Landagitation betrieben, auf den Dörfern demokratische Filialvereine gegründet, die Demokratie gleichsam von der Stadt aufs Land hinausgetragen. Diese Entwicklung gewann eine neue Qualität, als führende Köpfe der schlesischen Demokratie, namentlich von Schweidnitz und Liegnitz aus im August und September darangingen, als eine selbstständige politische Organisationsform des schlesischen Landvolks Rustikalvereine in den Dörfern und Kreisen aus der Taufe zu heben, die fortan ein der Demokratie und den speziellen Interessen der Bauern verpflichtetes Eigenleben führten.[33]

Die demokratischen Vereine waren zusammen mit den Rustikalvereinen im Herbst 1848 zu einem von den Herrschenden gefürchteten politischen Machtfaktor in Schlesien geworden. Ihr Einfluss überragte den der Konstitutionellen Organisationen, und von direkt reaktionären Vereinigungen war noch nicht die Rede. Diese formierten sich erst nach dem konterrevolutionären Staatsstreich in Preußen seit November. Die Feststellung des schlesischen Delegierten Hoyoll im Bericht auf dem zweiten, dem Berliner Demokratenkongress von Ende Oktober 1848 war keineswegs

33 Dazu siehe Bleiber, Rustikalverein, in Bleiber/Schmidt, Schlesien 1848, 1. Halbbd., S.271-280.

übertrieben: „Die Demokratie sei gegenwärtig durchaus vorherrschend in Schlesien."[34] Sie wird von einer Analyse der Breslauer Regierung von Mitte Dezember bestätigt, wonach es ersichtlich sei, „dass die demokratische Partei zur Zeit noch weit ausgedehntere Verzweigungen hat wie die konstitutionell-monarchischen". Gegenüber der „Wirksamkeit der demokratischen Vereine" sei die „Wirksamkeit der konstitutionell-monarchischen noch zu schwach [...], um dem Treiben der demokratischen Vereine die Spitze zu bieten".[35]

In der Septemberkrise, die von gleichzeitigen Konflikten zwischen demokratischen Kräften und provozierender Reaktion in Berlin und Frankfurt geprägt war, wie in den darauf folgenden Auseinandersetzungen mit den Attacken der Konterrevolution waren die schlesischen Demokraten auf dem Platze. Die schlesische Demokratie bewies erstmals, dass sie provinzweit politische Kampagnen (gleichzeitige politische Volksversammlungen an vielen Orten, Misstrauensvota gegen antidemokratische Abgeordnete, Forderungen nach Neuwahlen) durchzuführen in der Lage und fähig war. Ihr Ton gegen das preußische liberale Ministerium und die Krone wurde schärfer. Unverkennbar setzte zugleich ein Linkstrend ein, der von Differenzierungen im demokratischen Lager begleitet war. Während im DHV die radikaleren Elemente dominant wurden, formierte sich Anfang September neu ein Deutscher Volksverein aus gemäßigt linken Kräften des Demokratischen-Konstitutionellen Klubs und des Vaterlandsvereins, denen sich aus dem DHV ausgetretene gemäßigte Demokraten anschlossen.

Im Mittelpunkt der politischen Tätigkeit der schlesischen Demokraten standen die verfassunggebenden Parlamente in Frankfurt und Berlin, die sie durch Druck von unten zu entschieden demokratischen Entscheidungen zu drängen suchten. Dabei scheute der Zentralausschuss in seinen Erklärungen auch nicht davor zurück, von den Abgeordneten zu verlangen, das Berliner Parlament gemäß den Erfahrungen der Großen Französischen Revolution zu einem Konvent mit direkt machtausübenden Funktionen zu entwickeln. Sollte die preußische Regierung ihrer Pflicht nicht nachkommen, dann müsste „die Nat.[ional]-Versammlung andernfalls das Ministerium auflösen, sich für permanent [d. h. unauflösbar] erklären und einen Verwaltungsausschuss *selbst ernennen* [...], damit endlich der hinterlistige Widerstand gegen die vom Volk verlangten Verbesserun-

34 Freischütz, 9.11.1848, S.214.
35 GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 1080, Nr. 1, Bl. 7.

gen aufhöre".[36] Gegenüber spontaner oder organisierter revolutionärer Gewalt der Massen zur Sicherung und Vertiefung demokratischer Errungenschaften verhielt sich die Mehrheit der Demokraten jedoch distanziert. Das zeigte sich im Herbst, als die Forderungen der Bauern nach entschädigungsloser Abschaffung der Feudallasten immer lauter wurden und vereinzelt wieder Bauernaufstände ausbrachen. Man hielt solche Aktionen sogar für kontraproduktiv, lehnte sie im Grunde ab und hielt sich dagegen strikt an die parlamentarischen Spielregeln.[37]

Gleichwohl spielte der Zentralausschuss der schlesischen Demokratie in diesen Monaten eine führende Rolle bei der Organisierung eines einheitlich abgestimmten Widerstands gegen konterrevolutionäre Attacken. Mittels regelmäßigen Rundschreiben, von denen bis zum zweiten Kongress etwa zehn verschickt wurden,[38] nahm er Einfluss auf die Tätigkeit der einzelnen Vereine. Er übersandte Protest- wie Zustimmungserklärungen, erläuterte das Wesen der politischen Vorgänge, hielt zur Agitation auf dem Lande an und leistete durch Redner und schriftliche Materialien Hilfestellung bei der politischen Agitation der Vereine. Vom Zentralausschuss ging Anfang Oktober satzungsgemäß auch die Einladung zum zweiten demokratischen Provinzialkongress aus.[39]

---

36 Rundschreiben des demokratischen Zentralausschusses Nr. 7, vom 14.9.1848, in: GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 1079, Nr. 2, Bl. 12. Hervorhebung im Original.

37 Siehe Rundschreiben des demokratischen Zentralausschusses Nr. 9, vom 6.10.1848, in: ebenda, Bl.14: Es sei „Aufgabe der Demokratie, vor allem das Volk über sein wahres Interesse aufzuklären, um es gerade dadurch vor überspannten und unmöglich zu erfüllenden Hoffnungen und Forderungen zu bewahren, dagegen aber die gesamte Kraft in klarer selbstbewusster Erkenntnis auf dasjenige zu konzentrieren, was vernünftig, möglich und notwendig ist, fordern wir Euch insgesamt auf, in Euren Kreisen in den Volksversammlungen, namentlich aber bei den Landleuten klar und entschieden auszusprechen: dass es allerdings eine Grenze für ihre Forderungen gebe, dass wenn auch alle Lasten feudaler Natur ohne Ausnahme unentgeltlich fallen müssen, doch wohlerworbene auf gültigen Rechtstiteln beruhende und verbriefte Privatrechte nie und nimmer anders gelöst werden können, als durch freie Einwilligung beider Kontrahenten, des Berechtigten sowohl wie des Verpflichteten, oder im Wege der richterlichen Entscheidung. Es ist namentlich hervorzuheben, wie das Volk seiner guten Sache selbst schade und seinen Gegnern dadurch die gefährlichsten Waffen in die Hände gebe, wenn es unmäßige und unbegründete Forderungen stelle. Ebenso ist darauf hinzuweisen, wie Exzesse und eigenmächtige Selbsthilfe die gerechte und gute Sache gefährden. – Gegenwärtig sind die Nat.Vers. zu Berlin und Frankfurt einzig und allein zur Entscheidung über die Forderungen des Volkes berufen und befugt." Hervorhebungen im Original.

38 Erhalten haben sich leider nur drei: vom 14. September sowie 6. und 14. Oktober 1848.

39 Siehe Rundschreiben, 6.10.1848, in: ebenda, Bl. 14v.

Der zweite demokratische Provinzialkongress (21.-23. Oktober 1848)

Der zweite Provinzialkongress der schlesischen Demokraten begann, wie vorgesehen, am 21. Oktober 1848, einem Sonnabend, mit einer nachmittäglichen Vorversammlung und dauerte bis zum Abend des 23. Oktober.[40] Eingetroffen waren 93 Delegierte aus 55 Vereinen, davon allein von sieben Breslauer Demokratenorganisationen. Eine Auflistung der vertretenen Vereine wie der Deputierten – wie beim ersten Kongress – bieten die überlieferten Zeitungsberichte nicht. Zum Kongresspräsidenten wurde wiederum Sigismund Asch gewählt. Die Vorversammlung klärte vor allem den Abstimmungsmodus. Da nicht wenige Delegierte mehrere Vereine aus der Provinz vertraten und wahrscheinlich auch einzelne Vereine zumal aus Breslau mehrere Abgeordnete entsandt hatten, wurde beschlossen, dass in allen wichtigen Fragen jeder Verein nur eine Stimme hat, während in formalen Dingen die Abstimmung nach der Kopfzahl erfolgen durfte. Außerdem verabschiedete man die Geschäftsordnung, wählte das Tagungsbüro und die Kassenrevisionskommission. Unbedingte Öffentlichkeit war nicht erwünscht. Zutritt hatten nur Mitglieder von demokratischen Vereinen sowie Presseberichterstatter; ausgenommen davon war allerdings die konservative „Schlesische Zeitung“, mit der der Zentralausschuss schon seit Längerem im Clinch lag.

Die eigentliche Sitzung wurde am 22. Oktober mit dem Bericht des Zentralausschusses über seine Tätigkeit seit dem ersten Kongress eröffnet. Er wurde möglicherweise von Hoyoll vorgetragen, der eine Woche später auch auf dem Berliner Kongress darüber sprach. Die Propaganda des Ausschusses habe beträchtliche Erfolge gezeitigt. Inzwischen existierten in Schlesien 65 demokratische Provinzialvereine, die sich dem Breslauer DHV angeschlossen hätten; zehn weitere Vereine, die mit Breslau in Kontakt stünden, lägen außerhalb der Provinz. Der Ausschuss habe enge Verbindung zu den Rustikalvereinen aufgenommen und übe einen bedeutenden Einfluss auf sie aus. Überdies habe der Ausschuss vom Oberpräsidenten die Genehmigung zu einer Hauskollekte „für die armen Weber“ erlangt.

Im Anschluss debattierte und beschloss der Kongress einen Entwurf zur besseren Organisation der Partei. Die Provinz sollte in mehrere Bezirke

40 Das Folgende stützt sich auf drei Berichte: Congreß der demokratischen Vereine Schlesiens, in: AOZ, 24.10.1848, 2. Beilage; Der demokratische Provinzialkongreß (Sitzung von Montag, den 23.), in: BZ, 24.10.1848, S.1655; Zweiter Kongreß der Demokraten Schlesiens, gehalten zu Breslau am 22. und 23. Oktober, in: Schles. Chr., Nr. 85, 27.10.1848, S.353f.

und diese in Kreise aufgeteilt werden. Wahrscheinlich stand hinter diesem Vorschlag die administrative Einteilung der Provinz in die Bezirke Breslau, Liegnitz und Oppeln. Die von den Vereinen gewählten Bezirksvorsteher waren als Bindeglied zwischen dem Ausschuss und den Vereinen vor Ort gedacht. Zugleich beschloss man strengere Finanzierungsregeln. Jeder Verein sollte pro Mitglied monatlich zwei Pfennige an die Provinzialkasse abliefern und Nichtleistung dieses Beitrags zum Ausscheiden aus dem Verband führen. Genehmigt wurde dem Ausschuss schließlich die Anstellung eines Sekretärs mit Gehalt.

Drei Stunden nahm eine Diskussion um eine Adresse ans Wiener Volk und an die Berliner Versammlung zu den revolutionären Ereignissen in Wien in Anspruch, über deren Inhalt die Quellen leider nichts aussagen. Die Debatte, in der der Antrag vieler Delegierter auf einen bewaffneten Zuzug nach Wien verworfen wurde,[41] endete damit, dass sich der Kongress nur an die preußische Konstituante wandte. Die Adresse versicherte dem Kampf der Wiener die lebhafteste Sympathie der deutschen Nation, weil er dem Prinzip der gesetzlichen Freiheit gelte und sich gegen die Reaktion wie das „germanenfeindliche Slawentum" richte. Das Berliner Parlament sollte beschließen, dass eine befürchtete preußische Intervention gegen das revolutionäre Wien unbedingt verhindert wird. Es sei notwendig, die Interessen der deutschen Stämme gegen die Herrschaftsgelüste der Slawen und die Freiheit der deutschen Bevölkerung Österreichs gegen die gewaltsam auftretende Reaktion zu wahren.

Die Adresse reflektierte zwar zutreffend die Rolle, die südslawische Truppenteile der reaktionären habsburgischen Armee bei der Bekämpfung der Wiener Revolution und auch die austroslawischen Bestrebungen der Tschechen spielten, überhöhte dies aber zu einem allgemeinen slawischen Herrschaftsanspruch gegenüber den Deutschen in Österreich und ließ auf diese Weise den eigentlichen Hauptfeind, die Habsburger Reaktion, gleichsam ins zweite Glied treten. Dieses Konzept entsprach den Ergebnissen der Slawendiskussion unter den Breslauer Demokraten von Juni 1848, in der die Anerkennung des Rechts slawischer Volker auf nationale Selbstbestimmung nicht durchgesetzt werden konnte.[42] Auch jetzt blieb dieser wesentliche Aspekt – gegenüber dem tatsächlichen Missbrauch nationaler Interessen der Südslawen und Tschechen durch die deutsch-österreichische Reaktion – eskamotiert. Es bestätigte sich der

41 Siehe Schles. Chron., 25.10.1848, S.353.

42 Siehe dazu AOZ, 28. und 29.6. sowie 5.7.1848; BZ, 28. und 30.6. sowie 4.7.1848.

Eindruck, dass auch die schlesische Demokratie Schwierigkeiten hatte, die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen der von den Deutschen unterdrückten slawischen Völker zu respektieren und zu unterstützen. Die Adresse nahm zwar zur Kenntnis, dass „bewaffnete Freischarenzüge" nach Wien im Gespräch seien, doch unterstützte der Kongress derartige Aktionen mitnichten, sondern beschränkte sich auf eine Adresse ans Berliner Parlament, die von allen Vereinen unterzeichnet werden sollte. Darüber hinaus sollte lediglich „das Volk über das Verhältnis Wiens zu Deutschland" aufgeklärt werden, damit ihm die Notwendigkeit materieller Hilfe für die Wiener einleuchte, „wenn der rechte Zeitpunkt gekommen sein werde".

Am letzten Kongresstag kamen – wie schon auf dem ersten Kongress – zunächst politische Grundsatzfragen zur Erörterung. Dr. Eger aus Haynau plädierte für die Erarbeitung eines Katechismus über das Wesen der Demokratie, was auch ohne Debatte beschlossen und wofür der Ausschuss verantwortlich gemacht wurde. Debattiert wurde danach hingegen – wie schon auf dem ersten Kongress, aber wesentlich ruhiger und nahezu konfliktlos – über die sogenannte Lösung der sozialen Frage. Von den Beschlüssen des ersten Kongresses zu dieser Frage war im Grunde alles unerledigt geblieben. Weder war in den Vereinen darüber debattiert worden, noch waren entsprechende Berichte an die Zentrale abgegangen, schon gar nicht hatte der angestrebte Kongress zur sozialen Frage stattgefunden.[43] Man stand immer noch am Punkt Null. Darum wurde von Eger nochmals eine Denkschrift gefordert. Zalecki (wahrscheinlich Breslau) wollte gleichsam als Sofortmaßnahme das preußische Parlament veranlassen, für die arbeitende Klasse einen totalen Steuererlass zu beschließen.

Das Interesse an einer wirklichen Klärung war ebenso gering wie drei Monate zuvor. Eine gewisse Aversion gegen eine Beschäftigung mit der Problematik war nicht zu übersehen. Erneut wurde das Argument ins Feld geführt, dass einer Lösung der sozialen Frage die Eroberung einer demokratischen Republik vorangehen müsste. Solange die Souveränität des Volkes noch nicht durchgesetzt sei, hielt man die Behandlung der sozialen Frage generell für unzeitgemäß, wie es in einem Artikel von Ende Oktober hieß.[44] Die Diskussion mündete – wie auf dem ersten Kongress – in einen Beschluss, dass die Diskussionsergebnisse in den Verei-

43 Siehe dazu den „Bericht eines demokratischen Vereins über die soziale Frage", in: Breslauer Kreis-Bote, Nr. 18, 30.10.1848, S.2.

44 Siehe ebenda.

nen von einer Kommission in einer Denkschrift zur sozialen Frage zusammengefasst werden sollten. Schließlich blieb der Kongress dabei, den Vereinen nicht vorzuschreiben, welche Zeitungen von ihnen gehalten werden. Doch erklärte er, dass die „Allgemeine Oder-Zeitung“ und der am 1. September neu gegründete „Breslauer Kreis-Bote“[45] als Organe des Ausschusses zu betrachten seien.

Eine unverhältnismäßig lange und lebhafte Diskussion löste der gerade bekannt gewordene Regierungserlass aus, wonach alle politischen Vereine über ihre Mitgliederzahl und ihre politischen Ziele wie Tätigkeiten Berichte einreichen sollten. Während einige Delegierte wie Friedmann und Honigmann aus Breslau der Regierung das Recht zuerkannten, sich darüber informieren zu lassen, erblickten andere wie Rühl und Friedensburg aus Breslau darin deutliche Anzeichen erneuter polizeilicher Bevormundung und lehnten die Beantwortung rundweg ab. Hoyoll meinte hingegen, dass solche Angaben der Regierung vielleicht klar machen könnten, wie weit demokratische Gesinnung schon im Volke verbreitet sei. Beschlossen wurde schließlich ein Antrag Breinersdorfs, der Regierung keine Angaben über die politischen Ziele und die Tätigkeit der Vereine zu machen, ihr jedoch die Mitgliederzahl nicht vorzuenthalten. Dies geschah mit der hintergründigen Erklärung, man erblicke in der Regierungsmaßnahme nur den Wunsch, den Volkswillen kennenzulernen.

Den politischen Höhepunkt brachte am letzten Tag ein dringlicher Antrag, den Delegierte aus der Provinz einbrachten, „deren entschiedene Haltung während der Dauer des Kongresses hervorgetreten war“.[46] Es sei erstens unbedingt zu klären, wie sich die Breslauer Demokraten verhalten würden, wenn in Teilen der Provinz infolge von Gewaltmaßregeln der Reaktion oder durch materielle Not einzelne Aufstände ausbrechen würden; ob auf ihre Sympathie und Unterstützung zu rechnen wäre. Und man müsse sich zweitens auch darüber verständigen, ob und wie solchen Ereignissen „durch Maßnahmen der Breslauer demokratischen Vereine vorgebeugt werden könne, oder soll“.[47] Das Thema wurde nicht zufällig

45 Breslauer Kreis-Bote. Vertreter der Demokratie in Schlesien. Redaktion und Verlag R. Glatz, ab Nr. 10 vom 2.10.1848 Redaktion: Dr. Asch, Druck Eduard Klein. Das Blatt erschien zweimal in der Woche.

46 Schles. Chr., 27.10.1848, S.354.

47 BZ, 24.10.1848, S.2655.: Außerdem hieß es: „1) Es ist für die Provinzialvereine unbedingt nötig zu wissen, wie sich Breslau in der Gesamtheit seiner demokratischen Vereine in dem Falle verhalten wird, wenn irgendein Landesteil der Provinz in den Zustand einer gewaltsamen Erhebung durch Maßnahmen der Regierung gedrängt werden sollte, und ob eine solche unvorhergesehene Katastrophe auf die Sympathie der Breslauer Demokratie

in „geheimer Sitzung“, unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert; und es war eine lebhafte, leidenschaftliche und heftige, vor allem sehr kontroverse Debatte. Die Zeitungsberichte darüber enthielten sich – vor allem wohl im Interesse der Sicherheit der Antragsteller und der den Antrag befürwortenden Redner – jeglicher Namensangaben. Deren Argumente sind daher nicht überliefert. Die Breslauer Deputierten jedoch wiesen diesen Antrag vehement und einstimmig als provozierend zurück.

Insbesondere der Kongresspräsident Sigismund Asch, der als einziger namentlich genannt ist, hielt in einer längeren Rede dagegen.[48] Es müsse Aufgabe der demokratischen Partei sein, das Volk darüber aufzuklären, dass „die Revolution auf dem geistigen Wege die wahre und einzige sei, die permanent sein müsse, dass die Revolution mit Waffengewalt zwar das einzige, aber immer das letzte nur der Gewalt entgegen zu stellende Mittel sei“. Nur eine von allen Schichten des Volkes getragene Revolution könnte zur Freiheit führen. Ein rein auf materielle Verhältnisse gestützter Aufstand würde niemals zu einem guten Resultat führen. Allerdings: „Wo man dagegen gewaltsam gegen die Rechte des Volkes einschreiten wolle, da hätte Breslau seine Stellung schon früher bewahrt und würde sie zu bewahren bestrebt sein.“ Gewaltsame Revolution wurde von der Mehrheit der schlesischen Demokraten nur als letztes Mittel im Kampf gegen die Reaktion in Erwägung gezogen, wenn den Rechten des Volkes die Gefahr drohte, wieder vernichtet zu werden. Aber auch dann wurde eine Erhebung des Volkes als gefährlich für die Freiheit eingestuft. Sozial motivierte Erhebungen wurden abgelehnt. Ganz in diesem Sinne war die abschließende Rede Königs aus Breslau auf dem nun wieder der Öffentlichkeit zugänglichen Kongress, „in welcher die Revolution als das letzte und gefährlichste Mittel zur Aufrechterhaltung der Freiheit bezeichnet wurde“.[49]

Die Provinzialen hatten – zumindest gegen den zuletzt geäußerten Standpunkt Aschs – nichts einzuwenden und zogen ihren Antrag am Ende zurück. Doch war in dieser Auseinandersetzung deutlich zutage getreten, dass im Verhältnis von hauptstädtischer und provinzialer Demokratie

---

rechnen dürfe. – 2) Es werde eine klare Auseinandersetzung darüber gefordert, ob einem solchen oben angedeuteten Ereignis durch Maßnahmen der Breslauer demokratischen Vereine entschieden vorgebeugt werden könne, oder soll?“ In der Schles. Chr., 27.10.1848, S.354 lautete der Inhalt des Antrags: „ob und unter welchen Umständen eine Revolution berechtigt sei, und ob in eintretenden Fällen die Breslauer Demokratie einer Erhebung der Provinz ihre Zustimmung geben oder versagen würde.“

48 Siehe AOZ, 24.10.1848, 2. Beilage, S.2.

49 Schles. Chr., 27.10.1848, S.354.

Vertrauensprobleme existierten, die sich wohl nicht nur aus der genaueren Kenntnis der Provinzvereine über die angespannte Lage auf dem Lande ergaben. Den Vertretern aus den Provinzstädten hatte die Debatte die gemäßigte, revolutionsabstinente Haltung der Mehrheit der Breslauer Demokraten klar gemacht. In den Vereinen aus der Provinz war jene Fraktion stärker und auch klarsichtiger geworden, die sich auf dem ersten Kongress für die Republik als Ziel der Demokratie engagiert hatte. Es ist anzunehmen, dass vor allem die Delegierten aus Liegnitz und Schweidnitz, die den Rustikalverein wesentlich aus der Taufe gehoben hatten und die Stimmung auf den Dörfern bestens kannten, auf Klarstellung drangen.

Der dringliche Antrag ließ erkennen, dass sich inzwischen vor allem in den Provinzvereinen eine revolutionär-demokratisch gestimmte Gruppierung formierte, die angesichts der wachsenden Unzufriedenheit in der Landbevölkerung lokale Aufstände nicht mehr ausschloss und demokratische Gegengewalt sowohl gegen die auftrumpfende Konterrevolution als auch zur Durchsetzung sozialer Forderungen für legitim hielt. Diesen Delegierten war natürlich klar, dass der Erfolg revolutionärer Gegengewalt in der Provinz wesentlich davon abhing, ob die starke hauptstädtische Demokratie sich auf die Seite von Aufständischen schlug. Die Antwort der Breslauer war indes so ausweichend, dass von dieser Seite eine nachhaltige Unterstützung kaum zu erwarten war. Schließlich offenbarte die Debatte um den Platz von revolutionärer Gewalt im Ringen um konsequente Demokratie die innere Differenzierung, ja sich abzeichnende Spaltung der demokratischen Partei.

Der Kongress wählte schon am ersten Tag den neuen Zentralausschuss. Mit Asch, Brehmer, Breinersdorf, Dellbrück, Engelmann, Held und Hoyoll gehörten ihm Mitglieder der alten Leitungszentrale an. Neu hinzu kam *Ludwig Schlinke*, der Vorsitzende der Rustikalvereine, was die enge Zusammenarbeit von demokratischen und Rustikalvereinen manifestierte. Der Bauerngutsbesitzer und preußische Landwehrleutnant war seit Frühjahr 1848 Vorsitzender des demokratischen Landwehrvereins gewesen; wegen „versuchten Aufruhrs“ in der Novemberkrise verfolgt, flüchtete er, nahm 1849 als Offizier an den Reichsverfassungskämpfen teil und floh danach in die Schweiz. Neues Mitglied des Zentralausschusses wurde ferner Dr. *Friedensburg* als Vertreter des Breslauer politischen Vereins, während Rühl, Rosenhain, Stahlschmidt und Vogtherr aus dem Gremium ausschieden.

Der zweite Provinzialkongress der schlesischen Demokraten bemühte sich mit Beschlüssen über die Einrichtung von Bezirken, klaren Beitragsrichtlinien, der Anstellung eines bezahlten Sekretärs und der Erklärung von zwei Zeitungen zu Organen des Zentralausschusses um eine festere Organisation der demokratischen Partei in der Provinz. Er griff die schon auf dem ersten Kongress erörterte soziale Frage wieder auf, ohne dass Fortschritte bei der Erörterung von deren Inhalt und den Wegen zu ihrer Lösung erreicht wurden. Der erneute Aufruf an die Vereine, sich damit zu befassen, und die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung einer entsprechenden Denkschrift brachte nichts Neues in das Thema ein. Gleiches galt auch für den Beschluss, einen Katechismus über das Wesen der Demokratie zu erarbeiten. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass diese Beschlüsse in der Folgezeit umgesetzt worden wären. Sie blieben mehr oder weniger bloße Absichtserklärungen. Die Stellungnahme zur Wiener Oktoberrevolution, die sich nur an die preußische Konstituante wandte, entbehrte konkreter Hilfsangebote und unterschied sich nicht von dem, was eine Woche später der Berliner Demokratenkongress dazu zu sagen hatte. Zuviel Zeit widmete man der Haltung zu dem Regierungserlass über die Mitteilung von Interna der Vereine. Die für Schlesien zentrale Agrarfrage spielte wiederum keine Rolle; sie schien nach der Bildung der Rustikalvereine, die von den Demokraten in den Provinzvereinen von unten in Szene gesetzt worden war, gleichsam in das eigenständige demokratische Organisationsfeld ausgelagert. Allerdings praktizierte man in der Zentrale den Schulterschluss mit den Rustikalvereinen. Aufmerken ließ vor allem die Debatte um die Haltung zu revolutionärer Gewaltanwendung im Ringen um konsequente Demokratie. Sie offenbarte, wie weit sich die schlesische Demokratie inzwischen differenziert hatte. Einer Mehrheit gemäßigter Demokraten stand eine wachsende Fraktion revolutionärer Demokraten gegenüber, ohne dass jedoch die Einheit des demokratischen Lagers aufgesprengt wurde.

*

Weitere Kongresse der schlesischen Demokraten fanden nicht statt. Der neu gewählte Zentralausschuss trat im Verlauf der Auseinandersetzungen um das Schicksal der preußischen verfassunggebenden Versammlung im November 1848 nicht hervor, arbeitete aber zumindest bis zum Jahresende 1848 noch. Doch erfolgte keine Einladung zu einem dritten Kongress mehr. Die wichtigste Stellungnahme des Zentralausschusses war am 8. Dezember eine Analyse der Niederlage der Demokraten in den Kämpfen um die Rettung der preußischen verfassunggebenden Versammlung, die ihren Höhepunkt im Beschluss des Parlaments zur Steuerverweige-

rung vom 15. November 1848 erreicht hatte.[50] Eine Umsetzung dieses Beschlusses gelang jedoch nicht. Nur vereinzelt fanden sich die Magistrate von schlesischen Städten zu entsprechenden Aufrufen und Maßnahmen bereit. Zumeist unbekannte Episoden blieben die Versuche revolutionärer schlesischer Demokraten, Mitte November vom Lande – von Freiburg, der Gebirgsgegend bzw. von Bernstadt – aus einen Aufstand gegen die Unterdrückungsorgie der Konterrevolution oder zumindest Zuzüge nach Breslau zu organisieren.[51] Sie scheiterten vor allem daran, dass sich die schlesische Hauptstadt – anders als etwa Erfurt und einige Zentren in der Provinz Sachsen – im November ruhig verhielt.

Der Zentralausschuss anerkannte in seiner Erklärung rückhaltlos, dass die Reaktion mit der Verkündung der oktroyierten Verfassung am 5. Dezember 1848 einen Sieg über die Demokratie errungen habe. Das Volk habe auf den Rechtsbruch der Krone nicht mit einer Revolution geantwortet. Diese sei unter den herrschenden Umständen auch deshalb unmöglich gewesen, weil „das eigentliche Rechtsbewusstsein des Volkes noch nicht durchgebildet ist", um einem Rechtsbruch erfolgreich zu widerstehen. Auch habe die Reaktion mit der oktroyierten Verfassungsurkunde eine Mehrheit für sich gewonnen und „uns die Möglichkeit eines Widerstandes durch die Konzessionen, welche sie den demokratischen Elementen im Volk machen, recht eigentlich aus den Händen gewunden".[52] Schuld am Misserfolg waren danach die politisch unreifen Massen, die noch unter liberalem Einfluss standen und sogar der geschickten konservativen Politik erlegen waren. Deshalb, so wurde geschlussfolgert, müsse man sich nun auf die Wahlen zur Zweiten Kammer konzentrieren und mittels der Presse in der Wahlagitation Einfluss auf die demokratische Willensbildung des Volkes nehmen. Von eigenen Versäumnissen oder Versagen in der Novemberkrise war nicht die Rede. Der Verzicht auf die Organisierung von revolutionärer Gegengewalt wurde nicht thematisiert.

In die Wahlvorbereitungen für die preußischen Kammerwahlen Ende Januar und Anfang Februar 1849 schaltete sich der demokratische Pro-

50 Siehe Erklärung des Zentralausschusses der schlesischen Demokraten vom 8.12.1848, in: SZ, 9.12.1848, S.3403.

51 Hierzu siehe den Aufruf Peterys „An die Männer des schlesischen Gebirges" und die wenigen Berichte über einen Freischarenzug nach Freiburg in: Breslauer Kreisbote. 13.11.1848, S.3; SZ, 25. und 26.11.1848, S.3104f., 3119 sowie Julius Peter-Petery: Robert Schlehan. Sein Leben und Wirken, Breslau 1862. Zu Bernstadt GStA PK, I. HA Rep. 77 Tit. 507, Nr. 1 Bd. 1: Tagesrapport des Oberpräsidenten vom 1.12.1848; Neue-Oder-Zeitung (Morgenausgabe), 15. und 16.2.1850: Der Bernstädter Prozess.

52 Erklärung des Zentralausschusses, 8.12.1848.

vinzialausschuss für Schlesien, wie er sich auch nannte, schon mit seinem Rundschreiben vom 8. Dezember 1848 direkt ein. Er gab den Vereinen in der Provinz Hinweise, wie sie sich in der Wahlagitation sowie bei der Gewinnung von Demokraten als Abgeordnetenkandidaten verhalten sollten, und veröffentlichte dann einen eigenen Aufruf an die Urwähler.[53] Mit Sicherheit war der Provinzialausschuss auch beteiligt an der im Rundschreiben angekündigten Bildung des Komitees für volkstümliche Wahlen in der Provinz Schlesien, dem mit Asch, Breinersdorf, Engelmann und Hoyoll immerhin fast die Hälfte des Ausschusses angehörte.[54] Das Komitee gab Anfang Januar 1849 einen „Aufruf an sämtliche Urwähler Schlesiens" und ein Pamphlet „An die Wähler auf dem Lande" heraus.[55] Offenbar nahm der Ausschuss Mitte Februar auch noch eine Analyse und Einschätzung der Kammerwahlen vor, denn im Bericht über die Sitzung des DHV vom 13. Februar heißt es, dass ein „Schreiben des demokratischen Provinzialausschusses" vorgetragen wurde, also eins der bekannten Rundschreiben. Leider ist es nicht erhalten geblieben.[56]

Ob der Zentralausschuss später noch mit Manifestationen hervortrat, was nicht auszuschließen ist, muss offenbleiben. In den politischen Kämpfen im Frühjahr 1849 tauchte er – in den bisherigen Quellen zumindest – nicht mehr als aktive Institution aller schlesischen Demokraten auf. Der Ausschuss stellte wahrscheinlich unmittelbar nach den Kammerwahlen im Februar oder März 1849 seine Tätigkeit ein. Eine offizielle Auflösung ist in den Zeitungen nicht mitgeteilt worden, sie war bisher zumindest nicht ausfindig zu machen. Offenbar löste er sich mehr oder weniger klammheimlich auf, zerbrochen an den inneren Widersprüchen zwischen der „blauen" und der „roten" Fraktion. Darauf weist eindeutig ein Toast auf dem Stiftungsfest des Breslauer Demokratischen Hauptvereines vom 2. April 1849 hin, der ein „Wiederaufleben des Provinzialausschusses" wünscht.[57] Das Ende der Wirksamkeit einer zentralen Leitung der schlesischen Demokratie mag verschiedene Gründe gehabt haben.

---

53 Siehe SZ, 4.1.1849, S.25: Wahlaufruf „Mitbürger", unterzeichnet: Der demokratische Provinzialausschuss für Schlesien: W. Friedensburg, F. A. Held, Brehmer, Dr. Asch, Delbrück, Dr. Rosenhain.

54 GStA PK, I. HA Rep. 77, Tit. 507, Nr. 2 Bd. 5, Bl. 40.

55 Siehe AOZ, 14. und 16.1.1849.

56 Siehe AOZ, 14.2.1849. Es ist allerdings auch nicht auszuschließen, dass darin die Auflösung des Ausschusses mitgeteilt wurde.

57 Neue Oder-Zeitung, 4.4.1849, Beilage S.1: Stiftungsfest des demokratischen Vereins: „Während [...] *Linderer* die demokratisch-soziale Republik hochleben ließ, erntete jedoch *von Menshausen* aus Freiburg durch seinen Toast auf die Vereinigung der demokratischen Partei Schlesiens und auf das wünschenwerte Wiederaufleben des Provinzial-Ausschusses

Erstens. Trotz aller Differenzen hatten Radikale und Gemäßigte während der Wahlkampagne zunächst noch recht geschlossen zusammengearbeitet. Die Demokraten errangen in Schlesien auch beachtliche Wahlsiege, blieben im Ganzen gesehen aber in der Defensive. Nach den Wahlen sahen die gegensätzlichen Gruppierungen wohl keine Basis mehr für ein weiteres Überdecken der tiefen Differenzen. Zumal jetzt, gerade in den Verhandlungen der preußischen zweiten Kammer, die engen Grenzen des Parlamentarismus, auf den der Zentralausschuss fixiert war, deutlicher als zuvor zutage traten.
Zweitens. Die verschiedenen lokalen Demokratenvereine hatten zudem inzwischen politische Erfahrungen gesammelt und gewannen so größere Selbstständigkeit.
Drittens und vor allem trat mit der Radikalisierung von Teilen der demokratischen Bewegung und der Hinwendung der entschiedenen Demokraten zur sozialen Demokratie, durch die Aufspaltung in rein politisch orientierte sogenannte „blaue" Demokraten einerseits und sozial motivierte, eine soziale Republik anstrebende sogenannte „rote" Demokraten andererseits die vorherige Geschlossenheit und Einigkeit des demokratischen Lagers immer mehr in den Hintergrund.[58] In einem Bericht der liberalen „Schlesischen Zeitung" über scharfe Konflikte zwischen gemäßigten und radikalen Demokraten im Breslauer DHV hatte der Korrespondent schon Anfang November 1848 klarsichtig ausgemacht: „Unserer Überzeugung nach neigt sich die Mehrzahl der Mitglieder der sozialen Republik zu und sieht in den Blauen nur eine Kamarilla, die den Klub bisher wissentlich oder unwissentlich beherrscht hat und um jeden Preis gestürzt werden muss."[59]
Viertens. Es scheint schließlich so, als ob sich der Schwerpunkt der demokratischen Bewegung in Schlesien auch in den zentral organisierten Rustikalverein verlagerte, der die Grundinteressen des immer noch die Mehrheit der Bevölkerung ausmachenden Landvolks vertrat, aber politisch zugleich klar demokratisch orientiert war. So war die Neugründung von städtischen Demokratenvereinen im Frühjahr 1849 interessanterwei-

---

die volle Anerkennung." Siehe auch: SZ, 4.4.1849, S.970, wo es heißt: „ein Fürstensteiner, der einen Toast auf die Vereinigung der schlesischen Demokratie ausbrachte und einen Moment der Erinnerung dem (selig entschlafenenen) demokratischen Zentral-Komitee weihte."

58 Zu den Differenzierungen im demokratischen Lager, dem Vormarsch der sozialen Demokraten siehe Gürtler, Vereine in Breslau, S.111-125, und Schmidt, Hermann Brehmer, S.189-196.

59 SZ, 3.11.1848, S.2901.

se jetzt nicht selten, wie in der Grafschaft Glatz, das Werk von aktiven Rustikalvereinen. Die Rustikalvereine führten nach ihrem Gründungskongress im September 1848 zwei weitere selbstständige Provinzialkongresse im Dezember 1848 und im Januar 1849 durch, auf denen eindeutig für die Demokratie Partei genommen und die Wahl demokratischer Kandidaten empfohlen wurde. Die Rustikalvereine waren 1849 über Kreisorganisationen provinzweit durchorganisiert. Sie erwiesen sich dank der Verknüpfung sozialer Interessen einer eigentumsorientierten Bauernschaft mit politischen Forderungen demokratischer Provenienz als politisch funktionsfähig, und sie behielten bis zum Ende der Revolution auch eine zentrale Leitung für die ganze Provinz.

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Berliner Südosten nach 1945

Kurt Wernicke

In Vorbereitung auf den 20. Jahrestag ihrer Wiederkonstituierung hat die SPD-Kreisorganisation des Berliner Doppelbezirks Treptow-Köpenick einen Abriss der Geschichte dieser beiden Ostberliner Kreisorganisationen für den Zeitraum 1945 bis 1989 vorgelegt: „Die SPD in Köpenick und Treptow zwischen 1945 und 1989".[1] Es ist die erste Publikation, die sich exklusiv mit der Entwicklung von Kreisverbänden der SPD in Ostberlin unter der vom Alliierten Kontrollrat im Mai 1946 für ganz Berlin verordneten Koexistenz von SED und SPD beschäftigt.

Dass nun ein neuer Baustein zu dem Bewusstsein von einer örtlichen, in Köpenick und Treptow beheimateten Arbeiterbewegung geliefert wird, ist durchaus positiv einzuschätzen. Bei Null wird mit der neuen Veröffentlichung aber nicht angefangen: Die SED hatte mit ihrer bei den Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Geschichte der Arbeiterbewegung angesiedelten Quellensicherung und gelegentlichen Publikationen auf demselben Gebiet gearbeitet und konnte Etliches vorlegen, auf das auch heute noch in Teilen zurückgegriffen werden kann. Die 1990 geretteten Bestände befinden sich zumeist in den Heimatmuseen der Bezirke. Der lokalen SED-Geschichtsarbeit haftete allerdings ein Defizit an: Ungeachtet abweichender Quellen war die Interpretation des Erforschten auf jeden Fall (und notfalls mittels kommentierender Verrenkungen) in das vorgegebene Geschichtsbild einzupassen gewesen. Für Paradigmenwechsel, die sich durch örtliche konkrete Erscheinungen gelegentlich aufdrängen mussten, war da kein Platz.

Die jetzt vorliegende SPD-Publikation zeigt dagegen, und das wird bei ihrer Annäherung an eine Reihe von relevanten Einschätzungen deutlich, andere gravierende Lücken. Obgleich eine seit 1986 vorliegende Doku-

---

1 Die SPD in Köpenick und Treptow zwischen 1945 und 1989. Hrsg.: SPD, Kreis Treptow-Köpenick, Red. Oliver Igel, Berlin 2009, 59 S. Auf diese Publikation wird im Folgenden wiederholt Bezug genommen werden. Sie gliedert sich in folgende Abschnitte: Vorwort des Kreisvorsitzenden Dr. Klaus Ulbricht; Siegfried Heimann: Umarmt, schikaniert und verfolgt. Die SPD in Köpenick und Treptow von 1945 bis 1961 und auch noch danach; Köpenicker und Treptower Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Porträt: Hertha Engel, Katharina Uhlig, Karl Winkelmann, Günter van Deel, Eva Duda, Annemarie Jechow; Dokumente.

mentensammlung[2] nachzeichnet, dass in Köpenick der SPD-Kreisvorstand am 29. März 1946 mit 10:2 Stimmen die Durchführung einer Urabstimmung zur Fusion mit der KPD-Kreisorganisation für unnötig erklärte, wird darauf nicht eingegangen. Stattdessen wird mit dem seit Jahrzehnten eingefahrenen Erklärungsmuster der Berliner und der Bundes-SPD auf die in den Westberliner SPD-Organisationen erzielten 82 Prozent „Nein"-Stimmen zu einer *sofortigen* Vereinigung fokussiert.

Wenn die Entwicklung in der SPD-Kreisorganisation Köpenick im Verlauf des Fusionsprozesses von der (in der SPD-Geschichtsschreibung mittlerweile seit Jahrzehnten beschworenen) „Generallinie", die aus dem Gesichtswinkel des mehr oder weniger heroischen Widerstands der Fusionsgegner gezeichnet wurde, abwich, so hatte das mit örtlich wirksamen, bekannten Sozialdemokraten zu tun. Die politische Tätigkeit solcher Sozialdemokraten wie Carl Willam, Erwin Mante, Max Tolksdorf und vieler anderer bei den ersten Schritten zur Wiederingangsetzung von Verwaltung und politischem Organisationsleben war wirklich aller Ehren wert. Sie verschaffte ihnen in den Reihen der alten wie der nun neu hinzukommenden Mitglieder hohes Ansehen.

Gleich nach der totalen Niederlage Deutschlands begannen auch in Köpenick Diskussionen um die Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Das belegen die um 1960 zu Papier gebrachten Erinnerungen von Max Tolksdorf[3], zur Zeit der Niederschrift bereits Rentner, ab 1925 SPD-Verordneter in der Köpenicker Bezirksversammlung, 1930-1933 Köpenicker Stadtrat, in der Nachkriegsverwaltung 1945-1950 Bezirksrat für Gesundheits- bzw. Bildungswesen. Darin heißt es: „Am 14. Mai wurde uns vom Bezirksbürgermeister Kleine von der KPD, der die Geschäfte auf Anweisung des Kommandanten der Roten Armee übernommen hatte, die Mitarbeit angeboten. Der Gen. Tolksdorf, der Gen. Küster, der Gen. Willam und später auch der Gen. Röhl übernahmen sofort die Dezernate und sind seit dieser Zeit als Dezernenten bzw. jetzt als Bezirksstadträte in der Kommunalverwaltung tätig. Gen. Küster ist Leiter des Jugendamtes im Range eines Magistratsrates geworden, als die Zahl der

2 Siehe Die SED-Kreisorganisation Berlin-Köpenick, führende Kraft des demokratischen Neuaufbaus. Chronik T. I (1945-1949), hrsg. von der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. u. J. [Berlin 1986]. Die Quellen gehen auf das Archiv der Kommission zurück, das 1990 aber nur in Teilen im Archiv des Heimatmuseums Köpenick angelangt ist.

3 Max Tolksdorf: Rückblick auf die Ereignisse der Jahre 1945/46 zur Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, Ms., Archiv der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche (Heimatmuseum Köpenick), Sign. II Nr. 67 a.

Stadträte herabgesetzt worden ist.“ Die Tolksdorf-Erinnerungen geben auch Auskunft über frühe Diskussionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu der Frage „Wie weiter?“ Am 10. Juni 1945 fand in der Wohnung von Carl Willam auf Initiative der Kommunisten Paul Wengels und Erich Winkler ein Gespräch statt, an dem auch Carl Brandt von der SPD teilnahm. Winkler teilte mit, dass Marschall Žukov die Bildung von Parteien genehmigt habe. Winkler erwähnte, dass es das Bestreben aller im KZ gewesenen Genossen sei, eine Einheits-Arbeiterpartei zu gründen. „Der Genosse Brandt und Genosse Willam erklärten sich grundsätzlich damit einverstanden, jedoch mit der Einschränkung, dass von Köpenick allein doch keine Beschlüsse gefasst werden könnten, dass sie also einen derartigen Beschluss nur in der Zentrale befürworten könnten. Außerdem müssten beide Parteinamen, also KPD und auch SPD, verschwinden und eine andere gemeinsame Parteibezeichnung gefunden werden. Der letzte Vorschlag verschnupfte die Abgesandten der KPD etwas; sie waren der Ansicht, dass die SPD ohne weiteres in die KPD übergehen sollte. Sie machten den Vorschlag, im Zimmer des Bürgermeisters die Verhandlungen weiter zu führen. Es fand darauf eine sogenannte Nachtsitzung statt, an der sich die Gen. Tolksdorf, Willam und Brandt beteiligten. In dieser Nachtsitzung, die bis dreiviertel 12 dauerte, rückten die KPD-Genossen auch vom Vorschlage einer gemeinsamen Partei ab. Bürgermeister Kleine war der KPD-Ansicht, dass die SPD bei getrenntem Marschieren viel größere Bevölkerungsteile erfassen könnte, als sie dies bei geeinter Arbeiterpartei machen könne. Es wurde schon damals der Vorschlag gemacht, getrennt zu marschieren, vereint den Faschismus zu schlagen!“

Ähnliche Auffassungen über die Gestaltung der Zukunft und die zu lösenden Aufgaben führten angesichts der allenthalben drängenden Not zu gemeinsamen Aktivitäten an der Basis über Parteigrenzen hinweg. Hinzu kam im konkreten lokalen Umfeld die gemeinsame schmerzvolle Vergangenheit vieler Sozialdemokraten und Kommunisten, besonders die gemeinsamen leidvollen Erfahrungen und Erinnerungen im Zusammenhang mit der berüchtigten „Köpenicker Blutwoche“ im Juni 1933.

Die Kreisorganisation der SPD Köpenick wurde (wie auch die in Treptow – aber natürlich unter Berücksichtigung der zum 1. April 1938 eingetretenen, veränderten Zugehörigkeit einzelner Ortsteile) seit Juni 1945 in der vor 1933 üblichen Form aufgebaut. Im Ortsteil Köpenick gab es wieder die traditionsreichen Abteilungen 108 und 108a.[4] Auch in den

4 Nun Köpenick I und Köpenick II. Als Trennlinie galt im Wesentlichen die Spree.

anderen Ortsteilen wurden wieder Abteilungen gebildet. Am 31. Dezember 1945 zählte der Kreisverband Köpenick der SPD laut des Jahres-Geschäftsberichts seines Kreisvorstandes[5] 2.437 Mitglieder, darunter 440 Frauen (die Zahl der Frauen ist nachfolgend in Klammern gesetzt). Sie verteilten sich auf die Abteilungen Köpenick I mit 385 (65); Köpenick II mit 450 (85); Oberschöneweide mit 530 (90); Friedrichshagen mit 315 (58); Rahnsdorf mit 271 (49); Grünau mit 125 (21); Schmöckwitz mit 150 (25) und Müggelheim mit 211 (47) eingetragenen Mitgliedern.

Über die internen Debatten im Ortsverein zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, zum Beginn des ersten Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses sowie über die sozialpolitische Arbeit von SPD-Mitgliedern in diversen Ortsausschüssen zur Linderung der Not im ersten Nachkriegswinter usw. geht die Publikation hinweg – zur Geschichte der örtlichen SPD „zwischen 1945 und 1989“ gehört das alles offenbar nicht.

Der im Juli 1945 gebildete 12-köpfige Kreisvorstand Köpenick stand von Anbeginn an unter der Leitung von Carl Willam, der bis zum SPD-Verbot im Juni 1933 hier Kreisvorsitzender gewesen war. Tolksdorf erinnerte sich anderthalb Jahrzehnte später: „Von diesen 12 Mitgliedern waren 10 Genossen für die Vereinigung und zwei Genossen (Alwin Brandes und Walter Behrens) Gegner der Vereinigung.“[6] So stand das Problem „Urabstimmung“ in Köpenick also gar nicht zur Debatte. Die vorliegende Publikation schweigt sich dazu aus, informiert hingegen, dass in einigen Ostberliner SPD-Kreisbüros die Mitglieder etwa eine Stunde lang hatten abstimmen können. In welchen? In Köpenick und Treptow, die ja Gegenstand der Darstellung sind, jedenfalls nicht.

Am Tag nach der in den Westsektoren abgelaufenen Urabstimmung lud der Köpenicker Kreisvorsitzende Willam alle SPD-Abteilungen des XVI. Verwaltungsbezirks zum Kreisdelegiertentag am 6. April, dessen 5. Tagesordnungspunkt lautete „Wahlen zum Bezirksparteitag, zum Parteitag, für den künftigen Kreisvorstand der S.E.P.“ Tatsächlich wurden am 6. April in geheimer Wahl mit Max Tolksdorf und Josef Bossick für den SPD-(Zonen-)Parteitag am 19. April zwei ausgewiesene Anhänger der Fusion von KPD und SPD als Delegierte gewählt und ebenso die für den künftigen Kreisvorstand der Einheitspartei vorgesehenen 15 Sozialdemo-

5 Benutzt wurde hier das Exemplar, das sich im Privatbesitz von Gerd Lüdersdorf, Berlin-Köpenick, befindet. Der Bericht wird von Siegfried Heimann gänzlich ignoriert.

6 Tolksdorf, Rückblick. Tolksdorfs Erinnerung wird inhaltlich im Wesentlichen bestätigt durch eine Einschätzung von Köpenicker KPD-Funktionären auf der Sitzung der KPD-Bezirksleitung Berlin am 3.4.1946 (siehe Manfred Teresiak: Die SED in Berlin. Dokumente zur Vereinigung von KPD und SPD in Berlin, Bd. 4, Berlin 1995, S.155f.).

kraten.[7] Am 11. April 1946 vereinigten sich dann in der Aula der Schule Freiheit Nr. 15 die gewählten Delegierten von 2.700 Mitgliedern der KPD und 2.350 Mitgliedern der SPD zur SED-Kreisorganisation Köpenick. Von den eingetragenen SPD-Mitgliedern stemmten sich etwa 100 explizit gegen die Fusion, auch etliche KPD-Mitglieder taten es ihnen gleich. Nach wochenlangem Gerangel unter den Vier Mächten, die gemeinsam die Verwaltung in Berlin ausübten, fällte das übergeordnete Koordinierungskomitee des Alliiertem Kontrollrats am 28. Mai schließlich das salomonische Urteil, dass im Gebiet von Groß-Berlin sowohl die aus der Fusion von KPD und SPD hervorgegangene SED als auch die aus den Fusionsgegnern entstandene neukonstituierte SPD zugelassen würden. Am 31. Mai gab die Alliierte Kommandantur diesem Entscheid dann Gesetzeskraft. Seither mussten sich beide Parteien daran gewöhnen, in Berlin miteinander zu konkurrieren. Das erste weithin sichtbare Ergebnis dieser in weiten Teilen feindlichen Konkurrenz, die so gar nicht dem Willen jener Berliner Urabstimmer entsprach, denn die hatten sich zwar mit 82 Prozent gegen die *sofortige* Fusion von KPD und SPD, aber doch mit über 62 Prozent für ein enges Kampfbündnis beider Parteien ausgesprochen, drückte sich in den Kommunalwahlen vom 20. Oktober 1946 aus. Sie brachten stadtweit der SPD 48,7 Prozent der Stimmen ein, der SED nur 19,8 Prozent – womit sie noch hinter der CDU mit 22,25 rangierte.

Häufig wird übersehen, dass in allen Ostberliner Bezirken und in West-Berlin in den traditionellen Arbeiterbezirken Wedding und Neukölln die SED an 2. Stelle stand. In Köpenick konnte die SPD 37,5 Prozent vorweisen, die SED 29,23 Prozent; in Treptow die SPD 40,7 Prozent, die SED 31,1 Prozent. Dementsprechend stellte in beiden Bezirken die SPD den Bezirksbürgermeister, die SED dessen Stellvertreter. In den beiden Bezirksämtern standen jeweils fünf SPD-Stadträte drei SED-Stadträten gegenüber (neben zweien der CDU und einem der LDP).

Um die Schwierigkeit der Wiederkonstituierung der beiden SPD-Kreisorganisationen nach der Ungewissheit vom April/Mai 1946 wird in der Publikation kein Bogen gemacht. Der Leser erfährt, dass zwei Monate nach der zonalen Fusion beider Arbeiterparteien in den SPD-Kreisen Ost-Berlins nur noch 40 Prozent der im Februar gezählten Parteimitglieder sich zu ihrer – nunmehr wieder legalen! – Parteiorganisation bekannten. In einigen der acht Ostberliner Kreise konnte die Organisationsarbeit

7 Siehe Ordner mit Abschriften und Originalen zu 1945/46 aus dem Nachlass von Heinz Hentschke (Müggelheim), jetzt im Heimatmuseum Köpenick.

der SPD-Kreisverbände rasch wieder aufgenommen werden – in anderen (darunter Köpenick und Treptow!) gab es laut Aussage der Publikation in dieser Hinsicht Schwierigkeiten. Dass die Sozialdemokraten, die in der „Köpenicker Blutwoche" gelitten hatten, praktisch alle zur SED gegangen waren, ist belegt – ihnen mochte die Notwendigkeit einer starken und geschlossenen Front zur Abrechnung mit dem Nazismus emotional als Begründung gereicht haben.

Herausragende Protagonistin dieses Personenkreises ist Maria Jankowski, 1945 die erste Kreisvorsitzende der Treptower SPD. Sie hatte schon im März 1933 als erstes Opfer der künftigen SA-Mordorgie die unmenschliche Brutalität der Köpenicker Schlägerkohorte am eigenen Leibe erfahren. Da sie bereits im Juli 1946 bei einem tragischen Unfall ums Leben kam, hatte sie keine Gelegenheit mehr (wie andere ursprüngliche Fusionsanhänger), nach den Wahlen vom 20. Oktober 1946 ihre Position zu überdenken: Sie beschloss ihr Leben als Mitglied des Kreisvorstandes Treptow und des Berliner Landesvorstandes der SED. Der lange Trauerzug von Niederschöneweide zum Krematorium Baumschulenweg wurde von dessen paritätischen Vorsitzenden Karl Litke (vorher SPD) und Hermann Matern (vorher KPD) angeführt.[8] Maria Jankowski wird dennoch zurecht von den Sozialdemokraten als in deren Traditionslinie stehend und damit als eine der ihren angesehen – wenngleich die Publikation sie mit keinem Wort erwähnt. Angesichts des üblichen Rasters der Verdammung des Vereinigungsprozesses als „Zwangsvereinigung" und der Hochbewertung von deren Gegnern versuchte die Treptow-Köpenicker Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler (SPD) bei ihrer Ansprache zur Benennung der Straße „Am Maria-Jankowski-Park" am 23. Juli 2007, Maria Jankowski dennoch als sozialdemokratische Identifikationsfigur vorzustellen: Die Genossin Jankowski sei in die SED gegangen mit der Bemerkung „Wir dürfen die neue Partei nicht den Kommunisten überlassen!"

Ein Bekenntnis zu solcher Motivation ist für die SPD nicht ohne Risiko, führt sie doch zu der drängenden Frage, ob Dr. Schumachers im Februar 1946 realisierte Option, den Berliner SPD-Zentralausschuss unter Grotewohl und Fechner durch die Absage an einen „Reichsparteitag" der SPD aus allen vier Besatzungszonen (zwecks Beschlussfassung über eine *gesamtdeutsche* Fusion von SPD und KPD) im Regen stehen zu lassen – ob diese aus sturem Antikommunismus geborene Option nicht verhindert hat, der neuen (und vor allen Dingen *gesamtdeutschen*!) Einheitspartei

8 Siehe Vorwärts. Berliner Volksblatt (Verlag Neues Deutschland), Nr. 93, 31.7.1946.

a priori eine demokratische Hypothek mit auf den Weg zu geben, die eine spätere Umwandlung zur „Partei neuen Typus'" samt deren Bekenntnis zu einer „Staatsmacht vom Typ der Diktatur des Proletariats" unmöglich gemacht hätte. Man darf gar nicht darüber nachdenken, welche Alternativen für die deutsche Nachkriegsgeschichte unter diesen Umständen hätten auf den Weg gebracht werden können...

Von der bezirksparlamentarischen Arbeit der SPD mit ihren Fraktionen – den stärksten immerhin – und von der Arbeit der SPD-Vertreter in beiden Bezirksämtern in den zwei Jahren zwischen November 1946 und Dezember 1948 schweigt die Publikation; stattdessen hält sie sich bei – zurecht schikanös genannten – Maßnahmen der Besatzungsmacht gegen SPD-Bürgermeister und -Stadträte in anderen Ostberliner Bezirken auf, weil für das Gebiet, das behandelt wird, offenbar nichts dergleichen vorliegt. Vereinfachend wird dieses Thema damit abgehandelt, dass ein deutlich tagesagitatorisch angelegtes Zitat von 1947 angeführt wird, demzufolge eine zielbewusste sozialdemokratische Kommunalpolitik in Ostberlin unmöglich gewesen sei. Natürlich wird nicht hinterfragt, inwiefern da auf eine Schutzbehauptung zurückgegriffen wird, die sich erst im Vergleich mit einer „zielbewussten sozialdemokratischen Kommunalpolitik" in den Bezirken der Westsektoren verifizieren ließe. Dass die Ostberliner SPD-Funktionäre auf die mit der 2. Tagung des V. Landesparteitages am 31.Juli/1. August 1948 ganz parteioffiziell ins Auge gefasste Option auf Schaffung der administrativen Einheit West-Berlin mit Bedenken und Unmut reagierten,[9] weil sie darin eine „Abschreibung der Genossen im Ostsektor" sahen, findet in der Publikation auch keine Erwähnung, ebenso wenig wie der Beschluss des Berliner SPD-Landesausschusses vom 7. Oktober 1948. Der verlangte, dass angesichts der andauernden Einmischung der sowjetischen Stadtkommandantur in die kommunalpolitische Arbeit im Berliner Ostsektor dort in Wahlfunktionen tätige SPD-Mitglieder nach und nach ihre Ämter niederlegen sollten und eine Neubesetzung von Bezirksamtsposten in Ost-Berlin nicht mehr ins Auge zu fassen wäre.[10] Auf dieser Linie hatte sich im Vorfeld des Beschlusses bereits u. a. der Treptower Bezirksbürgermeister Erwin Bennewitz bewegt, der sein Amt schon am 2. Oktober zur Verfügung gestellt hatte.[11] In Köpenick zeigte Fritz Bessen mehr Beharrungsvermögen und blieb in seinem Amt

9 Siehe Gerhard Keiderling: Um Deutschlands Einheit: Ferdinand Friedensburg und der Kalte Krieg in Berlin 1945-1952, Köln-Weimar-Wien 2009, S.278.

10 Siehe ebenda, S.328.

11 Siehe Berlin – Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946-1948, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin 1959, S.658.

bis zu dem „Stadtstreich“ (der Einsetzung des Ebert-Magistrats für Ostberlin am 30. November 1948), dann trat er am 2. Dezember angesichts der nun geforderten Loyalitätserklärung gegenüber dem usurpatorischen Magistrat zurück.[12]

Dass die im Dezember 1946 von den demokratisch legitimierten Bezirksverordnetenversammlungen gewählten SPD-Bezirksbürgermeister Fritz Bessen (Köpenick) und Erwin Bennewitz (Treptow) durch Gustav Kleine (SED, früher KPD) bzw. Paul Ickert (SED, früher SPD) ersetzt wurden, wird sehr verkürzt dargestellt. Tatsächlich traten nach dem Rücktritt der beiden SPD-Bezirksbürgermeister deren im Dezember 1946 von demselben Gremium gewählte Stellvertreter an die freien Stellen – wie es der Geschäftsordnung entsprach, die auch ganz selbstverständlich in der inzwischen in Charlottenburg ohne die SED-Fraktion tagenden Stadtverordnetenversammlung angewandt wurde, wo der Vorsitz von den von SED-Abgeordneten geleiteten Ausschüssen infolge von deren Abwesenheit nun auf die jeweiligen Stellvertreter überging.[13]

Der in der Publikation so frühzeitig eingeführte Grundton einer Leidens- und Verfolgtengeschichte wird dann konsequent durchgehalten. Dabei wird mit der Wahrheit nicht nur einmal lax umgegangen. So wird z. B. die 1952 erfolgte Kündigung der Räume der Köpenicker SPD-Kreisgeschäftsstelle auf dem Grundstück Freiheit Nr.12 b als Schikane dargestellt – aber verschwiegen, dass die Räumlichkeit auf dem *Hof* des Betriebsgeländes der Putztuchwerke lag, angesichts des Ausbaus derselben benötigt wurde und dass die zum Ersatz gestellten Räume in der Rudower Straße 34 erheblich mehr Gelegenheit zu wirksamer und, wie mit einem der Publikation beigefügten Foto überzeugend demonstriert wird, auch entsprechend genutzter Außenwerbung boten. So wird auch die im Mai 1949 erfolgte Verhaftung von Bohnsdorfer „Falken“ aus der Verteilung der SPD-nahen Tageszeitung „Telegraf“ abgeleitet, aber übergangen, dass es sich gar nicht um die Tageszeitung, sondern um eine spezielle Agitationsschrift des SPD-Ostbüros handelte, die sich der Aufmachung der bekannten Tageszeitung bediente, aber in einem für den heimlichen Vertrieb besser geeigneten Kleinformat gehalten war – und nicht nur für diesen, sondern auch für die bald mittels Ballons und Zeitzündern über die DDR „abgeregnete“ Propaganda. Dass der als seriöser Historiker über jeden Zweifel erhabene Autor Siegfried Heimann sich nun schon seit Jahrzehnten des verschleiernden Ausdrucks bedient, diese Agitations-

12 Siehe Berlin – Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948-1952, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1962, S.48.

13 Siehe Berlin – Behauptung, S.664.

schrift des SPD-Ostbüros sei als „Telegraf"-Ausgabe „in handlicherem Format" anzusehen, hat er vor sich selbst zu verantworten: Die damaligen Verteiler, die eine spezielle Ausgabe des „handlicheren Formats" ausgerechnet am Vorabend des als Volkabstimmung angelegten Entscheids über die Delegiertenliste zum 3. Volkskongress verteilten (was die Publikation verschweigt), waren sich gewiss des Unterschieds zwischen der von der SED zwar gehassten, aber in ganz Berlin legalen Tageszeitung und dem „handlicheren Format" bewusst. Dass auch in den Berliner Westsektoren auf die Verteilung solcherart eingeschmuggelter Schriften „handlicheren Formats" rigide reagiert wurde, ist heute weithin aus dem Geschichtsverständnis eliminiert.[14]

Andere Formen, mit denen die Köpenicker und Treptower SPD-Mitglieder „umarmt, schikaniert und verfolgt" wurden, wären tiefer zu hinterfragen. Dazu gehört die pastos ausgemalte Schikane gegenüber der bekannten SPD-Veteranin Anna Nemitz, die im Juli 1952 in ihrem Häuschen Schmausstraße 38 von FDJlern belästigt wurde: Die forderten von ihr eine Stellungnahme gegen die am 17. Juli vom Berliner Abgeordnetenhaus in Westberlin einstimmig verabschiedete Forderung an die drei alliierten Schutzmächte, dort die FDJ zu verbieten – und unterstrichen dies durch ein Transparent vor dem Nemitz'schen Grundstück. Ob zu brennenden politischen Fragen, die in der Bundes-SPD auf die Tagesordnung rückten (z. B. „Deutsches Manifest", „Kampf dem Atomtod!", Godesberger Programm), in den Ortsvereinen von Köpenick und Treptow ein Meinungsaustausch stattfand, ist dagegen nicht zu erfahren. Sollten SPD-Genossen an ihrem Arbeitsplatz von SED-Funktionären zu solchen bewegenden Fragen auf ihre Meinung hin angesprochen worden sein, rangieren solche Versuche in der Publikation unter „Anbiederung" und „Schikanen". So eingeordnet wird auch die polizeiliche Verweigerung einer sommerlichen Dampferfahrt des Kreisverbandes, die 1960 nach Neue Mühle bei Königs Wusterhausen führen sollte: Die außerhalb Berlins in der DDR nicht zugelassene SPD wollte also ihren Kreisverband

14 Die Verordnung BK/O (50)501 der Alliierten Kommandantur (für West-Berlin) vom 11.9.1950 stellte „Einfuhr, Besitz und Verbreitung von militaristischen, faschistischen, antidemokratischen, gegenüber den Besatzungsmächten abfälligen oder feindlichen, aufrührerischen, totalitären" Druckerzeugnissen unter Strafe (Hans Joachim Reichardt/Hans Ulrich Treutler/Albrecht Lampe: Berlin – Quellen und Dokumente 1945-1951, Berlin 1964, 2. Halbbd., S.1742f.). Schon im Juni waren Sammler von Unterschriften zur Unterstützung des „Stockholmer Appells" zur Ächtung der Atombombe in den Westsektoren im Schnellverfahren wegen „Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" zu 10-tägiger Haft verurteilt worden (siehe Karl Jürgen Krenn: Krenn's Berlin-Chronik 1945 bis 1950, Berlin 2009, S.387).

Köpenick mit einer offiziellen Veranstaltung in derselben auftreten lassen – bei nüchterner Überlegung kann das nur als Test dafür eingeordnet werden, wie weit man gehen könne.

Völlig unreflektiert kommt die Bezugnahme auf die Autobiografie Siegfried Bergers daher. Am 17. Juni 1953 war er Vorsitzender des Streikkomitees im Funkwerk Köpenick und *die* herausragende Persönlichkeit bei den von Köpenick ausgegangenen Demonstrationen Richtung Innenstadt. Der 2001 verstorbene Berger, nach eigenem Bekunden Vertrauensmann des SPD-Ostbüros (er spricht selbst von einem aus dieser Quelle stammenden Funkgerät in seiner Wohnung)[15] hat ein Resümee seines Lebens hinterlassen, dessen kritiklose Akzeptanz ein hohes Maß an Unkenntnis der zeitgeschichtlichen Milieus voraussetzt. Damit nicht genug, bezweifelt ein schlampiges Lektorat noch die Rechenkünste des Lesers, wenn es den im Mai 1954 von einem sowjetischen Militärtribunal verurteilten Berger sechs Jahre in Workuta leiden lässt, seine Heimkehr zur Familie in West-Berlin aber auf den 16. Oktober 1955 datiert.[16] Gänzlich übersehen wird bei der Vorstellung Bergers dessen eigentlich große, moralisch hoch zu würdigende Leistung. Als „Schläfer" des SPD-Ostbüros zu alltäglicher Zurückhaltung bis zum einst anzuordnenden Einsatztermin verpflichtet, stand er am Morgen des 17. Juni 1953 vor dem Dilemma, sich dem vertrauensvollen Drängen der aufgebrachten Arbeiter zur Führung des Streikkomitees zu verweigern, oder – entgegen seinem Auftrag – in der zugespitzten Situation die angetragene Funktion zu übernehmen und sich der möglichen Folgen mit allen Konsequenzen zu stellen. Berger entschied sich für die Option, seine Verantwortung gegenüber den Kollegen wahrzunehmen und die Weisung aus der Bonner SPD-Baracke hintanzustellen. Seine autobiografische Skizze benennt zwar den 17. Juni als Moment des Zwiespalts, denn Berger wollte den politischen Streik. Er stand dann angesichts des Anrückens von Sowjet-Panzern einer Demonstration ablehnend gegenüber, setzte sich schließlich aber doch

15 Siehe Siegfried Berger:„Ich nehme das Urteil nicht an." Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem sowjetischen Militärtribunal (Schriften des Berliner Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 8), 4. Aufl., Berlin 2007, S.15, 17.

16 Dass ein Anfang Mai 1954 als Opfer sowjetischer politischer Repression verurteilter und im Oktober 1955 aus einem berüchtigten Straflager entlassener Sozialdemokrat „sechs Jahre in Workuta" leiden musste (siehe Die SPD in Köpenick und Treptow, S.26), ist falsch. Der Fehler geht auf einen Lesefehler zurück: bei der verwendeten Quelle (s. Anm. 15) wurde auf S.39 der Punkt hinter der Ziffer 6 übersehen, die eine Abschnittsbezifferung bedeutet: „6. Jahre in Workuta". „Jahre" ist freilich ebenfalls nicht korrekt.

notgedrungen an die Spitze des Demonstrationszuges.[17] Bergers Dilemma stellt die Publikation jedoch nicht heraus. Es ist bezeichnend, dass diese moralische Qualität seiner ureigensten persönlichen Entscheidung bei seinen Vermächtnisverwaltern bis dato nicht wahrgenommen wurde, die Gelegenheit dazu wurde auch im Rahmen der vorliegenden Publikation vertan.

Ebenso unterbelichtet ist das Thema des unspektakulären Weiterwirkens der örtlich angesiedelten Sozialdemokraten, nachdem von West-Berlin im Gefolge des 13. August 1961 die Auflösung der Ostberliner SPD-Kreise angeordnet worden war. Die vielfach genutzten Möglichkeiten, sozialdemokratische Grundpositionen in gesellschaftliche Arbeit innerhalb üblicher DDR-Strukturen einzubringen, sind noch nicht ausgelotet worden. Sie fanden keine Erwähnung, weder in der SED-Geschichtsschreibung, noch in den diese verurteilenden Darstellungen aus der Zeit nach 1989. So steht beispielsweise eine Würdigung jener Tatsache bis heute aus, dass in dem Doppelbezirk, der mit vielen traditionellen Arbeitersportvereinen als Hort des Wassersports fungierte, teils jahrzehntelang Leitungsfunktionen in Sportvereinen durch alte, erfahrene SPD-Mitglieder wahrgenommen wurden.

17 Siehe Berger, Ich nehme, S.16f.

Dokumentarisches

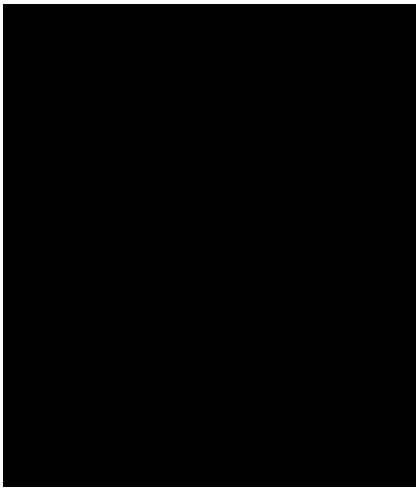
„So trennt uns beide, Söhne eines ehrenwürdigen deutschen Arbeiters, Lokomotivführers, eine Kluft.“ Ein Brief aus dem Jahre 1934 von Moskau nach Hamburg

Svetlana Bartels

In meinen Unterlagen liegen einige Materialien, die mit dem Namen meines Vaters verbunden sind. Mein Vater Bernhard Bartels, der Autor des unten abgedruckten Briefes, wurde 1890 in Uelzen geboren. Er war das jüngste von vier Kindern. Seine Mutter Dorothea starb, als er zwei Jahre alt war, sein Vater Georg, ein Maschinist auf Dampflokomotiven, im Jahre 1915. Außer ihm gab es noch die Geschwister Henriette (1885-1961), Ernst (1886-1966) und Auguste (1888-1895). Henriette, im Brief genannt Henny, war mit dem dort ebenfalls genannten Hermann Brinkmann verheiratet. Ernst, der Adressat des Briefes, war seit 1917 mit Ella verheiratet, sie hatten zwei Töchter: Christa (1920-1990) und Ursula (1922-2007).

Mein Vater beendete die achtklassige Volksschule und wollte eigentlich Lehrer werden. Aber nach einem Jahr Lehrerseminar brach er dieses ab, weil seine Stimme für den Beruf nicht ausreichte. Stattdessen begann er eine Banklehre, außerdem besuchte er abends eine Handelsschule, die er beide erfolgreich beendete, womit er den Mittelschulabschluss bekam. Zwecks Weiterbildung schaffte er es, in den Jahren 1910 bis 1914 in großen Banken Europas, in Petersburg, Paris und Basel, zu arbeiten. Im Jahre 1911 war er zum ersten Mal in Petersburg in der Russisch-Asiatischen Bank tätig, 1914 zum zweiten Mal. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde mein Vater wie die anderen Deutschen auch aus Petersburg als Zivilinternierter verbannt, und zwar in das Gouvernement von Vjatka. Dort lebten auch viele deutsche Kriegsgefangene in verschiedenen Dörfern. Sie wurden wie mein Vater von einer Bauernfamilie zur anderen versetzt und bekamen Hilfe von verschiedenen Stiftungen aus Schweden und den USA. Mein Vater konnte schon so gut Russisch, dass er als Dolmetscher zwischen der Miliz und den Kriegsgefangenen eingesetzt wurde. Dort lernte er auch meine Mutter Anastasija Ostanina (1898-1980) kennen. Sie heirateten, und ich kam als zweites Kind 1924 zur

Welt. Ihr erstes Kind, ein Junge, starb etwa 1920 während der Hungersnot.
Im Jahre 1918 trat mein Vater, der sich von den revolutionären Ideen hatte begeistern lassen, der Kommunistischen Partei Russlands bei. Er war in der Ortsgruppe Vjatka Sekretär der Kommunistischen Partei ausländischer Arbeiter und Bauern des Ural.[1]



Gefängnisfoto von Bernhard Bartels 1937
Foto privat

Im Verlauf der Zwanzigerjahre übte er eine Reihe von verschiedenen Tätigkeiten aus: 1920 bis 1921 Redakteur der Kreiszeitung von Nolinsk, 1921 bis 1922 Redakteur der deutschen Zeitung „Hammer und Pflug" in Simferopol', 1923 bis 1925 Redakteur der deutschen Zeitschrift „Die Arbeit" in Moskau. Im Jahr 1926 wurde er nach Engel's in den dortigen deutschen Verlag geschickt. Im gleichen Jahr nahm er auch die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Von 1927 bis 1930 unterrichtete er in Marksštadt am dortigen pädagogischen Technikum Politökonomie, Pädagogik

1 Siehe auch Lager, Front oder Heimat. Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrussland 1917-1920, hrsg. von einem deutsch-russischen Redaktionskollegium unter Leitung von Inge Pardon und Waleri W. Shurawljow, 2 Bde., München u. a. 1994.

und Dialektischen Materialismus. Mein Vater war ein Autodidakt, der sich viele Wissensgebiete aneignete. Im Moskauer Zentral-Völker-Verlag der Sowjetunion erschien 1928 seine Untersuchung mit dem Titel „Die deutschen Bauern in Russland einst und jetzt". Nach einer Zwischenstation am Pädagogischen Institut in Engel's kam er 1932 wieder nach Moskau, wo er in der Übersetzungsabteilung der Komintern eine Anstellung fand.

Zuletzt wohnten wir in dem Wohnhaus der Komintern „Hotel Lux". Dort verhaftete man ihn am 3. August 1937. Vier Monate später wurde er in einem Schnellverfahren zur Höchststrafe verurteilt und zwei Tage später, am 3. November 1937, in Butovo erschossen.[2] Die Rehabilitierung erhielt meine Mutter bereits 1956. Die näheren Umstände seines Todes erfuhr ich erst Anfang der Neunzigerjahre.

Anlass für den folgenden Brief war – so erinnere ich mich an Aussagen meiner Verwandten – die Nachricht, dass Ernst und Hermann der NSDAP entweder beigetreten waren oder beitreten wollten. Beide waren Staatsbedienstete: Ernst arbeitete bei der Eisenbahn und Hermann als Lehrer. Für die Familie Bartels im faschistischen Deutschland entwickelte sich das Leben einigermaßen ruhig: Die Männer arbeiteten, die Frauen führten den Haushalt, und sie überlebten den Faschismus durch Anpassung. Anders mein Vater. Der Brief zeigt in beeindruckender Weise, wie informiert man 1934 in Moskau über die Entwicklungen in Deutschland war. Er zeigt außerdem die feste Überzeugung meines Vaters von der guten Sache des Sozialismus, aber auch das Prokrustesbett der kommunistischen Ideologie, in dem er sich befand. Der Brief bildet darüber hinaus einen erschütternden Kontrast zu dem Schicksal meines Vaters drei Jahre später.

Der Brief umfasst 32 handschriftliche DIN-A-5-Seiten. Ich erhielt ihn bei einem Besuch in Deutschland von den Verwandten zurück. Er ist in alter Rechtschreibung wiedergegeben. Bei der Veröffentlichung war mir Carola Tischler behilflich.

---

2 Siehe Ulla Plener/Natalia Mussienko (Hrsg.): Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/38, Berlin 2006, S.21.

Dokument

Moskau, 23. April 1934.

Lieber Ernst!

Entschuldige mein langes Schweigen. Benutze die ersten Tage meines diesjährigen, früh ausgefallenen Sommerurlaubs, um meine Briefschulden abzutragen.

Deinen Brief sowie Deine Karte habe ich erhalten. Besten Dank.

Wenngleich ich erst heute einen wirklichen Brief schreibe, so trage ich ihn doch im Kopfe schon seit Dezember herum. Was ich da alles nötig finde, Dir zu schreiben! Das ginge auf keine Kuhhaut. Zum Glück brauche ich nun nicht alles zu Papier zu bringen. Denn der Maulwurf Zeit tut sein Handwerk und hat vielleicht Dir schon manches zu Bewußtsein gebracht, was ich Dir habe schreiben wollen.

Am 1. Mai ziehen wir nun beide auf die Straße, um zu demonstrieren!

Heil Hitler! wirst Du wahrscheinlich den Hakenkreuzstandarten zubrüllen.

Ich werde im tausendstimmigen Chor der deutschen Arbeiterkolonie Moskaus auf dem Roten Platz dem Führer der Arbeiter u. Bauern des Erdballs, dem Genossen Stalin, mein Rot Front! zudonnern.

So trennt uns beide, Söhne eines ehrenwürdigen deutschen Arbeiters, Lokomotivführers, eine Kluft.

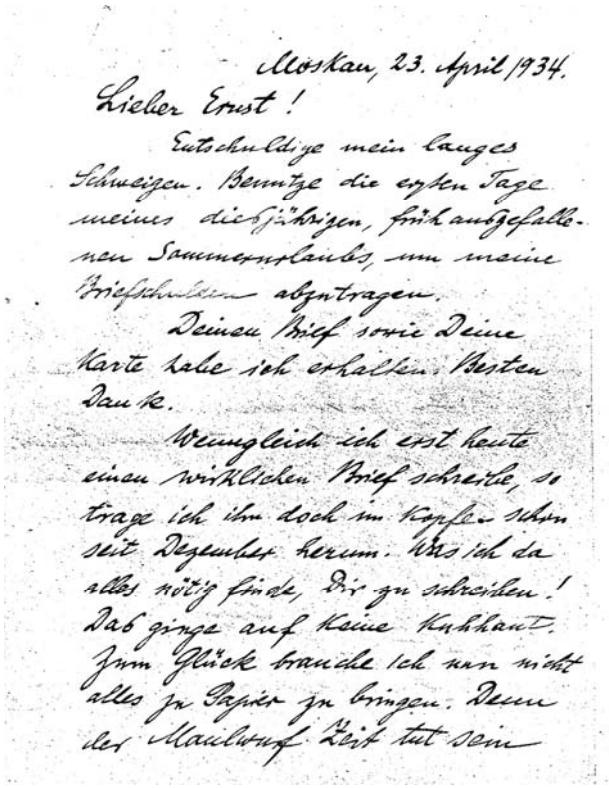
In unserem Gegensatz verkörpert sich der Hauptgegensatz der heutigen Welt, der Gegensatz der zwei Lager des sterbenden Kapitalismus und des aufsteigenden Sozialismus.

Aber es ist kein notwendiger Gegensatz zwischen uns, denn Du gehörst derselben Klasse an, die Du bekämpfst. Und die Ursache dazu ist Deine Befangenheit im Banne trügerischer Illusionen, Dein Unglaube an die Kraft Deiner Klasse, an die Richtigkeit ihrer Theorie, Dein völliges Unverständnis für die Lage Deiner Klasse, dafür, daß es überhaupt eine solche und schlechthin Klassen gibt.

Du glaubst an den Wahn einer Volksgemeinschaft, Du nimmst den Begriff Volk abstrakt, leitest ihn ab von rein äußeren Merkmalen, wie Sprache, Rasse, Territorium. Du bist Metaphysiker, nicht Dialektiker, der ins innere, widerspruchsvolle Wesen jeder scheinbaren Einheit eindringen muß.

Du beurteilst das Sein nach dem Schein, klebst wie der Spießer an der Oberfläche.

Was kann die gegenüberstehende Klasse mehr wünschen, als daß alle Mitglieder der ihr unterworfenen Klasse so mit Blindheit geschlagen sein möchten, daß sie die Klassengegensätze nicht sehen, daß sie sich alle geduldig unterwerfen.



Moskau, 23. April 1934.

Lieber Ernst!

Entschuldige mein langes Schweigen. Benutze die ersten Tage meines diesjährigen, früh ausgefallenen Sommerurlaubs, um meine Briefschulden abzutragen.

Deinen Brief sowie Deine Karte habe ich erhalten. Besten Dank.

Wenngleich ich erst heute einen wirklichen Brief schreibe, so trage ich ihn doch im Kopfe schon seit Dezember herum. Was ich da alles nötig finde, Dir zu schreiben! Das ginge auf keine Kuhhaut. Zum Glück brauche ich nun nicht alles zu Papier zu bringen. Denn der Mailwurf Zeit tut sein

Das war noch stets die Aufgabe jeder bürgerlichen Regierung – die Klassengegensätze wegleugnen oder sie überbrücken. Das tat die wilhelminische Regierung („Mein Volk“), das taten die sozialdemokratischen Minister mit ihrem Parlamentarismus, das tut Hitler mit seiner Totalitätstheorie, mit seiner Volksgemeinschaft.

Damit sagt er also gar nichts Neues. Dabei erinnere ich noch einmal an den Widerspruch: die Klassen leugnet er, aber er will Makler sein – zwischen wem? Doch wohl zwischen feindlich einander gegenüberstehenden

Klassen, so feindlich gegenüberstehenden, daß die gepanzerte Faust des Staates nötig ist, um den Klassenkampf zu verhindern (?)[3].
Und in der unerhörten Stärke dieser gepanzerten Faust des Terrors allein unterscheidet er, Hitler, sich von seinen Vorgängern. In seinen Methoden der Niederhaltung der Arbeiterschaft allein unterscheidet er sich von Bismarck u. von Ebert. Das Ziel ist dasselbe: Aufrechterhaltung der Herrschaft des Grund- und Kapitalbesitzes.
Zweifelst Du noch daran nach der Abschaffung auch der letzten politischen, wirtschaftlichen u. sozialen Rechte der Arbeiterschaft, nach dem Verbot ihrer Organisationen, ihrer Presse, nach dem Verbot der Streiks – dieses wirksamsten Mittels der Verteidigung ihrer Menschenrechte und des Kampfes um ein besseres Dasein? [,] nach der Hinrichtung der besten Vorkämpfer der Arbeiterklasse?[,] nach dem Verbot der einzigen Theorie, die der Arbeiterklasse den richtigen Weg zu ihrer Herrschaft für das Wohl der ganzen schaffenden Menschheit weist?
Niemals noch hatten die Kapitalisten, hatten die Krupp, Thyssen, Klöckner, hatten die Junker ein derartiges Eldorado, wie dasjenige, das ihnen das neue Arbeitsgesetz beschert: vollkommen entwaffnete Arbeiterschaft, Streikverbot, sie selbst völlig „Herr im Hause", „Führer" der Produktion, allein maßgebend in Lohnfragen, unbeengt durch Tarife, mit selbst eingesetzten „Treuhändern" (wehe, wer etwa bei der Wahl andere vorschlagen, wählen oder sich wählen lassen würde!).
Kein Kapitalist in keinem Lande und zu keiner Zeit, selbst nicht in den schwärzesten Zeiten des Frühkapitalismus, hat je ein solches Paradies auf Erden gehabt. Das haben die Thyssen den Nazis zu verdanken.
Hat doch Thyssen nicht umsonst von Anfang an die NSDAP finanziert (siehe Dietrich: Mit Hitler an die Macht[4])!
Aber dieses Eldorado wird nicht lange dauern.
Die 15 Monate Hitlermacht haben gezeigt, daß der Nationalsozialismus am Ende seiner Weisheit angelangt ist. Inflation oder nicht Inflation? So weit haben die Herren es gebracht. Die „Arbeitsbeschaffung", lies fieberhafte Aufrüstung, hat den Staatssäckel geleert, hat den Gold- u. Valuta-

---

3 So im Dokument.
4 Otto Dietrich: Mit Hitler an die Macht, München 1933. Jacob Otto Dietrich (1897-1952), Reichspressechef der NSDAP, SS-Obergruppenführer und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

fonds auf 6 % zusammenschrumpfen lassen. Und dies[,] trotzdem Deutschland keinen Pfennig Reparationen u. Privatschulden zahlt, trotzdem es 4 Milliarden durch die Entwertung des Pfund und des Dollar gewonnen hat!

Da steht man nun am zerbrochenen Krug und weiß nicht ein und aus aus dem Dilemma: entweder Inflation und die „Arbeitsbeschaffung", lies Aufrüstungen weiter forcieren, oder keine Inflation, die Einfuhr der Rohstoffe beschränken und vor einer neuen Welle der Arbeitslosigkeit stehen. Mal sehen, was die „Führer" ausbrüten werden. Noch sind sie sich nicht einig. Nicht mal Hitler ist mit sich einig (er will keine Inflation, weil er weiß, daß das die Kleinbürger der Städte ihm abspenstig macht, aber er will auch die „Arbeitsschlacht" schlagen).

Was sie nicht ausbrüten mögen: darüber kannst Du sicher sein – es geschieht auf Kosten der Arbeiter, der Kleinbauern, der städtischen Kleinbürger!

Darauf kannst Du Gift nehmen!

Apropos: die „Arbeitsbeschaffung"! Da wird trompetet: 1.700.000 Arbeitslose weniger!! Aber wenn man sich Eure, faschistischen statistischen Berichte ansieht (die natürlich nicht in den Massenblättern gedruckt werden), dann stellt sich heraus, daß die Gesamtsumme der Löhne im Reiche nicht im geringsten größer geworden ist! Rätselhaft? Gar nicht! Ganz in der Natur der Dinge! „Arbeitsbeschaffung", soweit sie wirklich stattgefunden, auf Kosten der Betriebstätigen! Dabei bekommt die Arbeiterschaft diese Gesamtsumme noch längst nicht auf die Hand. Wieviel „freiwillige" u. alle möglichen Abzüge werden davon noch einbehalten.

Also nicht Arbeitsbeschaffung, sondern ganz ordinäre Arbeitsstreckung, brutale Ausstoßung aus den Betrieben der Frauen (zurück zu den 4 K), brutale Streichung Hunderttausender aus den Erwerbslosenlisten, Zwangsmobilisierung in die „freiwilligen" Arbeitsdienstlager (Hitler braucht Soldaten) usw. Das ist des Pudels Kern.

Apropos Bauern! Dein Steckenpferd! Die „einheitliche Dorffamilie"! Wo ist sie denn? Ihr stachelt nicht nur die armen Bauern auf, die kein Glück haben, unter das Erbgesetz zu fallen, Ihr säet sogar Zwietracht in die Familie des Erbbauern: was sollen die anderen anfangen, die leer ausgehen bei der Erbteilung? Was sagen die Landarbeiter dazu, daß Ihr ihnen durch die Kolonnen aus den Arbeitsdienstlagern das Brot wegnehmt? Werden sie Euch Dankeschön sagen?

So verwickelt, verstrickt sich der Faschismus in seinen eigenen Widersprüchen, um die er die zahlreichen Widersprüche, die er von früher alle mitübernommen hat, ohne nur einen lösen zu können, bereichert hat.
Wohin treibt Ihr?
Dem Abgrund treibt Ihr zu!
Aber dieser Abgrund ist die Erlösung der Arbeiter, der Klein- und Mittelbauern, der städtischen kleinen Leute.
Ihr meint der Marxismus, der wahre Marxismus von Marx – Engels – Lenin – Stalin sei tot? Hahaha!
Ich denke da an ein hübsches ungarisches Sprichwort: „Ich habe einen Türken gefangen, aber – er läßt mich nicht los!!"
Paßt treffend auf Göring. Auch er hatte einen „Türken" gefangen, Dimitrow; jetzt läuft er mit einer dicken Backe herum, während der „Türke" bald darauf in unserem Heim „Lux" abstieg und von uns festlich empfangen u. gefeiert wurde und sich jetzt irgendwo im Süden von den Strapazen seiner Haft und des Leipziger Prozesses erholt.[5]
Das paßt auch wie die Faust aufs Auge auf die ganze Lage des deutschen Faschismus. Siehe da, er hatte einen „Türken" gefangen, den Marxismus (ohne Gänsefüßchen), die KPD. Aber diese KPD läßt den Faschismus nicht los, und sie wird ihn nicht loslassen, bis er bezwungen am Boden liegt.
Darauf kannst Du auch Gift nehmen!
Wir Bolschewiken sind von anderem Zeug gemacht als die Sozialdemokraten, diese „Auch"-Marxisten, die wir nicht anders als Sozialfaschisten bezeichnen, weil sie dem Faschismus den Weg bereiteten und in der Tat sein Zwillingsbruder sind.
Haben sie doch seit 1914 ununterbrochen das Proletariat verraten. 1914 trieben sie es in den entsetzlichen Krieg um die Interessen der Krupp u. Co.; 1918 gab ihnen die Arbeiterschaft die Macht und sie legten sie in die Hände der Bourgeoisie; 1919-23 kartätschten sie die Arbeiter nieder, die die Macht mit der Gewalt erobern wollten; seit 1928 bereiteten sie durch ihre Politik des „Kleineren Übels" allmählich den Machtantritt Hitlers

5 Der bulgarische Kommunist Georgij Dimitroff, der den Leipziger Reichstagsbrandprozess zu einer Anklage des faschistischen Regimes nutzte und ebenso wie seine beiden Mitangeklagten Popov und Tanev freigesprochen wurde, erhielt am 15. Februar 1934 die sowjetische Staatsbürgerschaft und wurde am 27. Februar nach Moskau ausgeflogen.

vor, der ihnen nun im Namen der deutschen Bourgeoisie, die ihrer gegenwärtig nicht mehr bedurfte, den Fußtritt in den Hintern versetzte: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen."
Wir weinen ihnen nicht nach. Im Gegenteil. Waren sie doch das Haupthindernis für unser Herankommen an die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft, die ihnen folgte.
Glück im Unglück. Ihr habt die KPD in die tiefe Illegalität getrieben. Das ist natürlich nicht „schön". Aber die Bolschewiken verstehen da gut zu arbeiten. Die ganze reiche Erfahrung der russischen Partei steht der KPD zur Verfügung; ja sie selbst hat schon überaus viel eigene Erfahrung, neue Erfahrung gesammelt. Die Illegalität stählt, läutert die Partei, macht sie für Euch, d. h. für den Faschismus, nur noch gefährlicher. Wie den Führern die Beine schlottern, merkt man da an den Reden Diels[6], Görings, Goebbels', die nicht müde werden zu trompeten: „Der Kommunismus ist nicht tot, die KPD lebt." Diels nennt sogar die Taten der Kommunisten „heldenmütig", „nur zu vergleichen mit der Romantik der russischen Revolutionäre zur Zarenzeit".
Wie danken wir Euren Führern für diese anerkennenden Worte, möchten sie doch jedem deutschen Proleten zu Ohren kommen. Ihr seid gar keine schlechten Propagandisten des Kommunismus. Das hat noch wieder Sommerfeldt mit seinem Buch über die KPD[7] bewiesen, in dem er nicht nur anerkennende Worte für den Heldenmut der deutschen Kommunisten findet, sondern auch so liebenswürdig ist, eine seitenlange geheime Instruktion des ZK der KPD abzudrucken, in der genaue Anweisungen enthalten sind über die Verhaltungsmaßregeln bei illegaler Arbeit. Ich wünsche dem Buch einen millionenfachen, reißenden Absatz!
Also in der Illegalität verstehen die Kommunisten zu arbeiten. Sie haben ihren Apparat, ihre Organisationen, ihre Propaganda u. Agitation den neuen, schweren Verhältnissen angepaßt. An die Stelle der durch Eure

---

6 Rudolf Diels (1900-1957), Chef der preußischen politischen Polizei und mit Einrichtung des Geheimen Polizeiamtes (Gestapa) dessen Leiter.
7 Martin Sommerfeldt: Kommune! Dargestellt auf Grund des neuesten amtlichen Materials, Berlin (Verlag: Mittler) 1934. Martin Henry Sommerfeldt (1899-1969), nach dem Ersten Weltkrieg Journalist, unter anderem Chefredakteur der „Täglichen Rundschau", und ab Februar 1933 Oberregierungsrat in der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, dann bis Mai 1934 deren Leiter.

Spitzel abgefaßten Kämpfer treten neue, an deren Zustrom es dank Eurer Politik nie fehlen wird.
Dennoch wäre legale Arbeit natürlich vorzuziehen, sie würde unter den heutigen Verhältnissen, wenn sie möglich wäre, kolossalen Effekt haben, denn der Haß der Arbeiterschaft u. auch bereits breitester Kreise aller übrigen Werktätigen gegen die faschistische Diktatur ist sehr groß.
Aber wie gesagt, wir haben Glück im Unglück: Ihr wart so gut, auch die SPD zu zerschlagen. Und sie ist denn auch zusammengeklappt wie ein Kartenhaus. Sie besteht weder organisatorisch, noch propagandistisch, noch agitatorisch.
Recht schönen Dank dafür! So habt Ihr wenigstens das Haupthindernis aus dem Wege geräumt, das uns den Weg zu den soz.-dem. Arbeitermassen versperrte. Jetzt sehen diese den ganzen Verrat u. die Feigheit ihrer früheren Führer ein. Jetzt finden sie endlich den Weg zu der einzigen Kraft, die fähig ist, den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren und die ihn unerschrocken zu Ende führen wird. Und sie kommen denn auch in Scharen zu uns, zu der Partei, die ihre einzige richtige Partei, die Partei der deutschen Arbeiterklasse ist.
„Die Idee des Sturmes reift in den Massen." Diese Prognose unseres Stalin für die heutige Lage ist treffend. Bald werdet Ihr ihre Richtigkeit erleben.
Nicht mehr lange wird es dauern, dann werden die gutgläubigen Kleinbürger wie Du (Kleinbürger bist Du nach Gesinnung, Proletarier nach Lage) die Kinderklapper des Rassenfimmels, das Gift des Chauvinismus, die Euch Hitler gab, beiseite werfen und sich auf ihre Klassenlage und Klassenpflicht der Arbeiterschaft gegenüber besinnen.
Wenn Du noch nicht so weit sein solltest und noch in dem Wahne sein solltest, daß Du nicht anders leben kannst, als wenn die Krupp, Thyssen, Klöckner usw. euch Arbeitern im Nacken sitzen, „Herr im Hause" sind, nun, dann warten wir eben noch ein bißchen. Kommt Zeit, kommt Besinnung. Aber beherzige meinen wärmsten brüderlichen Rat: lasse Dich nicht aktiv ein, halte Dich fern von aktiver Betätigung. Dasselbe rate auch dringend Hermann.[8] Warum? Damit Ihr Euch und Eure Familien nicht ins Unglück u. Elend stürzt, wenn die Stunde der Abrechnung kommt. Aus der Erfahrung der russischen Revolution kann ich Euch sagen: es wird hart zugehen in der deutschen Revolution. Denn zu viel Groll u.

8 Gemeint ist der Schwager Hermann Brinkmann.

Erbitterung ist in der deutschen Arbeiterschaft, in der Kleinbauern-, Kätnerschaft[9] aufgespeichert. Die werden sich Luft machen. Das deutsche Proletariat wird nicht gleich am Anfang den Fehler der russischen Revolution von 1917-18 wiederholen, die die Generäle usw. auf Ehrenwort losließ, worauf diese in den Randgebieten die Gegenrevolution anstifteten, die zu erledigen enorme Opfer gekostet hat. Die aktiven Klassenfeinde werden nicht zu lachen haben. Ebenso nicht ihre Schergen, die ihnen eifrig gedient haben. Mit Spitzeln gar wird nicht viel Federlesens gemacht.

Außenpolitisch steht es mies um die faschistische Diktatur. Um Euch nur ein wenig Luft in der Einkreisung zu machen, hat Hitler sogar das getan, was Stresemann nie getan: die Ostgrenzen garantiert auf 10 Jahre! Den „Anschluß" habt Ihr verpaßt! England betrachtet Euch bloß als einen Bauern auf dem Schachbrett, den er bei der ersten besten Gelegenheit opfern wird. Euer „rassenebenbürtiges" Japan ist auch gewaltig in der Klemme. Mit uns allein anzubändeln hat es offensichtlich starke Bedenken, und Bundesgenossen findet es bis jetzt nicht, weil es einen bekannten gefräßigen Appetit hat: es schickt sich jetzt an, das Mandschureivorspiel auf ganz China auszudehnen.[10]

Und während so der Imperialismus sich zerfleischt, wachsen wir von Tag zu Tag. Jeden Tag wird irgendein Gigant in Betrieb genommen, irgendein anderer zu bauen begonnen.

Während bei Euch nach wie vor die Arbeitslosigkeit, der Pauper grassiert, hebt sich die materielle u. kulturelle Lage der Schaffenden bei uns täglich.

Noch ein paar Jahre, und wir werden bei dem großen Kladderadatsch in Europa u. Asien mit Marx sagen können: „Gut gewühlt, alter Maulwurf!"

Ich fahre, laut Dir schon mitgeteiltem Reiseplan, dieses Jahr nach der Ukraine, wo ich am Dnepr meinen Urlaub verbringen werde. In 2–3 Tagen fahre ich ab. Bei uns sind alle gesund. Im Januar hatte die ganze Familie Grippe. Swetlana macht gute Fortschritte in der Schule. Ich beschäftige mich im Deutschen mit ihr, und sie vergißt das Deutsche nicht.

---

9 Norddt. für Häusler.

10 Japan besetzte 1931 die Mandschurei und gründete dort 1932 den abhängigen Staat Mandschukuo. Es folgten Kämpfe um Shanghai (1932) und die Besetzung des Jehol-Gebietes (1933). Die Expansionspolitik Japans führte zum chinesisch-japanischen Krieg 1937-1945.

Ich weihe sie in den ganzen Schatz der Jugendliteratur ein. Die Ilias haben wir schon gelesen, ebenso Gullivers Reisen, Münchhausen u. Till. Gegenwärtig lesen wir die Odyssee. Von Homer ist sie entzückt. Don Quichote u. Peter Schlemihl sind auch schon gekauft. Parallel mit dem Stoff der 2. Schulgruppe nehmen wir dasselbe immer in den deutschen Schulbüchern durch, so daß sie im Deutschen immer Schritt mit dem Russischen hält.

Wir hatten diesen Winter u. Frühling recht viel Besuch. Zuerst kam die Babuschka, Tassjas[11] Mutter, die einen Monat bei uns wohnte. Sie sah nicht allein zum erstenmal die rote Hauptstadt, sondern überhaupt eine größere Stadt u. war zum erstenmal auf der Eisenbahn gefahren. Sie war natürlich ganz betäubt von dem Leben u. Treiben der Weltstadt. Besonders gefielen ihr die neuen schicken Trolleybusse, die auf der Gorkistraße zirkulieren. Sie erkundigte sich, was solch eine Reise wohl bis in ihr Heimatdorf (1200 km von hier) kosten möge, ob es nicht billiger käme als mit der Bahn! Noch viel Spaß haben wir mit ihr gehabt. Darüber vielleicht ein andermal. Dann kamen Sima (Fima), Tassjas Nichte, mit ihrem Mann aus Jakutien nach Ablauf ihrer Kontraktzeit bei uns an. Durch sie wurden wir über das Leben da oben im hohen Norden lebendig unterrichtet. Auch dort kommt die Kollektivierung jetzt hin. In Wjatka ist sie übrigens schon in der Hauptsache durchgeführt. Zum erstenmal erscheinen da dieses Jahr Traktoren. Das erste Jahr gemeinsamer Ackerei hat unseren Leuten merkliche Vorteile gebracht. Dann kam Wassili, der Mann von Nastjas[12] Schwester, aus Wjatka an, um sich hier in Moskau von einem Magenleiden zu heilen. Er wohnt bei seiner Tochter Sima. Zwischendurch kamen ständig Freunde aus allen Teilen der SU an, wo wir mal gewesen waren: Dr. Bischoff aus Engels, Dozent Fritzler aus Engels, Aspirantin Katja Meister aus Simferopol usw. usw. Unsere Freundschaften erstrecken sich über die USSR.

Hoppla – beinahe vergessen: Haik Benjamin Awetissowitsch Sarandschanz war auch da, nach 14jähriger Trennung. Noch ganz der Alte. Wohnt in Tiflis, hat eine gute Stellung im Bankfach. Wir haben lange geplaudert, das kannst Du Dir denken. Er hat noch alle Einzelheiten von seinem Besuch in Uelzen im Kopfe.

---

11 Gemeint ist die Ehefrau Anastasija Ostanina.

12 Auch hiermit ist die Ehefrau Anastasija gemeint.

Wie geht es Euch gesundheitlich? Hoffentlich sind alle gesund u. munter. Ebenso Henny u. Hermann. Grüßt sie bitte. Henny muß noch etwas auf einen Brief warten. Nach dem Urlaub, mit frischen Eindrücken von meiner Dnepr-Reise u. vom Dneprkraftwerk.

Mit den besten Grüßen an Dich, Ella, Christa u. Ursula
von Nastja u. Swetlana
Dein B. Bartels

Diskussion

Zur „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“ 1974 bis 1990 – eine Erinnerung an vergessene Positionen unter Willy Brandt[1]

Ulla Plener

In den gleichlautenden Vorbemerkungen zu den einzelnen Bänden der „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“ weist Dieter Schuster (Franz Osterroth starb 1986) darauf hin, dass es sich bei der Chronik „nicht um eine Darstellung der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ handele: „Die aufgenommenen Daten, Fakten und Hintergründe sollen lediglich dazu dienen, Bausteine für ein besseres Verständnis der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu liefern.“ Bei der Fülle der vorliegenden Materialien könne es sich „immer nur um eine Auswahl handeln“, und diese wolle „so objektiv wie möglich“ sein. Empfindliche Materiallücken gebe es vor allem bei den Untergliederungen der Partei, „so dass einige Konferenzen, Tagungen, Beschlüsse und Personalien nicht in den Text aufgenommen werden konnten“ (S.7). Es wird dem Interessierten dennoch eine beeindruckende Fülle an Informationen aus der Geschichte dieser ältesten deutschen Partei geboten.
Band 3 setzt mit dem Rücktritt Willy Brandts als Kanzler der alten Bundesrepublik am 6. Mai 1974 ein und endet mit der Abwahl der SPD/FDP-Regierung und damit der SPD als Regierungspartei am 1. Oktober 1982; Band 4 schließt mit dem Rücktritt Brandts vom Vorsitz seiner Partei auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bonn am 14. Juni 1987; Band 5 wird bis zum 3. Oktober 1990, dem „Tag der deutschen Einheit“, geführt. Die vorliegenden Bände regen dazu an, Positionen und Politik der beinahe in diesem ganzen Zeitraum von Willy Brandt geführten SPD in Erinnerung zu rufen, die spätestens seit 1998 von ihren maßgebenden Führern verdrängt und dem Vergessen überlassen werden.

---

1 Franz Osterroth/Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten - Fakten - Hintergründe, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, Bd. 3: 1974 bis 1982, neu bearb. und erg. Aufl. 2005, 688 S.; Bd. 4: 1982 bis 1987, 1. Aufl. 2006, 556 S.; Bd. 5: 1987 bis 1990, 1. Aufl. 2009, 570 S. Die Bde. 1 (Von den Anfängen bis 1945, 576 S.) und 2 (1945-1974, 528 S.) erschienen 1975/1978 in 2. Auflage.

Weitgehend lückenlos ist in der Chronik das *Agieren der SPD als Partei auf Bundesebene* dokumentiert. Die Gesetzesvorlagen und Beschlüsse der SPD-geführten Regierung (1974-1982) und die innen- und außenpolitischen Initiativen ihrer Bundestagsfraktion (diese durchgehend bis 1990) werden – auf dem Hintergrund des Geschehens in der BRD (teilweise auch in der DDR) und international (darunter in der Sozialistischen Internationale) – festgehalten und z. T. ausführlich kommentiert.

Viel Platz wird der *Entwicklung in der SPD* eingeräumt, dem Ablauf und den Ergebnissen der Parteitage, Sitzungen und Beschlüsse des Parteivorstands (PV) und seines Präsidiums. Die Tätigkeit der vielen Arbeitsgemeinschaften (AG) wie die für Arbeitnehmerfragen, für Bildung, Gesundheitswesen, Städte- und Kommunalpolitik, der Frauen, Jungsozialisten/Juso, Juristen, Selbständigen und der verfolgten Sozialdemokraten werden, z. T. sehr eingehend, wiedergegeben. Es geht um Mitgliederbewegung, um die soziale Zusammensetzung der Partei und – im Widerspruch dazu – ihres Apparats: So lag z. B. 1978 der Mitgliederanteil der Facharbeiter bei rund 30, deren Funktionärsanteil auf der Unterbezirksebene dagegen nur bei 7,5 Prozent; Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst stellten rund 35 Prozent der Mitglieder, aber ca. 75 Prozent der Funktionäre in den Unterbezirken (Bd. 3, S.462).

Gebührender Raum wird den *Kontroversen in der SPD* gewidmet. So werden z. B. die Auseinandersetzungen in der Juso-AG verfolgt (u. a. Bd. 3, S.493f., Bd. 4, S.371-373), so die Diskussionen um den NATO-Beschluss vom Dezember 1979 über die Raketennachrüstung in Europa und die zustimmende Haltung der SPD-geführten Regierung (Bd. 3, S.316, 474, 494, 601f.; Bd. 4, S.53, 94), die Positionen der SPD angesichts der neuen sozialen Bewegungen (für Umweltschutz, für Gleichstellung der Frauen u. a.), deren Debatte um 1980/1981 zur „Identitätskrise der SPD" führte: Sollte sie wie bisher vorwiegend Interessen der Lohnarbeitenden vertreten – oder sich (auch) neu aktiv gewordenen sozialen Schichten und Bewegungen öffnen? Ausgleichend dazu Willy Brandt auf dem Symposium zum Thema „Sozialdemokratische Identität" am 21. Oktober 1981: „Die unmissverständliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft im traditionellen Sinne schließt nicht aus, dass wir jenen anderen Forderungen nach mehr Qualität des Lebens nachgehen, selbst wenn diese überwiegend aus den Reihen der ‚neuen' Schichten geäußert werden." (Bd. 3, S.528f.)

Dieses Thema war eines der zentralen in der seit Mitte der 70er- und besonders intensiv seit Mitte der 80er-Jahre in der SPD geführten *Programmdiskussion*, die in allen drei Bänden der Chronik verfolgt wird. Es werden u. a. Willy Brandts Aussagen im November 1979 über die Gültigkeit des Go-

desberger Programms von 1959 (Bd. 3, S.307-309) wiedergegeben; dazu das Dokument der Grundwertekommission der SPD vom 31. Januar 1984 „Godesberg heute", in dem es um die „Lücken des Godesberger Programms" ging (fehlende „ökologische Dimension"; überholte Aussagen zu Frauen-Familie-Jugend; nur andeutungsweise sichtbare „Nord-Süd-Dimension"; NATO gar nicht, EG nur unbestimmt angesprochen) und das mit der Empfehlung endete, „auf dem Bundesparteitag in Essen im Mai (1984) den Diskussionsprozess für ein neues Grundsatzprogramm einzuleiten" (Bd. 4, S.133, 135). Das erfolgte dann mit dem Referat von Erhard Eppler (Bd. 4, S.168) auf diesem Parteitag und dem Einsatz der Programmkommission durch den PV am 22. Juni 1984. (Bd. 4, S.168, 177) Weitere Stationen waren die Forderungen der Juso-Bundeskongresse im April 1984 und Juni 1985 nach einem neuen Programm, vor allem die Wirtschaftsprogrammatik betreffend: für „Abkehr von der Kapitallogik" (Bd. 4, S.155f.), gegen die „Weltmarktmodernisierungsmanie in der SPD" (ebenda, S.273); die Veranstaltung in Bonn am 12. November 1984 zum Thema „25 Jahre nach Godesberg", auf der Willy Brandt und Peter von Oertzen für ein neues Programm warben, das unter neuen Bedingungen die „konkrete Utopie der sozialen Demokratie, des demokratischen Sozialismus" (Brandt) vereinen sollte mit ihrer (Oertzen:) „leidenschaftlichen Hoffnung, die alle Strömungen der sozialistischen Bewegung einstmals verbunden hat, die Hoffnung auf eine Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist (Kommunistisches Manifest)" (Bd. 4, S.207); die Vorlage im Juni 1986 des von der Programmkommission erarbeiteten Irseer Entwurfs mit den „Godesberg" ergänzenden Inhalten (Bd. 4, S.383f.), der im August 1986 vom Parteitag in Nürnberg als Grundlage für die weitere Diskussion beschlossen wurde (Bd. 4, S.398). Nach zweieinhalb Jahren Diskussion wurde dann vom Parteitag in Berlin im Dezember 1989 das neue – „Berliner" – Programm, erläutert von Oskar Lafontaine, beschlossen. (Bd. 5, S.370-372)
Bemerkenswert: Dieses Programm wird in der Chronik sehr spärlich – auf einer knappen Spalte – vorgestellt, während dem Irseer Entwurf drei Spalten gewidmet sind. Und zum Thema „Wirtschaft" wird nur die Kontinuität zu „Godesberg" festgestellt: „Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig!" Dagegen werden die umfangreichen Aussagen im IV. Teil des Programms, in dem es u. a. um „Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften" und um *Wirtschaftsdemokratie* geht, gar nicht erwähnt (auch nicht von Susanne Miller und Heinrich Potthoff, deren „Kleine Geschichte der SPD" von den Chronik-Autoren für Kommentare zu

erwähnten Ereignissen, Parteitagen, Dokumenten herangezogen wurde[2]). Das Berliner Programm besagte: „Wirtschaft hat dem Gemeinwohl zu dienen [...] Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen." – „Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Diese Verbindung hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgebracht und zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungerechter Verteilung der Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt." – „Die Würde des Menschen und die soziale Gerechtigkeit verlangen Demokratisierung der Wirtschaft." Diese „ist selbst ein Ziel, weil sie politische Demokratie sichert und vollendet", sie „erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.'"[3] Diese Aussagen reflektierten die wirtschaftspolitischen Forderungen aus Juso-Kreisen von 1984/85 und standen im Einklang mit den (unwidersprochenen) Ausführungen Oskar Lafontaines auf dem Parteitag in Münster 1988 über den demokratischen Sozialismus als „große Tradition" der SPD, bei der es „um die gleichberechtigte Teilnahme der Menschen an den Entscheidungen der Gesellschaft" ginge. „In dem Maße also", führte Lafontaine weiter aus, „wie in Gesellschaftsordnungen die Macht nicht geteilt wird, müssen demokratische Sozialisten auf eine Veränderung dieser Gesellschaftsordnung hinwirken [...] Freiheit heißt in unserer Gesellschaft nicht nur, die wichtigen formalen Freiheiten der parlamentarischen Demokratie einzufordern, sondern Freiheit heißt ebenso, die Wirtschaft zu demokratisieren" (Bd. 5, S.180).

Haben sich die Chronik-Autoren bei der Vorstellung des Berliner Programms von 1989 an dem 2007 in Hamburg angenommenen neuesten Programm der SPD orientiert, das weitgehend der von Gerhard Schröder geführten – kaum noch sozialdemokratischen – Regierungspolitik der SPD 1998 bis 2005 und der in der Großen Koalition 2005 bis 2009 angepasst wurde? In diesem Programm fehlt nämlich ein vergleichbarer Abschnitt über die Wirtschaft und ihre kapitalistischen Eigentumsstrukturen, es ist nur noch von der (nicht näher definierten) „sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert" die Rede.

Bemerkenswert ist auch der *Umgang mit Geschichte*, wie ihn die Chronik widerspiegelt, – z. B. mit dem deutschen Widerstand gegen das Naziregime.

2 Siehe Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, 8. aktualisierte und erweiterte Aufl., Bonn 2002, S.323f.

3 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20.12.1989 in Berlin. Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn (1990), S.34, 41.

Auf der Bundestagung der AG der verfolgten Sozialdemokraten (AVS) am 15./16 Juni 1979 erinnerte Willy Brandt daran, dass es „seit 1933 deutsche Arbeiter unterschiedlichen Standorts“ waren, die Widerstand leisteten, und unter ihnen „herrschten damals durchweg Verständnis, Kameradschaft, Hilfsbereitschaft. Dies galt auch im Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.“ Er wandte sich gegen den Monopolanspruch der SED auf das Thema „Widerstand“ und gegen die Verfolgung von Sozialdemokraten nach 1945 in der SBZ, stellte aber auch fest, er „wäre der Letzte, der die unermesslichen Blutopfer kommunistischer Arbeiter und Funktionäre gering achten wollte“ (Bd. 3, S.265f.). Im Vorfeld des jährlichen staatsoffiziellen Gedenkens an die Opfer des 20. Juli 1944 aus konservativ-militärischen Kreisen erinnerte die AVS, so 1981, daran, dass der Widerstand gegen das Hitler-Regime schon am 30. Januar 1933 begonnen hatte, und zwar seitens der „deutschen Arbeiter unterschiedlicher politischer Couleur [...] Am 20. Juli müssen wir daher auch an die zahlreichen Männer und Frauen denken, die seit 1933 im alltäglichen Leben sich dem nationalsozialistischen Regime widersetzten und dabei ständig Freiheit, Gesundheit und Leben gefährdeten.“ (Bd. 3, S.504) Am 18. Juli 1984 hieß es in Bonn auf dem „Forum Geschichte“ zum Thema „Die Sozialdemokratie und der 20. Juli 1944“, „dass das sichtbare Fanal des Widerstands, der 20. Juli, zu Unrecht bis heute von konservativer Seite als ihr Werk vereinnahmt werde. Es gelte, deutlich zu machen, dass der Aufstand des Gewissens nicht erst 1944 begonnen habe.“ (Bd. 4, S.183)

SPD-Gremien äußerten sich auch zur europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert. So nahm das Präsidium des PV am 22. September 1988 eine Entschließung zum Münchener Abkommen von 1938 an, das die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, auch noch in der Nachkriegszeit, belastet habe. Dass es die „demokratischen“ Westmächte waren, die das Abkommen mit Hitler-Deutschland geschlossen und die ČSR an dieses ausgeliefert hatten, erwähnt die Entschließung nicht – und das tragen auch die Chronik-Autoren nicht nach (Bd. 5, S.192f.). Im Unterschied dazu heißt es unter dem 22. August 1989: „Das SPD-Präsidium verurteilt vorbehaltlos den vor 50 Jahren geschlossenen sogenannten Hitler-Stalin-Pakt über die Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion.“ (Bd. 5, S.310) Dieser Pakt bedeutete in der Tat einen Bruch im antifaschistischen Kampf der kommunistischen Bewegung. Aber war er nicht auch durch das Verhalten der Westmächte provoziert?

Am 7. Mai 1980 verabschiedete das Präsidium der SPD eine „Erklärung zum 35. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch die Kapitulation am 8. Mai 1945“. In deren 2. Teil ist auch von „Befreiung vom

Alptraum der menschenverachtenden und verbrecherischen Nazi-Herrschaft" die Rede (Bd. 3, S.356). In „besonders schrecklichem Ausmaß" seien von den Verbrechen Polen und die Sowjetunion betroffen gewesen. Der entscheidende Anteil der Sowjetunion an der Befreiung vom Alptraum der Nazi-Herrschaft wird mit keinem Wort erwähnt. Aber: „Wer an das Elend und die Hoffnungslosigkeit zurückdenkt, die das Nazi-Regime in unserem eigenen Land hinterlassen hatte, wird die Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika und seiner Bürger niemals vergessen können und dürfen." (Es geht um die „humanitären Hilfen aus den USA und die von Washington ausgehende politische und wirtschaftliche Unterstützung", Bd. 3, S.355f.) Unter dem 8. Mai 1985 wird dann doch noch die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker „aus Anlass des 40. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges" zitiert, in der dieser erstmalig von offizieller Seite der BRD feststellte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung." (Bd. 4, S.261)

Ein weiteres Thema der Chronik ist das *Verhältnis der SPD zu Kommunisten*. Anlässlich des 15. Jahrestages des maßgebend von Willy Brandt mitinitiierten „Extremistenbeschlusses", der Kommunisten in der BRD das Eintreten in den öffentlichen Dienst verwehrte, wird in der Chronik unter dem 30. Januar 1987 ausführlich die im „Vorwärts" veröffentlichte Selbstkritik Brandts wiedergegeben: Er nannte den Beschluss einen „unseligen", der „einen Irrweg einleitete: Er hat der Demokratie [...] mehr Schaden als Nutzen zugefügt." Brandt warf sich vor, „nicht vorhergesehen zu haben, dass diese Regeln im Widerspruch zur Demokratie angewandt werden würden. Statt das dienstliche Verhalten zum Maß der Verfassungstreue zu nehmen, wurde das Toleranzgebot gegenüber Andersdenkenden verletzt." Es habe geheißen, „die Republik solle vor allem auch vor der extremen Rechten geschützt werden. In Wahrheit zog man [...] nahezu ausschließlich gegen ‚Linke' zu Felde [...] Wir Sozialdemokraten sind aufgerufen, Wiederholungen zu verhindern – im Interesse der Demokratie." (Bd. 4, S.453)

Eingehend wird in der Chronik das Verhältnis zu den regierenden Kommunisten, im Besonderen in der DDR, verfolgt. Am 4. Mai 1977 meinte Willy Brandt anlässlich der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier, „keine Basis für Bündnisse" mit Kommunisten zu sehen; es müssten aber „zwei Dinge auseinander gehalten werden": „Eine Sache sind die prinzipiellen Gegensätze, die uns vom Kommunismus trennen. Eine andere Sache ist die Erkenntnis, dass die Unterschiedlichkeit der politischen Ordnungen und gesellschaftlichen Systeme das Bemühen um den Abbau von Spannungen nicht behindern darf." Es müsse beharrlich an der Friedenssicherung gearbeitet und „im Zusammenhang damit [sollten] immer wieder

neue Anstrengungen unternommen werden, Gebiete eines gemeinsamen Interesses zu erschließen“ (Bd. 3, S.126f.). In diesem Sinne praktizierte die SPD unter Willy Brandt die an der Entspannungspolitik orientierte Ostpolitik, die in der Chronik nachgezeichnet wird.

Im Zuge dieser Politik war es seit 1983 auch zu Beziehungen zwischen SPD und SED auf Parteiebene gekommen. Pikant: In der Chronik wird das Ereignis, seit dem diese Art von Beziehungen praktiziert wurde, nicht erwähnt: die vom ZK der SED aus Anlass des 100. Todestages von Karl Marx einberufene internationale wissenschaftliche Konferenz im April 1983 in Berlin. An ihr nahm Dr. Wilhelm Bruns teil, als „Leiter der Delegation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung“, wie im Protokollband ausgewiesen ist, und auf „Vorschlag des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt“, wie er zu Beginn seiner Rede sagte. Bruns sprach sich dafür aus, „ein Klima des Vertrauens herzustellen, um damit Voraussetzungen für Abrüstung zu schaffen“. Es ginge um Sicherheitspolitik, auch um Sicherheitspartnerschaft, um atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa; denn es müsse „der Friede als oberste Priorität gesichert werden, damit die Geschichte ohne Gefahr entscheiden kann, welches System das bessere ist.“[4] Und genau diese Themen waren dann Gegenstand der Gespräche zwischen Vertretern der SED und der SPD in den 80er-Jahren, die in den Bänden 4 und 5 der Chronik genannt werden.

Am 17. März 1986 erläuterte Willy Brandt auf der Veranstaltung der SPD „Vierzig Jahre danach“ (gemeint ist die Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ im April 1946) „Thesen zum Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten Ende der achtziger Jahre“. Darin heißt es in These 4: „Die unverwischbaren Gegensätze können uns nicht daran hindern, neue politische und geistige Entwicklungen in kommunistisch regierten Staaten zur Kenntnis zu nehmen“ (Bd. 4, S.348). Nicht zitiert wird in der Chronik hingegen der Satz: „Wir beurteilen heutige Regierungen und Parteien nicht nach den Exzessen der Stalinzeit. Erstarrte Formeln aus der Presse des kalten Krieges taugen nicht für die heute notwendigen Auseinandersetzungen.“[5]

---

4 Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt. Internationale wissenschaftliche Konferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 11. bis 16. April 1983. Reden und Beiträge, Dresden 1983, S.351-353, hier zit. S.352f.

5 Zit. nach: Vor 40 Jahren. Hrsg. Parteivorstand der SPD, Bonn (1986), S.9.

Ein Jahr später fand am 12./13. März 1987 in Bonn ein Geschichtsforum zum Thema „Erben deutscher Geschichte. Bundesrepublik und DDR" statt. Historiker der SPD und der SED diskutierten hier „über ‚Geschichtsinterpretationen und Geschichtsbewusstsein in der DDR und in der Bundesrepublik', über die ‚Reichsgründung von 1871 als Revolution von oben?' und über ‚Chancen und Scheitern der Weimarer Republik'." Es habe neben unterschiedlichen Auffassungen auch Konsens gegeben; auch DDR-Historiker seien „dabei, dort unbequeme Teile des deutschen Erbes aufzuarbeiten, sich zunehmend selbstkritisch zu stellen" (Bd. 4, S.467f.). Den Auftakt – das ist in der Chronik nicht erwähnt – bildete die Rede Willy Brandts über „Die SPD in der deutschen Geschichte", in deren Verlauf er, bezogen auf „die historischen Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten", sagte: „Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müssten."[6] Sätze zum Nachdenken für Politiker und Historiker der SPD wie auch bei DER LINKEN heute.

Eine Form der Beziehungen zwischen SPD und SED waren seit Februar 1984 die Treffen führender Gesellschaftswissenschaftler der DDR, speziell der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, mit Vertretern der Grundwertekommission (GWK) beim PV der SPD (Bd. 4, S.208; Bd. 5, S.32, 61, 264). Am 27. August 1987 veröffentlichten sie in Bonn und Berlin gleichzeitig das gemeinsam erarbeitete und ganz im Sinne Willy Brandts gehaltene Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", in dem „SED und SPD für einen friedlichen Wettbewerb der Systeme und für einen systemoffenen Dialog" plädierten (Bd. 5, S.32). Es wurde fortan zur Messlatte der SPD für das innenpolitische Agieren der SED-Führung, denn es hieß darin u. a., dass die „offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, Vorzüge und Nachteile, innerhalb jedes Systems möglich sein" müsse (ebenda). Auf Verhaftungen von Oppositionellen aus Friedens- und Umweltgruppen in der DDR reagierte der PV der SPD unter Bezugnahme auf das „Streitpapier" mit kritischen Erklärungen, so am 8. Feb-

6 Zit. nach: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR - BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S.16f.

ruar 1988 und am 29. März 1989 (Bd. 5, S.99, 259). Doch ging der Dialog mit Politikern und Vertretern der SED (über Sicherheits- und über Kommunalpolitik, über Menschenrechte u. a.) weiter.

Die Realitäten in der DDR, nicht zuletzt die seit Jahresmitte 1989 anschwellende Flucht vor allem junger Menschen in den Westen, veranlassten Erhard Eppler, der seitens der GWK führend am „Streitpapier" beteiligt gewesen war, in der Gedenkrede im Bundestag zum 17. Juni 1953 u. a. die „realitätsblinde Selbstgefälligkeit" der SED-Führung festzustellen (Bd. 5, S.289). Trotzdem beschloss der PV der SPD am 26. Juni 1989 (einen Tag später vom Parteirat begrüßt) „Grundsätze für die Wahrnehmung von Kontakten mit der SED und deren Gliederungen sowie mit Institutionen, Parteien, Organisationen und Gruppierungen in der DDR", die diese Kontakte für „möglich und nützlich" hielten (Bd. 5, S.295f.).

Doch dazu kam es nicht mehr: SED und DDR strebten ihrem Ende zu. Das wurde in der SPD-Führung z. T. mit Sorge registriert – so in der neunstündigen Sitzung des Präsidiums der SPD am 11. September 1989, in der Eppler erklärte, „er wisse nicht, ob die DDR überhaupt überlebensfähig sei" (Bd. 5, S.315). Sie war es nicht. In diesen Wochen kamen die Beziehungen der SPD zur SED auf Parteiebene zum Erliegen.

Im Weiteren werden in der Chronik die Ereignisse und die entsprechenden Stellungnahmen der SPD vorwiegend unter dem Aspekt der Deutschlandpolitik bis zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik und dem „Tag der deutschen Einheit" am 3. Oktober 1990 verfolgt.

Einen Schlusspunkt in Bezug auf das Verhältnis zur SED setzte Willy Brandt in seiner Rede auf dem Programmparteitag der SPD in Berlin am 18. Dezember 1989: Von der SED verlangte Brandt, „sich ehrlich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen", denn diese Partei sei „nicht durch eine Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern durch eine Gefangennahme der Sozialdemokraten durch die Kommunisten zustande gekommen", ein Unrecht, das wiedergutgemacht werden müsse. Und er fügte hinzu: „Das Recht auf Irrtum stehe Kommunisten zu wie anderen. Sie auszugrenzen wäre unvernünftig." (Bd. 5, S.369) Auch das sind Worte zum Nachdenken, nicht zuletzt wenn es um das Verhältnis der SPD heute zur Partei DIE LINKE geht, die ja keine kommunistische, sondern eine pluralistische Partei ist, in der auch linksorientierte Sozialdemokraten vertreten sind.

Berichte

Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächtnisse. Kolloquium in Berlin

Ingo Materna

Diese Kooperationsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftungen Berlin und Brandenburg sowie des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung anlässlich des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Günter Benser fand mit etwa 120 Teilnehmern am 14. Januar 2011 in Berlin statt. Die Vorsitzenden der Stiftungen *Heinz Vietze* (Berlin) und *Siegfried Prokop* (Brandenburg) würdigten das Lebenswerk des Jubilars, seine jahrzehntelange Arbeit am IML beim ZK der SED und betonten seine wissenschaftliche und politische Rolle im Herbst 1989, als er sich kritisch und selbstkritisch mit der Vergangenheit öffentlich auseinandersetzte. Als erstmalig gewählter Direktor des neuformierten Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (Dezember 1989 bis 1992) versuchte er, neue, jedoch weiterhin marxistische Wege zu finden. Er hat großen Anteil an der Sicherung des Archivs und der Bibliothek des Institutes und deren schließliche Überführung ins Bundesarchiv. Mit persönlichen Bemerkungen schloss sich *Dietrich Staritz* (Karlsruhe) an: von der ersten wissenschaftlichen Begegnung mit Bensers Dissertation 1964 (Probleme der Strategie und Taktik der marxistischen deutschen Arbeiterpartei in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949) und Kontakten auf Ost-West-Konferenzen bis hin zu Bensers Versuchen, Auswege aus der mit dem Umbruch verbundenen Situation der marxistischen Geschichtswissenschaft zu finden, ohne zum „Wendehals“ zu verkommen.

Manfred Neuhaus (Leipzig) widmete sich mit seinem Beitrag „Marx und Engels und die Pariser Kommune“ einigen Aspekten der direkten Demokratie, die in den 70 Tagen der Kommune-Existenz sichtbar wurden, wie der Einheit von legislativer und exekutiver Gewalt und dem allgemeinen Wahlrecht für alle Bürger – radikaldemokratische Elemente, die die Pariser Kommune zum Gründungsmythos der jungen internationalen Arbeiterbewegung werden ließen. Bekanntlich hat Marx in „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ die Kommune einerseits positiv und andererseits kritisch analysiert: als erste „Regierung der Arbeiterklasse“, die die alte „Maschi-

ne“ der „zentralisierten Staatsmacht“ nicht übernehmen konnte, sondern neue, radikaldemokratische Wege beschritt.

Annelies Laschitza (wie der folgende Berlin) sprach in ihrem gemeinsam mit Eckhard Müller erarbeiteten Vortrag über „Rosa Luxemburgs Ideal von einer bewussten freien Selbstbestimmung der Volksmasse“. Mit gewohnter Präzision arbeitete sie Rosas ideale Vorstellungen von der Bewegung der Massen heraus und unterstrich deren Kritik am „parlamentarischen Kretinismus“ der führenden SPD-Gremien, die sich weitgehend auf den bürgerlichen Parlamentarismus beschränkten. Die Bedeutung der Parlamentsarbeit keineswegs negierend, hob Rosa Luxemburg die Eigeninitiative der Massen in der Russischen Revolution 1905 und dann in der Massenstreikdebatte hervor. Die Referentin machte mit einem bisher unbekannten Vortrag Rosas im Januar 1914 vor der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über diese Problematik sowie über deren Auftreten im Parteivorstand bekannt, bei dem sie für eine engere Zusammenarbeit der Partei mit den Gewerkschaften plädierte. Mit großem Interesse wurde Laschitzas Mitteilung aufgenommen, dass zum diesjährigen 140. Geburtstag Rosas ein weiterer Ergänzungsband mit bisher unbekannten Schriften und Briefen erscheinen wird.

Ralf Hoffrogge nannte seinen Beitrag „Rätesozialismus als Traditionsbruch – Sozialismuskonzepte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1920“. Ausgehend von aktuellen Diskussionen darüber, was Sozialismus-Kommunismus sei, griff er auf die Tatsache zurück, dass Marx und Engels nicht die neue Gesellschaft beschrieben, sondern die alte Gesellschaft und deren Negation erörtert hatten – die neue Gesellschaft würde sich nach ihrer Auffassung aus der sozial-politischen Bewegung heraus entwickeln. Hoffrogge führte aus, dass Lassalle, Bebel, W. Liebknecht und Kautsky die Ziele der Arbeiterbewegung über bürgerlich-demokratische hinaus formulierten und Rosa Luxemburg das sozialistische Ziel durch das Zusammenwirken von Spontaneität und Organisation als erreichbar ansah. Die Revolutionen 1917/18 in Russland und Deutschland brachen die bis dahin bestehenden Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus durch spontane Entwicklungen wie die Rätebewegung. Diese beendete den Krieg und schuf neue Repräsentationsorgane gegen den bisher dominierenden Apparat, ließ jedoch kaum Vorstellungen erkennen, wie die sozialistische Gesellschaft zu organisieren sei. Die Rätebewegung sei indes ein bleibendes Vermächtnis.

Feliks Tych (Warschau) war gebeten worden, über „Solidarność und die politische Wende in Osteuropa“ zu sprechen. Die polnische Gewerkschaft Solidarność stellte er als eine Massenbewegung der Arbeiterbewe-

gung des 20. Jahrhunderts dar. Aus persönlichem Erleben schöpfend, erinnerte er an die Ereignisse von 1956, 1968, 1970 in den sozialistischen Ländern und vor allem in Polen und an die Unfähigkeit der regierenden sozialistisch-kommunistischen Parteien, die System-Probleme zu lösen. Die Solidarność habe in zwei Hauptphasen, nämlich 1980/81 und 1988/89, als Massenbewegung agiert, unterstützt von der katholischen Kirche und vom internationalen Kapital, geführt von polnischen Intellektuellen und einzelnen Arbeiterrepräsentanten. Dabei verwies Tych auf den Zusammenhang mit den grundlegenden Wandlungen in der UdSSR 1984/85 und in den folgenden Jahren. In den 90er-Jahren habe die Solidarność schließlich ihre Ziele wie ihre Grenzen erreicht.

Stefan Bollinger (Berlin) referierte über „Basisdemokratie und Verteidigung der Rechte abhängig Beschäftigter – was aus den Erfahrungen des 41. Jahres der DDR zu lernen ist". Er wies nach, dass nach der politischen Wende 1989/90 mit dem Gewerkschaftsgesetz vom 6. März 1990 in den Betrieben der DDR faktisch das Betriebsverfassungsgesetz der BRD von 1976, die „Wirtschaftsdemokratie" des DGB übernommen wurde, zu der es keine Alternative mehr gab.

Mit großem Interesse wurden die Ausführungen von *Peter Brandt* (Hagen) verfolgt: „Die antifaschistischen Ausschüsse des Jahres 1945 in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – eine historische Ortsbestimmung". Ausgehend von der Feststellung, dass es 1945 weitgehende konzeptionelle Übereinstimmungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über eine antimonopolkapitalistische Distanzierung von der Weimarer Republik und eine kritische Haltung zu den Fehlern von 1918 gab, ging der Referent auf das Wirken der antifaschistischen Ausschüsse bei der Bewältigung der Alltagsprobleme, für Sicherheit, für die Entnazifizierung von unten ein. Getragen wurden die Ausschüsse von früheren mittleren und unteren Arbeiterfunktionären, ehemaligen KZ-Häftlingen und Emigranten, auch von Vertretern der Mittelschichten. Im Westen lösten die Besatzungsmächte jedoch schon im Sommer 1945 die Ausschüsse auf. Im Osten nahm man Kurs auf ihre Eingliederung in die sich formierenden antifaschistischen Verwaltungsorgane, deren Aufbau „von oben" erfolgte. Ein Rückhalt bei der Mehrheit der Arbeiterklasse war nicht gegeben, da diese mit der Besatzung nicht „Befreiung" verband und viele negative Erscheinungen erleben musste. Zudem waren die Ausschüsse örtlich gebunden. Die spontane Bewegung wurde also bald durch die Besatzungsregime kanalisiert.

In der anschließenden Podiumsdiskussion formulierten die Teilnehmer kurze Thesen, die allerdings weder direkten Bezug zu einem der Vorträge

noch zueinander hatten: *Ulla Plener* (Berlin) über die schöpferische Rolle des Spontanen in den Basisbewegungen; *Andreas Diers* (Bremen) zu Wolfgang Abendroths Auffassungen von einer sozialen Demokratie; *Reiner Zilkenat* (wie der folgende Berlin) über basisdemokratische Bewegungen in der BRD und in Westberlin in den 60er- und 70er-Jahren und *Rolf Badstübner* über das Wirken der Besatzungsmächte in Ost und West gegen Basisdemokratie nach 1945. Eine themenbezogene Diskussion mit dem Auditorium kam aus Zeitgründen nicht zustande.

In seinem Schlussvortrag „Basisdemokratie gestern, heute und morgen" spannte der Jubilar einen weiten Bogen von der antiken Demokratie bis zum differenzierten Demokratieverständnis unserer Tage. Während bürgerliche Kräfte seit 1848 die parlamentarische Demokratie verfochten, entwickelte die Arbeiterbewegung ein weiterreichendes Demokratieverständnis, das Wirtschaft und Gesellschaft einschloss. Ihr Kampf führte zu sozialen und politischen Fortschritten für die arbeitenden Menschen. Ausführlich widmete sich *Benser* den Schwierigkeiten der Zeit nach 1945. So sei es unmittelbar nach faschistischer Herrschaft und Krieg unmöglich gewesen, sich auf eine demokratische Massenbewegung zu stützen. Auch hätten die Besatzungsmächte das Wirken der sozialistischen Parteien beschränkt. Zugleich realisierten sich partiell basisdemokratische Bestrebungen in vielfach entstandenen Bodenreformausschüssen, Volksentscheiden, Elternvertretungen, Betriebsräten. Aber weder die SPD im Westen noch die SED im Osten orientierten sich an einer basisdemokratischen Gestaltung der Gesellschaft. Als Walter Ulbricht 1952 den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR proklamierte, erklärte er die Staatsmacht zu deren Hauptstütze. 1989 kamen die Hauptakteure nicht aus der Arbeiterbewegung, sie hatten ihre Wurzeln in pazifistisch und ökologisch orientierten Kreisen, in der Bewegung für Menschenrechte, getragen überwiegend von Intellektuellen. Diese hätten es dann allerdings nicht vermocht, demokratischen Fortschritt über die repräsentative Demokratie der BRD hinaus durchzusetzen. Die heutigen basisdemokratischen Bewegungen zeigen weiterführende alternative Ansätze, sind jedoch zumeist ohne dauerhafte Organisation und Strukturen. Die repräsentative Demokratie und basisdemokratische Bewegungen seien, so Benser, nicht eo ipso als grundsätzlicher Gegensatz, sondern als sich ergänzende gesellschaftliche Faktoren zu begreifen und zu fördern.

Es ist vorgesehen, die wissenschaftlichen Ergebnisse des Kolloquiums, ergänzt durch einige weitere Beiträge, herauszugeben.

Die Treuhand – die Gewerkschaften – der Widerstand in Betrieben 1990 und danach. Tagung in Berlin

Günter Benser

Der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung hat die Johannes-Sassenbach-Gesellschaft für die Durchführung einer gemeinsamen Tagung gewonnen, die sich mit fast in Vergessenheit geratenen, nunmehr zwei Jahrzehnte zurückliegenden Auseinandersetzungen in der Arbeitswelt der neuen Bundesländer befasste. Auslöser dieser Kämpfe war die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Treuhandanstalt. Dabei interessierte vor allem – wie im Tagungsthema angedeutet – das Spannungsverhältnis zwischen den für die ostdeutsche Wirtschaft ruinösen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung mit ihrem Vollzugsorgan Treuhand und den sich zu Widerstand aufraffenden ostdeutschen Betriebsbelegschaften. Zwischen diese beiden Pole gerieten die Überreste des FDGB und die einrückenden Funktionäre des DGB beziehungsweise seiner Einzelgewerkschaften, weshalb deren Positionierungen und Aktivitäten in besonderem Maße interessierten.

Die Vorsitzende des Fördervereins *Ulla Plener* (wie die folgenden Berlin), deren Initiative und Drängen das Zustandekommen dieser am 2. April 2011 durchgeführten Tagung in erster Linie zu verdanken ist, eröffnete die Verhandlungen mit dem Verweis auf die Bedeutung und Aktualität ihrer Thematik, die von kompetenten Wissenschaftlern und sachkundigen Zeitzeugen gemeinsam erörtert werden sollte. Dies geschah in zwei Abteilungen. Die erste befasste sich mit Treuhand, Gewerkschaften und bundesdeutscher Demokratie, die zweite mit Widerstand in DDR-Betrieben, vor allem mit der ostdeutschen Initiative der Betriebs- und Personalräte.

Die Diskussionsgrundlage der ersten Abteilung lieferten drei Referate. *Klaus Steinitz*, Professor für Ökonomie, Wirtschafts- und Strukturpolitik, trug seine Sicht auf die Treuhandanstalt vor und ging auf die Ergebnisse ihres Tuns ein. Während Selbsteinschätzungen von einer Erfolgsgeschichte sprechen, machen kritische Wissenschaftler diese Institution in erster Linie für die Absturz der ostdeutschen Industrie und deren nachhaltige Folgen verantwortlich. Dies offenbart sich nicht zuletzt bei einem Vergleich mit den Transformationsprozessen in anderen ehemals planwirtschaftlichen Ländern des RGW. Obwohl dort in der Regel niedrigere

Standards als in der DDR gegeben waren und weniger Investmittel zur Verfügung standen, sind weit mehr eigene Potenziale erhalten geblieben. Dies erklärt sich wesentlich daraus, dass sich mit der Anschlusspolitik, mit Währungsunion und Überstülpen der westdeutschen Wirtschafts- und Rechtsordnung auf die neuen Bundesländer, und zwar zuzeiten einer neoliberalen Offensive, in besonderem Maße von außen eindringende Kapitalinteressen durchsetzten. Diese zielten nicht primär auf die Erhaltung und Erneuerung ostdeutscher Industriekapazitäten, sondern vor allem auf Übernahme regionaler Absatzmärkte sowie Exportlinien, auf Beseitigung unerwünschter Konkurrenz und auf Erschließung von Vermögensanlagen zu Tiefstpreisen. Steinitz wies die Behauptung zurück, dass diese Entwicklung wegen des maroden Zustandes der DDR-Wirtschaft alternativlos gewesen sei.

Im Laufe der Tagung wurde so mancher Nachweis erbracht, dass Praktiken zu Gange waren, die nicht anders als kriminell bezeichnet werden können. Die Endbilanz dieser Institution spricht Bände: Tausende Betriebe, Immobilien, Liegenschaften, Grund und Boden wurden mit einem Verlust von 250 Milliarden DM verramscht. Nicht zufällig war dies jene Zeit, in der in Westdeutschland manche Vermögen beispiellos in die Höhe schossen, wie in der Diskussion vermerkt wurde. In diesem Zusammenhang wird wohl auch die Rolle des ermordeten Treuhand-Chefs Detlev Rohwedder nochmals zu hinterfragen sein. Dass es auch anerkennenswerte Bemühungen mancher Mitarbeiter der Treuhandanstalt gegeben hat, vermag das Gesamtbild nur partiell zu bessern.

Dieter Scholz, der das 1991 geschaffene Verbindungsbüro der westdeutschen IG Metall zur Treuhandanstalt leitete – über eine vergleichbare Einrichtung verfügte nur noch die IG Chemie – berichtete als Zeitzeuge über seine damaligen Aktivitäten und Erfahrungen. Dank seiner Kontakte zu Abteilungen der Treuhandanstalt, zu Landesregierungen, Banken, Gewerkschaften, Betriebsleitungen und Belegschaften verfügt er über tiefe Einblicke in die Geschehnisse. Er unternahm den Versuch, mehrere Entwicklungsphasen herauszuarbeiten. Als sein Verbindungsbüro ins Leben gerufen wurde, lief die von der Treuhandanstalt forcierte Privatisierung auf Hochtouren, während gewerkschaftliche Strukturen der Gegenwehr fehlten oder sich erst im Aufbau befanden. Und es war offenbar beabsichtigt, die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft in einem gewerkschaftsfreien Raum voranzutreiben, in dem nicht einmal die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes zur Geltung kamen. Viel mehr als soziale Abfederungen der Entlassungswellen vermochten da aus Westdeutschland angetretene Gewerkschaftsfunktionäre nicht zu errei-

chen. Vertreter des DGB nahmen unterschiedliche Interessen wahr. Manche Funktionäre sahen die Gefahr, dass eine belastende Transferökonomie entsteht, wenn in den neuen Bundesländern zu viele industrielle Kapazitäten verloren gehen. Nicht selten überwog indes die Vertretung der Anliegen des eigenen Klientels das solidarische Miteinander. Scholz schätzte ein, dass von den Gewerkschaften der historische Gesamtkontext – auch in den alten Bundesländern war ja der Vorstoß des Neoliberalismus mit Privatisierungen am Zuge – nicht erkannt worden sei. Gerade die Rolle der Gewerkschaften sollte sich auf dieser Tagung als besonders diskussionswürdig erweisen, worauf noch einzugehen sein wird.

Jörg Roesler, Professor für Wirtschaftsgeschichte, ging der Frage nach, wie es um die demokratische Legimitation der Treuhandanstalt bestellt war. Er analysierte Dimension und Qualität von Widerstand ostdeutscher Belegschaften und Interessenvertretungen. Er zitierte Stimmen, die seinerzeit Begriffe wie „Nebenregierung", „Imperium Rohwedder", „Allmacht" der Treuhand geprägt haben und wies nach, dass diese Institution außerhalb – eigentlich oberhalb – verfassungsgemäßer demokratischer Prozedere agierte. Es gab keine Kontrolle auf dem Wege des Budgetrechtes, keinen kontrollierenden Bundestagsausschuss, vorgesehene Rechte der Länder blieben ausgespart, Arbeiternehmerrechte kamen nicht zur Geltung. Da es keine Gremien der Konfliktaustragung gab, blieb nur der außerparlamentarische Protest. Der Referent konnte sich auf statistische Erhebungen von Sozialwissenschaftlern berufen, die belegen, dass gemessen an der Bevölkerungszahl im internationalen Vergleich einiger Transformationsländer der Protest in Ostdeutschland am stärksten und in den Formen am radikalsten war.

Thematischer Mittelpunkt der zweiten Abteilung war der Widerstand, erörtert von einem Podium, dessen Teilnehmer seinerzeit in der ostdeutschen Initiative der Betriebs- und Personalräte mitgewirkt hatten. *Judith Dellheim* berichtete über das Zustandekommen und die Aktivitäten dieser Initiative – vor allem über Betriebsrätekonferenzen und Aktionstage – mit dem Erfahrungshorizont der auf Betriebsarbeit konzentrierten Funktionäre der PDS. Hier klang auch an, welche inneren Kontroversen oder Vereinnahmungsversuche die Abwehrkämpfe beeinträchtigten. *Constanze Lindemann*, die 1993 zu dieser Bewegung stieß, brachte Erfahrungen der Gewerkschaft Medien und Kunst ein. Anders als der DGB und manche Industriegewerkschaften gingen viele Funktionäre aus dem Bereich Medien auf ihre ostdeutschen Kollegen zu, auch weil sie sich bewusst waren, dass der in den neuen Bundesländern in Gang gesetzte Abbau sozialer und gewerkschaftlicher Rechte und Standards auch in den alten Bundes-

ländern durchschlagen wird. Wie die Konfrontation des Volkseigenen Gutes Pflanzenproduktion in Langenstein mit Treuhandanstalt und Alteigentümer verlief, verdeutlichte der frühere Direktor dieses Gutes *Werner Kropf* (Wernigerode). Er trat weniger als Zeuge aktiven Widerstandes auf, sondern stellte vor allem die verantwortungsbewusste Nutzung der neuen Gegebenheiten im Interesse der Beschäftigten dieses Gutes vor, was selbstverständlich Rückgrat gegenüber der neuen Obrigkeit erforderte. *Brigitte Schmidt* (Hennigsdorf), aus den Strukturen des FDGB kommend, berichtete über die Schicksale der Belegschaften dreier durch die Machenschaften der Treuhandanstalt betroffener Betriebe: Kunstblume Sebnitz, Möbelwerke Zeulenroda und die in Neuheim bei Jüterbog angesiedelte, von Flüchtlingen und Umsiedlern aus Gablonz (Jablonec) betriebene Herstellung von Schmuck- und Bijouteriewaren. Das erste Beispiel fiel in die Periode der brachialen Liquidierung von Produktionsstätten durch die Treuhand. Beim zweiten Beispiel konnte sie auf einen aktiven Betriebsrat und eine widerständige Belegschaft verweisen, die jedoch die Verschleuderung von Geldern und das Verschieben von Produktionsanlagen ins Ausland nicht verhindern konnten. Im dritten Falle handelt es sich um ein Paradebeispiel, wie ein zukunftsfähiger ostdeutscher Produktionszweig aus Konkurrenzgründen mit niederträchtigen Methoden kaputt gemacht wurde.

Hohe Symbolkraft kommt dem Widerstand in der Kaliindustrie zu, verbunden mit dem Namen Bischofferode, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens wurde hier derart eklatant wider jegliche wirtschaftliche Vernunft gehandelt und wurden derart vordergründig westliche Standort- und Kapitalinteressen bedient (auch seitens dortiger Gewerkschaftsfunktionäre), dass es selbst Parteigänger der Allianz für Deutschland empörte. Zweitens leisteten die Kalibergleute einen überaus energischen – auch vor dem Hungerstreik nicht zurückschreckenden – und zugleich ideenreichen Widerstand, der in allen Teilen Deutschlands aufmerksam verfolgt wurde. Darüber berichtete *Gerhard Jüttemann* (Holungen), der sich als wahrer Volkstribun an die Spitze dieser Bewegung gestellt hatte. Zwar blieb diesen Aktionen der durchschlagende Erfolg versagt, aber die Kalibergleute vermochten sich Abfindungen zu ertrotzen, von denen andere Entlassene und Ausgestoßene nur träumen konnten. Schließlich sprach *Willibald Jacob* (Berlin) darüber, was einen evangelischen Pfarrer veranlasste, sich der ostdeutschen Initiative der Betriebs- und Personalräte anzuschließen, was nicht den Beifall seiner Kirche fand. Er hob hervor, dass es neben allen wirtschaftlichen und sozialen Belangen immer auch um die Verteidigung der Menschenwürde, der Würde der von ihrer Arbeit lebenden Männer

und Frauen ging. Leider hatten sich Kolleginnen und Kollegen, die über die Seerederei Rostock, das Geräte- und Reglerwerk Leipzig und über das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder berichten wollten, aus triftigen Gründen entschuldigen müssen. Aber auch so zeichnete das Gebotene ein lebendiges Bild damaligen Geschehens und gab Stoff für die Diskussion.

Die Diskussion im Einzelnen wiederzugeben, würde diesen Bericht überfordern. Als Resümee des Berichterstatters lässt sich folgendes hervorheben:

Über die negative Rolle der Treuhandanstalt und deren weitreichende Folgen waren sich alle im Wesentlichen einig; Differenzen zeigten sich in der Beurteilung der Gegenkräfte. Noch im Nachhinein konnten die Tagungsteilnehmer die zeitgenössische gegenseitige Wahrnehmung von Akteuren aus Ost und West, von Vertretern unterschiedlicher Organisationen und gegensätzlicher Strömungen verfolgen. Doch wurden Kontroversen sehr sachlich, mit einer Debattenkultur ausgetragen, die anderenorts oft fehlt. Gerade bezüglich der Rolle der Gewerkschaften trafen in der Diskussion unterschiedliche Erfahrungswelten aufeinander. Hatten die einen in erster Linie den desolaten Zustand der FDGB-Nachfolgeorganisationen und den Vertrauensverlust ihrer Funktionäre in Erinnerung, so die anderen die Ausgrenzung ostdeutscher Kollegen durch Funktionäre des DGB und die Ostexpansion von Weststrukturen.

Die Geschehnisse brachten sehr widersprüchliche, mitunter sich auch rasch verändernde Entwicklungen hervor, deren Stellenwert noch der genaueren Ausleuchtung bedarf: Das betrifft die gerade auch in der ostdeutschen Arbeiterbevölkerung vorhandenen illusionären Erwartungen an eine „Wiedervereinigung“, die sich in Wahlergebnissen niederschlugen, welche den Crash-Kurs in die „Einheit“ überhaupt erst ermöglichten und klassenbewusste Arbeiter in der BRD enttäuschen mussten. Das äußerte sich als Prozess der Entsolidarisierung, denn zunächst agierte in der Regel jede Belegschaft für sich, und oft zerbrachen die Bande zwischen den Entlassenen und den in Arbeit verbliebenen Kolleginnen und Kollegen rasch. Da ging es um Standortvorteile, die westdeutsche Unternehmen auch mit Unterstützung von Gewerkschaften gegen ostdeutsche Belegschaftsinteressen durchsetzten, u. a. m. Dahinter stehen indes tiefer liegende Ursachen. Die von der SPD, dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften repräsentierte, mehr oder weniger linke Strömung der Bundesrepublik vermochte der Politik der Kohl-Regierung kein eigenes strategisches Konzept entgegenzusetzen. Die Forderung „Die Einheit sozial gestalten“ war gegenüber der allumfassenden Vereinnahmungs- und Abwicklungspolitik mit ihren innen- und außenpolitischen Komponenten

ein ziemlich bescheidenes und hilfloses Konzept. Auf ein Aufgreifen des zunächst basisdemokratischen Aufbruchs, wie er in der DDR eingesetzt hatte, wurde verzichtet. Organisationspolitisch liefen die Prozesse der Schaffung gesamtdeutscher Gewerkschaftsverbände und einer gesamtdeutschen Sozialdemokratie nicht wesentlich anders ab als auf staatspolitischer Ebene. Das birgt noch viel Diskussionsstoff. So bleibt zu hoffen, dass der geplante Band mit den Erträgen dieser Tagung bald erscheint und die weiteren Erörterungen befruchtet.

Leserzuschrift

Eine Erwiderung auf die Rezension von Martin Holler[1]

Erhard Pachaly

Der Rezensent kommt zu dem Schluss, dass der Sammelband nicht zu empfehlen ist. Dieser Einschätzung, die dem gegenwärtigen „Geist der Herren, in dem die Zeiten sich bespiegeln“ (Goethe) dient, muss widersprochen werden.

Vor einigen Jahren wurde in der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, der beide Herausgeber angehören, das Vorhaben geplant, kurze Lebensbilder aller noch lebenden ehemaligen deutschen Häftlinge, soweit diese damit einverstanden waren, zu erarbeiten und in einem Sammelband zu veröffentlichen. Die Auswahl wurde also durch das Leben und den Tod bestimmt, denn einige verstarben, kurz nachdem sie den ihnen geltenden Beitrag bestätigt hatten. Es verstand sich von selbst, dass jeder den ihm gewidmeten Beitrag autorisierte und damit auch den bestimmenden Einfluss auf den Umfang des darzustellenden Lebensabschnittes sowie auf den Stil des Textes hatte. So konnte von einigen ein komplettes Lebensbild gezeichnet werden, während bei anderen nur die KZ-Zeit Aufnahme fand. Die Prämisse, nur lebende Buchenwalder Häftlinge darzustellen, hatte zwangsläufig zur Folge, dass nicht alle Häftlingskategorien erfasst werden konnten. Der Wert des Buches liegt vor allem darin, dass der Leser auf engem Raum die Gründe für die Einlieferung in das KZ Buchenwald kennenlernt und die unterschiedlichen Erlebnisse der Leiden und der gegenseitigen Hilfe, aber auch der Brutaliität der SS und ihrer Helfershelfer nachvollziehen kann. Er lernt den Willen und den Mut zum Leben kennen, und das am Schicksal des Einzelnen. Er hat zugleich die Möglichkeit des Vergleichs, wie mehrere Häftlinge die gleiche Situation erlebt und verarbeitet haben.

Die Grundidee des Bandes, nur lebende Buchenwaldhäftlinge vorzustellen, verbot eine längere Darstellung des Einzelnen und demzufolge auch – um dem Neuheitseffekt zu dienen – sich auf einzelne, in der Literatur nicht auffindbare Aspekte zu konzentrieren. Das nicht erkannt zu haben, spricht nicht für einen aufmerksamen Leser.

---

1 Rezension zu: Peter Hochmuth/Gerhard Hoffmann (Hrsg.): Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen. Lebensbilder, in: JahrBuch, 2010/III, S. 198f.

Die kurzen biografischen Darstellungen zeugen von der Nachhaltigkeit des Erlebens der KZ-Haft und dem Einsatz für politische und soziale Verhältnisse, die keine Konzentrationslager zulassen, unabhängig davon, wohin es die ehemaligen KZ-Häftlinge nach ihrer Selbstbefreiung verschlug.
Für die Antifaschisten, die in der DDR lebten, war es selbstverständlich, in ihrem Staat für ihre antifaschistischen Ideale zu wirken. Das zu akzeptieren und zu würdigen, gehört nicht zum „Geist der Zeiten", ist aber wahr!
Dem will sich Martin Holler offensichtlich verschließen.

Buchbesprechungen

Marcel van der Linden: Workers of the World. Essays toward a global labor history (Studies in Global Social History, Vol. 1), Brill, Leiden-Boston 2008, 469 S.

Der Autor, Forschungsdirektor am Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, legt mit seinem Essaybd. eine Konzeption der globalen Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung vor, die über die traditionelle Sicht auf die Geschichte des europäischen und nordamerikanischen Proletariats hinausgehend auch Sklaven, Plantagenarbeiter, Kulis oder anderweitig abhängige Arbeitskräfte in aller Welt einbezieht und für die Forschung auf diesem Gebiet neue Blickpunkte und Fragestellungen skizziert.

Im Zusammenhang mit der Dekolonialisierung begann seit den 1950er-Jahren eine globale Betrachtung der Arbeitergeschichte zu entstehen, die daranging, die eurozentristische, nationalistisch bzw. nationalstaatlich bestimmte Sehweise zu überwinden. Unter Heranziehung der Literatur verschiedener Regionen, Epochen und Disziplinen kommt es dem Vf. darauf an, eine Interpretation der Arbeitergeschichte zu bieten, welche die Geschichte der Sklaverei und der indentured labor (befristete Vertragsarbeiter meist in der kolonialen Welt) ein schließt. Er stellt die Frage nach der globalen, weltweiten Natur der Arbeiterklasse, nach den Formen ihrer kollektiven Aktionen und nach dem Nutzen verwandter Disziplinen wie Anthropologie, Soziologie und anderer Sozialwissenschaften für dieses Forschungsgebiet (S.9f.).

Die auf Karl Marx zurückgehende Definition der Arbeiterklasse unterzieht der Vf. einer „konstruktiven Kritik“. Sie stelle weiterhin eine wichtige Quelle der Inspiration für die Wissenschaftler dar, und trotz mancher Schwächen sei seine Analyse „die beste, die wir haben“ (S.18). Für den Vf. bestehen fließende Grenzen zwischen Lohnarbeit und Sklaverei, Lohnarbeit und den selbstständig abhängig Tätigen, Lohnarbeit und „Lumpenproletariat“ (S.27). Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Sklaverei stelle sich die Frage, warum der Kapitalismus in bestimmten Epochen und geografischen Räumen Lohnarbeit bevorzuge, in anderen Zeiten und Regionen dagegen nicht. Die Kapitel 3 „Why ‚free‘ wage labor?“ und 4 „Why chattel slavery?“ versuchen diese Fragen zu beantworten.

Im folgenden Teil der Essaysammlung wendet sich der Vf. den kollektiven Anstrengungen der Arbeiter zu, den Bemühungen, ihre Lebenslage zu verbessern und weniger riskant zu machen. Er bietet hierzu eine breit gefächerte Typologie dieser auf gegenseitige Unterstützung gerichteten Anstrengungen, bevor er sich in einem weiteren Abschnitt den Formen des Widerstands widmet. In jeweils einem Kapitel untersucht er dann Streiks, Käuferprotest (Boykott), Gewerkschaften und den Internationalismus der Arbeiter. Für den Forscher, der sich mit der

Geschichte der Arbeiterbewegung und den verschiedenen Facetten ihres Kampfes beschäftigt, bieten die vier Kapitel dieses Abschnittes, wie das Buch im Allgemeinen, zahlreiche spezielle nützliche Hinweise und Anregungen.

Das Kapitel 12 „Labor internationalism" verdient naturgemäß die besondere Aufmerksamkeit des Lesers, der um einen Zugang zu heutiger globaler Betrachtung des Themas bemüht ist. Der Vf. richtet den Blick auf den proletarischen Internationalismus und seine „Aktivitäten von unten". Er versteht darunter „die kollektiven Aktionen einer Gruppe von Arbeitern in einem Land, die ihre kurzfristigen Interessen als eine nationale Gruppe zugunsten einer Gruppe von Arbeitern in einem anderen Land hintansetzen, in der Absicht, ihre langfristigen Interessen als Mitglieder einer transnationalen Klasse zu fördern" (S.259).

Der Vf. konzentriert sich in seiner Betrachtung auf die grenzüberschreitende internationale Solidarität mit dem Schwerpunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten, wie beispielsweise die Solidarität britischer und französischer Arbeiter mit dem Norden der USA während des Amerikanischen Bürgerkrieges. Es werden von ihm fünf Phasen dieser Entwicklung unterschieden:

1. Die Entstehung eines Selbstbewusstseins der Arbeiter und der Arbeiterbewegung vor 1848, wie es sich im Kommunistischen Manifest niederschlägt.
2. „Subnationaler Internationalismus" von 1848 bis in die 1870er-Jahre, der sich unterhalb nationaler Grenzen zeigte. Ausdruck dessen war die Gründung der I. Internationale.
3. „Transition" in den 1870er- bis 1890er-Jahren, eine Übergangsperiode, in der es zur Gründung nationaler Gewerkschaftsverbände kam.
4. „Nationaler Internationalismus" (1890er- bis 1960er-Jahre), der sich beispielsweise in der Wirkung internationaler Gewerkschaftszusammenschlüsse widerspiegelte.
5. „A new transition" seit den 1960er-Jahren mit veränderten ökonomischen Bedingungen und neuen Herausforderungen für die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Dabei soll festgestellt werden, dass die verknappte Wiedergabe dieses Schemas der differenzierteren Sicht des Vf. auf die einzelnen Perioden und ihren Inhalt nicht ganz gerecht wird.

Im letzten Abschnitt verweist der Vf. dann auf den Nutzen verwandter Disziplinen für eine globale Arbeitergeschichte. Er geht auf die von Immanuel Wallenstein und anderen begründete „World-system theory" ein (Kapitel 13), beleuchtet (Kapitel 14) die von Hausfrauen geleistete Arbeit zum Lebensunterhalt der Familie („subsistence labor") und bezieht die Forschungsergebnisse ethnologischer Studien in Papua Neuguinea in den Kontext der Labor history ein.

Das theoriegesättigte Buch ist keine leichte Lektüre, womit das Verdienst einer derartigen methodologischen Schau nicht geschmälert werden soll. Man kann viele Informationen, zahlreiche Anregungen und zum Nachdenken führende kritische Überlegungen entnehmen. Dabei räumt der Vf.

selbst ein, dass die traditionelle Labor history ihre Bedeutung weiterhin behalten wird, was der Rezensent bestätigen möchte.
Die Mehrzahl der Kapitel des Buches war in Gestalt von separaten Essays bereits vom Autor veröffentlicht. Damit teilt das Buch Vorzüge und Schwächen derartiger Sammelwerke, die eine Vielzahl von Gesichtspunkten beleuchten, aber nicht „wie aus einem Guss" erscheinen.
Das Buch wird mit einer umfänglichen Bibliografie zum Thema abgeschlossen (S.379-454). Zur Verwunderung des Rezensenten vermisste er darin die Pionierstudie von Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England". *Peter Schäfer*

Diemut Majer: Frauen – Revolution – Recht. Die grossen Europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen. Unter Einbezug von England, Russland, der USA und der Schweiz (Europäische Rechts- und Regionalgeschichte, Bd. 5), Dike Verlag, Zürich-St. Gallen; Nomos, Baden-Baden 2008, XXXIII, 479 S., Abb.

Die zwei Jahrhunderte überblickende, komparatistische Studie zur in der Forschung vernachlässigten Thematik „Frauen und Recht" ist ein Resultat der jahrelangen Auseinandersetzung der Vf. mit dem Thema, die sie zuerst als Dozentin und später als Professorin an den Universitäten München und Bern geführt hat. Diese Studie, zu der das von der Autorin im Wintersemester 1988/89 in München geleitete Seminar zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution Anstoß gab, wendet sich in erster Linie an Studierende der Hoch- und Fachschulen, gleichzeitig aber auch an alle an der Rechtsgeschichte der Frauen Interessierten. Eventuell erklärt dieser breite Ansatz den minimalen Zugriff auf Quellen und die Einschränkung auf die vorliegende Sekundärliteratur. Unter den für die studentische Lektüre herausgesuchten Quellen im Dokumententeil (S.399-430) bietet der „Literarische Texte und Bemerkungen zum Frauenbild am Ende des 18. und im 19. Jahrhundert (Klassik – Romantik – Spätromantik)" benannte Teil (S.422-429) den Studierenden vorwiegend allgemein gehaltene Bemerkungen der Autorin, die sie auch nur mit wenigen Zitaten aus den authentischen literarischen Texten belegt.
Der in der Einleitung formulierte Anspruch auf eine „gesamteuropäische" Darstellung (S.12) wird durch die „Ausblicke" auf die Entwicklung der rechtlichen Situation der Frauen in den USA und in Russland sowie durch das Auslassen z. B. Italiens und Tschechiens konterkariert, obwohl genügend entsprechende neuere Forschungsliteratur vorliegt. Der „Ausblick auf Russland" wird benutzt, um die fragwürdigen Thesen aufzustellen, „dass, wenn eine liberale Gesetzgebung den Frauen Rechte einräumt, diese zurückgenommen werden, sobald autoritäre Regierungen und damit das traditionelle Patriarchat (wieder) zur Macht kommen" (S.382), und dass „die Zurückdrängung der Frauen" in der Sowjetunion „ähnlich wie im Nationalsozialismus" erfolgt sei (S.383).

Die ziemlich schematisch und simpel gehaltene Formulierung des Hauptanliegens der Studie, „die Auswirkungen der Revolutionen und des Auftretens der Frauen auf ihre Rechtsstellung“ zu zeigen und „die Verknüpfung zwischen ereignisgeschichtlichen (Frauen, Revolution) und rechtshistorischen Elementen (Rechtsstellung der Frauen) herzustellen“ (S.X), führte zu entsprechenden, simplifizierten Verallgemeinerungen, die der historischen Grundlage entbehren: In Frankreich führte die doppelte Zurückweisung der Frauenemanzipation durch die herrschende Rechts- und Gesellschaftsordnung wie auch durch den oppositionellen Sozialismus dazu, dass im 19. Jh. „die Frauenfrage rechtlich nicht gelöst wurde“ (S.85); in Deutschland und Österreich hätten die „Anstrengungen der Frauenbewegung“ einen „Misserfolg“ geerntet (S.392); und die Frauen in den angelsächsischen Ländern vermochten „das Patriarchat nicht zu überzeugen“ (S.393). Auch die mehrmals wiederholte Behauptung über das „Verblassen“ der „Erinnerung an die Frauenemanzipationsbestrebungen in den Revolutionen von 1789 und 1848“ aus dem geschichtlichen Gedächtnis der Frauen (S.84) verlangt nach relativierender Korrektur. Gerade das Wirken gegen dieses „Verblassen“ findet sich doch bei vielen Repräsentantinnen der Frauenbewegung, unabhängig von ihren politischen Ansichten. In Deutschland waren es Louise Otto-Peters, Louise Dittmar, Louise Büchner, Henriette Goldschmidt, Helene Lange, Clara Zetkin, Emma Adler, Anna Blos, Gertrud Bäumer usw. Und auch August Bebel in seinem Werk „Die Frau und Sozialismus“, das 1909 schon in 50. Auflage gedruckt wurde, erinnerte an den aufopferungsvollen Einsatz von Madame Roland, Olymp de Gouches, Rose Lacombe und Marie Wollstonecraft. Blättert man in der deutschsprachigen Frauenpresse des 19. und des beginnenden 20. Jh., in “Frauen-Zeitung“ (1849-1853), „Neue Bahnen“, „Die Frau“, „Politische Frauen-Zeitung“ oder „Die Gleichheit“, um nur einige zu nennen, fällt im Vergleich zur heutigen Frauenpresse die Häufigkeit auf, mit der an die Vorgängerinnen erinnert wurde. Dass die Frauenrechtlerinnen aller Generationen und politischen Ausrichtungen an die Ideen dieser beiden Revolutionen angeknüpft und in deren Geist gekämpft haben, auch wenn es die Männer nicht für zeitgemäß hielten, Frauenrechte zu proklamieren, braucht keine besondere Erläuterung.

Bei aller Notwendigkeit, den Studentinnen und Studenten ein geeignetes Studienmaterial vorzulegen, bleibt der Wunsch nach mehr Wissenschaftlichkeit und damit Objektivität gerade bei einem solchem Vorhaben offen.

Irina Hundt

Martin Hundt (Hrsg.): Der Redaktionsbriefwechsel der Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher (1837-1844), Bd. 1, 2, Apparat, Akademie Verlag, Berlin 2010, XXXV, 774 S., XIX, 591 S., App. 281 S.

Man wird künftig nicht mehr über das philosophische und politische (auch juristische, historische, literarische und theologische) Denken im deutschen Vormärz verantwortungsbewusst mit-

reden können, ohne den hier vorzustellenden Redaktionsbriefwechsel des zunächst als „Hallische“, später als „Deutsche“ und schließlich als „Deutsch-Französische Jahrbücher“ firmierenden Zentralorgans der Junghegelianer ausgewertet zu haben.

Zu den etwa zweihundert, in vielen Fällen polizeilich überwachten und der Zensur unterworfenen Autoren und/oder Adressaten der zwischen August 1837 und Juni 1844 gewechselten insgesamt 1.222(!) Briefe gehören unter anderem: Altenstein, Bakunin, Bauer, Bernays, Bluntschli, Carriere, Droysen, Duncker, Echtermeyer, Engels, Ewerbeck, Feuerbach, Fröbel, Gans, Grimm, Haym, Heine, Herwegh, Heß, Jellinek, Kapp, Kirchmann, Köppen, Laube, Marx, Meyen, Michelet, Mohl, Nauwerck, Oppenheim, Prutz, Rosenkranz, Sallet, Schelling, Schwab, Simrock, Stahr, Stein, Strauß, Venedey, Vischer, Wigand, Zeller, Zimmermann und vor allem natürlich Arnold Ruge samt dessen „unthertänigstem“ Gesuch vom 23. Juni 1842 an das „Hohe Ministerium des Innern“ in Dresden, die Leipziger Tendenzzensur aufzuheben (S.1088).

Auch wenn einer der Briefeschreiber – es war Marx! – dem Empfänger versichert, dass er „von Kopf bis Fuß und zwar allen Ernstes“ auf Liebe eingestellt sei (S.1248), handelt es sich nicht etwa um Privatkorrespondenzen. Tatsächlich ist es der Quellenkorpus einer sich als politisch-wissenschaftliche Partei verstehenden Bewegung, deren Epistelflut vom heutigen Hrsg. als Netzwerk, sogar als virtuelle Akademie verstanden wird. Das ist nicht etwa eine Überinterpretation. Projektierte doch Ruge in Briefen an Feuerbach vom 4. Dezember 1839 und vom 10. Oktober 1841 tatsächlich „eine Academie der freien philosophischen Richtung in Dresden“ mit zehn bezahlten Stellen (S.466) und die Umwandlung der „Jahrbücher“ zu einem Organ der freien Wissenschaft an einer zu gründenden „Universität nach neuem Schnitt“ (S.844).

Die Rekonstruktion des Redaktionsarchivs der „Jahrbücher“ (deren Redakteure und Autoren honoriert wurden) offenbart einen sich als Weiterführung von Reformation und Aufklärung, ja sich als personifizierten und jedenfalls entchristlichten Weltgeist begreifenden Junghegelianismus, der nach seinem eigenen Verständnis die Götterdämmerung des zeitgenössischen Absolutismus betreibt und dessen salbungsvolle Heuchelei, laut Ruges Formulierung: „niederfurzt“! (S.1178) Die „Paladine für Thron und Altar“ (S.884) fanden wie die „niederträchtigen Zünfte der alten Universitäten“ keine Gnade (S.1156) vor den radikalen Rationalisten, jener „Partei der Freiheit“ (S.1132). Die Zielstellungen der Akteure waren mehrdeutig, gewiss. Dass aber der Gegenwartsstaat sich in eine gerechte Gesellschaft verwandeln müsse, in der statt der Knechtschaft die Freiheit dominiert, statt der Ständeunterschiede die Gleichheit, statt der Massenarmut das edle menschliche Dasein – auf solch eine Forderung, in diesem Fall von Karl Nauwerck artikuliert (siehe „Wigand’s Vierteljahrsschrift“, Bd. 1, Leipzig 1845, S.73), hätte man sich einigen können.

Dass der Junghegelianismus auch die frühe Arbeiterbewegung beeinflusste, zeigt sich bei Jacob Venedey, einem

der Leiter des Bundes der Geächteten, ebenso wie bei August Hermann Ewerbeck, dem Mitglied der Zentralleitung des Bundes der Gerechten (und später auch des Bundes der Kommunisten). Beide korrespondierten mit dem Hrsg. der „Jahrbücher", in denen Venedey auch publizierte. Und in dessen Brief an deren Redaktion vom 19. März 1844 wird „die Emanzipation Jedes Einzelnen" als „Bedingung der Emanzipation Aller" (S.1345) für Deutschland angekündigt. Damit wird zumindest teilweise der inzwischen am häufigsten zitierte Satz des „Manifests der Kommunistischen Partei" vom Februar 1848 antizipiert, wonach an die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft eine „Association" treten werde, „worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist" (MEGA, Bd. I/10, S.621, Bd. I/31, S.565; MEW, Bd. 4; S.482; 39, S.194). Dass Friedrich Engels im November 1843 den Kommunismus als „necessary consequence of New Hegelian philosophy" bewertete (MEGA, Bd. I/3, S.509; MEW, Bd. 1, S.494) und dadurch den ganzen Junghegelianismus ehrte, ist in früheren Jahrzehnten zuweilen vergessen worden.

Aber nicht nur der von H. überwiegend in Berliner, Weimarer, Dresdener und Moskauer Archiven aufgespürte, von ihm mühsam entzifferte und nun im Akademie Verlag publizierte Briefwechsel zu den junghegelianischen „Jahrbüchern" bereichert unser Wissen um die Geistes- und Gesellschaftsgeschichte zwischen Hegels und Goethes Tod einerseits und der 1848er-Revolution andererseits; es sind auch die so umfangreichen wie sachkundigen Annotationen, mit denen der heutige Hrsg. seine Epistelfunde präsentiert: Kärrnerarbeit auf höchstem Niveau. Und dann kommen noch die von ihm gefertigten ausführlichen biografischen und bibliografischen Register hinzu, denen eine umfangreiche Analyse des „Junghegelianismus im Spiegel seiner Briefe" vorangestellt ist. In ihr werden unter Auswertung der internationalen Literatur vor allem die Streitfragen erörtert und einer ausgewogenen Klärung zugeführt, etwa: War der junge Hegel selbst der erste Junghegelianer? Wann begann junghegelianisches Denken und wann die junghegelianische Bewegung? Mit Heinrich Heine und seiner „Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland" von 1834, David Friedrich Strauß und seinem „Leben Jesu" von 1835 oder gar mit Eduard Gans, der, beginnend bereits in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre, Preußen als vormundschaftlichen Staat charakterisierte, eine politische Opposition legitimierte und schließlich Hegels Sozialphilosophie mit den Gedankengängen französischer Sozialisten amalgamierte? War Bruno Bauer der Totengräber des Junghegelianismus oder endete der mit Marxens März-Briefen von 1843? Und warum mussten in den Fünfzigerjahren unseres 20. Jh. Hegel und der Junghegelianismus gegen den Stalinismus verzweifelt verteidigt werden (App., S. 52, 70)?

Eine Geschichte des Junghegelianismus steht noch aus, stellt H. fest. Wer anders könnte sie schreiben als der Hrsg. des Redaktionsbriefwechsels der „Jahrbücher", mit dem er selbst eine Basis für solch ein Unternehmen schuf. Getane Arbeit verpflichtet nun einmal zu neuem Tun! *Hermann Klenner*

Rolf Hosfeld: Die Geister, die er rief. Eine neue Karl-Marx-Biographie, Piper Verlag, München 2009, 260 S.

Der Autor spielt mit dem Titel seines Buches nicht nur auf eine berühmte Stelle aus Goethes ‚Zauberlehrling' an, sondern offensichtlich auch auf die im Namen des Marxismus begangenen Verbrechen. Unmittelbar drängt sich die erste Frage auf: Ist es möglich, von einer impliziten Anklage auszugehen und dennoch „einen neuen, unverstellten Blick auf das unruhige Leben des Karl Marx" zu richten? Dem Buch vorangestellt ist ein Satz von Richard Rorty: „Gescheiterte Prophezeiungen sind oft eine inspirierende Lektüre." (S.6) Dieses Epigraph ist einem Artikel über das „Manifest der Kommunistischen Partei" entlehnt, in dem der amerikanische Philosoph sich 1998 darum bemühte, Gemeinsamkeiten zwischen dem „Neuen Testament" und der 150 Jahre alten Proklamation darzustellen. Bekanntermaßen vergleicht Marx in dem Manifest „die moderne bürgerliche Gesellschaft" mit „dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor" (MEW, Bd. 4, S.11). Eine gewisse Süffisanz des Titels der Biografie wird hiermit augenscheinlich: Marx' eigene Anspielung auf Goethe wird gegen ihn selbst gekehrt.

All diese Anlehnungen und Zitate verweisen in den Bereich der Religion und des Aberglaubens, was unweigerlich zur zweiten Frage führt: Welche Verbindung gibt es zwischen dieser letztlich obskurantistischen Sphäre und Marx' Denken? Der junge Doktor der Philosophie betrachtete die Religion durchaus als einen „Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend" und behauptete, dass „die Voraussetzung aller Kritik" die Kritik der Religion sei, um sie zugleich mit Nachdruck für beendet zu erklären (MEW, Bd. 1, S.378). Zweifellos finden sich immer wieder religiös gefärbte Formulierungen im Marxschen Werk, aber sollte man deshalb, wie H. es tut, von einem „neuen, materialistischen Pantheismus der Geschichte" sprechen (S.44) und des Weiteren einen impliziten Vorwurf der Eschatologie (S.48f.) einwerfen?

Da H. sein Buch nur bedingt chronologisch aufgebaut hat, überrascht es wenig, dass er bei der journalistischen Arbeit des jungen Marx als Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung" ansetzt. Mit diesem Abschnitt in Marx' Leben fängt der erste, mit „Ideen" betitelte Teil der Biografie an. Nach Ansicht des Autors war Marx' erste Idee „die einer vernünftigen Freiheit" (S.32), die jedoch an den vorherrschenden Verhältnissen in Preußen gescheitert sei und somit zu dessen Radikalisierung beitrug. Dass Marx hierbei kein Einzelfall, sondern vielmehr „ein Kind seiner Zeit" (S.9) war, welche sich durch gesellschaftliche Spannungen, technologische und wirtschaftliche Umwälzungen auszeichnete, wird von H. überzeugend vorgeführt. Marx musste somit einen anderen Weg einschlagen, der ihn schließlich zu seiner zweiten Idee führte, dem Historischen Materialismus (S.34). H. hat nicht Unrecht, wenn er darauf hinweist, dass dem Denken von Marx eine gewisse verzerrende Gebunden-

heit durch eine „philosophisch begründete Zielvorgabe“ inhärent ist.
Seine nachfolgende Behauptung, dass dieses „nicht nur alle wissenschaftliche Neugier, sondern bereits deren Ergebnisse präfigurieren sollte“ (S.51), klingt jedoch im Hinblick auf das gesamte Œuvre Marx’ als überzogen. Die von H. in diesem Zusammenhang aufgeworfene Frage, „ob die Empirie bei Marx jemals eine wesentlich andere Rolle spielte als bei Hegel“ (S.44), lässt sich insbesondere im Hinblick auf Marx’ Spätwerk eindeutig bejahen.
Dass das Proletariat eine besondere historische Aufgabe habe und damit eine spezifische Klasse sei, stelle Marx’ dritte Idee dar. Die vierte Idee betraf H. zufolge „die Einebnung von Komplexitäten“ (S.65) durch Marx, der „überraschend einfache Antworten auf höchst komplexe Fragen“ (S.37) geliefert habe. Obwohl Marx eigentlich keinen systematischen Entwurf zur Diktatur des Proletariats hinterließ, stelle diese die fünfte Idee des stets Zweifelnden dar. Zum Schluss des ersten Teils spricht H. erneut von Marx’schen „Prognose[n] eines bevorstehenden Weltgerichts“ (S.64) und präsentiert Marx als einen Träger „der eschatologischen Flamme“ (S.73).
„Taten“ heißt der zweite Teil des Buches, in dem der Autor ein Profil von Marx als Politiker zu umreißen versucht. Dabei geht er nicht nur auf die politischen Verfolgungen ein, die Marx erdulden musste, sondern spricht u. a. dessen – aus heutiger Sicht fragwürdige – Unterscheidung zwischen „fortschrittlichen“ und „reaktionären“ Nationen an. Er schreibt, Marx sei kein Romantiker gewesen (S.113), attestiert ihm später dennoch ein gewisses Unbehagen gegen die Realpolitik (S.138). Das Muster, dem H. hierbei folgt, entspricht der pejorativen Unterscheidung zwischen Fundis und Realos. Dies wird insbesondere am Beispiel des komplizierten Verhältnisses zwischen Marx und Ferdinand Lassalle anschaulich, der unzweideutig als Realpolitiker dargestellt wird.
Der dritte, mit „Entdeckungen“ überschriebene, Teil handelt überwiegend von Marx’ Hauptwerk „Das Kapital“. Hier betont H. mit Recht, dass Marx kein Moralist war; er hätte mit Sicherheit das aktuelle Geschwätz über Habgier etc. als ein leeres entlarvt. Um die Bedeutung der wissenschaftlichen Leistung von Marx zu unterstreichen, zieht H. einige anerkennende Äußerungen seitens bekannter, dem Marxismus fern stehender Persönlichkeiten heran. Interessanterweise kritisiert er nunmehr Marx’ „Prognosen“ und spricht nicht mehr von dessen Prophezeiungen. Damit verwischt er den fundamentalen Unterschied zwischen diesen Begriffen, ohne es zu begründen.
In „Folgen“, dem letzten Teil seines Buches, beleuchtet H. das Verhältnis von Marx zur deutschen Sozialdemokratie, geht auf die Engelssche Simplifizierung von dessen Theorie und deren Einfluss im Russischen Imperium ein, um abschließend erneut die Ambivalenz des Phänomens Marx hervorzuheben.
H. hat ein Buch verfasst, das weder eine gelungene Einführung ins Marxsche Werk anbieten noch den Ansprüchen einer Biographie genügen kann. Allerdings stellt es im Zeitalter der Beschleunigung eine brauchbare,

weitgehend neutrale Übersicht über das Leben und Werk von Karl Marx dar. Eine „neue Karl-Marx-Biographie“ muss aber noch geschrieben werden. *Andreas Lotz*

Jan Hoff: Karl Marx und die „ricardianischen Sozialisten“. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Ökonomie, der Sozialphilosophie und des Sozialismus (PapyRossa-Hochschulschriften, 72), Papyrossa Verlag, Köln 2008, 113 S.; **Jan Hoff: Marx global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965**, Akademie Verlag, Berlin 2009, 345 S. (teilw. zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss. 2008 u. d. T.: Globalisierung der Kritik der politischen Ökonomie)

Marx wurde oft als Ricardianer und gelegentlich als ricardianischer Sozialist gesehen. H. begnügt sich in seiner kleinen Schrift über die ricardianischen Sozialisten nicht mit dem Hin- und Herwälzen der immer gleichen Marx-Zitate. Er lässt sich auf die Schriften der ricardianischen Sozialisten selbst ein, liest und zitiert sie ausführlich, reagiert auf die umfangreiche, vor allem englischsprachige Sekundärliteratur – und kommt zu dem Ergebnis, Marx gehöre nicht dazu. Das ist nicht überraschend, denn Marx ging mit seiner Kritik der Politischen Ökonomie weit über jene Kritik hinaus, die er in den Schriften Owens, Thompsons, Hodgskins, Grays, Brays vorfand, obwohl er deren Verdienst offen anerkannte. Marx hat die geplante Kritik der Sozialisten nie geschrieben, wenn man von seiner Proudhon-Kritik absieht. Sie war erst für die Zeit nach Abschluss des bekanntlich nie vollendeten Projekts der Kritik der Politischen Ökonomie vorgesehen. Neu an H.s Büchlein ist nur, dass er die „Neue Marxlektüre“ à la Backhaus, Reichelt, Heinrich als einzige Lesart der Marxschen Ökonomiekritik präsentiert – und auf den eines „Spiegel“-Redakteurs würdigen Einfall kommt, den alten Marx ständig als „den Trierer“ zu apostrophieren. Aber immerhin verlässt er sich nicht wie seine theoretischen Vorbilder auf Marx-Zitate und sonst gar nichts.

In seiner Dissertation verfolgt H. die löbliche Absicht, die deutschen Marxisten von ihrem selbstverschuldeten Provinzialismus zu kurieren. Zu diesem Zweck veranstaltet er eine Rundreise durch die internationale Marx-Diskussion von 1960 bis heute: Die Marx-Rezeption und -Diskussion habe sich in den letzten Jahrzehnten globalisiert, so H. Tatsächlich handelt es sich eher um ein unverbundenes Nebeneinander von Individuen, akademischen Diskussionszirkeln, ganz selten regelrechten „Schulen“, die sehr unterschiedlichen akademischen und politischen Milieus angehören. Die angelsächsischen Marxisten sind mindestens ebenso provinziell wie die deutschen, für sie existiert nur, was in englischer Sprache vorliegt (also ein Großteil des Marx-Engelsschen Werkes nicht). Für den deutschsprachigen Leser gibt der Autor einen bemerkenswerten Literaturbericht zu Marxforschern und Marxisten in Lateinamerika, in Europa, in Asien. Derlei hat seine Grenzen an der sprachlichen Kompetenz eines Einzelnen, der Autor liest weder Japanisch noch Russisch noch Chinesisch oder Koreanisch, ist also auf englische oder

deutsche Übersetzungen angewiesen. Allzu oft bleibt es beim Aufzählen von Namen und Publikationen, nur ausnahmsweise, wie im Fall der japanischen Uno-Schule, kann er dank der vorhandenen Übersetzungen über bloße kursorische Andeutungen von Positionen und Debatten hinausgehen. Wenn ganze Kontinente wie Afrika lediglich durch einen Namen und einen Artikel „repräsentiert" werden, wirkt das eher komisch. Dem indischen Marxismus, obwohl englischsprachig, also zugänglich, werden nur ein Absatz und eine Fußnote gegönnt. Weniger wäre mehr gewesen.

H. will sich auf die Auseinandersetzungen mit der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie beschränken, was er nicht durchhalten kann, da die Mehrzahl der von ihm herangezogenen Autoren Philosophen sind bzw. die Marxsche Ökonomiekritik philosophisch lesen und diskutieren. Die zahlreichen und heftigen Debatten unter marxistischen Ökonomen über (Ir)Relevanz und (In)Konsistenz der Marxschen ökonomischen Theoreme, über die offenen Probleme der Marxschen Theorie des Kapitalismus (und die gibt es reichlich) fehlen in dieser Darstellung fast vollständig, die zweibändige „History of Marxian Economics" von Howard und King (erschienen 1989 und 1992), immerhin das Standardwerk, wird nicht einmal erwähnt.

Für seine globale Theoriegeschichte übernimmt der Autor das Einteilungsschema der „Neuen Marxlektüre": Auf den „Traditionsmarxismus" (auch „Weltanschauungsmarxismus" genannt) folgt der „Westliche Marxismus", beides sind Ansammlungen von Fehlinterpretationen, die schließlich von der „Neuen Marxlektüre" korrigiert und überwunden werden. Schön an dem Buch ist, dass H. diese absurde Whig-Geschichte des Marxismus über den Haufen wirft, ohne es zu merken. Weder die russische, noch die japanische, noch die europäische, die französische, britische oder spanische Marx-Diskussion, weder der Marxismus der II. Internationale, noch der chinesische oder lateinamerikanische Marxismus passen in irgendeiner Weise in dieses Schema. Die höchst elaborierte Marx-Forschung im Japan von 1920 bis heute ist weder „westlich" noch „traditionell", im Gegenteil. Japanische Marx-Forscher (und Marxisten) trieben schon in den 1950er-Jahren das, was die „Neue Marx-Lektüre" für sich reklamiert. Sie werden daher gönnerhaft als „Vorläufer" geduldet – ebenso wie Roman Rosdolsky oder sowjetische Ökonomen der 1920er-Jahre wie Isaak Rubin. Ein Gleiches gilt für die spanische und lateinamerikanische Marx-Diskussion (wo die Brasilianer auffällig fehlen) oder für die „dissidenten" Marxisten in Osteuropa, etwa für die tschechischen Philosophen, die wie Zeleny zentralen Thesen der „Neuen Marxlektüre" avant la lettre widersprochen haben.

H. merkt es nicht, weil er jedes eigene Urteil scheut. Er erwähnt nichtdeutsche und deutsche Marx-Forscher, wie z. B. Alfred Schmidt und Dieter Riedel, die der „Neuen Marxlektüre" explizit widersprochen haben, aber traut sich nicht, Position zu beziehen. So bleibt in dem Literaturbericht völlig offen, wo und wie eigentlich ein Erkenntnisfortschritt, eine Theorie-

entwicklung stattgefunden hat – außer in der immer schon als Nonplusultra vorausgesetzten „Neuen Marxlektüre“. Deren Vorlieben prägen H.s Darstellung. Louis Althusser und der Althusserismus werden lang und breit vorgestellt, aber der – als Philosoph und als Sozialwissenschaftler – ungleich wichtigere und produktivere Henri Lefebvre und dessen vernichtende Althusser-Kritik verschwinden. E. P. Thompson, neben Eric Hobsbawm der bedeutendste marxistische Sozialhistoriker der englischsprachigen Welt, wird wegen seiner in der Tat scharfen (und überaus treffenden) Kritik des Althusserismus des „insularen Provinzialismus“ geziehen.

Nach zwei grob räumlich und zeitlich gegliederten Übersichten über die internationale Marx-Literatur folgt ein dritter Abschnitt, in dem das Ganze thematisch vertieft werden soll. Die Auswahl dessen, was H. „zentrale Diskurse“ nennt, ist völlig willkürlich. Zentral ist das, was die Anhänger der „Neuen Marxlektüre“ für wichtig halten, also Diskussionen auf der Metaebene über die vermeintliche Marxsche Methode, über die „dialektische Form der Darstellung“, über den Aufbau des Marxschen „Kapital“, das als logisches Exerzitium, als „Kategorienlehre“ verstanden wird. In dieser Vertiefung ist die deutsche „Neue Marxlektüre“ das Maß aller Dinge. Der Autor weiß nicht recht, was er will: Probleme der Marxschen Theorie und/oder Methode lösen – nein. Dennoch glaubt er, dass diese Metadiskurse über das Marxsche „Kapital“ und seine vermeintliche rein logische Struktur, über die „Form- und Fetischtheorie“, über eine angebliche „monetäre Werttheorie“ (was immer das sein mag) irgendwie auch zur Erforschung des Kapitalismus beitragen sollten oder könnten.

Das Unbehagen über die offenkundige Sterilität des Ganzen hat H. offenbar veranlasst, am Schluss noch einen Paragrafen über „Krisentheorie bei und nach Marx“ nachzuschieben. Der erschöpft sich aber wieder in einem reinen Literaturbericht, auch einige allerdings auf Deutsch verfasste Beiträge südkoreanischer Autoren werden erwähnt. Hier stößt der Autor wiederum auf die sehr engen Grenzen der „Neuen Marxlektüre“, die zu keinem der altbekannten und seit Jahrzehnten diskutierten Probleme der Marxschen ökonomischen Theorie irgendetwas Substanzielles beizutragen hat.

Michael R. Kraetke

Schmidt, Walter (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, FIDES Verlag, Berlin 2010, 783 S.

Mit diesem dritten, knapp 800 Seiten starken Bd. findet das nach seiner Umschlagfarbe so genannte „rosa Ungeheuer“ seine Fortsetzung. Die drei umfangreichen Publikationen bieten einen in seiner Dichte innerhalb der Revolutionsforschung einzigartigen Überblick über Lebensläufe von Männern und Frauen im Umfeld der Revolution Mitte des 19. Jh. (siehe die Rezensionen zu Bd. 1: JahrBuch, 2004/I, S.206-210, zu Bd. 2: 2007/III, S.167-169). Im vorliegenden, aktuellen Bd. sind 17 Biografien enthalten; zusammen mit den beiden Vorgängerbden., deren Beiträge von teilweise denselben Autoren stammen, sind es

insgesamt 60. Nimmt man noch die beiden Bde. hinzu, die bereits zu DDR-Zeiten (Bd. 1: 1970; Bd. 2: 1987) im Ostberliner Akademie-Verlag erschienen sind, bei denen allerdings noch keine Frauen Berücksichtigung fanden, so umfasst die Reihe insgesamt 96 Biografien, wie der Hrsg. nicht ohne Stolz im Vorwort vermerkt.

Die Autoren und Autorinnen stammen zu einem großen Teil aus dem Arbeitskreis „Vormärz- und 1848er Revolutionsforschung", einem Zusammenschluss ehemaliger DDR-Historiker. Zu ihnen gehört auch der Hrsg., der sich seit Jahrzehnten immer wieder mit 1848 beschäftigt. Von dieser Provenienz zeugen freilich nur gelegentliche Hinweise auf die „Marx-Engels-Forschung" sowie eine in einzelnen Beiträgen konzentrierte, einschlägige Begriffsverwendung (z. B. Erhard Kiehnbaum über Max Joseph Becker). Ansonsten sorgt die Zusammensetzung der (zumeist älteren) Autoren aus Ost- und Westkontext, unterschiedlichen Disziplinen (Geschichts-, Literaturwissenschaft, Publizistik, Pädagogik) sowie Männern und Frauen für einen vielgestaltigen Zugang zum Thema.

Wie häufig bei Sammelbden., in diesem Fall einer Aneinanderreihung von sehr unterschiedlichen Biografien, die allein über den Bezug zum Revolutionsjahr zusammengehalten werden, findet der Leser auch in diesem Fall Texte recht unterschiedlicher Qualität. Die Herausforderung, dem Leser Einblicke und Erkenntnisse durch eine anschauliche Verbindung des individuellen Lebensweges mit einem lebendigen Bild der Zeit bei guter Lesbarkeit zu vermitteln, ist insbesondere bei Nikolaus Gatter (über Ludmilla Ansing und Karl August Varnhagen von Ense), Harald Müller (über Christian Karl Josias von Bunsen), Christina Ujma (über Fanny Lewald) sowie Gerd Fesser (über Hans Victor von Unruh) überzeugend gelungen.

Die Auswahl der Biografien folgt in diesem, wie auch den anderen beiden Bden., keinem festen Schema, sodass sich dem Leser ein breites Feld unterschiedlicher lebensgeschichtlicher Auseinandersetzungen mit der Revolution eröffnet. Vorgestellt werden Vertreter des gesamten politischen Spektrums: u. a. Paul Börner (von Heinz Warnecke), Hermann Brehmer (von Walter Schmidt), Emma Herwegh (von Marion Freund), Emil Ottokar Weller (von Inge Kießhauer) für die (Radikal-)Demokraten, Johann Adam von Itzstein (von Birgit Bublies-Godau), Ludwig von Mühlenfels (von Martin Herzig), von Unruh für die Liberalen und von Bunsen für die Konservativen, wobei der Schwerpunkt auf den (linken) Demokraten liegt. Der Hrsg. begründet dies mit der Tatsache, diese seien noch immer zu „wenig ins öffentliche Bewusstsein" (Vorwort, S.7) gedrungen. Fragt man jedoch, jenseits politischer Orientierung, nach anderen Gruppen der Bevölkerung – Frauen, Jugendliche, verschiedene Berufsgruppen, Auswanderer, Juden, Ausländer – so ist dies angesichts der vorliegenden, umfangreichen Forschung gerade zu den politischen Gruppierungen wenig überzeugend. Gerade Vertreter der beiden letztgenannten Gruppen sucht man in dem vorliegenden Bd. vergeblich, was umso mehr überrascht, als in den beiden Vorgängerbden. immerhin

Michail Bakunin und Felix Fürst zu Schwarzenberg (Bd. 1) sowie Ludwik Mierosławski (Bd. 2) vorgestellt worden waren.

Akzente setzen die Beiträge über Ansing und Varnhagen von Ense sowie Lewald zur Wahrnehmung der Revolution aus der Sicht der Intellektuellen und Schriftsteller, über Herwegh, Lewald und Julius Standau (von Rolf Dlubek) zur Entwicklung der Revolution in anderen europäischen Ländern sowie über Börner und Brehmer zum Engagement überzeugter „Achtundvierziger" in der Medizin zur Verbesserung allgemeiner Hygienemaßnahmen sowie der Einführung neuer Heilmethoden für die ärmeren Bevölkerungsschichten. Ein weiterer Ausblick hätte sich auf die Rezeption der Revolution in den USA bieten können, doch konzentriert sich der Autor über den Auswanderer Max J. Becker allein auf dessen beruflichen Werdegang in der Neuen Welt.

Regional ist ein Schwerpunkt auf Berlin und Preußen zu verzeichnen. Wenn vermutlich auch nicht beabsichtigt, so rückt damit die Revolution jenseits der lange von der Forschung bevorzugten Zentren der Revolution in Paris, Wien und Süddeutschland in den Vordergrund.

In den entsprechenden Beiträgen erfährt damit auch der einzigartige historische Ort der Revolution in Preußen, der Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Volkspark Friedrichshain, die angemessene Beachtung. Dies ist auch insofern erfreulich, als dort noch 2011 im Rahmen der Entwicklung einer nationalen Gedenkstätte eine Ausstellung eröffnet wird, die darauf abzielt, den Erinnerungsort 1848 stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Insgesamt stellt die Publikation jenseits des reinen Informationsgewinns insofern einen wichtigen Beitrag zur Revolutionsforschung dar, als die Aufarbeitung persönlicher Lebenswege zum vertiefenden Verständnis der Handlungsmotive für den Einzelnen als Individuum, aber auch als Vertreter seiner Schicht oder Gruppe beiträgt. Damit bestätigt der Bd. die seit den 80er-Jahren zunehmende Bedeutung der „historischen Biografik" in der Geschichtswissenschaft.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass mit allen drei Bden. ein solides Nachschlagewerk von seltener Ausführlichkeit für die Forschung ebenso wie für den interessierten Leser vorliegt. Kritisch angemerkt seien das an vielen Stellen nachlässige Lektorat sowie die sehr unterschiedliche Qualität der Anmerkungsapparate. Wünschenswert wäre ein das Personenregister ergänzendes Ortsregister gewesen. Schließlich hätte eine nach einheitlichen Kriterien angelegte Kurzübersicht über die einzelnen Biografien, idealerweise mit einer Portraitabbildung, dem Leser die inhaltliche Orientierung erleichtert.

Kristiane Janeke

Irina Hundt (Hrsg.): Im Streben „nach Einfluß aufs Ganze". Louise Ottos Tagebücher aus den Jahren 1849-1857 (Louise-Otto-Peters-Jahrbuch, III/2009), Sax-Verlag, Beucha 2010, 327 S.

In den letzten Jahrzehnten nahm sich die Forschung in besonderer Weise der bedeutendsten deutschen Frauenrechtlerin des 19. Jh. Louise Otto an,

woran die in Leipzig ansässige Louise-Otto-Peters-Gesellschaft einen wesentlichen Anteil hatte. Sie förderte auch die vorliegende Quellenpublikation, die erstmals die überlieferten Tagebücher Louise Ottos aus den Jahren 1849 bis 1857 der wissenschaftlichen Öffentlichkeit unterbreitet.

Wer sich deren Lektüre unterzieht, der wird mit vielen dem heutigen Leser sicher oft kleinlich erscheinenden Alltäglichkeiten einer politisch höchst engagierten Schriftstellerin und Publizistin bekannt gemacht: mit den Sorgen um die finanzielle Absicherung des Daseins, mit den Konflikten mit Verlegern, mit den Differenzen mit diesem oder jenem Zeitgenossen, auch manchem politischen Gesinnungsgefährten, aber auch mit dem Alltagsleben einer sächsischen Kleinstadt wie Meißen und deren kulturellen Angeboten. Doch verbirgt sich hinter all dem mehr. Es trifft zu, was die Editorin und Hrsg. dieser Quelle so umreißt: „Durch die vorliegenden Tagebücher wird das Geheimnis des ungewöhnlich langen und in seiner Intensität einmaligen Wirkens von Louise Otto-Peters etwas gelüftet und eine Vorstellung davon ermöglicht, wie aus einer verträumten, romantisierenden Dichterin eine große Visionärin und Realpolitikerin von historischer Dimension wurde.“ (S.12)

Die Notizen offenbaren in der Tat auch und in besonderer Weise die geistige Entwicklung, die politische Haltung und die Aktivität einer überzeugten Demokratin, die unter der Niederlage der Revolution zwar zeitweise unendlich litt, aber nie aufgab, die an eine bessere Zukunft glaubte und sich mit aller Kraft für die Bewahrung des demokratischen Erbes einsetzte. Sie entwickelte ihre bereits gewonnenen Erkenntnisse über die Notwendigkeit der Frauenemanzipation weiter und war diese unter den schwierigen Bedingungen einer Reaktionsperiode auch zu propagieren bestrebt. Zwar mag man bedauern, so wenig, ja fast nichts über die inhaltlichen Probleme etwa bei der Redaktion der „Frauenzeitung“ zu erfahren, von der sie immerhin notierte, mit diesem Blatt „in einen Wirkungskreis gestellt“ worden zu sein, „wie er mir gebührt – dahin wo ich nun ganz an meinem Platz bin. Ich habe großen geistigen, aber noch keinen materiellen Vortheil von ihr gehabt u. wünsche dahin nur in so weit gesichert [zu sein] daß das Unternehmen zu halten ist.“ (S.65) Doch vermitteln die Tagebücher einen Eindruck von den taktisch klugen Bemühungen, die Zeitung auch nach dem ebenso undemokratischen wie frauenfeindlichen sächsischen Pressegesetz von 1850 zu halten.

Andere Quellen ergänzend, bieten die von der Editorin minutiös kommentierten Tagebuch-Notizen einiges über Louise Ottos publizistische Arbeiten, so etwa für die „Abendzeitung“ und zu den schriftstellerischen Werken jener Jahre. Wie sehr sie in dieser Zeit auch im ganz Privaten reifte, bezeugen ihre außerordentlich umfangreichen Notizen über ihre leidenschaftliche Liebe zu August Peters, dem sie in den sieben Jahren seiner Kerkerhaft eine mehr als moralische Stütze war. Und sie hatte die Kraft, um ihn, um ihre Liebe zu kämpfen, auch nach

seiner Befreiung und zeitweiligen Abwendung von ihr wegen einer wesentlich jüngeren Frau.

Aber der Wert der Veröffentlichung geht über das rein Biografische der Tagebuch-Autorin hinaus. Es ist ein nicht zu überschätzender Beitrag zur Geschichte des deutschen Nachmärz. Vermittelt wird ein beeindruckendes Bild von den Leiden und Ängsten der verfolgten Demokraten und deren Angehörigen im Umkreis der Autorin. Briefe, die Louise Otto erreichten, kamen „alle von lieben Händen, aber sie verkündeten Nichts als Elend – Semmig ein Bettler in Frankreich, Silberstein an Österreich ausgeliefert, die Dioskuren geflüchtet oder noch in Noth, Keil mit Aussicht auf's Zuchthaus und mein August ‚schwer gravirt'" (S.57). Aber die Notizen bezeugen auch den Widerstandsgeist und -willen und die stille, unzerstörbare Solidarität der Demokraten. Man erfährt, wie nicht selten konspirativ Verbindung zu den Verhafteten und Verurteilten aufgenommen und gehalten wurde, wie sie materiell und vor allem moralisch unterstützt wurden. Und da ist neben der Anklage der reaktionären Sieger die feste Absicht: „Ich werde s[einer] Z[eit] alle diese Niederträchtigkeiten enthüllen." (S.60) Die Notizen stellen eine Vielzahl unbekannter oder wenig bekannter Demokraten vor allem aus dem sächsischen Raum vor, die ein sorgfältig gearbeitetes Personenregister dem Leser mit knappen biografischen Angaben näher bringt. Es ist dies alles in allem ein Stück Alltagsgeschichte der nachrevolutionären Reaktionsperiode aus dem Milieu der Demokraten.

Die Editorin und Hrsg. hat die Tagebücher in einer umfangreichen Einleitung überzeugend in die ganze Lebensgeschichte Louise Ottos eingeordnet. Sie liefert eine biografische Skizze, die besonderen Wert auf die geistige Entwicklung und das Reifen klarer politischer Positionen der Publizistin, Schriftstellerin und konsequenten Frauenpolitikerin legt.

Zu Recht wird die Revolution von 1848/49 als die politisch aktivste Phase im Leben Louise Ottos herausgearbeitet, wovon nicht zuletzt auch die Tagebücher, die just am Ende der Revolution, im Juli 1849, einsetzen, beredtes Zeugnis ablegen. Seit 1848 galt sie nicht nur den sächsischen Behörden, sondern auch unter ihren Freunden, die ihr 1849 eine erste Kurzbiografie mit Porträt widmeten, als waschechte Demokratin. Wie sehr sie Anfang der 1850er-Jahre sich mit der Revolution verbunden sah zeigt eine Notiz vom Ende 1851: „Meine Zukunft hängt allein an der Zukunft der Revolution – u. die Hoffnungen auf 52 sind erloschen. – Jetzt kann ich weder wirken noch froh sein. [...] O ich weiß, es wäre Alles für mich gut u. groß wenn die Geschichte wieder laut würde u. die Völkerstimmen ". (S.118)

Die Skizzierung von Louise Ottos Lebensweg nach der Reaktionsperiode und ihrer Leistungen bei der Durchsetzung der Frauenemanzipation, als Gründerin, erste Vorsitzende und Historiografin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins verbindet die Hrsg. mit einer kritischen Sicht auf Clara Zetkins einschränkende Wertungen Louise Ottos als einer angeblich nur bürgerlichen Frauenrechtlerin.

Neben dem schon genannten verdienstvollen Personenregister enthält der Bd. ein detailliertes Literaturregister mit den Verzeichnissen der Werke Louise Ottos, August Peters' sowie anderer Autoren wie der Periodika. Verzeichnet sind nach einem geografischen Register auch alle Quellen und die Literatur, die für die Kommentierung und in der Einleitung ausgewertet wurden. Die Publikation genügt in hohem Maße den Anforderungen einer anspruchsvollen Quellenedition.

Walter Schmidt

Stefan Bollinger (Hrsg.): Linke und Nation. Klassische Texte zu einer brisanten Frage, Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien 2009, 192 S.

Die Frage, wie sich die Arbeiterbewegung und ihr linkes intellektuelles Umfeld zu Nation, Vaterland und Heimat verhalten sollten, wird seit dem 19. Jh. immer wieder heftig und meist kontrovers diskutiert. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der Missbrauch dieser Kategorien zur Vertuschung sozialer Interessengegensätze und für imperialistische Politik gibt dem Misstrauen ständig Nahrung. Während einige in der Nation nur ein Manipulationsinstrument rechter Kreise und des kapitalistischen Staates sehen, plädieren andere für einen konstruktiven Umgang mit Nation und nationaler Frage. Dabei ist zunächst eine Grundsatzfrage zu beantworten. Sind Nationen eine historische Struktur- und Entwicklungsform der menschlichen Gesellschaft oder lediglich ein ideologisches Konstrukt? Eine „materielle Gewalt" wären sie in beiden Fällen. Es gibt also gute Gründe, nationale Strukturen und damit verbundene Erscheinungen nicht zu ignorieren. Dies mahnte schon Karl Kautsky 1887 an, als er feststellte, dass „mit dem Wörtchen ‚national' mancher Schwindel gedeckt wird, [...] wir aber nicht über die Tatsache hinweg [kommen], daß die nationale Idee auf die Völker der modernen Kultur einen kolossalen Einfluß übt, einen Einfluß, der sich durch bloß künstliche Machinationen nicht erklären läßt" (S.56).

Die Arbeiterbewegung kann auf vielfältige praktische Erfahrungen im Umgang mit der nationalen Frage zurückblicken, die ihren Niederschlag in Analysen und Verallgemeinerungen gefunden haben. Es ist ein Verdienst des Hrsg., eine Auswahl dieser verstreuten Texte im vorliegenden Bd. der „Edition Linke Klassiker" wieder zugänglich gemacht zu haben. Oft genug wird die Debatte um die nationale Frage ohne Kenntnis der bisherigen Theorie- und Politikansätze geführt. B. gruppiert die Texte in fünf Kapiteln: die Internationalisten, die Verfechter der Selbstbestimmung, die Vertreter der kulturellen Autonomie, linke Nationalisten und die Sonderfälle, die sich aus der Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus ergeben. Er spannt so einen Bogen von Karl Marx und Friedrich Engels bis zu Mao Zedong und Anton Ackermann. Dass solch ein Ordnungsschema problematisch ist, soll hier nur angedeutet werden. Waren die Internationalisten nicht auch Vertreter des Selbstbestimmungsrechts und hätte Antonio Gramsci nicht auch der Auseinandersetzung mit der faschistischen Bewegung in Europa zugeord-

net werden können? Unter „linkem Nationalismus“ firmiert der wichtige Zusammenhang von antikolonialer bzw. antirassistischer und nationaler Befreiungsbewegung. Stalin den Verfechtern des Selbstbestimmungsrechts zuzuordnen, fällt in Kenntnis seiner tatsächlichen Politik, auf die auch B. verweist, außerordentlich schwer.

B. stellt der Sammlung nach einer generellen Einleitung (S.7-34) noch eine gesonderte Vorbemerkung (S.35-38) voran. Die Autoren der aufgenommenen Texte werden zusätzlich mit Vorworten bedacht, die über Biografien und Entstehungsgeschichte informieren. Dabei fällt auf, dass der Unterschied zwischen Nation und Nationalstaat oft verschwimmt. Dass Alfred Klahr, dessen Verdienste vom Herausgeber ausdrücklich gewürdigt werden (S.20-21), nicht in die Textsammlung aufgenommen wurde, ist bedauerlich. Die posthume Sammlung seiner Überlegungen zur österreichischen Nation (Wien 1994) dürfte nur wenigen bekannt sein. Obwohl der Hrsg. auf die nationale Frage im Realsozialismus (S.21-25) kritisch eingeht, bleibt die interdisziplinäre Debatte der 1960er-Jahre in der Sowjetunion um eine marxistische Definition der Nation, die über den Ansatz Stalins hinausgeht, unerwähnt. Damals wurde z. B. das Verhältnis von Ethnos und Nation, Klasse und Nation, Nation und Nationalbewusstsein erörtert. Bromlej, Gleserman und Kaltachtschjan tauchen jedoch nicht einmal in den Fußnoten auf. Ein Bezug zur amerikanischen und westeuropäischen Debatte (K. W. Deutsch u. a.) hätte sich der Leser für den internationalen Kontext der jüngeren marxistischen Diskussion gleichfalls gewünscht. Dennoch ist der Sammlung eine interessierte Leserschaft zu wünschen.

Jürgen Hofmann

Peter Brandt: Soziale Bewegung und politische Emanzipation. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2008, 544 S.

Der Bd. enthält 23 ausgewählte Aufsätze des Autors aus den Jahren 1971 bis 2008. Thematisch sind es fünf Komplexe: die Revolutionsjahre 1917-1920; die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Deutschland seit den 30er- bis in die 80er-Jahre; die Neuordnungskonzepte und Aktionen in Deutschland nach 1945; die deutsche Arbeiterbewegung und die nationale Frage vom 19. Jh. bis 1990; sowie Arbeiterbewegung und politische Linke im europäischen Kontext. Die überwiegend verallgemeinernde Darstellung und Wertung der Konzepte und des Agierens der Arbeiterbewegung sind „immer auch politisch motivierte Beiträge“ (S.8) eines politisch aktiven Historikers. Die chronologisch und inhaltlich weit gespannte Themenpalette erfasst vor allem – den globalen bzw. europäischen Hintergrund stets im Blick – die Subjekte der sozialen Bewegung und politischen Emanzipation: die Massen- (Volks-)bewegungen und deren Kern – die sozialistische Arbeiterbewegung.

Diese, vor allem aus sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und Organisationen bestehend, habe in den jeweiligen Zeiträumen als Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung

dahin gewirkt, den Kapitalismus zu demokratisieren und „sozial zu zähmen“. Auch könne man, „bleiben wir bei Deutschland, die SED und den von ihr geführten Staat, die DDR, nicht aus der Arbeiterbewegung hinausdefinieren“, sie seien „ohne den Arbeiterbewegungszusammenhang gar nicht zu begreifen“ (S.457). Die Systemkonkurrenz habe dazu beigetragen, „im Westen das Bewusstsein für die Notwendigkeit zu schärfen [...], die Marktkräfte sozialstaatlich im Zaum zu halten. Auf der anderen Seite wirkte das Beispiel einer vermeintlich sozialistischen Alternative in Ost- und Mitteleuropa auf die Arbeiterbewegung Westeuropas, insbesondere Westdeutschlands, eher abschreckend als mobilisierend.“ (S.457)

Den Höhepunkt des demokratisierenden Wirkens der proletarischen Massenkämpfe und der Arbeiterbewegung in Deutschland sieht der Autor in den Revolutionsjahren 1917-1920, also in der Novemberrevolution und der Abwehr des Kapp-Putsches. Er hebt die revolutionär-demokratischen, seitens der Arbeiterschaft vielerorts antikapitalistischen, sozialistischen Inhalte der Bewegung hervor und polemisiert gegen die These der SED-Geschichtsschreibung vom *bürgerlich*-demokratischen Charakter der Revolution. Die Novemberrevolution habe sich in den gesamteuropäischen „internationalen Kampfzyklus“, im März 1917 in Russland angestoßen, eingeordnet. (S.86) Ihr Scheitern als sozialistische Revolution wäre „Resultat eines konterrevolutionären Anschlags auf die bereits begonnene proletarische Revolution“ gewesen, herbeigeführt von der „konterrevolutionären Ebert-Noske-Regierung“. (S.36) „Mit den Januarkämpfen, dem Beginn des ‚weißen Terrors’ und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts war die Einheit der revolutionären Bewegung endgültig zerbrochen.“ (S.55) Der Bruch war aber „nicht 1917, sondern bereits 1914“ erfolgt (S.455).

Die negativen Folgen der Spaltung, für die in den folgenden Jahrzehnten die Führungen beider Hauptteile der Arbeiterbewegung, die eigentlich viele Gemeinsamkeiten verbanden, gleichermaßen verantwortlich waren, sind ein durchgehendes Thema des Bd. Diese Spaltung war ein Grund, dass es in Deutschland in den 20er- und 30er-Jahren - im Unterschied zu anderen europäischen Ländern - zu keiner Volksbewegung gegen den Faschismus gekommen war: Beide - sich gegenseitig bekämpfende - Stränge wirkten desorientierend auf die in Teilen kampfbereite Arbeiterschaft. In der Folge blieben Ansätze des aktiven antifaschistischen Widerstands aus der Arbeiterbewegung im Land und in der Emigration von der Masse der Bevölkerung isoliert.

Auch die antifaschistische und demokratische Neuordnung nach 1945 war in Deutschland infolge der Nachwirkungen der Naziherrschaft und des Krieges sowie der alliierten Besatzung nicht das Ergebnis einer Massenbewegung. Die sozialistische Arbeiterbewegung war zerstört, die Mehrheit der Arbeiterklasse orientierungslos. Es waren Minderheiten aus SPD und KPD, Widerstandsaktivisten, Verfolgte und Emigranten aus der Arbeiterbewegung, die die Neuordnung nach 1945 aktiv - und anfangs vielfach

gemeinsam - gestalteten. Das wird am Beispiel von Bremen und Hagen sowie der antifaschistischen Aktionsausschüsse dargestellt. Letztere – „ein erster Ansatz räteähnlicher Organe“ (S.130), spontan entstanden, – stießen bei den Führungen von SPD und KPD auf Misstrauen und wurden von den Besatzungsmächten in West und Ost sehr bald aufgelöst. In den Westzonen wurde der Antifaschismus „ein Opfer des kalten Krieges“; in der SBZ wurden „die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus definitiv zerstört“, aber das war „in erster Linie nicht das Werk selbständiger Volksmassen, sondern einer importierten ‚Revolution von oben‘.“ (S.193f.)

Auf Massenbewegungen geht B. explizit noch im Zusammenhang mit der Studenten- und Jugendbewegung Ende der 60er-Jahre ein, deren Akteur er war. Dabei „war der zwar in der Programmatik diffuse, aber in der Stoßrichtung radikale Demokratisierungsimpuls eine, ja die wesentliche Zielrichtung der 68er-Bewegung schlechthin [...] und bezeichnete die Gemeinsamkeit des recht heterogenen Konglomerats“. (S.519) Diese Studenten- und Jugendrevolte ordnete sich in den (seit Anfang der 60er-Jahre, als die Neonazis aktiv wurden) „Wiederbeginn eines neuen kämpferischen Antifaschismus“ in der BRD ein (S.197). Das konkrete Geschehen beleuchtet der Autor (aufgrund seiner „Zeitzeugenschaft“) hauptsächlich am (West-)Berliner Beispiel. Er verweist darauf, dass „die überwiegend studentischen Revolutionäre von der Arbeitnehmerschaft doch nicht vollständig isoliert“ waren: „Überall gab es in der 68er-Bewegung auch ein werktätiges Element“, und es „hatten sich in der tradierten Arbeiterbewegung linkssozialistische Kerne erhalten, die nun durch die Revolte belebt wurden“, so im Funktionärskorps einiger Gewerkschaften und im Umfeld der KPD/DKP (S.525). B. zählt eine stattliche Reihe politischer und kultureller Effekte der Bewegung auf (darunter Durchsetzung des Demokratisierungsparadigmas, Wiederbelebung des marxistisch-sozialistischen Denkens in der BRD, nachhaltige Politisierung der jungen Intelligenz nach links, verstärkter Wertewandel vor allem im Verhältnis der Geschlechter und der Generationen) und unternimmt einen „Versuch der Problematisierung“ der Bewegung (ihres „spielerischen Umgangs mit Gewalt“, der „Durchsetzung eines schrankenlosen Individualismus ohne ethische Steuerung“). (S.529-536)

Mehrfach geht der Autor auf Probleme der linken Bündnispolitik ein (u. a. Volksfrontkonzept der Kommunisten, Fragestellungen für die BRD der 70er-Jahre). Aus den geschichtlichen Erfahrungen mit dem Faschismus leitet er einige Lehren für die Linken ab: Hinter den Aufforderungen zum Kampf um demokratische Inhalte sollten gemeinsam erfahrene Interessen stehen; es dürfe in nichtproletarischen Klassen/Schichten nicht nur ein Objekt der (linken) Politik erblickt werden; bei der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit müsse die Differenziertheit und die Nichtidentität der Interessen verschiedener ihrer Teile beachtet werden. Daraus ergeben sich erst die spezifischen Bündnisaufgaben (S.134f.).

In einer „historisch-politischen Bestandsaufnahme des Antifaschismus in

Deutschland“ benannte B. 1985 in 15 Punkten „die Substanz einer spezifisch antifaschistischen Position unter den heutigen Bedingungen Westdeutschlands“. (S.202f.) Dieser „antifaschistische Grundkonsens“ dürfte auch heute bedenkenswert sein. In Punkt 14 fixierte B. die „*Zurückweisung* der Totalitarismus-Theorie und der Extremismus-These (rot = braun), Bekämpfung des Antisozialismus und Antikommunismus, sofern damit nicht sachliche Kritik oder Ablehnung, sondern die ‚Leugnung der Existenzberechtigung des Kommunismus schlechthin und im Grunde jeglicher Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung‘ (T. Doerry) ausgedrückt wird“. (S.203) In Punkt 15 fordert er: „Bereitschaft zum breiten demokratischen Bündnis und zur Einheit der Antifaschisten unter Akzeptierung von unterschiedlichen Strömungen und offenen weltanschaulichen, programmatischen und strategisch-taktischen Kontroversen; Verzicht auf Ausgrenzung politisch missliebiger Strömungen, wenn sie sich – und sei es nur im Einzelfall – beteiligen wollen: *Einheit in der Vielfalt.*“ (S.203)

Angesichts der explizit antifaschistischen Positionen des Autors ist es unverständlich, dass er (anders als z. B. Kurt Schumacher und Willy Brandt, die von „Nazis“, „Nazitum“, „Nazismus“ sprachen) fast durchgehend den Begriff „Nationalsozialismus“ gebraucht und das trotz seiner Feststellung, die Ideologie des Faschismus habe an andere reaktionäre Ideologien angeknüpft und „diese mit pseudosozialistischen Elementen“ verbunden (S.173). Zumal er Faschismus „als Reaktion [...] auf eine tiefgreifende [...] Krise bürgerlicher Herrschaft in ihrer imperialistischen Phase“ definiert und feststellt, „*der soziale Inhalt* des faschistischen Systems [muss] als *kapitalistisch* und – spezifischer – als strukturelle Begünstigung der *monopolistischen* Großindustrie bestimmt werden“. (S.172, Hervorhebungen von B.) Bei den Literaturverweisen fällt auf, dass Arbeiten ostdeutscher Autoren weitgehend ausgespart wurden. *Ulla Plener*

Christoph Jünke (Hrsg.): Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?, VSA-Verlag, Hamburg 2010, 261 S.

Die Beschäftigung mit dem theoretischen Erbe und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung ist für die Identitätsfindung und -pflege der sozialistischen Linksparteien unverzichtbar. Gleiches trifft auch für die Sozialdemokratie zu, die seit Jahren ihren Identitäts- und Einflussverlust beklagt und der die traditionellen sozialen Wurzeln zu verdorren drohen. Eine mehr als einhundertjährige kraftvolle Geschichte linkssozialistischer Theorieentwicklung und unterschiedlicher politischer Bewegungen bringt Licht und Optimismus in das aufrichtige Engagement mehrerer Generationen von Sozialistinnen und Sozialisten für eine bessere Welt. Diesem Anliegen folgt auch diese Publikation. Sie beinhaltet Beiträge eines Kolloquiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen – Gesprächskreis Geschichte – zu diesem Thema, das im Dezember 2009 in Duisburg stattfand. 14 Autoren widmen sich dem Thema mit

dem Ziel, Linkssozialismus als Geistes- und Politikströmung zwischen den beiden Hauptrichtungen der Arbeiterbewegung zu erklären (Christoph Jünke), linkssozialistische Positionen einerseits in kommunistischen Sphären – beispielsweise im Spanischen Bürgerkrieg (Reiner Tosstorff) und in der SED (Thomas Klein) – sowie andererseits in der SPD bzw. Bundesrepublik nach 1945 zu analysieren und so in die produktive Erinnerung zu bringen. Das betrifft die linkssozialistische Sozialdemokratin Alma Kettig (Gisela Notz), die Staatskritik und das Verhältnis zur SPD im Lebenswerk von Wolfgang Abendroth und Johannes Agnol (Richard Heigl). Ein ebenso vielschichtiges Bild über „Linkssozialisten in Westdeutschland" zeichnet Arno Klönne. Er benennt die unterschiedlichen Versuche einer eigenständigen Organisation von Linkssozialisten jenseits von SPD und KPD und schildert Denken und Wirken von Wolfgang Abendroth und Viktor Agartz. Das Verhältnis der Linkssozialisten zur Sozialdemokratie in den 1950er-Jahren wird auch von Gregor Kritidis untersucht, wobei auch er im Besonderen die Rolle Abendroths und Otto Brenners thematisiert. Frigga Haug gibt einen Rückblick auf die westdeutsche Frauenbewegung als politischen Faktor und zeigt die Früchte des Kampfes. Hier wird aus gutem Grund u. a. auf die Abschaffung des Paragraphen aufmerksam gemacht, der die Berufstätigkeit der Frau von der Einwilligung des Ehemannes abhängig machte, und ebenso an die feministische Bewegung zur Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 erinnert. Die Demokratisierung der Wirtschaft als Alternative zur Systemkrise ist Gegenstand eines Beitrages von Joachim Bischoff. Gottfried Oy analysiert am Beispiel der Arbeitsgruppe „Sozialistisches Büro" (SB) die geschichtliche Entwicklung eines „überfraktionellen Bewusstseins jenseits von Partei und Spontaneismus" seit den 1968er-Jahren. „Die Erfahrungen, die rund um den Versuch der Selbstorganisation im SB gemacht wurden", so der Autor, „gehören zum Erbe des deutschen Linkssozialismus [...] Eine ‚Demokratie als Lebensform' beinhaltete für die vom Sozialistischen Büro bewegten Menschen auch ein systemüberwindendes Moment. Nur spricht heute kaum noch jemand davon." (S.220) Ebenso informativ ist der Beitrag von Philipp Kufferrath: „Der Sozialistische Bund und die linkssozialistischen Ursprünge der Neuen Linken in den 1960er Jahren". Im Fazit werden kritisch Schwächen der Bewegung genannt. In den 60er-Jahren habe eine selbstbewusste politische Arbeiterbewegung nicht mehr existiert, SPD und Gewerkschaften hatten Restbestände ihrer Tradition institutionalisiert und die Sozialpartnerschaft einer „konfrontativen Strategie in einer antagonistischen Gesellschaft" (S.204) vorgezogen. Stefan Müller befasst sich mit der linkssozialistischen Erneuerung in der IG Metall und dem Konzept von Arbeiterbildung in den 1960er-Jahren. „Arbeitserfahrungen und revolutionäre Politik: Socialisme ou Barbarie", so der Titel von Andrea Gablers Vortrag, mit dem sie den Einfluss der linkssozialistischen Gruppe auf die französische Neue Linke und die Bewegungen des Mai' 68 vorstellt.

Hrsg. und Autor J. bemüht sich vor allem um die Aufhellung des geschichtlich im 20. Jh. aufgekommenen Begriffs des Linkssozialismus. Er siedelt dessen Ursprung in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen an. Der Revisionismusstreit, Rosa Luxemburg, Paul Levi und die österreichischen Marxisten (Austromarxisten), die hier als die eigentlichen theoretischen Quellen linkssozialistischer Orientierung in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gesehen werden, geraten so an die Peripherie. Sein Thema „Die Dilemmata des Linkssozialismus am Beispiel des Austromarxismus" ist vor allem an Bauers Vision eines „integralen Sozialismus" und an die kritische Solidarität mit der russischen Revolution gebunden. Problematisch ist die historisch gesehen verkürzte Einordnung des Austromarxismus in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, zumal die österreichischen Marxisten (nicht sogenannte) bereits zu Beginn des 20. Jh. weltweite Aufmerksamkeit gewannen. Sie verstanden sich als eine wissenschaftliche Schule, die auch die Programmatik der österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Linzer Parteiprogramm 1926) prägte. Auf die Idee, zwischen den beiden Arbeiterparteien stehen zu wollen, kamen sie zu keinem Zeitpunkt. Eine Spaltung der Partei oder gar eine Aufgabe ihrer sozialdemokratischen Identität kam ihnen wirklich nicht in den Sinn. Von Anbeginn ihres Wirkens waren sie in der Sozialdemokratie beheimatet, aber das wird ja in einigen Beiträgen überzeugend nachgewiesen. Zu J. ist auch anzumerken, dass demokratische Sozialisten (Austromarxisten) zwar die Vision der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft für unverzichtbar hielten und halten, aber keinen rigorosen Antikapitalismus propagierten, und hier unterschieden sie sich auch konsequent vom Bolschewismus mit dessen zerstörerischer Praxis. Indessen begründeten sie das Konzept der Wirtschaftsdemokratie. Im Übrigen ist das eine auffallende Thematik in der gegenwärtigen Programm-Diskussion der Partei Die LINKE. Offen bleibt auch die Frage, ob und seit wann sich der Linkssozialismus in Theorie, Programmatik und Organisation als vermeintlich *selbstständige Strömung* in der Arbeiterbewegung *außerhalb der Sozialdemokratie* orten lässt. Sind aus der KPD Ausgeschlossene/Ausgetretene, „Trotzkisten", KPO-Mitglieder u. a. als Linkssozialisten zu betrachten oder verstanden sich diese nicht weiter als *wirkliche oder undogmatische Kommunisten*? Gleiches trifft wohl auch auf die aus der SPD Verbannten zu. Wolfgang Abendroth, dessen Theorie- und Politikverständnis deutlich vom Austromarxismus beeinflusst war, blieb mit seinem Denken und politischem Engagement auch ohne Mitgliedsbuch ein aufrechter linker Sozialdemokrat.

Zu fragen ist, ob die Identität eines politisch denkenden und engagierten Menschen oder einer Geistesströmung von der Zugehörigkeit zu einer Organisation/Partei abhängt? Ist es überhaupt sinnvoll vom *Begriff* des „Linkssozialismus" *auf die wirkliche Bewegung zu schließen?* Ist nicht der umgekehrte Weg sicherer? Die Duisburger Konferenz-Beiträge, die eine beachtliche Themenvielfalt beinhalten, leisten ungeachtet genannter Bedenken und

Fragen zweifellos einen interessanten und für die Aufhellung dessen, was Linkssozialismus in Geschichte und Gegenwart ist, die Diskussion anregenden und sehr informativen Beitrag.

Horst Klein

Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. T. 1: Kommunistische und Sozialdemokratische Wurzeln; T. 2: Wurzeln des Linkssozialismus. Mit einem Vorwort von Lothar Bisky (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XI, Bd. XII), Karl Dietz Verlag Berlin 2010, 320 S., 320 S.

Auf welches Erbe und auf welche Traditionen berufen sich heutzutage Parteien, die sich der linken, der Arbeiter-Bewegung verpflichtet fühlen? Mit diesen beiden Bden. – sowie vor- und nachgeschalteten Veranstaltungen (siehe u. a. den Bericht von Stefan Bollinger in: JahrBuch 2010/II, S.157-161) – versucht die Partei DIE LINKE, sich diesen Fragen zu stellen. Geschrieben sind die Beiträge meist von Historikern aus ihrem Umfeld, aber auch andere Autoren haben ihre Sichten eingebracht.

In seinem kurzen, in beiden Bden. abgedruckten Vorwort hebt der damalige Parteivorsitzende Lothar Bisky hervor, dass Erbe und Tradition für die „Findung der Identität zur Linkspartei unerlässlich“ seien (S.13). Bedingungslose Abgrenzung zum Stalinismus ist eine seiner Prämissen, das Herausarbeiten der emanzipatorischen Quellen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine weitere. Als Traditionslinien, die gemeinsame Wurzeln haben, nennt er für DIE LINKE die vielfältigen kommunistischen, trotzkistischen, linkssozialistischen und linkssozialdemokratischen Strömungen in der Alt-BRD und die Reformbewegungen in- und außerhalb der SED in der DDR (S.13f.).

Den Bd. 1 beginnt Michael Brie mit etwas zu breit geratenen „Prolegomena“ unter dem Titel „Omnia sunt communia. Von der Möglichkeit des Kommunismus nach seinem Scheitern“. Einfacher und verständlicher ging es offenbar nicht. B. sieht, bezogen auf kommunistische Parteien, vier Traditionslinien: Jakobiner, die Verbindung von Handwerkerkommunismus und Marxismus (Bund der Kommunisten), marxistisch inspirierte Sozialdemokratie und die „in der revolutionären Auseinandersetzung mit dem zaristischen Regime“ entstandene (S.31). Der Text mit seinen philosophischen Erörterungen ist teilweise etwas schwer zu lesen. Der Beitrag enthält dessen ungeachtet viele Denkanstöße und kritische Analysen linker Theorie und Praxis und mündet in die Forderung: „Der Sozialismus hat das Erbe des Kommunismus und das Erbe des Liberalismus zu bewahren und in sich aufzuheben“, damit er sich wirklich auf „dem solidarischen Weg zu mehr Freiheit und mehr Gleichheit“ befinde (S.58).

Die vier historisch-chronologisch angelegten Kapiteln des ersten Bd. widmen sich 1) der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 2) den Traditionen der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jh., 3) dem deutschen Parteikommunismus und 4) dem Erbe und der Tradition von SED und DDR. Ein Anhang enthält – wie in Bd. 2 – Personenregister und Autorenverzeichnis.

Sehr bemerkenswert ist die erste Studie im Kapitel I zur Arbeiterverbrüderung des kürzlich verstorbenen Wolfgang Schröder, der mit neuen Forschungsergebnissen und Einschätzungen aufwartet. Er vermerkt, dass diese erste im nationalen Maßstab organisierte proletarische Massenorganisation „zum Aufbruch der Arbeiterbewegung" beitrug und ihr wichtigstes Verdienst in der Zentralisation der deutschen Arbeitervereine bestand (S.93).

Der Aufsatz von Jutta Seidel zum „Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts" hat internationale Aspekte zum Gegenstand, leider als einziger in diesem Bd.

In den Kapiteln II (Heinz Niemann, Manfred Hötzel, Carsten Voigt, Günter Benser) und III (Klaus Kinner/Elke Reuter) behandeln die Vf. die SPD und die KPD in der Zwischenkriegszeit bzw. 1945/46. Anzahl und Umfang der Themenbeiträge reflektieren ein eigenartiges Ungleichgewicht, das auch mit den in der gleichen Reihe publizierten vier Bden. „Der deutsche Kommunismus" nicht erklärt werden kann. Wenn z. B. die Kommunalpolitik der SPD und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold behandelt werden, so fordert das doch förmlich dazu heraus, diese mit der KPD bzw. mit dem RFB zu vergleichen.

N. befasst sich mit der sozialdemokratischen Programmentwicklung und verdeutlicht, welche Erbstücke die heutige Linke zu übernehmen hatte und an welche Traditionen sie anknüpfen könnte (besonders S.125-128). K./R. verorten den „Kommunismus als eine der Traditionslinien für heutige emanzipatorische Linke"; er dürfe aber weder auf Stalinismus noch auf das 20. Jh. beschränkt werden (S.172). Doch bleiben sie stellenweise ungenau, so wenn sie fragen, ob nicht der Kurs von Rosa Luxemburg, die die „Loslösung des linken Flügels in der II 1/2. Internationale abwarten" (S.173) wollte, realistischer als die Gründung der KPD gewesen sei. Nur: Eine II 1/2. Internationale gab es zu Zeiten Luxemburgs bzw. der KPD-Gründung nicht. Die polemisch oft als II 1/2. Internationale bezeichnete Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien formierte sich organisatorisch erst 1921.

Kapitel IV widmet sich mit den Beiträgen von Volker Caysa (zum philosophischen Denken Helmut Seidels), Horst Helas/Klaus Kinner (zum antifaschistischen Erbe) und Stefan Bollinger („Erbe und Traditionen der SED für die Linke") dem Komplex „Erbe und Tradition von SED und DDR". H./K. behaupten, die „Nichtbewältigung der Erfahrungen von 1923 führte zu einer Desorientierung des kommunistischen Antifaschismus, von der er sich im Grunde niemals vollständig erholte" (S.212). Im ersten Teil ihrer Darlegungen blicken die Autoren sehr kritisch auf den Antifaschismus der KPD vor 1935. Im zweiten Teil betonen sie, dass der Antifaschismus in der DDR „vielfältige Veränderungen, die immer in das politisch-ideologische Grundkonzept der SED fest eingebunden waren", durchlaufen habe (S.220). Sie meinen, dass die SED-/DDR-Führung durch ihr „moralisches Kapital" als Gegner des Nationalsozialismus, das den „ost-

deutschen Kritikern der SED-Diktatur“ fehlte, den Antifaschismus als Legitimation genutzt und ihr „diktatorischer Zugriff auf die Öffentlichkeit die Deutungen der Nazi-Herrschaft und die Erinnerungen an ihre Opfer und Widersacher“ verengt hätten (S.219).

B.s inhaltsreicher Beitrag problematisiert eine Reihe historischer und politischer Grundsatzfragen. Eine Linke komme, so B., nicht daran vorbei, dass die DDR-Führung Verantwortung für Terror und Repression trug. Andererseits habe es – auch außerhalb jener Kreise, die im Widerspruch zur offiziellen Politik standen – in der DDR und SED zivilisatorische Leistungen des Sozialismus, namentlich auf soziokulturellem Gebiet gegeben, die auch künftig für sozialistische Politik unverzichtbar und in die Tradition einzuordnen seien (z. B. S.248, 251f.).

Für den 2. Bd. wählte der Hrsg. mit „Wurzeln des Linkssozialismus“ einen Titel, der missverstanden werden kann: Geht es hier tatsächlich um die Wurzeln des Linkssozialismus in Geschichte und Gegenwart (also z.B. auch um die Wurzeln der Linkssozialisten der Zwischenkriegszeit oder um die der Linkssozialisten der Alt-BRD)? Offenbar sind vielmehr analog und im Unterschied zu den in Bd. 1 erörterten kommunistischen und sozialdemokratischen Wurzeln die linkssozialistischen Wurzeln heutiger Linker bzw. DER LINKEN gemeint, was auch die einzelnen Themen belegen.

Der zweite Bd. ist im Unterschied zu Bd. 1 strukturlos und nicht in Kapitel unterteilt. Als Gliederung lässt sich eine chronologische Reihung erkennen: Linkssozialisten in der Weimarer Republik, Linkssozialismus/Linkssozialisten in der Alt-Bundesrepublik und heutiger bzw. internationaler Linkssozialismus.

Der einleitende Beitrag von Andreas Diers enthält inhaltlich einiges, was der Autor fast zeitgleich im „JahrBuch“ (siehe Linksozialismus. Ursprünge und Geschichte 1917-1989, in: JahrBuch, 2010/II, S.47-65) publiziert hat. Im Bd. beschränkt er sich auf die Zeit bis 1945 und zudem fast nur auf Deutschland. Hingegen behandelt D. im „JahrBuch“ auch internationale Entwicklungsprozesse und die Zeit nach 1945, wodurch deutlicher wird, dass der Linkssozialismus nicht als eine rein deutsch-österreichische Erscheinung zu betrachten ist. Die internationale Dimension greift für die Gegenwart Sascha Wagner mit seiner knappen Darstellung der Europäischen Linkspartei auf. Er konstatiert treffend, dass diese bzw. die ihr angeschlossenen Parteien zwar gemeinsame Wurzeln in der kommunistischen Parteigeschichte haben, ihnen aber wichtige Impulse aus dem Linkssozialismus namentlich der nordischen Parteien seit den Fünfzigerjahren fehlen (S.283). Der Beitrag von Wladislaw Hedeler behandelt etwas oberflächlich „Linkssozialismus als Tradition und Herausforderung“, die angesprochenen Themenfelder werden nur gestreift.

Einen Überblick über den Linkssozialismus in der Alt-Bundesrepublik bietet Gregor Kritidis. Zu einfach scheint es, zum Zentrum linkssozialistischer Aktivitäten ausschließlich demokratische Freiheitsrechte und Demokratie zu erklären, wodurch dann alle gesellschaftlichen Strukturprobleme ein-

schließlich sozialer Probleme gelöst werden könnten (S.112).

Biografisches steht in allen weiteren Beiträgen im Mittelpunkt. Das Spektrum der Persönlichkeiten ist weit gefasst. Annelies Laschitza und Michael R. Krätke befassen sich in ihren Aufsätzen mit Rosa Luxemburg und Paul Levi als KPD-Gründer. Im Blickfeld stehen als linke Sozialdemokraten der Weimarer Republik bei Helmut Arndt erneut Levi und bei Mario Keßler Arkadij Gurland. Gleich drei Beiträge – von Uli Schöler, Kritidis und Diers – sind Wolfgang Abendroth gewidmet. Drei weitere linke Sozialdemokraten der BRD werden in den Skizzen von Christoph Jünke zu Viktor Agartz bzw. zu Leo Kofler sowie von Michael Buckmiller zu Peter von Oertzen vorgestellt.

Die biografischen Beiträge zeigen zugleich die Problematik des Bd. insgesamt. Es ist vielleicht zu viel an Theorie und Ideenentwicklung der zu Leitfiguren des Linkssozialismus erhobenen Persönlichkeiten angeboten; ihr praktisches Handeln und die Umsetzbarkeit ihrer Ideen geraten in den Hintergrund. Parteiorganisatorisch manifestiert sich das darin, dass Abspaltungen von den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien – den Hauptströmungen in der Arbeiterbewegung des 20. Jh. – als grundlegend für heutige linke Positionen betrachtet werden. Sowohl Eigenständigkeit als auch theoretische Bedeutung und praktischer Einfluss der Linkssozialisten werden überhöht. Die Linkssozialisten (das gilt auch für die kritischen Geister in der DDR, die gegen die Linie der SED-Führung standen) waren keineswegs so vollkommen und vorausschauend wie oft dargestellt, sondern mit persönlichen Ambitionen in die politischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit eingebunden.

Generell scheint der Hrsg. konzeptionell einiges nicht bewältigt zu haben. Das zeigen nicht nur die zum Bd. 1 erwähnten Disproportionen zwischen Kapitel II und III; das gilt mehr noch für das Fehlen jeglicher Darstellung zur kommunistischen Bewegung nach 1945 in der Alt-BRD. An Autoren dürfte es wohl nicht gefehlt haben. So bleiben als Gründe, dass entweder konzeptionelle Vorarbeiten des Hrsg. fehlten oder eine unausgesprochene, generelle Distanzierung von der kommunistischen Linie in der BRD erfolgt, was aber im Widerspruch zu anderen Aussagen im Bd. stehen würde. Als gravierender inhaltlicher Mangel beider Bde. zeigt sich, dass ein national-zentriertes Erbe-Traditions-Verständnis präsentiert wird, da internationale Entwicklungen (mit wenigen Ausnahmen) fast vollständig ausgeklammert sind. Damit werden wichtige Vergleichsmöglichkeiten zu parallelen und differierenden Entwicklungen gegenüber Deutschland verschenkt. Auch ist kritisch zu vermerken, dass die Autoren ihren Gegenstand zumeist rein historiografisch abhandeln, sodass der Leser zum Thema zwar einen geschichtlichen Abriss erhält. Was nach Auffassung des jeweiligen Autors davon aber zum Erbe der Linken gehört oder gar in eine linke Traditionslinie einzuordnen ist, kann der Leser meist nicht entnehmen. Es bleibt der Eindruck: Aus beiden Bden. wird nicht ersichtlich, was DIE LINKE aus der Geschichte zu ihrem –

auch ungeliebten, aber nicht auszuschlagenden – Erbe zählen kann und muss und was nicht, an welche Traditionen sie bewusst anknüpfen möchte und an welche nicht. Zu wünschen wäre, dass beide Bde. über Parteigrenzen hinweg Anstöße zur Debatte unter Historikern über Erbe und Traditionen der linken, sozialistischen Bewegung geben. *Herbert Mayer*

Horst Klein: Beiträge zur linkssozialistischen Theoriegeschichte im 20. Jahrhundert. Sozialisten im Streit für eine bessere Welt (Strausberger Studien zur Geschichte, Bd. 40), Eigenverlag, 4., veränd. und erw. Aufl., Strausberg 2009, 372 S.

Manchmal weiß man erst beim In-den-Händen-Halten eines Buches, dass man eigentlich schon länger darauf gewartet hat. Bei dem hier zu besprechenden ist das der Fall. Allzu verstreut in den verschiedensten Zeitschriften, Jahrbüchern und Festschriften waren bislang die Beiträge K.s zur linkssozialistischen Theoriegeschichte. Nun liegen sie endlich gesammelt in einem Bd. vor, und man ist überrascht, wie konsistent und geschlossen ein solches Werk daherkommt, das sich ja nun doch aus den unterschiedlichsten Teilen zusammensetzt, die immerhin im Zeitraum von zwei Jahrzehnten entstanden sind. Wer grundsätzlich die häufig durchaus begründeten Zweifel gegenüber solchen Kompendien hegt, in denen gelegentlich aus Anlass von runden Geburtstagen oft thematisch kaum in Beziehung zueinander stehende Texte zwischen zwei Buchdeckel gepresst werden, der kann sie in diesem Fall getrost vergessen.

K.s Thema ist die Theoriegeschichte des deutschsprachigen Linkssozialismus, wobei er den Schwerpunkt auf den so genannten Austromarxismus setzt. Wem dessen Herkunft bislang nicht wirklich vertraut war, der findet dazu eine gelungene Einführung mit den beiden Texten „Marx-Studien 1904-1923. Quellen linkssozialistischer Theorieentwicklung“ sowie „Austromarxismus – klassischer Linkssozialismus und geistige Quelle des ‚Dritten Weges‘“. Mit diesen Einführungen wird zugleich deutlich, dass es sich hier um eine durchaus heterogene geistige Strömung innerhalb des zeitgenössischen Marxismus (wie der Sozialdemokratie) handelte. K. arbeitet zudem heraus – und das unterscheidet ihn von anderen Autoren, die sich mit dem Thema „Linkssozialismus“ beschäftigen –, „dass linkssozialistische Ideengeschichte und politischer Linkssozialismus seit jeher als Lebensborn, als Mutterboden in der demokratischen Arbeiterbewegung wirken. Aus diesem ist zweifellos stets Sozialdemokratie, das heißt der entschlossene reformistische Kampf für soziale Demokratie, für eine bessere Welt jenseits eines globalisierten Kapitalismus hervorgegangen.“ (S.12)

Diese Verortung soll keinesfalls bestritten werden. Sie bedarf allerdings hinsichtlich der Einordnung dessen, was sich jeweils als historische Ausprägung des Linkssozialismus entfaltete, der verdeutlichenden Ergänzung. Ob sich linkssozialistische Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie entfalten konnten, ob sie gar Platz in

sich öffnenden kommunistischen Parteien hatten, oder ob sie sich daneben (oder meist: dazwischen) selbstständig parteiförmig (oder in politischen Kleingruppen) organisieren mussten, hing und hängt von der konkreten Politik und Offenheit der jeweiligen sozialdemokratischen Partei, zugleich aber auch der ihres jeweiligen Pendants auf kommunistischer Seite ab. Im kleinen Österreich der Zwischenkriegszeit prägte der Linkssozialismus die sozialdemokratische Partei selbst, in Deutschland fand er in dieser Periode seine Heimstatt in den eigenständigen Formationen der USPD wie später der SAPD, aber auch in Strömungen der Sozialdemokratie selbst. Zumindest für die „streng" marxistisch-leninistisch aufgestellten kommunistischen Parteien galt er jedoch zumeist als gefährlichste Variante – zeitweise des Sozialfaschismus –, mindestens aber des verräterischen Revisionismus.

Letzterer Aspekt spielt eine Rolle im dritten Text des Bd. In ihm behandelt K. den Umgang mit dem Austromarxismus in der SED, in die er seine eigenen zu DDR-Zeiten publizierten Arbeiten durchaus selbstkritisch mit einbezieht. Es folgen fundierte Aufsätze zu Otto Bauers Gesellschaftsideen, zur Genesis seiner bis heute aktuellen Faschismus-Theorie und zu seiner Parteiauffassung bzw. zum Konzept des „Integralen Sozialismus". In kurzen Portraits werden ferner die drei „Adlers" des österreichischen Sozialismus vorgestellt: der Parteigründer Viktor (eine August Bebel oder Wilhelm Liebknecht vergleichbare Figur), sein Sohn Friedrich (wenn man so will in Sachen Kriegsgegnerschaft der österreichische Karl Liebknecht), späterer Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, und schließlich (mit beiden nicht verwandt) der Philosoph und Hochschullehrer Max Adler, eine auch für die deutsche sozialdemokratische Linke der späten Zwanzigerjahre prägende Persönlichkeit.

Von den „Gesellschaftsideen Rudolf Hilferdings", eines Wiener Arztes, der im Deutschen Reich Finanzminister wurde, führt der Autor den roten Faden durchaus stimmig zu den wirtschaftsdemokratischen Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wie sie insbesondere von linkssozialdemokratischen Theoretikern entworfen wurden. Von da aus ist es nicht weit zur Kontrastierung mit den sowjetrussischen Erfahrungen. Eine Besonderheit der Austromarxisten war gerade ihre intensive – zunächst durchaus kritisch-solidarische – Auseinandersetzung mit der frühen Entwicklung Sowjetrusslands nach der Oktoberrevolution. Kontroverser wurde die Debatte zu diesem Thema in Richtung der Dreißigerjahre, die K. unter dem Titel „Trotzki, Kautsky, Bauer – Positionen zur Sowjetunion 1930-1938" kenntnisreich präsentiert.

In seinem Schlussteil nähert sich der Aufsatzteil des Bd. der Jetztzeit: Klein schlägt zum einen den Bogen von der „Erblast der Kriegskredite 1914" zum NATO-Krieg 1999 und entwickelt eigene Antikriegsthesen gegen den Krieg auf dem Balkan 1999. Zum anderen setzt er sich ebenfalls in Thesenform mit den Debatten über das „Ende des Weges zum Sozialismus" auseinander. Abgerundet wird der Bd. durch Rezensionen von K. zu thema-

tisch einschlägigen Publikationen anderer Autoren (u. a. auch des Vf. dieser Besprechung) sowie ein durchaus nützliches Verzeichnis von Kurzbiografien der wichtigsten in dem Bd. behandelten Personen.

Mit vorliegendem Buch wird nochmals deutlich, dass K. zu den ausgewiesensten Kennern der Theoriegeschichte des Linkssozialismus im deutschsprachigen Raum gehört. Die im hier besprochenen Bd. versammelten Beiträge illustrieren zudem eindrucksvoll, auf welch produktive Weise sich ein Gesellschaftswissenschaftler mit „marxistisch-leninistischer" Vergangenheit aus frühen Fesseln herausgearbeitet hat, ohne die Impulse des Suchens nach einer sozialistischen Utopie aus den Augen zu verlieren.

Dass es offenbar keinen Verlag gegeben hat, der diesen Bd. in sein Programm aufgenommen hätte, unterstreicht allerdings den immer noch virulenten Zustand des „Elends" kritischer Theorie in sogenannten postmodernen Zeiten. Das sollte jedoch niemanden daran hindern, sich dieses wichtige Buch zu besorgen und – je nach Kenntnisstand – als Einführungslektüre oder als Fundgrube für eine bedeutende Theorietradition des demokratischen Sozialismus zu nutzen. *Uli Schöler*

Ursula Bitzegeio/Anja Kruge/Meik Woyke (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik (Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 84), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2009, 528 S.

Der Sammelbd. ist Michael Schneider gewidmet, der durch seine Arbeiten zur Gewerkschaftsgeschichte und durch seine Untersuchung „Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939" (Bonn 1999) etlichen Lesern in Erinnerung sein dürfte. Vor allem letzterer Arbeit ist eine baldige Fortsetzung für die Jahre 1939 bis 1945 zu wünschen, wie Helga Grebing in ihren Anmerkungen zum Thema Arbeiter im „Dritten Reich" ausdrücklich vermerkt (S.488).

Der Bd. zum 65. Geburtstag des Jubilars umfasst neben einer Einführung 26 Beiträge. Die Hrsg. haben sie zu drei Themenkomplexen geordnet, die sich auf Forschungsfelder des Jubilars beziehen: Gewerkschaften im sozialen Wandel, Anpassung und Widerstand in der nationalsozialistischen Diktatur sowie Historiografie und Geschichtspolitik nach 1945. Wer sich einen schnellen Einblick verschaffen will, bekommt im Einleitungsbeitrag einen Überblick über die wesentlichen Themen und Akzente geboten. Das breite Themenspektrum widersetzt sich jedoch verständlicherweise einer konzentrierten Zusammenfassung. Die Hrsg. versuchen mit einem Exkurs zur Definitionsgeschichte und deren historischen Kontext an die Titelstichworte heranzuführen. Angeboten hätte sich aber auch, das Wechselverhältnis von Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur genauer auszuloten. Mit ihrer Aussage, dass der „Kampf um die Deutungsmacht [...] auf die Legitimation von politischen Machtansprüchen" zielt (S.23), verweisen sie auf einen Kernpunkt erinnerungspolitischer Debatten. Auch die Einsicht, dass das „allzu simple bipolare Sche-

ma von Kritik und Apologie“ nicht tragfähig ist (S.24), kann nur bekräftigt werden.

Die weit gefächerten Beiträge zur Gewerkschaftsgeschichte, in denen auch konzeptionelle Grundsatzfragen wie transatlantische Unterschiede und Gemeinsamkeiten (Thomas Welskopp) oder der Platz von Arbeitsprozessen in der Geschichtsschreibung (Marcel van der Linden) erörtert werden, lassen sich nur schwer auf einen Nenner bringen, lohnen aber die Lektüre allemal. Dies gilt auch für die spezifischen Einblicke in Anpassung und Widerstand in der NS-Zeit. Peter Steinbach hat hierzu eine Studie über die frühen Auseinandersetzungen des niederländischen Historikers Johan Huizinga mit dem Nationalsozialismus beigesteuert. Peter Tuchel zeichnet die Ermittlungen und den Schauprozess gegen Wilhelm Leuschner nach.

Den Komplex zur Historiografie und Geschichtspolitik nach 1945 eröffnet eine konzentrierte kritische Rückschau von Edgar Wolfrum auf die „funktionale und dadurch skandalöse Politik mit Blick auf die NS-Funktionseliten und den Umgang mit der Vergangenheit“ (S.365) in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Das Beschweigen des „Dritten Reiches“ und der Mythos von der anständig gebliebenen Wehrmacht bildeten einen stabilisierenden Identitätskonsens der Mehrheitsgesellschaft, der erst im Laufe der 1960er-Jahre schrittweise zerbrach. Er erinnert auch daran, dass sich die Kultusminister erst 1980 auf eine Empfehlung zur Behandlung des Widerstandes im Unterricht einigen konnten.

Bernd Faulenbach resümiert die geschichtspolitischen Debatten der 1980er-Jahre, für die er eine „ungeklärte historische Konstellation“ konstatiert (S.420). Auffällig ist, dass sich seine Analyse auf den Diskurs in der Bundesrepublik beschränkt. Offensichtlich haben die Arbeiten an einer Geschichte des deutschen Volkes, die Erbediskussion und die Beiträge zu einem differenzierten Preußenbild in der DDR keinerlei Reflexion erfahren. Das würde die These von der asymmetrischen Verflechtung der Geschichte beider deutscher Staaten konterkarieren. Karsten Rudolf hingegen verweist ausdrücklich auf die „Frontstellung zwischen der bundesdeutschen und DDR-Historiografie“ (S.489). Er will der Frage nachgehen, wie in der Revolution von 1918/19 „Bolschewismusfurcht“ wirken konnte, wenn Bolschewismus gar nicht drohte, verliert sich jedoch in der Polemik mit Thesen von Klaus Gietinger. Peter Brandt nutzt sein Plädoyer für ein nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal, um über die soziale und ideelle Konnotation der nationalen Frage und die Funktion von Denkmälern generell zu reflektieren.

Auf Potenziale und Probleme von Erinnerungspolitik geht Jürgen Kocka im letzten Beitrag resümierend ein. Historische Erinnerung lasse sich „nicht künstlich eindämmen und auf einzelne Teilbereiche beschränken“, sie sei miteinander verflochten. Daraus leitet er die Notwendigkeit eines Diskurses ab. „Die Homogenisierung historischer Erinnerung ist nicht erstrebenswert“, gegenseitige Wahrnehmung und wechselseitige Anerkennung aber dringend (S.519f.). Damit ist zugleich ein Dilemma beschrieben. Welche und wie viel von der ge-

wünschten Norm abweichende Erinnerung will die Meinung prägende politische und intellektuelle Klasse dulden? Im zeitgeschichtlichen Jubiläumsmarathon seit 2009 war von wechselseitiger Anerkennung noch nicht viel zu spüren. *Jürgen Hofmann*

Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 85), Karl Dietz Verlag, Berlin 2009, 326 S.

„Wenige Tage vor dem 9. November 2008 deutet in den Medien nichts auf eine besondere Würdigung jener Revolution hin, die vor 90 Jahren den Weg in eine demokratische Republik eröffnete" (S.304), schätzte Werner Bramke in einem seiner beiden Beiträge im obigen Bd. vorausschauend ein. Er sollte recht behalten. Der 90. Jahrestag der Novemberrevolution fand in der offiziellen deutschen Gedenkkultur keinen Niederschlag, wenn man einmal von einer Gedenkveranstaltung absieht, die das Berliner Abgeordnetenhaus in seiner historischen Tagungsstätte, dem früheren Gebäude des Preußischen Landtages, am 7. November 2008 abhielt und auf der Reinhard Rürup zum Thema „9. November in der deutschen Geschichte. Zur Erinnerungskultur in einer demokratischen Gesellschaft" referierte.
Gemeinsam mit Ottokar Luban hat der Rezensent in einem Beitrag im „Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum. Forschungen und Forschungsberichte" (43/2010) verdeutlicht, dass die Revolutionsproblematik in den Jahren 2008/2009 dann doch Gegenstand einer beachtlichen Anzahl von wissenschaftlichen Konferenzen und Kolloquien – organisiert von linken Bildungsvereinen und Stiftungen, von Gewerkschaften und Universitäten – gewesen war. Beim Vergleich der Tagungen ergab sich aus meiner Sicht, dass die vom Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Kooperation mit der bundesweiten Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführte Konferenz am 31. Oktober und 1. November 2008 in Berlin zu den wissenschaftlich ertragreichsten gehörte.
P. als Hrsg. der hier vorzustellenden Publikation war gut beraten, die auf dieser Konferenz gehaltenen Vorträge der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und darüber hinaus zusätzliche Beiträge aufzunehmen. Sehr erfreulich ist, dass in diesem Bd. neben den erfahrenen Fachkolleginnen und -kollegen (außer Plener und Bramke auch Judith Pakh, Wolfgang Beutin, Gerhard Engel, Hartmut Henicke, Ottokar Luban, Ingo Materna, Eckhard Müller, Helmut Schwarzbach, Peter Scherer, Günter Wehner) auch eine ganze Reihe jüngerer Historikerinnen und Historiker (Nadine Kruppa, Miriam Sachse, Marcel Bois, Mario Hesselbarth, Ralf Hoffrogge, Lennart Lüpke, Silvio Reisinger, Florian Wilde) gehaltvolle Texte beisteuerten.
Aus Platzgründen kann hier nicht auf die einzelnen Beiträge eingegangen werden. (Verwiesen sei auf meinen ausführlichen Konferenzbericht im JahrBuch 2009/I.) In den Aufsätzen werden sowohl allgemeine als auch

regionale und biografische Gesichtspunkte der Novemberrevolution unter der grundlegenden Fragestellung „Für die bürgerliche und/oder sozialistische Demokratie?“ erörtert. In ihnen wird übereinstimmend eingeschätzt, dass dieser Revolution in der deutschen Geschichte ein herausgehobener Platz zukommt, denn sie sei die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland gewesen – bedingt durch die maßgebliche Mitwirkung der Arbeiterbewegung. Zu dieser Bewertung kamen die Autoren aufgrund der durch die Revolution erreichten Ergebnisse (Beendigung des Ersten Weltkrieges, Frieden für das deutsche Volk, Sturz des Kaiserreiches, Errichtung einer Republik, Etablierung der bürgerlich-demokratischen Staatsordnung in Deutschland, Festschreibung bürgerlich-demokratischer Freiheitsrechte in der Weimarer Verfassung, allgemeines Wahlrecht, auch für Frauen, Trennung von Staat und Kirche, Anerkennung einiger wesentlicher Rechte der Lohnarbeitenden).

Gestützt auf neue Quellen und konkretes Material aus verschiedenen Regionen Deutschlands (Berlin, Sachsen, Thüringen, Hessen, Ruhrgebiet) belegen die Vf. auf vielfältige Weise, dass diese Ergebnisse vor allem durch die von der Arbeiterbewegung getragenen spontanen Massenaktionen zustande kamen, die dann zu Parlamentsbeschlüssen führten. Sichtbar wird: Dieses spontane, elementare Streben der Massen nach Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Zustände brachte neue Formen der gesellschaftlichen Organisation – im konkreten Falle die Arbeiter- und Soldatenräte – hervor. In dem anfänglichen Wirken dieser Räte und in der Forderung nach Sozialisierung fand der soziale und basisdemokratische Grundzug der Revolution von 1918/19, der das Potenzial für einen neuen Typ der Demokratie – der sozialen Demokratie – reflektierte, seinen Ausdruck.

Hervorhebenswert ist auch die differenzierte, nicht pauschalisierende Sicht der Autoren auf die Akteure der Revolution. Das gilt für die Rolle der konterrevolutionären und revolutionären Kräfte der MSPD, der USPD, des Spartakusbundes bzw. der KPD und der Gewerkschaften ebenso wie für das Agieren zahlreicher Intellektueller und anderer Einzelpersönlichkeiten: des Bremer Linksradikalen Johann Knief, des Räteaktivisten der USPD Richard Müller, des Vertreters des Spartakusbundes und Mitbegründers der KPD Ernst Meyer, des Freireligiösen Adolph Hoffmann, der sozialdemokratischen Redakteurin Marie Juchacz. Die deutsche Revolution wird zugleich in das damalige internationale Geschehen als Bestandteil der revolutionären Umwälzungen im Gefolge des Ersten Weltkrieges eingeordnet. In diesem Kontext heben die Autoren die starke Ausstrahlungskraft der Oktoberrevolution in Russland 1917 als „globale Klammer“ der revolutionären Ereignisse in Europa und in der ganzen Welt hervor – im Vergleich zur Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland, deren Chancen nicht realisiert wurden. In der Novemberrevolution bestand die Möglichkeit, eine neue soziale Demokratie jenseits von Diktatur des Proletariats und bürgerlicher Demokratie zu installieren.

Die Beiträge vermitteln eine Fülle bislang nicht oder kaum bekannter

Tatsachen und Vorgänge der Revolutionszeit 1918/19, präzisieren bekannte Fakten (etwa Zeitpunkt, Ort, Ablauf und Zusammensetzung der Oktober-Konferenz der Spartakusgruppe) und geben Impulse für weitere Forschungen zur Revolutionsproblematik (z. B. zur Rolle des psychologischen Faktors in der Revolution).

Rainer Holze

Richard Löwenthal: Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert, hrsg. u. eingel. von Mike Schmeitzner (Wege der Totalitarismusforschung, 1), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2009, 678 S.

Der 100. Geburtstag des Politikwissenschaftlers Richard Löwenthal (1908-1991) wurde zwar in den Medien nicht übergangen, doch waren von den Schriften dieses sozialdemokratischen Denkers bislang nur noch wenige greifbar. Aus dem thematisch weit gespannten Werk – nur die Entwicklungsländer-Forschung fehlt – wurden 26 zum Teil bisher schwer zugängliche Beiträge ausgewählt, die durch drei Teile aus Löwenthals bekanntestem Werk „Jenseits des Kapitalismus“ (1946) ergänzt werden.

In der umfangreichen Einleitung zeichnet der Hrsg. Löwenthals politische Biografie nach, die ihn vom Studium vor allem der Wirtschaftswissenschaft in Berlin und Heidelberg in die KPD und über die KPD-Opposition in die Gruppe Neu Beginnen ins Londoner Exil führte. Dort Mitarbeiter des „Observer“, nahm Löwenthal 1961 einen Ruf an das Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin an.

Die zwischen 1935 und 1986 geschriebenen Texte sind in folgende Themenkomplexe gegliedert: Faschismus und Nationalsozialismus; Bolschewismus; Deutschland, Russland und der Zweite Weltkrieg; Jenseits des Kapitalismus – jenseits des Totalitarismus; Bipolare Welt und Entwicklung des Sowjetkommunismus; Totalitarismuskonzepte; Dynamik totalitärer Herrschaft und Ausblicke.

Hier können unmöglich alle Gedanken Löwenthals referiert werden. Verwiesen sei auf seine differenzierte Analyse der Weimarer Republik von 1935. Anders als die KPD sah Löwenthal die Bourgeoisie in der Weimarer Republik nicht nur als monolithischen Unterdrücker der Arbeiterklasse. Die Politik der Interessendemokratie werde nicht einseitig von der herrschenden Klasse gemacht, sondern trage Resultantencharakter. „Wenn die deutsche Sozialdemokratie von der Weimarer Republik als von ‚ihrem Staat‘ sprach und Teile der Bourgeoisie diesen Staat als ‚marxistisch‘ bezeichneten, so lag dem eben dieser Resultantencharakter zugrunde. Die Arbeiterparteien vermochten kraft ihrer politischen Rechte in diesem Staat Teilforderungen durchzusetzen, die von der Bourgeoisie als ihren Interessen zuwiderlaufend und daher mit dem Funktionieren der kapitalistischen Ökonomik als unvereinbar empfunden wurden.“ Etwas zugespitzt schrieb Löwenthal: „Die politisch führende Schicht setzte sich nicht nur aus der Bourgeoisie und ihren Syndici, sondern aus den Spitzen aller Interessenparteien einschließlich der Arbeiterparteien zusammen.“ (S.76)

1957 trat Löwenthal, obgleich noch Verfechter eines Totalitarismus-Paradigmas, der „einseitig religiösen oder ideologischen Deutung des Totalitarismus“ entgegen, da sie „nur zu leicht die ‚Schuld' an wesentlich antihumanistischen und antidemokratischen Entwicklungen der humanistischen und demokratischen Ideen der Aufklärung“ zuweise. (S.438) Der „moderne Totalitarismus“ weise Züge auf, „die allen Sklavenstaaten, Theokratien und revolutionären Tyranneien der Vergangenheit fehlen. Er enthält wohl Elemente aus allen dreien, fügt sie aber in einen neuen Zusammenhang. Er ist nicht statisch, sondern gebietet über eine industrielle Volkswirtschaft mit schnell sich wandelnden Produktionsmethoden; seine Religion ist weltlich; die Tyrannis setzt die revolutionären Umwälzungen innerhalb der Gesellschaft fort.“ (S.432)

Totalitäre Systeme könnten aber nur dort gedeihen, wo die vorangehende Ordnung bei der Lösung dringendster sozialer Aufgaben versagt habe. „Der Bolschewismus hätte trotz all seiner geistigen Vorgänger innerhalb der russischen Intelligenz im Jahre 1917 nicht die Macht erringen können, wenn seine Gegner willens und fähig gewesen wären, den Krieg sofort zu beenden und den Boden zu verteilen.“ Ebenso aber gelte: „Der Nationalsozialismus hätte trotz seiner Verwurzelung in der deutschen Geistesgeschichte 1933 nicht gesiegt, wenn die herrschenden Parteien der Weimarer Republik damals Keynes'sche Vollbeschäftigungspolitik verwirklicht hätten.“ (S.436)

Doch nach fünf Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft erkläre die willkürliche Anwendung des Totalitarismus-Begriffs die komplexer gewordene Wirklichkeit der UdSSR nicht mehr zureichend, schrieb Löwenthal 1970. Der totalitäre Einparteistaat beinhalte vier institutionelle Hauptmerkmale: 1.) Die Monopolstellung der herrschenden Partei im Staate; 2.) die monopolistische Beherrschung aller Formen gesellschaftlicher Organisation durch die Partei; 3.) die monopolisierte Beherrschung aller Informations- und Bildungsmittel; 4.) die Beseitigung aller gesetzlichen Beschränkungen der Staatsmacht (S.567-596).

Diese Merkmale seien nicht verschwunden, hätten sich jedoch abgeschwächt und würden einem Wandlungsprozess unterliegen. Die Sowjetunion nähere sich der Industriegesellschaft an, und dies habe zwangsläufig Rückwirkungen auf die politische und institutionelle Struktur. Die „nachrevolutionäre Fachelite“ bedürfe statt eines säkularen Glaubens viel mehr „materieller Anreize“, die ein starres System der Vergangenheit nicht befriedigen könne. Die „rechtliche und soziale Sicherheit des Einzelnen“ müsse erweitert werden und sei teilweise schon erweitert worden. Der „begrenzte Pluralismus“ im Bereich der Kultur zeige, dass das Sowjetregime nicht mehr totalitär, sondern nunmehr autoritär sei. Die Partei agiere wie ein „autoritärer Schiedsrichter“, um die gesellschaftlichen Interessen gegeneinander auszubalancieren. Doch würde gerade dies zu neuen Konflikten und mittelfristig zu einer Legitimitätskrise der Partei und der Ideologie führen (S.593f.). Die offenkundigen Leistungen der Sowjetunion, die zur Modernisierung, Industrialisie-

rung und vollkommenen Alphabetisierung des Riesenlandes führten, haben aber gerade jene Kräfte freigesetzt, die ein Einparteiregime zunehmend als Hemmnis der gesellschaftlichen Entwicklung empfinden würden.

Zu keiner Zeit wollte Löwenthal die gemeinsamen Merkmale totalitärer Herrschaft so weit auslegen, dass dahinter die grundlegenden Unterschiede zwischen dem Staat Hitlers und dem Sowjetkommunismus eingeebnet würden. Diese Unterschiede würden auf die Stärke wie die Schwäche des Sowjetsystems verweisen. Die Stärke der kommunistischen Ideologie liege im menschheitlichen Anspruch, die Schwäche in der Konkretisierung der Utopie, die die Machthaber zu immer neuen Anstrengungen zwinge, ihre Versprechen einzulösen. Sie seien Gefangene ihrer Fiktion von Demokratie und Rationalität. Die kommunistische Utopie enthalte bei aller Kritik einen humanistischen Kern, der dem Faschismus völlig fehle. Diese Argumente hielt Löwenthal 1986 Ernst Nolte entgegen, als dieser die Ursprünge von Auschwitz aus der deutschen in die Geschichte der Sowjetunion verlagern wollte. Der bislang unveröffentlichte Text (S.633-644) gehört zu den wichtigsten des lesenswerten Buches. *Mario Keßler*

Dierk Hoffmann: Otto Grotewohl (1894-1964). Eine politische Biographie (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 74. Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte), Oldenbourg Verlag, München 2009, VII, 721 S.

Diese umfangreiche Arbeit baut auf dem aktuellen Forschungsstand auf und fügt durch die Auswertung umfangreicher Archivalien viel Neues hinzu. Ich habe sie mit Gewinn gelesen.

Die Gliederung in fünf Hauptkapitel folgt verbreiteten Kriterien. Im Mittelpunkt des ersten Kapitels steht Grotewohls Entwicklung zum Landtagsabgeordneten der SPD in Braunschweig und seine Tätigkeit als Landesminister. Es folgen die Jahre des Nationalsozialismus, wo er dank Unterstützung seines Freundes Erich Gniffke in Berlin überleben konnte. Ausführlich wird dann seine Rolle bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED und seine Rolle als Ko-Vorsitzender der SED untersucht. Auch hier konnte sich H. auf bereits vorliegende umfangreiche Untersuchungen stützen. Sehr detailliert untersucht der Autor dann auf der Grundlage neu erschlossener Archivalien die Rolle Grotewohls als Regierungschef der DDR, wobei die politischen Felder im Mittelpunkt stehen, auf denen Grotewohl besondere Aktivitäten entwickelte. Ein spezielles Kapitel ist seiner Rolle in den Auseinandersetzungen um die Einheit Deutschlands in den 1950er-Jahren und seinen Bemühungen um internationale Anerkennung der DDR gewidmet.

Eine Biografie über Grotewohl zu schreiben, ist ein schwieriges Unterfangen. Das wird auch in dieser Arbeit deutlich. Mehrere Versuche anderer Autoren wurden, wie Hoffmann vermerkt, nicht vollendet. Das Verdienst des Autors besteht darin, erfolgreich das Leben und Wirken Grotewohls in seiner Gesamtheit zu erfassen und

darzustellen. Das ist auch deshalb wichtig, weil es nur wenige Auskünfte und Unterlagen über das Privatleben Grotewohls gibt.

Die Stärke des Buches liegt in der Analyse des politischen Wirkens Grotewohls in der SBZ und der DDR, wobei mitunter, vor allem der Quellenlage geschuldet, die Persönlichkeit hinter den komplizierten politischen Vorgängen „verschwindet". Zugleich werden hier auch die Probleme sichtbar. Dazu möchte ich einige Anmerkungen machen.

Erstens zeigt die Untersuchung deutlich, wie sehr das Leben und das politische Engagement Grotewohls und anderer Politiker von ihren Erfahrungen in und mit der Weimarer Republik und den Jahren der Nazi-Diktatur geprägt waren. Das wird im Buch auch thematisiert. Was man Grotewohl zugesteht, muss aber auch für die Beurteilung anderer Politiker dieser Zeit gelten, für Ulbricht, Pieck, Schumacher, Adenauer etc. Deren politische Lebenserfahrungen waren sehr unterschiedlich. Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkten gegensätzliche politische Positionen aus der Weimarer Republik fort. Zu einer gemeinsamen Aufarbeitung der Politik der beiden Arbeiterparteien war es bis 1945 nicht gekommen. Etwas grob gesagt: Schumacher war und blieb Antikommunist, die KPD-Führer blieben Antisozialdemokraten, und Adenauer blieb ein Vertreter des Großbürgertums. Und Grotewohl? Unter diesem Gesichtspunkt wären weitergehende Untersuchungen zum Beispiel über die Haltung des Sozialdemokraten Grotewohl zur KPD bzw. zu einzelnen Kommunisten in seiner Braunschweiger Zeit, als Reichstagsabgeordneter etc. sehr nützlich gewesen.

Die aus Moskau kommenden KPD-Führer, und besonders Ulbricht in Berlin, hatten ein ausgearbeitetes und mit der sowjetischen Führung abgestimmtes politisches Konzept zur Gestaltung Deutschlands nach dem Krieg im Gepäck. Eine zentrale Komponente war die Schaffung einer Einheitspartei aus KPD und SPD als Voraussetzung für einheitliches Handeln der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung insgesamt. Das schloss die Führungsrolle der KPD und die Beseitigung des „Sozialdemokratismus" ein. Die eigentlichen Gegenspieler Ulbrichts waren folglich Schumacher und dann auch Adenauer, die jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnten und bekämpften. Im Unterschied zu den Genannten waren Grotewohl und andere führende Sozialdemokraten auf die unausweichlichen Auseinandersetzungen nach 1945 weder geistig noch politisch vorbereitet. Sie waren schon deshalb für Kontakte und Gespräche mit Kommunisten „offen". Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zudem durch die schnell aufbrechenden grundlegenden Gegensätze zwischen den Siegermächten geprägt. Der „Kalte Krieg" wurde von beiden Seiten geführt. Die führenden deutschen Politiker, wie Hunderttausende andere auch, mussten sich im Laufe der Auseinandersetzungen für die eine oder die andere Seite entscheiden. Die Einteilung in „gute" und „böse" Sozialdemokraten wird dieser Situation nicht gerecht und ist wissenschaftlich nicht haltbar.

Zweitens ist es nicht überraschend, dass der Autor ausführlich Grote-

wohls Haltung zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED in der SBZ darstellt. Er kann sich dabei auf eine schier unübersehbare Literaturmenge stützen, was Erkenntniszugewinn fast unmöglich macht. Dabei übernimmt der Autor ganz selbstverständlich den durchaus umstrittenen und m. E. wissenschaftlich nicht haltbaren Begriff der „Zwangsvereinigung". Das verwundert angesichts der anhaltenden aktuellen politischen Interessen unterworfenen Zielstellungen der Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht. Aber in einer Biografie über Grotewohl ist die unkritische Übernahme solcher „politischen Kampfbegriffe" schon deshalb nicht angebracht, weil dieser ja für die Vereinigung focht. Dass es Druck und auch Zwang bei der Vereinigung beider Parteien gab, ist unbestritten. Aber ebenso ist zu beachten, dass große Teile in der SPD wie die Mehrheit der KPD-Mitglieder mit der Bildung einer Einheitspartei die Einheit der Arbeiterklasse anstrebten. Und die Urabstimmung in der Berliner SPD hatte zwei klare Ergebnisse: Keine sofortige Vereinigung, aber eine gleichberechtigte Zusammenarbeit. Bei den Initiatoren der Abstimmung galt der zweite Teil der Mitgliederentscheidung in den folgenden Monaten nichts mehr. Man kann sicher davon ausgehen, dass Grotewohl eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und einen Zusammenschluss auf gleichberechtigter Grundlage wollte. Die konkreten historischen Bedingungen und Kräfteverhältnisse verhinderten eine solche Vereinigung beider Parteien. Man musste sich entscheiden. Vereinigung unter schwierigen Voraussetzungen oder keine Vereinigung.

Drittens ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass der rigorose Antikommunismus, den Schumacher auch im Umgang mit Grotewohl auf diesen übertrug, dessen Entscheidung für die Einheitspartei eher befördert hat. Schumacher wollte offenbar die ganze Macht in der SPD und über diese die Macht in einem Westzonenstaat. Er glaubte offenbar, diese Ziele ohne die Einheitsbefürworter aus der SBZ erreichen zu können. Das war eine folgenreiche Fehleinschätzung. Und diese rigide antikommunistische Position trieb Grotewohl geradezu in die Arme von Ulbricht. Dass dies über sein gutes Verhältnis zu Pieck ablief, ändert am Wesen des Vorgangs kaum etwas. Pieck und Ulbricht agierten auf einer übereinstimmenden Position. Was sie unterschied, war ihr Charakter und die Art und Weise des Umgangs mit ihren Partnern.

Viertens gibt es keinen Zweifel am aufrichtigen Streben Grotewohls nach Erhaltung bzw. für die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands. Die Mitverantwortung Adenauers und der Westmächte für die Spaltung Deutschlands lässt sich nicht vom Tisch wischen. Dass die SED- und die sowjetischen Führer sich auf die Politik des Westens in dieser Frage einstellten, dass sie mit ihren Vorschlägen eigene Ziele anstrebten, ist unbestritten. Warum hätten sie das auch nicht tun sollen? Das Entscheidende war m. E. nicht die Frage der freien Wahlen, sondern die fehlende Bereitschaft zum Gespräch auf gleichberechtigter Grundlage. Mit Grotewohl hofften Millionen Ost- und wohl auch Westdeutsche in den frühen 1950er-Jahren auf eine schnelle Herstellung der Einheit Deutschlands.

Schließlich ist fünftens darauf zu verweisen, dass nach den großen Enttäuschungen in der Auseinandersetzung um eine gesamtdeutsche einheitliche Arbeiterpartei und um die Einheit Deutschlands sich Grotewohl auf seine Aufgaben als Ministerpräsident der DDR konzentrierte. Dass er sich nun bis auf seine rhetorischen Fähigkeiten inhaltlich immer weniger von den anderen SED-Führern unterschied, einem Anpassungsprozess unterlag, ist eine verbreitete menschliche Eigenart. Sie ist aber zuerst Ausdruck des Herrschaftsmechanismus in der DDR, der alle Macht beim Politbüro konzentrierte und die Regierung zum Befehlsempfänger degradierte.

Die Untersuchung von H. besticht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, durch ihre Sachlichkeit und breite Quellenkenntnis und -basis. Sie ist damit eine sehr nützlich Grundlage für die weitere ausgewogene Beschäftigung mit der Nachkriegsgeschichte in Deutschland. *Manfred Teresiak*

Christian Heppner (Hrsg.): Als Sozialist und Kommunist unter vier Regimes. Die Memoiren des ersten niedersächsischen Sozialministers Karl Abel (1897-1971) (Schaumburger Studien 67), Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2008, 408 S., Abb.

Wenige Jahre vor seinem Tod verfasste der zeitlebens linientreue Kommunist Karl Abel unter dem Titel „Biographie als Sozialist und Kommunist in Monarchie, der Republik von Weimar, unter dem fluchwürdigen Zeichen des ‚Dritten Reiches' und in Adenauers Bundesrepublik" seine Autobiografie, die nach seinem Willen erst 30 Jahre nach seinem Ableben „der Öffentlichkeit" übergeben werden durfte. Dies hat nun H. mit großer editorischer Sorgfalt aus der Kopie des Manuskripts im Staatsarchiv Bückeburg erledigt. Schon der Abelsche Titel verrät, dass kein großes, stilistisch versiertes Werk zu erwarten ist.

Karl Abel, gelernter Schuhmacher aus Obernkirchen, Gewerkschafter und junger Sozialist, Weltkriegsteilnehmer, ging nach seiner Demobilisierung 1919 auf Wanderschaft, wurde 1921 Bergarbeiter und trat 1921 in die KPD ein. Seit 1925 war er Gauleiter des Roten Frontkämpferbundes (RFB) in Niedersachsen und seit 1929 Organisationsleiter in der niedersächsischen KPD-Bezirksleitung. Abel gehörte von 1924 bis 1932 dem Preußischen Landtag an. Nach seiner Entlassung 1926 bei der Preussag arbeitete er als Gewerkschaftssekretär und schließlich als hauptamtlicher Parteifunktionär der KPD, für die er auch viele Nebenämter übernahm. Doch wirklich politische Bedeutung in der KPD erhielt er nicht. Und dennoch verlief dann seine Karriere wie die vieler mittlerer KPD-Funktionäre: 1933 Verhaftung, Festungshaft, 1934 Schein-Rückzug aus der Politik und Arbeit als selbstständiger orthopädischer Schuhmacher in Obernkirchen, 1938 erneut inhaftiert und bis 1940 im KZ Sachsenhausen festgehalten. Danach nahm er als Soldat am Zweiten Weltkrieg teil. Eine weitere Festnahme 1944 führte schließlich zu einer erneuten Haft im KZ Sachsenhausen, die bis zu seiner Befreiung 1945 andauerte. Die Beschreibungen des „Lebens" in diesem KZ sind ein ergreifendes Zeugnis der unmenschlichen Qualen, die er durchzustehen hatte.

Nach seiner Befreiung kehrte Abel in seine Heimat nach Obernkirchen zurück und rückte jetzt ins Rampenlicht der Nachkriegsgeschichte des eben gegründeten Landes Niedersachsen: Nach kleineren Posten in der Lokalverwaltung ernannte ihn die britische Besatzungsmacht 1946 zum Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag. Er wurde Sozialminister in der Allparteien-Regierung des Sozialdemokraten Hinrich Wilhelm Kopf, der ihn allerdings am 5. Februar 1948 – inzwischen Minister ohne Geschäftsbereich – widerrechtlich entließ. Kopf war auf Antrag der Polen auf die internationale Liste der Kriegsverbrecher gesetzt worden. Abel hatte den Antrag für die KPD gestellt, der Ministerpräsident solle sein Amt ruhen lassen, bis die Vorwürfe geklärt seien. Alle Parteien mit Ausnahme der KPD stellten sich fast geschlossen hinter Kopf, der darauf Abel einfach aus dem Kabinett entließ – ein Recht, das nur dem Parlament zustand.

Abel berichtet in seinen Memoiren aus der Distanz sachlich über die Vorgänge. Leider versäumt es der Hrsg., dazu die neuere Forschungsliteratur zu Rate zu ziehen, sondern stützt sich auf die antikommunistische legitimatorische Literatur der frühen 60er-Jahre. Inzwischen deuten nämlich neue Entdeckungen aus den Archiven des britischen Außenministeriums darauf hin, dass die Vorwürfe keineswegs einer kommunistischen Kampagne im beginnenden kalten Krieg entstammten, sondern durchaus haltbare Belege fanden. Es war also eine politische Entscheidung im Einklang mit den Alliierten.

Abel blieb bis 1951 Mitglied des Niedersächsischen Landtages und war dort 1950/51 Vorsitzender der KPD-Fraktion; bis zum KPD-Verbot 1956 war er auch Ratsherr in Obernkirchen. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich danach wieder als Schuhmachermeister in Obernkirchen. Aber Abel resignierte nicht, sondern setzte sich vor allem als Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Niedersachsen für die sozialen Belange, insbesondere in Fragen der Wiedergutmachungsansprüche ein.

Wirklich sensationelle Informationen aus dem Inneren der KPD und ihrer personalpolitischen Entscheidungen oder Charakterisierungen von Personen und Mitstreitern erhält der Leser und interessierte Forscher aus den Memoiren nicht. Es ist der zum Teil ergreifende Lebensbericht eines tapferen kommunistischen Kämpfers, der sich nicht brechen ließ als linientreuer Organisator dessen, was er für seinen pflichtschuldigen Beitrag für die Weltrevolution hielt. Es ist ein zeitgeschichtliches Dokument aus der proletarischen Lebenswelt mit klarer linker politischer Diktion, wie es sie leider nicht sehr häufig gibt und deshalb auch verlohnt, es in die Hand zu nehmen. *Michael Buckmiller*

Elke Scherstjanoi: Wege in die Kriegsgefangenschaft – Erinnerungen und Erfahrungen deutscher Soldaten, Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 304 S., Abb.

47 Wehrmachtssoldaten, die in den Jahren 1942 bis 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, schil-

dern in dem Bd. in sehr unterschiedlicher Länge ihre Erinnerungen an dieses Grenzerlebnis, das sich im Laufe der Jahre für die Zeitzeugen zum Schlüsselerlebnis wandelte. Dabei nimmt S. eine Zweiteilung in 32 erzählte und 15 geschriebene Geschichten vor. Diese Trennung fällt allerdings kaum auf, da der Interviewteil als Fließtext und nicht in Frage und Antwort wiedergegeben wird. Jedem Beitrag sind wichtige Lebensdaten des jeweiligen Vf. vorangestellt.

Die Erinnerungsberichte zeigen, dass die faschistische Propaganda nicht ohne Wirkung geblieben war. Die Auffassung, „Der Russe macht keine Gefangenen" (S.11), spielte in den Köpfen der Berichtenden ebenfalls eine wichtige Rolle. So wird von Selbstmorden oder Fluchtgedanken erzählt und nicht verschwiegen, dass es bei der Gefangennahme auch zu Todesfällen kam. Allerdings keimte bei vielen die Hoffnung zu überleben: „Die würden uns doch nicht verpflegen und auf einen Transport geben, wenn sie uns umbringen wollten" (S.85). Eine andere Erwartung erwies sich jedoch als Illusion. Viele Wehrmachtssoldaten erinnern sich an Zurufe bei ihrer Gefangennahme: „Krieg kaputt, skoro domoi (bald nach Hause)" (S.125). Stattdessen folgten mehrere Jahre Gefangenschaft.

Die Soldaten wurden nicht immer nach Kämpfen gefangen genommen. Manche ereilte dieses Schicksal scheinbar eher zufällig, fast in kuriosen Situationen: „Wir wollten nachschauen, wie das draußen so aussieht" (S.46). Beinahe alle erklären, dass ihnen als Erstes die Uhren abgenommen wurden. Manche bekamen dafür im Tausch etwas zu essen.

Ein Gefangener berichtet, dass ein Vertreter des Nationalkomitees „Freies Deutschland" („ein Deutscher in russischer Uniform") während einer Rede im Lager als „Verräter" (S.134) ausgepfiffen wurde. Bei einem anderen wuchs während seines langen Zugtransports die Erkenntnis, dass die Menschen wieder aufbauen müssen, was sie kaputt geschossen hatten (S.166).

In ihrem informativen Vorwort beschreibt S. die Vorgehensweise bei der Erstellung dieses Bd. und schätzt den wissenschaftlichen Erkenntniswert der Aussagen ein. Lebensberichte haben ihre eigene Überzeugungskraft, aber die meisten Fakten sind der Forschung bereits bekannt.

Hinsichtlich der sehr unterschiedlichen Zahlen über deutsche Kriegsgefangene – 2,4 Millionen nach sowjetischen Angaben, aber zwischen 3,1 und 3,5 Millionen nach der Wehrmachtsstatistik – meint sie, dass sich diese Differenz wohl nie ganz klären lassen wird.

Ein kleiner Kritikpunkt sei angemerkt. S. erklärt, dass die mündlichen Erlebnisberichte im Rahmen eines seit 2000 laufenden Projektes erfasst wurden. Die schriftlichen Darlegungen wurden offensichtlich weit eher verfasst. Aber es wird nicht deutlich, wann die ehemaligen Kriegsteilnehmer ihre Erinnerungen zu Papier gebracht haben. Gerade weil die Forschung solche Ereignisse als „Grenzerlebnisse" definiert, ist der Entstehungszeitpunkt der Äußerungen bzw. Aufzeichnungen wichtig. Es wäre verständlich, wenn

man im Jahre 2000 andere Einschätzungen oder Wertungen trifft als 1980. Zahlreiche Fotos illustrieren den Bd. Im Anhang finden sich ein Abkürzungsverzeichnis und ein Ortsregister.

Joachim Eichler

Craig Phelan (Hrsg.): Trade Unionism since 1945. Towards a Global History, Vol. 1: Western Europe, Eastern Europe, Africa and the Middle East; Vol. 2: The Americas, Asia and Australia, Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Oxford u. a. 2009, XIV, 350 S., XV, 451 S.

„Trade unionism is in crisis" – so beginnt der Hrsg., Professor für Modern History an der Kingston University London, die Einleitung zum zweiten Bd.

Und das ist in der Tat der Hauptbefund dieses zweibändigen Werkes mit Aufsätzen zu Geschichte, Entwicklung und Zukunftsaussichten von 26 Gewerkschaftsbewegungen weltweit. Elf davon sind Ländern in Asien und Amerika (China, Indien, Indonesien, Japan, Korea, Singapur, Argentinien, Brasilien, Kanada, USA) sowie Australien gewidmet, sieben westeuropäischen Ländern (Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden, Großbritannien), drei osteuropäischen Ländern (Ungarn, Polen, Ukraine) und vier afrikanischen (Kamerun, Nigeria, Südafrika, Zimbabwe); hinzu kommt ein Aufsatz über Israel.

Bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen gehen die Autoren chronologisch vor, beleuchten die jeweiligen Entstehungsphasen sowie die darauf folgenden Entwicklungsstufen bis in die Gegenwart. Das ist nützlich und hilfreich insbesondere für denjenigen, der sich mit den Landesgeschichten nicht detailliert auskennt, und es fördert ein verbindendes Ergebnis zutage: Viele der Gewerkschaftsbewegungen in aller Welt haben eine große, manchmal gar eine heroische Vergangenheit und unschätzbare Verdienste um die soziale, politische, ökonomische und kulturelle Verfassung ihrer Gesellschaften. Ihr Anteil an Emanzipation und sozialer Sicherheit der Arbeitnehmer ist vielfach immens. Das gilt zum Beispiel für die USA ebenso wie für Deutschland und Australien.

Um die Gegenwart ist es in vielen, ja den meisten Fällen sehr viel schlechter, wenn nicht gar besorgniserregend bestellt. So sind die Organisationsgrade auf Tief-, gelegentlich sogar Tiefststände gesunken, und auch wenn die in diesen Bd. genannten Daten auf unterschiedliche Weise und zu verschiedenen Zeiten erhoben sein mögen, geben sie doch zumindest eine Tendenz an. Folgende Organisationsgrade (in Prozent) werden von den Autoren genannt: Frankreich acht, Korea zehn, USA 13, Spanien 16, Polen und Ungarn 17, Israel 18, Australien 19, Japan (weniger als) 20, Singapur 20, Niederlande 22, Deutschland 23, Großbritannien 29, Kanada 30, Italien 34, Argentinien 38, Norwegen 50, Schweden 78. Das sind, von den skandinavischen Beispielen abgesehen, Werte, die weit unter denen liegen, die diese Gewerkschaftsorganisationen zu ihren besten Zeiten aufwiesen.

Die Gründe dafür sind natürlich vielfältig und werden in den Aufsätzen

entsprechend herausgearbeitet, einige allerdings können generelle Bedeutung beanspruchen. Von größter und eingreifender Wirkung ist die „Globalisierung“, die mit Arbeitslosigkeit, Konkurrenzdruck, öffentlicher und privater Armut und vielen anderen Konsequenzen einhergeht. Hinzu kommen die Veränderungen in der Arbeitnehmerschaft, deren größter Teil vielfach nicht mehr in der Produktion, sondern im Dienstleistungssektor beschäftigt ist und sich nur schwer oder gar nicht gewerkschaftlich organisieren lässt. Dann sind da die Erosion traditioneller „Milieus“, schwächer werdende Verbindungen zwischen Parteien und Gewerkschaften – und vieles mehr.

Die gewerkschaftlichen Reaktionen darauf sind ebenfalls unterschiedlich, aber daneben lassen sich wiederum auch markante Übereinstimmungen erkennen: Da sind die Gewerkschaftsfusionen, mittels derer Zersplitterung beseitigt oder Kraft durch Größe gewonnen werden soll (etwa in Australien oder Deutschland), neue Formen der Mitgliederrekrutierung (etwa in den USA) oder auch Allianzen mit neuen gesellschaftlichen Gruppen (etwa in Indien). Die Erfolge solcher Maßnahmen sind zwar erkennbar, aber keineswegs durchschlagend. Hinzu kommt, dass in vielen Ländern das bewährte Beziehungsgeflecht Gewerkschaften – Arbeitgeber – Staat nicht mehr so gut funktioniert wie in früheren Zeiten. Einzig die skandinavischen Gewerkschaften – und hier insbesondere die schwedischen – haben ihre traditionelle Größe und Stärke bewahrt. Das wird vor allem auf ihre maßgebliche Rolle in der Sozialpolitik, genauer: der Arbeitslosenversicherung, zurückgeführt.

Die Auswahl der Länder wird nicht zuletzt damit erklärt, dass man die Bandbreite gewerkschaftlicher Organisation verdeutlichen wolle. Das ist eine nachvollziehbare Begründung, obwohl die Darstellung der Gewerkschaften etwa in Ungarn oder der Ukraine zu kommunistischen Zeiten deutlich macht, dass es sich dabei nicht um „Gewerkschaften“ (mit Streikrecht und politischer Unabhängigkeit), sondern um Erfüllungsgehilfen autoritärer Regime gehandelt hat. Vollends deutlich wird das im Fall der chinesischen Gewerkschaften, die eher Staats-/Parteiorganisationen sind als Interessenorganisationen der Arbeitnehmer. Es bleibt hier, bei allem Verständnis für die breit gefächerte Anlage, ein definitorisches, systematisches und auch moralisches Unbehagen. Etwas ungewöhnlich für ein wissenschaftliches Werk ist der Witz, den der Autor des Beitrags über Ungarn (Laszlo Neumann) zur Bedeutung von Gewerkschaften im Kommunismus zitiert: „What are the three most useless things in the world? Answer: The pope’s prick, a nun’s tit, and a trade union.“ (Bd.1, S.242)

Der Text über Deutschland stammt von dem amerikanischen Sozialwissenschaftler und Gewerkschaftsforscher Stephen J. Silvia, der die deutschen Gewerkschaften auch aus eigener Anschauung gut kennt. Sein Abriss der Nachkriegsentwicklung ist ebenso informativ und problemorientiert (von kleinen Ungenauigkeiten wie etwa der Datierung der ersten Großen Koalition – 1967 bis 1971 statt 1966

bis 1969 – abgesehen) wie Beschreibung und Beurteilung von Gegenwart und Zukunftsaussichten. Seinem anschließenden Urteil, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung am Beginn des 21. Jh. getroffen, aber nicht geschlagen („battered, but not beaten") sei (Bd.1, S.89), ist zuzustimmen.

Es ist davon auszugehen, dass Darstellung und Beurteilung in den übrigen Beiträgen ebenso zutreffen. So stellt der Autor des Textes über Großbritannien (Keith Laybourn) fest, dass die Politik der Premierministerin Thatcher gegenüber den Gewerkschaften und die Folgen der Globalisierung „die Konterrevolution unserer Tage" („the counter revolution of our time") darstellten (Bd.1, S.199).

Ob der hohe Anspruch der beiden Bde., wie er schon im Titel anklingt („Towards a Global History"), eingelöst wird, mag dahingestellt bleiben. Dass sie dazu beitragen, Ähnlichkeiten und Unterschiede, Probleme und Chancen einer ins Hintertreffen geratenen sozialen und gesellschaftlichen Bewegung von großer Tradition und mit großen Verdiensten zu beleuchten und zu erläutern, kann uneingeschränkt bescheinigt werden.

Hans-Otto Hemmer

Christiane Brenner: „Zwischen Ost und West". Tschechische politische Diskurse 1945-1948, hrsg. vom Vorstand des Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 118), Oldenbourg Verlag, München 2009, VI, 554 S.

B. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Collegium Carolinum sowie Redakteurin der Zeitschrift „Bohemia" und studierte in Lyon, Berlin und Prag. Sie widmet sich in ihrer Dissertation einem von der historischen Forschung schon mehrfach und kontrovers behandelten Zeitraum. Tschechische Historiker betrachten z. T. die Entwicklung von 1945 bis Februar 1948 als tatsächlich demokratische Phase, als ergebnisoffenen Prozess hinsichtlich der Machtentwicklung. Andere Einschätzungen werten diesen Zeitraum als Etappe des Weges in die stalinistische Diktatur. B. sieht in dem Geschehen eine Auseinandersetzung mit dem „System der Zwischenkriegszeit", das „kaum jemand wieder beleben wollte", bestenfalls eine „verbesserte, gewissermaßen modernisierte Version der Tschechoslowakei von 1918-1939" (Einleitung, S.1). Die Autorin bezeichnet diese Zeit als eine „Episode zwischen zwei Diktaturen" (S.4), d. h. zwischen Hitlerokkupation und stalinistisch geprägter Herrschaft.

Ziel der Arbeit sei, „die Muster zu rekonstruieren, nach denen die öffentlichen Diskussionen der Jahre 1945-1948 funktionierten" (S.4f.). Dies versucht die Vf. mit der These zu beweisen, dass „das Publikum" jener Jahre einen „hohen Grad an Zustimmung" zu den öffentlichen Reden erkennen ließ. Es empfand, ihrer Meinung nach, nicht den „diametralen Gegensatz von Demokratie und Kommunismus" und zeigte eher konformistische Einstellungen, was u. a. dem Okkupationsverhalten vor 1945 zuzuschreiben sei (S.5, Anm. 10). Demzufolge wendet sich die Vf., neben gedruckten Quellenbänden, als nahezu

einziger Quellenbasis der Literatur und der Auswertung von öffentlichen Publikationsorganen. B. begreift dabei „Diskurs“ (s. Titel), über welchen „Machtverhältnisse konstituiert werden können“, „als verbindendes Element zwischen Sprache, gesellschaftlichen Strukturen und Handeln“ (S.6f.).

Mit einer Einleitung, fünf Kapiteln und einem Fazit in deutscher und tschechischer Sprache spannt die Vf. einen Bogen des Zeitraums 1945-1948 in der Tschechoslowakei. Hinzu kommen ein kommentiertes Personen- (S.523-546) sowie ein umfangreiches Literaturverzeichnis (S.477-522). In jedem Kapitel erfolgt ein historischer Überblick über die jeweilige Thematik. Er dient zum Nachweis, wie umfassend sich die Vf. mit der tschechischen Geschichte in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen beschäftigt hat: mit nationalen Traditionen, Kultur, Literatur, Geografie, Gesellschaftsstruktur, Geistesgeschichte, Nationalitätenproblemen, Slawismusgeschichte usw. usf.

Der starke Einfluss der Siegermacht Sowjetunion auf die Entwicklungsphase bis 1948, der in der Programmatik der Kommunisten verankert ist, findet in einem speziellen Abschnitt Berücksichtigung (S.311f.). Die Slawismus-Thematik und die traditionell proslawische Haltung der tschechischen Intelligenz, besonders der Künstler und Schriftsteller, wird deren Aufgeschlossenheit gegenüber linkem Gedankengut zugeschrieben. Die Orientierung auf die Sowjetunion als Befreierin von der deutschen Okkupation ist auf das Trauma des Münchner Abkommens von 1938 und die Enttäuschung über die damalige Haltung der westlichen Demokratien zurückgeführt (S.315). Das habe die sowjetische Dominanz und deren Einfluss auf die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse 1945-1948 begünstigt, zumal sich der Sozialismus-Begriff stalinistischer Prägung mit der tschechischen Sozialismus-Idee u. a. von Tomáš G. Masaryk offenbar im Denken der Tschechen vermischt habe (S.322f.).

Den sozio-ökonomischen Veränderungen in der Wirtschaft wird weniger Beachtung geschenkt, obwohl gerade sie stark die Politik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) begünstigten. Sie konnte in den Betrieben Fuß fassen und eine breite Basis für ihre Politik aufbauen. Erst mit der Ablehnung des Marshallplan-Angebots durch die ČSR im Sommer 1947 auf Druck Stalins sowie der Gründung des Kominform-Büros im September 1947 wurde die Disziplinierung der KPTsch in Richtung auf die Veränderung der Machtverhältnisse zementiert (S.401). Die Blockbildung des Kalten Krieges mit ihren Folgen hätte Ende 1947/Anfang 1948 unbeeinflusste innerstaatliche demokratische Entwicklungen in der ČSR ausgeschlossen, weil die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges keine Veränderungen ihrer Interessensphären zulassen konnten und wollten (S.402).

Einige Ausführungen der Vf. müssen hinterfragt werden. Dazu gehört ihre Feststellung, die ČSR sei 1918 als „Vielvölkerstaat wider Willen“ entstanden (S.30). Damit wird wohl die mehrere Jahrhunderte andauernde tschechische nationale Bewegung mit dem Ziel der eigenen Staatsgründung nicht gerecht bewertet, selbst wenn

nicht von der Hand zu weisen ist, dass die Bildung des Staates ČSR mit Problemen behaftet war. Da die Tschechoslowakei 1918 am Ende eines Weltkrieges entstand, spielten die Interessen der Siegerstaaten an der Art und Weise des Zustandekommens von Nachkriegsfriedenslösungen, in deren Gefolge auch neue Nationalstaaten entstanden, eine besondere Rolle. Das brachte viele Widersprüche mit sich und schuf zahlreiche, auch existenzielle, Probleme für diese Länder. Der cordon sanitaire sollte sowohl den deutschen Kriegsverlierer eingrenzen als auch der Ausbreitung des Einflusses der Oktoberrevolution in Russland auf Europa Einhalt gebieten. Die Schwächung Deutschlands wurde jedoch nicht auf Dauer erreicht. Das kostete die Tschechoslowakei, neben inneren Problemen, die Existenz. Dass der Marshallplan auch die politische und wirtschaftliche Wiederaufrichtung Westdeutschlands nach 1945 bedeutete, war daher für die ČSR von großem und sie belastendem Gewicht. Solche Widersprüche, die sich nach 1945 ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg zeigten, berücksichtigt die Vf. zu wenig.

Das Festhalten von Edvard Beneš am Tschechoslowakismus erscheint nicht ausreichend erklärt (S.69, 543). Es wird nicht dessen Standpunkt erläutert, dass nach 1945 der Tschechoslowakismus, der de facto nach 1918 eine bevorzugte Stellung der Tschechen im Staate bedeutete, in der Realität nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, da er die Forderungen der Slowaken nach größerer nationaler Autonomie nicht genug berücksichtigte. Beneš bezeichnete die Slowaken als slowakisch sprechende Tschechen und konnte nicht verwinden, dass sie gemäß seiner Ansicht nach dem Münchner Abkommen die Tschechoslowakei verraten hätten. Für die Anerkennung ihrer autonomen und unabhängigen Rechte sah er keinen Raum.

Ungenauigkeiten stellen sich bei Übersetzungsfragen ein. Das gilt z.B. für den Parteinamen der Československá strana národně socialistická (S.553 u. a.) als „Tschechoslowakische Nationalsozialistische Partei“. Geeigneter wäre die in der Literatur meist benutzte Bezeichnung „Tschechoslowakische Volkssozialistische Partei“ bzw. „Partei der Tschechoslowakischen Volkssozialisten“. Das ist bedeutsam, um eine sinnentstellende Verbindung mit den Nationalsozialisten Hitlers auszuschließen. Ein ähnliches Problem tritt bei der DNSAP, einer negativistischen Partei der Deutschen auf. Sie wird irrtümlicherweise von der Vf. als NSDAP bezeichnet. Es geht hierbei keinesfalls um einen Druckfehler. Hitlers NSDAP ist bekanntlich erst 1920 in Deutschland gegründet worden, die DNSAP existierte seit 1919 in der ČSR.

Die Bezeichnung des Zeitraums 1945-1948 als „Dritte Republik“ ist nicht sehr gebräuchlich und wirft die Frage auf, in welcher „Republik“ die Tschechen jetzt leben, denn von „Vierter Republik“ ist heute nicht die Rede. Einige grammatikalische Konstruktionen („die gehenden Deutschen“ u. a.) im Kapitel 3 über die Aussiedlung der Deutschen im Grenzland (S.312) sind nicht gut gewählt.

Stil und Diktion der Publikation sind ansprechend und belegen die Fleißarbeit, besonders durch die Exkurse zu den historischen Themen. Die konse-

quente Ausblendung von Veröffentlichungen der DDR-Historiografie bis 1989 bzw. von aus der DDR stammenden Historikern danach – im Gegensatz zu Arbeiten von ČSSR-Historikern – ist nicht erklärbar, einzig Frank Hadler findet sich im Literaturverzeichnis. *Veronika Arndt*

Uli Schöler: Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne, Offizin Verlag, Hannover 2008, 128 S.

Am 15. September 2010 jährte sich zum 25. Mal der Todestag von Wolfgang Abendroth. Dieses Datum ist erfreulicherweise für zahlreiche Organisationen sowie Publikationsorgane Anlass gewesen, erneut auf die nach wie vor bestehende große aktuelle wissenschaftliche und politische Bedeutung des Lebens und Werkes dieses sozialistischen Rechts- und Politikwissenschaftlers aufmerksam zu machen. Der Autor ist Mitherausgeber der Gesammelten Schriften Abendroths im selben Verlag. Von den geplanten acht Bden. sind bislang die ersten beiden Bde. erschienen. Sch. thematisiert in seiner Untersuchung eine Fragestellung, die seit den 50er-Jahren bis heute in der Publizistik Gegenstand von teilweise sehr heftigen Kontroversen ist. Dabei scheuen einige Kritiker der politischen Ansichten und Konzeptionen Abendroths auch nicht davor zurück, ihn persönlich zu verunglimpfen. Anders als die meisten anderen an dieser Auseinandersetzung beteiligten Personen hat sich Sch. die Mühe gemacht, das Verhältnis der SED und der DDR zu Abendroth und, umgekehrt, auch das Verhältnis von Abendroth zur DDR und SED von 1946 bis 1985 durch eine umfassende Auswertung sowohl von veröffentlichten Schriften Abendroths als auch von unveröffentlichten Aktenbeständen in Archiven differenziert zu analysieren.

Dank seiner sowohl politischen Sachkenntnis als auch seiner profunden Kenntnisse des Lebens und Werkes Abendroths widerlegt Sch., basierend auf der Auswertung zahlreicher Quellen, die oftmals gemachte Behauptung, Abendroth habe in der damaligen Bundesrepublik bewusst die Interessen der SED und der DDR vertreten, oder er sei sogar für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig gewesen. Zu Recht werden diese unbelegten Vorwürfe von Schöler als eine Kampagne gegen Abendroth gewertet. Die Protagonisten dieser langjährigen Kampagne verschweigen dabei Abendroths Flucht aus der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone Ende 1948 ebenso wie seinen Einsatz für Opfer des Stalinismus, etwa Heinz Brandt. Auch habe das Projekt Abendroths, gegen Ende der 60er-Jahre in der BRD eine neue linkssozialistische Partei zu gründen, nicht den Interessen der SED gedient. Denn eine derartige Partei wäre in Konkurrenz zu der von der SED-Führung anvisierten Neugründung einer Kommunistischen Partei getreten.

Sch. widerlegt jedoch nicht nur umfassend und differenziert die Behauptungen der politischen Gegner Abendroths. Der Autor zeichnet vielmehr, ausgehend von einer Postkarte an Albert Norden zum Tode von Walter Ulbricht, kritisch die – seiner Ansicht

nach vorhandenen – Positionsverschiebungen von Abendroth hinsichtlich dessen Beurteilung des „realen Sozialismus“ am Beginn der 1970er-Jahre nach. Sachlich und ohne Beschönigung sieht Sch. die Würdigung von Walter Ulbricht durch Abendroth nicht als eine vermeintliche Anbiederung an die SED an. Er beurteilt Abendroths Hoffnung, durch derartige freundliche Worte Kontakte zu eventuell reformbereiten Politikern der SED herzustellen, vielmehr als einen politischen Irrtum. Das nicht öffentliche Lob für Walter Ulbricht sei als taktisch zu bewerten, zumal Abendroth es mit einem positiven Bezug auf Heinrich Brandler für die SED auch noch „vergiftet“ habe. Bedauerlicherweise fehlen hier jedoch Bezüge auf die differenzierte Wertung Walter Ulbrichts durch Abendroth in dessen Werk „Ein Leben in der Arbeiterbewegung“ aus dem Jahr 1976. Diese Bezüge hätten aufgezeigt, dass Abendroth das politische Agieren von Walter Ulbricht auch in seinen veröffentlichten Schriften nicht nur negativ beurteilt hat. Insofern ist die politische Wertung dieser Problematik durch den Autor zumindest kritisch zu hinterfragen. Dieses gilt gleichfalls für die Auffassung von Sch., Abendroth habe im Laufe der Jahre seine Kritik an der SED und der DDR deutlich abgeschwächt, bis hin zu einer angeblich von Abendroth vertretenen Auffassung der Relativierung rechtsstaatlicher Anforderungen in Übergangsgesellschaften.

Sehr interessant sind die Ausführungen zum Werk von Richard Löwenthal „Jenseits des Kapitalismus“ (1947) und zu den Übereinstimmungen mit Ansichten Abendroths, speziell was die Problematik „totalitärer Staat“ betrifft. Abendroth und Löwenthal tauschten sich 1946/47 über den Text dieses Werkes aus, worauf der Autor ausdrücklich hinweist. Möglicherweise könnte hier eine genauere Auswertung von Archiv-Quellen sogar ergeben, dass es sich – zumindest bei Teilen dieser Schrift – um eine Art Gemeinschaftswerk von Abendroth und Löwenthal handelt.

Sch. ist es in seiner Untersuchung gelungen, neben der Widerlegung von falschen Behauptungen gegen Abendroth zugleich auch eine erste knappe, übersichtsartige, anregende und kritische Darstellung des spannungsreichen Verhältnisses zwischen Demokratie, Freiheit und Sozialismus in der politischen Konzeption Abendroths zu verfassen. Außerdem fördert der Autor zahlreiche neue Erkenntnisse über politische Kontakte Abendroths zu Tage und formuliert im Zusammenhang mit den genannten drei Erkenntnisfortschritten einige weitergehende Thesen. Inwieweit diese einer eingehenden Kritik standhalten, das muss durch weitere ausführliche und intensive Forschung im Detail überprüft werden. *Andreas Diers*

Günther Glaser: Armee gegen das Volk? Zeitgenössische Studie mit Dokumenten zur Einsatzplanung des Militärs im Innern der DDR (1949-1965/66), Peter Lang – Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main u. a. 2009, 152 S., 11 Dok.

G. geht seit längerem der Frage nach, welche Rolle die Verwendung militäri-

scher Kräfte im Innern der DDR in Spannungs- und Konfliktsituationen in der Politik der SED und der Regierung der DDR gespielt hat oder gespielt haben könnte. Neu ist sein Bemühen, den Einsatz von Militär im Innern des Landes als historisches Phänomen deutscher Militärgeschichte zu skizzieren. Freilich kann es sich dabei nur um erste Überlegungen zu dieser Problematik handeln, die weiterer Untersuchungen bedarf und auf wenigen Seiten kaum hinlänglich erörtert werden kann.

G. wendet sich mit seiner Studie einer Thematik zu, die von anderen Autoren umgangen und von manchen gänzlich geleugnet wird, da es nach deren Ansicht eine „innere Funktion" der Streitkräfte in der DDR nicht gegeben habe. Er setzt sich dabei mit unwahren Behauptungen auseinander, die anhand von Quellen längst widerlegt sind. Mit erneut abgedruckten, vor allem aber erstmalig veröffentlichten Dokumenten leistet G. einen anerkennenswerten Beitrag, um größere Klarheit zu erreichen, warum die SED-Führung und die Regierung der DDR immer wieder planten, bei denkbaren politischen Auseinandersetzungen im Innern gegebenenfalls auch Militär einzusetzen. In der Literatur wird verbreitet die Ansicht vertreten, dass nach einem Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) vom 6. April 1962 (Dok. 7) der NVA eine innere Funktion nicht mehr übertragen worden sei. Dabei handelt es sich um eine eindeutige Fehlinterpretation des Beschlusses, dessen Festlegung besagt: „Die Nationale Volksarmee ist für den Einsatz im Innern der Deutschen Demokratischen Republik nicht einzuplanen. Sie hat bereit zu sein, auf besonderen Befehl kurzfristig Aufgaben im Innern der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen." (S.128) Diejenigen Autoren, die eine „innere Funktion" der Streitkräfte in Abrede stellen, negieren nicht nur die Festlegung des Beschlusses vom 6. April, der eine verabsolutierte Gegenüberstellung von innerer und äußerer Funktion nicht zulässt. Sie übersehen gewollt oder ungewollt die Tatsache, dass im stalinistischen Leninismus, wie G. bemerkt, ein grundsätzlicher Unterschied in der Wahl der Methoden und Mittel bewaffneter Gewalt nach außen und nach innen nicht gemacht worden ist (S.18). Faktisch wurde mit dem Beschluss des NVR und nachfolgenden befehlsmäßigen Festlegungen die Verwendung der bewaffneten Organe für den Einsatz im Innern neu geordnet. Der Dokumentation ist zu entnehmen, dass es im Untersuchungszeitraum eine Kontinuität sicherheitspolitischer Auffassungen und Planungen zur Zerschlagung konterrevolutionärer Aktionen in der DDR gab. Der Beleg dafür wird mit dem erstmalig veröffentlichten Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung Nr. 65/62 vom 3. Juli 1962 (Dok. 8) über den Einsatz von Kräften der NVA im Innern der DDR erbracht.

Mit dem strengster Geheimhaltung unterliegenden Befehl sei eine Hintertür für Militäreinsätze im Innern weit geöffnet worden (S.36). Er legte fest, welche Aufgaben von Armeeformationen zur Sicherstellung von Handlungen der Vereinten Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages und zur Zerschlagung „konterrevolutionärer Kräfte" auf dem Gebiet der

DDR im Verteidigungszustand zu erfüllen gewesen wären. Eine weitere Problematik des Einsatzes im Innern betraf die Heranziehung von Kräften der NVA und der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in der DDR zur Erfüllung von Aufgaben der Bezirkseinsatzleitungen, im Buch am Beispiel einer Direktive des NVR über die zentralen Aufgaben der Bezirkseinsatzleitung Potsdam (Dok. 11) dargelegt. Vieles spricht folglich dafür, dass es sich bei den in der Studie unterbreiteten Dokumenten um Elemente einer in Vorbereitung befindlichen streng geheimen Notstandsdiktatur gehandelt haben könnte (S.44). Zumindest vermittelt G. Denkanstöße für weitere diesbezügliche Forschungen, wobei auch zu untersuchen wäre, ob in den 70er- und 80er-Jahren weitere Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen worden sind. Es wäre gut gewesen, wenn der Zeitraum bis 1989/90 mit erfasst worden wäre.

Ein regelrechtes Desiderat militärgeschichtlicher Forschungen zu den von G. untersuchten Sachverhalten betrifft den sowjetischen Einfluss auf die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der DDR. Dokumente stehen dazu nicht zur Verfügung. Gestützt auf Memoiren und Zeitzeugenberichte gelangt G. zu dem Schluss, dass sowjetische Spitzenpolitiker und Militärs ausschlaggebend „für die Prägung der inneren Sicherheit der DDR“ gewesen sind (S.48). „Fast alles wurde in Moskau oder Wünsdorf entschieden. Selten in Berlin oder Strausberg“ (S.49), so die von ihm zitierte Aussage eines hohen ehemaligen Generals der NVA.

Obwohl im Buch nicht behandelt, sei dennoch darauf verwiesen, dass die Verflechtung von innerer und äußerer Funktion der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR in einem seit Mitte der 70er-Jahre in den Dokumenten der SED formulierten „Klassenauftrag“ ihren Niederschlag fand. Es handelt sich dabei keineswegs, wie manche meinen, um eine umgangssprachlich bezeichnete Formulierung des Verfassungsauftrages, der übrigens in der politisch-ideologischen Arbeit auf dem Felde der Wehrerziehung während der Honecker-Ära kaum eine Rolle spielte. Im Klassenauftrag, besonders markant vom X. Parteitag der SED (April 1981) als gemeinsamer Auftrag für die Nationale Volksarmee und die Schutz- und Sicherheitsorgane zum Schutz des Sozialismus und des Friedens formuliert, kommt zum Ausdruck, dass für die SED, wie bisher so auch künftig, die Frage der Macht entscheidend für die Bewahrung des „realen Sozialismus“ war. Mit eben diesem Klassenauftrag wurde 1989 in der ersten Phase der demokratischen Revolution die Bildung von Einsatzhundertschaften aus Kräften der NVA zur Unterstützung der Polizeiformationen gerechtfertigt. Wenn die NVA trotzdem nicht zur Niederschlagung der aufbegehrenden Teile des Volkes eingesetzt wurde, lag das nicht an angeblichem Fehlen einer inneren Funktion der Streitkräfte, sondern an inneren und äußeren gesamtgesellschaftlichen Vorgängen, die einen solchen Einsatz trotz Planung nicht zuließen.

Paul Heider

Siegfried Prokop: Ulbrichts Favorit. Auskünfte von Alfred Neumann, edition ost, Berlin 2009, 352 S.

Alfred („Ali“) Neumann war nicht nur wegen seiner körperlichen Größe eine markante Persönlichkeit im politischen Leben der DDR. Der Berliner Arbeiterjunge wirkte vier Jahre als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, gehörte mehr als drei Jahrzehnte dem Politbüro des ZK der SED und der Volkskammer an und war 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten.

Im Frühjahr 1993 führte der Historiker P. mehrere ausführliche Gespräche mit Alfred Neumann, die aufgezeichnet und im Dezember 2009 zu dessen 100. Geburtstag veröffentlicht wurden. Die Gespräche liegen mehr als 16 Jahre zurück. Das hat den Vorteil, dass vor allem Fragen zur Entwicklung der DDR in den 80er-Jahren noch sehr zeitnah und aus dem eigenen unmittelbaren Erleben beantwortet wurden und nicht mit dem Blick von heute bewertet werden. Der Disput wird wortwörtlich wiedergegeben. Rede und Gegenrede bzw. Frage und Antwort sind kaum redigiert worden. Drastische Ausdrücke wie „Klugscheißer“, „Quatschkopf“ oder „Blödsinn“, die zu finden sind, belegen den offenen und teilweise sehr emotionalen Charakter der Gespräche und unterstreichen die Lebendigkeit der Auseinandersetzungen. Ein Vorzug dieses Bd. sind die zahlreichen Anmerkungen am Ende jedes Abschnitts, die ausführliche Daten zu im Text erwähnten Personen und Ereignissen liefern.

Der Einstieg beginnt mit einem Gedankenaustausch über Erich Honecker, der acht Tage zuvor nach Chile ausgereist war. Wird anfangs noch die Fortsetzung der Gespräche aufgeführt (S.102), so erfolgt im Weiteren keine zeitliche Differenzierung der Diskussion mehr. Die Gesprächsführung von P. ist weder streng chronologisch noch thematisch, sondern die beiden Diskutanten greifen oft ein Stichwort auf und springen dann von Thema zu Thema oder von einem Zeitabschnitt in einen anderen. Deshalb geben die Kapitelüberschriften nur eine grobe zeitliche oder inhaltliche Orientierung und sind vor allem Zitate aus Neumanns Antworten.

Der Autor fragt natürlich auch nach Kindheit und Jugend des Arbeitersportlers, den Erlebnissen im Spanienkrieg und der Zeit der Kriegsgefangenschaft, nachdem Neumann als Zuchthaushäftling in Brandenburg ins Strafbataillon Dirlewanger gesteckt worden und von dort zur Roten Armee übergelaufen war.

Viele der Fragen sind der Ulbrichtzeit gewidmet. So spielen die Kollektivierung, der Volkswirtschaftsrat, dessen Vorsitzender Neumann bis zur Auflösung 1965 war, und das Neue Ökonomische System eine große Rolle. Fast immer lässt Neumann seine unterschiedlichen Positionen gegenüber Walter Ulbricht und Erich Honecker durchklingen. So möchte er vom Autor stets wissen: „Meinst du die Ulbricht- oder die Honeckerzeit“ (S.61, S.132)? Alfred Neumann reagiert auf die Bemerkung, er sei von Ulbricht als dessen Nachfolger als 1. Sekretär vorgesehen gewesen, sehr zurückhaltend (S.284). Kritisch sind die Wertungen von Neumann zu Honecker und Mittag. Das kommt besonders deutlich zum Ausdruck, wenn Mittag als „Bandit“ (S.239) und Honecker als „erpressbar“ (S.303) bezeichnet werden, ohne dieses aber zu belegen.

Neumann vertritt die Auffassung, dass der politische Betrug am Sozialismus 1971 begonnen habe (S.327). Ihm war klar, dass er als „Ulbrichts Mann“ in Honeckers Politbüro nicht mehr viel ausrichten konnte und nur noch „Dekoration“ (S.81) war. Er nutzte aber immer wieder Gelegenheiten, zumindest auf Probleme hinzuweisen oder sie anzusprechen.

P. greift mit seinen Fragen auch brisante Themen auf, zu denen Alfred Neumann seine Position klar äußert. So betont er, dass nach der Helsinkikonferenz die Frage der Reisefreiheit im Westen zur zentralen Frage der Schlussakte hochstilisiert wurde, die DDR aber diesbezüglich vor allem an ökonomische Grenzen gestoßen ist (S.302). Zur deutschen Zweistaatlichkeit argumentiert Neumann: „Dass wir das Recht hatten, einen Staat zu bilden, war unstreitig. Aber wir waren deshalb keine eigenständige Nation.“ (S.326) Bei manchen von P. aufgeworfenen Inhalten räumt Neumann ein, dass er von dem Thema nichts weiß, weil er sich zum Beispiel mit Kultur nie beschäftigt hat.

Der Leser wird sicher nicht jede Position Neumanns teilen, so z. B. dessen recht eigenwillige Meinung zum 9. November 1989 und zu Schabowskis Zettel (S.335). Wenn P. in seiner Gesprächsführung, die auf profunden Kenntnissen beruht, auf Neumanns „gute Informationen“ zu sprechen kommt, hält sich dieser an sein Credo: „Ich sage, was ich verantworten kann. Ich sage nicht, was ich weiß.“(S.294)

Dem Bd. vorangestellt ist ein Alfred Neumann von Peter Hacks gewidmetes Gedicht. Das Vorwort schrieb Hans Modrow. Er wertet den Bd. als Dokument der Zeitgeschichte, erklärt aber auch, dass der Autor mit diesen Gesprächen schon bald an die Öffentlichkeit wollte, wogegen sich Alfred Neumann stets gesträubt hat. Dies geschah dann trotzdem 1996 unter dem Titel „Poltergeist im Politbüro“ im Verlag Frankfurter Oder-Editionen. Friedrich Wolff, aus dessen Buch „Verlorene Prozesse“ die Passagen abgedruckt sind, die mit dem Verfahren gegen Alfred Neumann im Zusammenhang stehen, für das er als Verteidiger beauftragt war, geht kurz darauf ein. Ebenfalls veröffentlicht ist noch eine Episode über Kontakte zwischen Alfred Neumann und Edgar Most aus dessen Buch „Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals“.

Der Bd. schließt mit biografischen Daten aus dem Leben Alfred Neumanns und einem Personenregister. Mehrere Fotos und Dokumente sind in den Text eingebunden. Leider sind einige Fehler enthalten, besonders ärgerlich ist der gegenüber der Ausgabe von 1996 nicht korrigierte auf S.45, denn die erwähnte Veranstaltung war im Reichsbahnausbesserungswerk Schöneweide und nicht Schönwalde.

Joachim Eichler

Marcel van der Linden/Karl Heinz Roth (Hrsg.) unter Mitarbeit von Max Henninger: Über Marx hinaus. Arbeitergeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Assoziation A, Berlin-Hamburg 2009, 605 S.

Die europäische Marx-Renaissance sei „eine der bemerkenswertesten kulturellen Begleiterscheinungen der aktuel-

len Weltwirtschaftskrise“ (S.10) konstatieren die Hrsg. in der Einleitung zu diesem bemerkenswerten Buch, um das Phänomen sogleich zu hinterfragen: „Haben wir Marx aber auch richtig wahrgenommen und verstanden? War seine Kritik der politischen Ökonomie tatsächlich in sich so stringent entwickelt und monolithisch, wie dies die Orthodoxie behauptete, und wie dies in den meisten Fällen auch durch die neueste Marx-Renaissance suggeriert wird?“ (S.11) Beide Fragen dürfen als Leitmotiv der in diesem Bd. versammelten Beiträge verstanden werden. Angesichts einer teils kontroversen Rezeptionsgeschichte und des Umstandes, dass man es bei Marx' Schriften „nicht mit einem in sich geschlossenen analytischen System, sondern eher mit einem riesigen Torso von Fragmenten und Vorstudien“ zu einem Werk über Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit, Staat, Handel und Weltmarkt zu tun hat (S.11), erscheint es naheliegend, wenn der Marxsche Theorieansatz im Hinblick auf die zentrale Kategorie der Arbeit und ihre Tragfähigkeit für die Erklärung der Arbeitswelt des 21. Jh. problematisiert wird. Immerhin, so die Hrsg., erweist sich die Fokussierung auf den doppelt freien Lohnarbeiter als eine Schwachstelle des marxistischen Theoriegebäudes. Im Weltmaßstab bilde dieser lediglich „eine ziemlich unbedeutende Minderheit innerhalb des Proletariats“ (S.20). Angesichts der soziologischen Engführung hin zum freien Lohnarbeiter und des damit verbundenen Eurozentrismus im Marxschen Werk eigne sich dessen Arbeitsbegriff nur bedingt und „vielleicht überhaupt nicht, [...] die ungeheure Komplexität der globalen Arbeitsverhältnisse auf den Begriff zu bringen“ (S.24).

Um den Dingen auf den Grund zu gehen, haben die Hrsg. im Jahr 2007 einen Kreis von „den heterodoxen Rändern des Marxismus“ (S.25) zuzurechnenden Intellektuellen um Beiträge gebeten. Die Autoren forschen und lehren in Australien, Deutschland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Spanien und den USA. Achtzehn Aufsätze sind es geworden, je neun zur globalen Arbeitsgeschichte und zu konzeptionellen Fragen der Marx'schen Arbeitswerttheorie. Zum Schluss präsentieren die Hrsg. ein überaus anregendes Resümee.

Ohne hier näher auf die einzelnen Beiträge eingehen zu können, seien aber doch die thematischen Akzente der Diskussion markiert. In der ersten Sektion dominieren Fragen der Arbeitsgeschichte, wobei besonders die Übergänge zwischen industriellen und nichtindustriellen, nationalen und transnationalen, abhängigen und nichtabhängigen Erscheinungsformen der Arbeit interessieren. Die Autoren der zweiten Sektion erörtern das Für und Wider der Marxschen Arbeitswertlehre. Ihre Argumente dürften der weiteren wissenschaftlichen Diskussion reichlich Nahrung bieten. Hierzu zählt in erster Linie die Kritik an der von Marx postulierten hegemonialen Stellung der doppelt freien Lohnarbeit und an der Ausblendung der Reproduktionsarbeit, wie auch an der Unterschätzung der subjektiven Seite der Arbeiterexistenz. Auch fragen einige Autoren nach den Konsequenzen der Währungspolitik für die Arbeitswerttheorie, wobei hier vor allem die Zeit

nach der Aufhebung des Goldstandards zu Beginn der 1970er-Jahre in den Blick gerät.
Grundsätzlich ist man sich im Plädoyer für eine differenzierte historische Kontextualisierung der Arbeitsgeschichte durch die Geschichte sozialer Bewegungen und Konflikte einig. Der zentrale Fluchtpunkt der analytischen Betrachtungen ist in einem erweiterten Arbeitsbegriff zu finden, in dem Marx' auf Europa und die industrielle Lohnarbeit fokussierte Perspektive, wenn man so will, „aufgehoben" wird. Manche Autoren sehen sie mit Blick auf die Gegenwart und absehbare Zukunft gänzlich in Frage gestellt. Den Hintergrund dieser Diskussion bildet die mit der „Globalisierung" der Wirtschaft einhergehende Neuformierung eines „globalen Multiversums" (S.560-566) der Arbeit, der Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Begriff des „Multiversums" zielt auf eine Vielfalt von Arbeitsformen und Arbeiterexistenzen. Die Autoren dieses Bd. präsentieren zu diesem Thema ebenso differenzierte wie bedenkenswerte Befunde und Argumente. Sicher ist ihnen darin zu folgen, dass die Industriearbeit der fordistischen Formation kaum mehr als maßgebendes Muster fungiert, doch ist die Frage nach der Zukunft der industriellen Arbeit damit nicht erledigt. Zumindest dürfte die Zusammensetzung, Widerstands- und auch Leidensfähigkeit des erwähnten „Multiversums" durch das Bevölkerungswachstum der so genannten Entwicklungs- und Schwellenländer erheblich beeinflusst werden. Vieles spricht dafür, dass diese Regionen am Beginn eines Industrialisierungsschubes stehen, allein schon um für Milliarden Menschen einen einigermaßen akzeptablen Lebensstandard zu erreichen. Insofern verdiente das industrielle Segment in der Diskussion um Geschichte und Zukunft der Arbeit weiterhin Aufmerksamkeit. Das fügt dem überzeugenden Bild des „Multiversums" keinen Schaden zu, sondern setzt einen, wie es scheint, notwendigen Akzent.
Die Hrsg. führen im abschließenden Beitrag unter dem Titel „Ergebnisse und Perspektiven" die in den einzelnen Aufsätzen durchaus divergierenden Sichten und Problembeschreibungen in geradezu spannenden Hypothesen „zur Überwindung des ‚Elends der Theorie'" (S.557) und im Plädoyer für eine an der Realität des „Multiversums" ansetzende dynamische Arbeitswerttheorie zusammen. Das geht beim Gegenstand wie in der Erklärung tatsächlich „über Marx hinaus". Angesichts der irritierenden Situation der heutigen Arbeitswelt verdient dieses Buch besondere Aufmerksamkeit. Für die künftige Diskussion zur Geschichte und Zukunft der Arbeit dürfte es Maßstäbe setzen. *Peter Hübner*

Theodor Bergmann: Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine neue internationale Solidarität; Theodor Bergmann: Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien – China – Vietnam, VSA-Verlag, Hamburg 2009, 256 S., 143 S.

Ein neues Buch über Internationalismus, Globalisierung und eine notwendige internationale Solidarität der Unterdrückten. Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Rezensent ist der Mei-

nung, dass es sich bei diesem Buch um ein unverzichtbares Dokument handelt, das der noch immer weitgehend orientierungslosen internationalen Linken helfen kann, aus vergangenen Fehlern zu lernen – denn wer aus den Fehlern der Geschichte nichts lernt, ist gezwungen sie zu wiederholen. Dem Buch von B. wäre eine baldige mehrsprachige Übersetzung und internationale Verbreitung zu wünschen.

Der Autor, geboren 1916, ehemaliger Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim, lebt in Stuttgart. Der Schwerpunkt seiner zahlreichen Artikel und Buchveröffentlichungen sind größtenteils Fragen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere die der Gewerkschaften und Agrarbewegungen. Was macht sein neues Buch so brauchbar? Er schreibt nicht ausschweifend, sondern prägnant. Er schreibt über alle Höhen und Tiefen der internationalen Arbeiterbewegung und deckt schonungslos alle Fehlentwicklungen auf und begnügt sich nicht mit Räsonnieren, sondern fasst in Thesen Lehren und Schlussfolgerungen zusammen. Er betont, dass im Zeitalter der Globalisierung eine Internationale der Arbeiterbewegung notwendiger denn je sei. Gründe, die überwiegend noch in der Geschichte des 20. Jh. liegen, erschweren jedoch bis heute ihren Aufbau. Er weist Wege für einen Internationalismus, der aus dem eigenen Scheitern gelernt hat. Seine Bilanz ist schonungslos: die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in Europa – sozialdemokratischer Reformismus und stalinistischer Kommunismus – sind gescheitert und weitgehend zerfallen. In seinem historischen Rückblick verdeutlicht er die enge Zusammengehörigkeit der nationalen Klassenkämpfe mit dem Internationalismus und die Ursachen des Niedergangs.

B. geht zurück bis zum Jahr 1848, beschreibt die I. und II. Internationale und deren Niedergang, das Jahr 1917 und die kritische Solidarität zur russischen Revolution. Schonungslos fällt seine Kritik an der Stalinisierung der Komintern aus. Er beschreibt die Positionen kritischer Marxisten zur sowjetischen Politik im 2. Weltkrieg und nach 1945, ebenso wie die beschämenden Auflösungen von Komintern und Kominform, bis hin zum endlichen Scheitern des Realsozialismus von Ostberlin bis Wladiwostok 1989/91. Mit diesem Rückschlag endet für eine Generation unkritischer Marxisten die Bilanz. Nicht so für B. Er analysiert nunmehr die Ergebnisse des ersten sozialistischen Großversuchs in der Menschheitsgeschichte und würdigt die historischen Leistungen, zählt aber auch die negativen Ergebnisse auf: Abbau der Räte- und innerparteilichen Demokratie und Debatte, Entmachtung der Gewerkschaften als sozialer Gegengewichte zu Staatsapparat und Planungsbürokratie, Bürokratisierung und Überzentralisierung, Vernichtung des undogmatischen Marxismus, innenpolitischer Terror (Moskauer Prozesse 1936-38), überhastete einseitige Industrialisierung, Zwangskollektivierung, „Bolschewisierung“ der KP außerhalb der Sowjetunion. B. beschreibt ausführlich die Ursachen der Deformationen und des Niedergangs der kommunistischen Parteien. Nur in vier Ländern bleiben sie an der Macht und versuchen sich zu reformieren.

B. führt die Leser in seiner Studie nunmehr um die ganze Welt. Er behandelt die agrarischen Bewegungen, Antiglobalisierungsbewegungen, Fragen der Atomenergie, revolutionäre Bewegungen der „Dritten Welt", berichtet – besonders aus eigener Anschauung – über Vietnam, Japan, Indien, Bolivien u.v.a.m. Ausführlich behandelt er die kommunistische Regierungsarbeit und Reformen der politischen Entwicklung in der VR China – Phasen der Agrarentwicklung und Industrieentwicklung – interessante Ergänzungen zu seinem Buch: „Rotes China im 21. Jahrhundert" (Hamburg 2004). Zudem vergleicht er die (sozialistischen und kapitalistischen) Entwicklungsstrategien Chinas und Indiens.

Sein Buch ist insgesamt – zusammenfassend gesagt – ein leidenschaftliches Plädoyer für eine neue Internationale.

In seinem zweiten Buch gelingt es ihm, das zentrale Thema internationale Solidarität anhand zahlreicher Einzelbiografien plastisch darzustellen. Ein im linken Bewusstsein noch weitgehend unbekanntes Kapitel wird erhellt: der selbstlose Einsatz von Ärzten, Krankenschwestern, Technikern, Geschäftsleuten und Journalisten, die im Kampf gegen den Faschismus, im spanischen Bürgerkrieg und in der chinesischen Revolution halfen. Die meisten Kurzbiografien erzählen von Menschen, die durchaus das Attribut „heroisch" („Denkmal für die ungenannten ausländischen Helden der chinesischen Revolution") verdient haben, und die in echter internationaler revolutionärer Solidarität, ohne politischen Auftrag und ohne Aussicht auf materiellen Gewinn oder etwa um politischen Einfluss auszuüben, aktive Hilfe im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus leisteten. Nicht wenige von ihnen verloren dabei ihr Leben.

Zunächst gibt er eine Einführung in den historischen Hintergrund der ereignisreichen Jahre zwischen den beiden Weltkriegen, den Aufstieg des Faschismus und den Widerstand der Spanischen Republik, den Bürgerkrieg 1936-1939, die weltweite Solidaritätsbewegung und die mobilisierten Freiwilligen, die der Spanischen Republik gegen die faschistischen Putschisten zu Hilfe kamen. Darunter war auch eine beachtliche Zahl von chinesischen Freiwilligen. Nach der Niederlage 1939 gingen zahlreiche dieser Helfer nach China, um den Roten Armeen zu helfen. Ärzte, Krankenschwestern und andere Helfer aus vielen Ländern, aus Kanada, USA, Neuseeland, Indien, China, Deutschland, Österreich, England, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Russland unterstützten das chinesische Volk in seinem Kampf gegen den japanischen Faschismus und dessen Fremdherrschaft über große Teile Chinas.

B. verschweigt auch nicht die Nachkriegsschicksale. Diesen überlebenden „Helden" widerfuhr nicht immer Dankbarkeit. Fast alle, die in China blieben, wurden Opfer der „Kulturrevolution" (Israel Epstein, Eva Siao, Hans Müller u.a.). Die Rückkehrer waren auch in den antisemitischen Wellen in Osteuropa Schikanen und Bedrängungen ausgesetzt. Einige waren zur erneuten Emigration gezwungen. In China erfolgten nach Maos Tod eine umfangreiche Rehabilitation und

ein ehrlicher Versuch, begangenes Unrecht wieder gut zu machen. Alle wurden öffentlich geehrt, entschädigt und erhielten teilweise hohe politische und fachliche Ämter.

Die meisten Viten der Helfer werden im Buch von B. erstmals publiziert, als Ergebnis jahrelanger Recherche und Materialsammlung, Auswertung zahlreicher Hinweise von Verwandten und Nachfahren, Forschungen in Archiven, durch persönliche Gespräche und Korrespondenzen mit Hinterbliebenen in Österreich, Polen, China, Russland und Israel. Es bleibt das Verdienst B.s, somit seine „Helden" der Vergessenheit entrissen zu haben.

Überproportional hoch war bei den Europäern der Anteil der jüdischen sozialistischen Intellektuellen. Ohne Übertreibung spricht B. von ihnen. Sinnvolle Ergänzung sind der Dokumentenanhang mit exemplarischen Texten und Briefen, eine Liste der Biografien und ein umfangreicher Literaturanhang. *Heiner Jestrabek*

Autorenverzeichnis

Veronika Arndt, Dr. habil., Magdeburg
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Hyun Back Chung, Prof. Dr., Sung Kyun Kwan University, Republik Korea
Svetlana Bartels, Moskau
Michael Buckmiller, Prof. Dr., Hannover
Andreas Diers, Dr., Bremen
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Paul Heider, Prof. Dr., Dresden
Hans-Otto Hemmer, Düsseldorf
Ralf Hoffrogge, Doktorand, Berlin
Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin
Rainer Holze, Dr., Berlin
Peter Hübner, Dr. sc., Berlin
Irina Hundt, Dr., Schwielowsee
Kristiane Janeke, Dr., Tradicia History Service, Minsk
Heiner Jestrabek, Heidenheim
Mario Keßler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Hermann Klenner, Prof. Dr., Berlin
Michael R. Kraetke, Prof. Dr., Lancaster University
Andreas Lotz, MA., Berlin
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Erhard Pachaly, Prof. Dr., Seelze
Ulla Plener, Dr. sc., Berlin
Günter Rosenfeld, Prof. Dr., Berlin
Peter Schäfer, Prof. Dr., Jena
Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin
Walter Schmitz, Dr., Chefredakteur des „dbb magazin"
Uli Schöler, Dr. habil., Werder
Manfred Teresiak, Dr., Berlin
Kurt Wernicke, Dr. sc., Berlin

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:
rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig angeboten worden oder erschienen sind und die außer dem JahrBuch nicht gleichzeitig anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:
Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000, Konto-Nr.: 5744561010

Satz: Joanna Boegendorff/ Dr. Christa Kouschil. Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V., info@bodoni.org
www.edition-bodoni.de

Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge sind möglich. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 12.04.2011